



Der Archivar

Mitteilungsblatt für deutsches Archivwesen

Hinweis: Bei den Online-Ausgaben der Hefte 3/1999 bis 4/2001 entspricht das Layout nicht dem der Print-Ausgabe. Um aus diesen Heften zu zitieren, greifen Sie bitte auf die Print-Ausgabe zurück.

Der Archivar
Jg. 52, Heft 4, 1999

[Vom Parteiarchiv zur zentralen Forschungsstätte der Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte. Zum 30. Jahrestag der Gründung des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung \(H.-H. Paul\)](#)

["Woher kommt das Photo?" Zur Authentizität und Interpretation von historischen Photoaufnahmen in Archiven \(W. Buchmann\)](#)

[Der Ausbildungsberuf Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste \(A. Graßmann/G. Viertel\)](#)

[Einhundertundfünfzig plus eins. Literaturnachlese zur Revolution von 1848/49 aus archivischer Sicht \(I. Schnelling-Reinicke\)](#)

Archivtheorie und -praxis

Archive und Bestände

[„Ich war gerne Archivar, und dies besonders gerne in Wiesbaden“ – Verabschiedung von Dr. Winfried Schüler als Leiter des Hessischen Hauptstaatsarchivs \(D. Degreif\)](#)

[Wiedereröffnung des Stadtarchivs Dortmund. Tradition und Zukunft \(G. Högl\)](#)

[21. April 1999 - Geschafft! Stadtarchiv Stendal im neuen Haus \(S. Habendorf\)](#)

[Studentischer Nachlaß an das Universitätsarchiv Leipzig übergeben \(J. Blecher\)](#)

[Zum Archiv und zu den Sammlungen der Kunstakademie Düsseldorf 1773-1999 \(D. M. Leach\)](#)

Archivierung, Bewertung und Erschließung

[Das Photo als historische Quelle \(W. Buchmann\)](#)

[Erschließung und Digitalisierung der Flugblatt- Flugschriftensammlung im Archiv der sozialen Demokratie \(AdsD\). Bericht über ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft \(DFG\)](#)

[unterstütztes Pilotprojekt](#) (H. Scholz/J. Spoden)

[Bearbeitung studentischer Flugschriften im Universitätsarchiv Köln](#) (J. Paul)

Archivtechnik

[Neues Gebäude für das Westfälische Archivamt](#) (R. Kießling)

Benutzung, Öffentlichkeitsarbeit und Forschung

[„Zwischen Eid und Gewissen“ - Der Maiaufstand in Dresden vom 3.–9. Mai 1849 und das sächsische Militär](#) (R. Tittmann)

Archivrecht

[Experten gegen Änderung des Archivgesetzes Nordrhein-Westfalen](#)

Aus- und Fortbildung, berufsständische Angelegenheiten

[„Archive heute“. Zweite Fortbildungsveranstaltung des 25. und 26. wissenschaftlichen Kurses der Archivschule Marburg in Regensburg](#) (A. Eßer/E. Naimer)

[„Projekt Fernstudium Archiv des Fachbereichs ABD der Fachhochschule Potsdam“ hat begonnen](#) (T. A. Schröder)

[Arbeitsbericht über die Fachexkursion sächsischer Kommunalarchivare sowie anderer Vertreter der Euroregionen Elbe/Labe und Neiße/Nysa/Nisa nach Saarbrücken und Sarreguemines/Frankreich](#) (E. Wolf)

Fachverbände, Ausschüsse, Tagungen

[Die Sitzungen des Arbeitskreises „Gehobener Archivdienst“ in Kassel und Würzburg](#) (B. Metzinger)

[22. Hessischer Archivtag in Fritzlar](#) (U. Löwenstein)

[59. Südwestdeutscher Archivtag in Villingen-Schwenningen](#) (F.-J. Ziwes)

[Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen. Dritte Tagung des Arbeitskreises im Bundesarchiv in Koblenz](#) (U. Nieß/M. Wettengel)

[Jahrestagung des Restaurierungsausschusses der ARK in Düsseldorf](#) (I. Joester)

[31. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg in Rottenburg am Neckar](#) (P. Ehrmann)

[8. Tagung der süddeutschen evangelischen Kirchenarchive in Boppard](#) (S. Flesch)

[Workshop „Überlieferung der Kombinate“](#) (W. Wimmer)

[Arbeitstagung der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare e.V. Wirtschaftsarchive in der digitalen Welt](#) (R. Schwärzel)

[Studienreise „Neue Medien im Archiv“ in die USA 8.–22. Mai 1999. Zusammenfassung](#) (A. Menne-Haritz)

[Neue Überlegungen zum Umgang mit digitalen Aufzeichnungen. Workshop „Electronic Records“ mit Tora Bikson und Jeff](#)

[Rothenberg an der Archivschule Marburg](#) (N. Brübach)

Auslandsberichterstattung

Internationales: [Treffen des Internationalen Archivrats/Sektion Kommunalarchive \(ICA/SMA\) in Lübeck](#) (A. Graßmann)

Kroatien: [Der Kroatische Archivtag 1998 in Opatija](#) (V. Pavlicek)

Österreich: [28. Österreichischer Archivtag und 5. Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft der mitteleuropäischen Archivarsverbände in Klagenfurt](#) (D. Degreif)

Rußland: [Dokumentenpublikation zu den russisch-deutschen Beziehungen: Istoriceskij arhiv - Historisches Archiv - \(I. A.\), 6 \(1998\), Heft 1](#) (H. Schreyer)

Tschechische Republik: [Neue Archivgebäude in der Tschechischen Republik](#) (B. Indra)

[Über die Zeitschrift "Der Archivar"](#)

[Impressum](#)

[Veranstaltungskalender](#)

(Aktuelles Heft)

Vom Parteiarchiv zur zentralen Forschungsstätte der Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte

Zum 30. Jahrestag der Gründung des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Hans-Holger Paul

„Möge das Haus, das dieser Grundstein tragen wird
Ein Zentrum lebendiger Forschung werden
Aus dem die demokratische Bildung in alle
Schichten des deutschen Volkes getragen
Und die Verständigung zwischen allen Völkern
Der Erde gefördert wird.“

Willy Brandt war es, der am 12. Dezember 1967 mit diesen Worten und drei Hammerschlägen den Grundstein zum Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) legte und knapp 18 Monate später am 6. Juni 1969 auch die Rede zur Eröffnung des AdsD hielt. Sein leidenschaftlicher Appell an alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, ihr historisches Material dem neuen Archiv anzuvertrauen, wurde in außergewöhnlicher Weise befolgt.

30 Jahre nach seiner Gründung zählt das AdsD zu den bedeutendsten Einrichtungen Europas zur Erforschung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte. Es beherbergt in seinen Magazinräumen mehr als 35 lfd. km Archivgut. Längst ist das aufbewahrte Archivgut über den Kreis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften hinausgewachsen. So soll hier nur auf eine Reihe von Beständen der Friedensbewegung hingewiesen werden und auf Aktengut der Europäischen Bewegung, wie z. B. des Rates der Europäischen Bewegung und der Europa-Union. Damit hat sich die Hoffnung des damaligen Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, Alfred Nau, erfüllt, die ihren Ausdruck in einer relativ offenen Namensgebung gefunden hat: Die neue Einrichtung, darauf wies Holger Börner bei seinen Begrüßungsworten anlässlich der Festveranstaltung zum 30jährigen Jubiläum des AdsD am 7. Juni 1999 hin, wurde damals aus gutem Grund nicht „Archiv der Sozialdemokratie“ sondern „Archiv der sozialen Demokratie“ genannt.¹

Die Bibliothek, bei der Gründung 1969 mit dem AdsD noch unter einem gemeinsamen Dach, ist längst ausgegliedert und eine eigenständige Arbeitseinheit des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung geworden. Als „gedrucktes Gedächtnis“ der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hat sie sich mit inzwischen fast 600.000 Bänden zu einer der größten sozialwissenschaftlichen Bibliotheken in freier Trägerschaft entwickelt.

So kann sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrem Archiv und der Bibliothek mit Fug und Recht als Hüterin des historischen Erbes der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnen. Sie beschreitet darüber hinaus aber auch neue Wege, indem sie sich bewußt sozialen und emanzipatorischen Kräften öffnet und im Sinne Willy Brandts dazu beiträgt, „daß die Wirklichkeit nicht nur unterschiedlich interpretiert, sondern daß sie verändert wird – verändert in Richtung auf die zunehmende Verwirklichung der sozialen Demokratie“.²

Die Kolleginnen und Kollegen des AdsD fühlen sich diesem Auftrag verpflichtet und haben in der Vergangenheit nicht nur einen Beitrag dazu geleistet, daß die Zahl der Aktenbestände ständig wuchs und archivwissenschaftlich gepflegt wurde, sondern daß sich das Archiv durch seine innovativen Beiträge zur Weiterentwicklung des Archivwesens, insbesondere auf dem Gebiet der Digitalisierung, einen Namen in der Fachwelt geschaffen hat.

Geschichte des SPD-Parteiarchivs

Die Geschichte des SPD-Parteiarchivs, in dessen Tradition das AdsD steht und dessen Erbe es mit seiner Gründung angetreten hat, ist annähernd so alt wie die sozialdemokratische Partei selbst. Bereits vier Jahre nach Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) war auf einer Generalversammlung 1867 von einem ADAV-Archiv die Rede. Zitiert wird der Vorschlag des Delegierten Grosse (Berlin) mit folgenden Worten: „Zur Sammlung, Sichtung und Aufbewahrung der dem Präsidium entbehrlichen Akten sowie aller Schriftstücke, welche sich auf den Verein beziehen und für die Zukunft irgend welche Wichtigkeit haben könnten, als auch zur Anfertigung und Aufbewahrung eines Verzeichnisses aller gegenwärtig in den Händen des Präsidenten sich befindenden, diesem aber unentbehrlichen Schriften usw. wird ein Archiv-Ausschuß gewählt, welcher seinen Sitz an dem Wohnorte des Präsidenten hat.“³

Grosse definierte bereits nicht nur die Schriftstücke, zu denen er besonders die Korrespondenz zählte, sondern er schlug sogar vor, daß der Präsident vierteljährlich von den eingehenden Briefen ein Verzeichnis anfertigen lassen und dieses unverzüglich an den Archiv-Ausschuß absenden sollte, die Briefe selbst und das Kopierbuch sollten nach Schluß jeder ordentlichen Generalversammlung an das Archiv abgeliefert werden. Über die Realisierung des ADAV-Archivs ist wenig bekannt. Die politische Überlieferung des ADAV ist Teil des Lassalle-Bestandes im „Russischen staatlichen Archiv der sozialen und politischen Geschichte“ in Moskau und inzwischen als Film ins AdsD gelangt.⁴ Die ADAV-Registraturen sind offensichtlich weitgehend vernichtet.⁵

Ein anderer Gründungsstrang geht auf die sogenannten Eisenacher, die Sozialdemokraten um August Bebel und Wilhelm Liebknecht, zurück. Bereits Anfang der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts hatte Johann Philipp Beker, Redakteur der Internationalen Arbeiter-Association, in Genf die Einrichtung eines Archivs und einer Bibliothek zur Geschichte der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung gefordert.⁶ Der Hamburger Buchhändler und Reichstagsabgeordnete August Geib machte sich in den folgenden Jahren zum Fürsprecher dieser Idee und überzeugte schließlich August Bebel. Im Februar 1878 erläuterte Bebel in einem Artikel im *Vorwärts* die „Notwendigkeit der Gründung einer allgemeinen Parteibibliothek“. Sein Vorschlag gründete auf der Einsicht, daß die öffentlichen Bibliotheken und Institute sich weigerten, literarische Werke sozialistischen Inhalts oder gar die Zeitungen der sozialistischen Bewegung in ihre Bestände zu nehmen.

Wer geglaubt hätte, das Verbot der sozialdemokratischen Partei wenige Monate später durch Bismarcks „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ vom Oktober 1878 hätte den Elan der Parteigenossen gebremst, wurde bald eines Besseren belehrt. Bereits knapp zwei Jahre später, die sozialdemokratische Führung war ins Schweizer Exil ausgewichen, nahm der erste Exil-Kongress der deutschen Sozialdemokraten auf Schloß Wyden im August 1880 den Antrag, das Parteiarchiv auf schweizerischem Boden zu errichten, „im Prinzip“ an. Antragsteller war der

Dresdener Delegierte Hermann Schlüter, der Bebels Vorschlag erweiterte und in der Folge einen konkreten Plan zur Einrichtung „einer zentralen Stelle“ entwickelte, „wo alles Material, welches sich auf die Geschichte unserer Partei bezieht, zusammengetragen, gesammelt und aufbewahrt wird“. Schlüters Vorschlag eines Verbunds von Archiv und Bibliothek wurde von einer Parteikonferenz im August 1882 in Zürich zum einstimmigen Beschluß erhoben. Das neue Parteiarchiv erhielt den Auftrag, eine „möglichst vollständige Sammlung aller auf das Parteileben bezüglichen Dokumente und Schriftstücke“ anzulegen, die Parteianhänger wurden aufgefordert, sich am Aufbau der „Archiv-Bücherei“, wie es damals hieß, durch Beiträge aller Art recht eifrig zu beteiligen. Das Ergebnis war beeindruckend. Als der Schweizer Bundesrat im April 1888 auf massive Intervention Bismarcks hin beschloß, die Exilvertreter der deutschen Sozialdemokratie auszuweisen, reisten mit den Funktionären 16 große Kisten von Zürich nach London, das SPD-Parteiarchiv.

Im Juni 1888 wurde das Parteiarchiv in London im Hause, in dem Eduard Bernstein als Redakteur des *Sozialdemokrat* wohnte und arbeitete, wieder aufgestellt. Inzwischen beherbergte es u. a. einen Teil der Korrespondenz Ferdinand Lassalles und den Nachlaß Johann Philipp Beckers sowie einen Buchbestand von über 3.200 Bänden und einer Sammlung von 160 verschiedenen Periodika. Bernstein und ab Oktober 1889 Kautsky betreuten das Archiv, ohne sich angesichts ihrer redaktionellen Arbeit wirklich in großem Umfang um die Materialien kümmern zu können.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde der größte Teil der Bestände Anfang 1891 nach Berlin überführt und nach einer Zwischenlagerung neben dem Büro des Parteivorstandes eingerichtet. Anläßlich der Katalogisierung fand erstmals eine Kassation statt. In einem Vorstandsbericht an den SPD-Parteitag 1894 hieß es, „der Eifer und gute Wille der Parteigenossen“ habe dem Archiv „neben vielem außerordentlich Wertvollem auch mancherlei Spreu zugeführt“, so daß doch „eine gewisse Beschränkung in der Auswahl des dem Archiv Einzuverleibenden dringend geboten sei“, so habe man „mit schonender Hand“ eine „Auslese“ vorgenommen.

Allerdings gab es weiterhin in London eine Zweigstelle des Archivs, betreut vom einstigen „Roten Feldpostmeister“ Julius Motteler, in dessen Obhut sich seit dem Tod von Friedrich Engels der Marx-Engels-Nachlaß befand. Motteler, im Schweizer Exil Geschäftsführer des *Sozialdemokrat*, war damit beauftragt, die Londoner Exil-Parteiorganisation abzuwickeln. Er kümmerte sich um die Londoner Filiale des Archivs bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1901 und organisierte die Rückführung des Marx-Engels-Archivs in das Parteiarchiv nach Berlin.

Während der folgenden Jahrzehnte konnte das Archiv der SPD – unbeeinflusst von Krieg und inneren Unruhen – seine Bibliotheks- und Archivbestände kontinuierlich ausbauen. Der Bibliotheksbestand zählte 1927 über 20.000 Bände, darunter eine umfassende Sammlung von Werken zur Geschichte der sozialistischen Ideen und der sozialen Bewegungen und zahlreiche Erstausgaben der bedeutendsten sozialistischen Theoretiker, angefangen von Saint-Simon, Proudhon und Robert Owen bis zu Marx und Engels.

In den Jahren der Weimarer Republik entwickelte sich das Archiv zu einem Zentrum sozialwissenschaftlicher und historischer Forschung, das Benutzer aus dem In- und Ausland anzog. Im 1920 angelegten Gästebuch, dessen Eintragungen bis Ende 1932 datieren, finden sich illustre Namen, die vom Historiker Hermann Oncken, dem Dichter Karl Henckell, dem Philosophen Karl

Vorländer über die Sozialistenführer Jean Longuet und Louis de Brouckère, Max und Friedrich Adler bis zu Leo Trotzki reichen.

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 war klar, daß die Bestände des Parteiarchivs wieder in Sicherheit gebracht werden mußten. Unter großen Schwierigkeiten gelang es, die wertvollsten Bestände ins Ausland zu schaffen. Dabei ließ sich nicht verhindern, daß eine beträchtliche Menge von Parteiakten vernichtet wurde. Der Marx-Engels-Nachlaß, die größte Kostbarkeit des Archivs, wurde bereits im Februar 1933 aus den Archivräumen entfernt, zeitweilig im Laden eines Berliner Tapezierers untergebracht und im Sommer 1933 in Rucksäcken und mit Faltbooten durch Mitglieder der dänischen und deutschen Sozialistischen Arbeiterjugend auf gefährlichen Wegen über Flensburg nach Dänemark geschmuggelt. Weitere Teile des Parteiarchivs gelangten im Mai 1933 – getarnt als Teil des Bebutoff-Archivs russischer Menschewiki anläßlich der Auslagerung dieser Bestände – ins sichere Ausland nach Paris.

Als der Exilpartei Vorstand in Prag und Paris immer mehr in finanzielle Bedrängnis geriet, begann eine langwierige Diskussion darüber, ob man die Archivbestände zur finanziellen Absicherung der Exil- und Widerstandsarbeit gegen die Nationalsozialisten verkaufen sollte und wenn ja, an wen. Obwohl die Sowjetunion als Mitbewerber mit einer Millionenofferte antrat, entschied der Vorstand schließlich, angesichts der von Stalin in Moskau inszenierten Schauprozesse die geretteten Archivbestände an das Internationale Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam für ca. 98.000 Reichsmark zu verkaufen. Die wertvolle Bibliothek, zu der u. a. auch die Marxsche Privatbibliothek gehörte, wurde von den Nationalsozialisten geplündert, z. T. an andere Institutionen weitergegeben. Teile tauchten nach dem Zweiten Weltkrieg an verschiedenen Stellen wieder auf, aber nur wenige Bestände konnten zurückerworben werden.

Neuanfang nach 1945

Der Aufbau eines neuen zentralen Parteiarchivs in den ersten Nachkriegsjahren stand ganz im Zeichen der Improvisation. Rudolf Rothe, ehemaliger Metallarbeiter, dessen Bildungshunger und Willen zum Neuaufbau auch zehnjährige Haft unter dem nationalsozialistischen Regime nicht zerstören konnten, war als Gegner der Vereinigung von SPD und KPD nach Westdeutschland geflohen. Ab 1947 zunächst noch in Hannover mit dem Aufbau des Archivs betraut, mußte er die schwierige Doppelarbeit leisten, einerseits Materialien für die tagespolitische Arbeit zu sammeln, andererseits die Grundlagen für den Wiederaufbau des Archivs zu schaffen. Untergebracht in einem Hinterzimmer des 1951 bezogenen Gebäudes des SPD-Parteivorstands in Bonn, der „Baracke“, legte er eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten und Publikationen an und knüpfte gleichzeitig Kontakte zu den sozialdemokratischen Emigranten, um Bestände zurück nach Deutschland zu holen.

Als Paul Mayer 1962 das Archiv übernahm, war durch die Akquisition einiger wertvoller Nachlässe ebenso wie durch den Aufbau der Bibliothek ein erster Grundstock für die weitere Entwicklung gelegt. Mayers jahrelange konsequente und sorgfältige Arbeit wurde 1968 mit der Übernahme des wertvollen Prager Sopade-Bestandes, den jahrzehntelang verschollenen Akten des SPD-Exil-Vorstandes, belohnt. Neuere Forschungsarbeiten hatten konkrete Anhaltspunkte für eine Auslagerung der Materialien nach Schweden geliefert. So wurden die Nachforschungen wieder aufgenommen. Bei der Durchsuchung eines abgetrennten Kellerraumes im Hause der schwedischen

Gewerkschaftszentrale in Stockholm kamen die gesuchten Archivkisten zum Vorschein. Gemeinsam mit den Sopade-Akten aus den Emigrationsjahren in Paris und London (1938–1945), die die heimgekehrte Auslandsdelegation bereits 1946 aus London mitgebracht hatte, war der Bestand der Emigrationszentrale damit wieder vereinigt.

Im folgenden zeigte sich jedoch sehr bald, daß die Bewältigung der Doppelaufgabe, einerseits Dokumentations- und Serviceaufgaben für die Partei zu übernehmen und gleichzeitig ein immer umfangreicheres Parteiarchiv als ein Zentrum der historischen und sozialwissenschaftlichen Forschung aufzubauen, kaum zu leisten war. So bildete die Gründung des AdsD im Juni 1969 nur einen logischen Schlußpunkt dieses Entwicklungsprozesses.

Das AdsD und seine Bestände

Anläßlich der Grundsteinlegung im Dezember 1967 hat Willy Brandt die Motive herausgearbeitet, die zur Gründung des AdsD geführt hatten: Politisch ging es der SPD darum, dem Alleinvertretungsanspruch der DDR für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung entgegenzutreten und deutlich zu machen, wie sehr sich die konkreten Erscheinungsformen des SED-Regimes von dem unterschieden, was Ursprung, Ziel und Anliegen der Arbeiterbewegung war: „Der aufreibende Kampf für die Emanzipation des vierten Standes, für die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft wurde geführt mit den Zielen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in einer Gesellschaft, die die Entfaltung jedes Menschen gewährleistet – nicht für die Ersetzung einer Form der Unterdrückung durch eine andere.“ Die Akten und Dokumente im AdsD sollten als wissenschaftliche Beweisstücke Zeugnis davon geben, „daß der deutsche Sozialismus in seiner heutigen Ausprägung in der Tradition einer Bewegung steht, die durch ihre humanitären und freiheitsliebenden Triebkräfte gekennzeichnet ist“. Neben der Sammlung und wissenschaftlichen Aufbereitung von Dokumenten sollte das AdsD als Einrichtung der Friedrich-Ebert-Stiftung aber auch der „politischen Bildung und der Festigung des demokratischen Bewußtseins“ dienen und damit an die Tradition der historischen Identitätsbildung und der politischen Aufklärung der frühen Arbeiterbewegung eines Johann Jacoby und August Bebel anknüpfen.⁷

In seiner Eröffnungsrede 18 Monate später erweiterte Brandt noch diesen Anspruch, indem er an die jungen Forscherinnen und Forscher appellierte, „mit dem Wissen um die europäischen Freiheitskämpfe des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts die Geschichte der sozialen Bewegung in der Dritten Welt zu schreiben“. Archiv und Bibliothek sollten nicht nur unter historischen Gesichtspunkten ausgewertet werden, sondern ebenso den „in die Zukunft weisenden Zweigen der Sozialwissenschaften zu Verfügung stehen“.⁸ Brandt schloß mit einem Appell, der deutlich machte, daß alle Beteiligten bei der Gründung des AdsD bewußt das Ziel verfolgten, ein Archiv zur Sicherung der Materialien der gesamten Arbeiterbewegung einzurichten, indem er „an alle Organisationen, Institutionen, Mitarbeiter und Mitglieder der deutschen Arbeiterbewegung die Bitte“ richtete, „die in ihrem Besitz befindlichen Unterlagen, die für die Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von Wichtigkeit sind, dem ‚Archiv der sozialen Demokratie‘ der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Verfügung zu stellen“. Damit waren die Aufgaben für die Archivare des AdsD formuliert. Als Grundstock übergab Willy Brandt dem AdsD die Archivalien des SPD-Parteiarchivs, verbunden mit dem Aufruf an die sozialdemokratischen Gliederungen und Mandatsträger, seinem Beispiel zu folgen.

In der Gründungsphase verstanden sich die Mitarbeiter des AdsD zunächst als Wahrer und Sicherer der Tradition und Geschichte der SPD-Parteiorganisation und ihrer Gliederungen. Nach umfangreichen Akquisitionsbemühungen gelangten neben den Akten des SPD-Parteivorstands auch große Teile der Altakten der Landesverbände und Bezirke in die Magazine des AdsD. Ihnen folgten das Archivgut der SPD-Bundestagsfraktion und der verschiedenen Landtagsfraktionen.

Parallel dazu wurden aber bereits systematisch personenbezogene Archivalien, Nachlässe und Deposita gesammelt. Die Ursache hierfür lag vor allem darin, daß insbesondere die Aktenüberlieferung der SPD aus der Weimarer Republik nahezu völlig vernichtet war. Über die systematische Akquisition von Nachlässen ehemaliger Parteifunktionäre und Mandatsträger versuchten die Archivare so, zumindest teilweise Lücken in der Überlieferung aus diesem Zeitraum zu schließen. Als Beispiel sei hier der Nachlaß des Mitbegründers der KPD und späteren Sozialdemokraten Paul Levi genannt, in dem sich sowohl Akten der Rätebewegung als auch Archivgut über die Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik und der Internationale befinden.

In der ersten für damalige Verhältnisse sehr umfangreichen Beständeübersicht des Jahres 1973 formulierten die Archivare anknüpfend an den Auftrag Willy Brandts bereits den weitergehenden Anspruch, auch „Registraturen von (nichtsozialdemokratischen) Organisationen, die aus historischen und politischen Gründen in einem Zusammenhang zur Sozialdemokratischen Partei stehen“, zu übernehmen.⁹

Bereits zu diesem Zeitpunkt waren erste Gewerkschaftsbestände, darunter Archivalien der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) und der Internationalen- und Europäischen Landarbeiter-Föderation (ILF/ELF), aber auch Akten des Arbeiter-, Turn- und Sportbundes, der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in das AdsD gelangt, jedoch keine Archivalien der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Dies hatte seinen Grund. Der Deutsche Gewerkschaftsbund als Dachverband hatte bereits kurz nach seiner Gründung beschlossen, beim DGB-Bundesausschuss ein sogenanntes Hausarchiv einzurichten, um an die Tradition der früheren Gewerkschaftsbewegung anzuknüpfen. Allerdings fehlten wie bei der Sozialdemokratie historische Akten, insbesondere Archivgut aus der Weimarer Republik. Zwar hatten viele ältere Gewerkschaftskollegen aus ihrem Privatbesitz Bildmaterial und Einzelstücke abgegeben, für die DGB-Vorstandsverwaltung war das Archiv jedoch eher ein Ort, wo, wenn die Büros zu voll wurden, Altregistraturen abgeliefert werden konnten. So wundert es nicht, daß bereits in einem DGB-Vorstandsprotokoll aus dem Jahre 1968 von dem Bestreben verschiedener Gewerkschaftskreise die Rede ist, das „DGB-Archiv in das im Aufbau befindliche Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung einfließen zu lassen“. Doch kurz zuvor hatte gerade das langjährige DGB-Vorstandsmitglied Werner Hansen die Initiative ergriffen, Archiv und Bibliothek des DGB systematisch auszubauen und zu fördern, so daß eine Verschmelzung damals keine Zustimmung fand.¹⁰ Der DGB-Vorstand beschloß, den selbständigen Aufbau des Archivs bei einer engen Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung fortzusetzen. So respektierten die Archivare des AdsD in den folgenden Jahren die DGB-Entscheidung, die Kooperation mit dem DGB-Archiv funktionierte gut, von einer Konkurrenz im Akquisitionsbereich war nichts zu spüren.

Schwerpunkt der Aktensicherung bildete in den siebziger Jahren neben der systematischen

Übernahme von Partei- und Fraktionsakten die Akquisition personenbezogener Archivalien. Bereits die erste Beständeübersicht von 1973 nennt 69 Namen, darunter so berühmte Nachlässe wie die von Paul Levi, Willi Eichler, Fritz Erler und Carl Severing. Auch Gustav Heinemann hatte bereits damit begonnen, seine Altakten in die Obhut des AdsD zu geben. 11 Jahre später füllten bereits 381 Nachlässe und Deposita mehr als 2000 lfm Regalfläche, darunter die persönlichen Bestände von Willy Brandt, Annemarie Renger, Carlo Schmid, Helmut Schmidt, Käte Strobel und Herbert Wehner.

Mitte der achtziger Jahre hatte sich das AdsD in der Archivlandschaft etabliert. Mit umfangreichen Projekten gelang es, die archivarische Ordnungs- und Verzeichnungsarbeit in Qualität und Quantität auf ein breiteres Fundament zu stellen. So fördert der Deutsche Bundestag seit Beginn der achtziger Jahre regelmäßig die Ordnung und Verzeichnung der Archivalien von Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Bundestagsfraktionen. Die Stiftung Volkswagenwerk förderte über mehrere Jahre ein umfangreiches Projekt zur Sicherung von Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im In- und Ausland, in dessen Rahmen es auch gelang, die im IISG in Amsterdam lagernden Bestände des SPD-Parteiarchivs mit Ausnahme des Marx-Engels-Nachlasses zu verfilmen.

Eine wichtige Ergänzung dieser historischen Altbestände konnte erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion realisiert werden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung und das Russische Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neueren Geschichte (RZ) in Moskau einigten sich über die Verfilmung der Nachlässe und sonstigen Bestände der deutschen Sozialdemokratie, die im ehemaligen Parteiarchiv der KPdSU lagerten.¹¹

Eine Reihe öffentlichkeitswirksamer Ausstellungen, so zum Widerstand von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern gegen das NS-Regime sowie zu Leben und Werk von Persönlichkeiten wie Kurt Schumacher, Gustav Heinemann und August Bebel machten das Archiv bundesweit bekannt. Umfangreiche Sammlungen, darunter über 50 wertvolle Traditionsfahnen, fast 500.000 Fotos, eine Flugblatt- und Plakatsammlung von jeweils 20.000 Exemplaren, ein umfangreiches Personenarchiv, die sogenannte Sammlung Personalien, und ein wachsendes Film- und Videoarchiv führten dazu, daß auch immer mehr Journalisten und Filmteams das AdsD aufsuchten. So ist es nicht verwunderlich, daß ebenfalls Mitte der achtziger Jahre auch erste deutsche Gewerkschaftsvorstände beschlossen, ihre Altregistraturen an das Archiv abzugeben, zumal das DGB-Archiv in diesen Jahren immer mehr in Richtung Dokumentation ausgebaut wurde.

Inzwischen bilden die Gewerkschaftsakten neben den SPD-Parteiakten eine zweite große Säule der Organisationsregistraturen. Von 1984 bis 1999 gelangten über 8000 lfm Archivgut deutscher und internationaler Gewerkschaftsgliederungen in das AdsD. Hervorgehoben werden sollen hier nur einige wenige Schätze. Einen seiner historisch wertvollsten Bestände konnte das Archiv erst 1996 übernehmen, den ADGB-Bestand des August-Bebel-Instituts aus Berlin, der gemeinsam mit den bereits im AdsD lagernden ADGB-Restakten und dem ADGB-Restbestand des DGB-Archivs so zumindest einige Lücken in der gewerkschaftlichen Überlieferung der Weimarer Republik schließt. Als der DGB-Bundesvorstand sich Mitte der neunziger Jahre entschloß, das DGB-Archiv dem Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung anzuvertrauen, lagerten mit über 3000 lfm bereits annähernd doppelt so viele Gewerkschaftsarchivalien in den Kellern des AdsD, so auch das Archiv der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG), die nach dem Krieg nicht unter das Dach des DGB fand.

Die Mehrheit der DGB-Mitgliedsgewerkschaften hat inzwischen ihre Registraturen in die Obhut des AdsD gegeben, als eine der letzten die größte Industriegewerkschaft der Welt, die IG Metall. Das IG Metall-Archiv umfaßt 1200 lfm Akten, die zum größten Teil noch archivwissenschaftlich erschlossen werden müssen. Gleichwohl läßt sich jetzt schon festhalten, daß besonders aufgrund der Dichte der Überlieferung in den fünfziger und sechziger Jahren hier eine kaum abschätzbare Fülle nicht erschlossener Quellen schlummert, die eine wichtige Ergänzung der DGB-Registraturen dieser Jahre bilden.

In diesem Zusammenhang sei noch auf eine wachsende Zahl von Gewerkschafter-Nachlässen und -Deposita hingewiesen. So wurden bereits mit dem DGB-Archiv über 50 z. T. wertvolle persönliche Bestände, wie z. B. die Nachlässe von Hans Gottfurcht, Fritz Tarnow und Heinz-Oskar Vetter übernommen. In den letzten Jahren waren es vor allem ausgeschiedene Gewerkschaftsführer, die ihre persönlichen Bestände an das AdsD abgaben, darunter in jüngster Zeit Franz Steinkühler.

Schließlich seien aus den Gewerkschaftsbeständen noch die der europäischen und besonders die der internationalen Berufssekretariate hervorgehoben. Während sich die Registraturen der beiden Dachverbände EGB und IBFG im IISG in Amsterdam befinden, haben die meisten Gewerkschaftsinternationalen ihre Archive an das AdsD in Bonn abgegeben. Vielfach gehen die Bestände in ihren Laufzeiten bis in die Gründungsphase im letzten Jahrhundert zurück. Für die Forschung ist es oft eine Erleichterung, daß, wie z. B. im Falle der Metaller, die Archive des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB), des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB) und der IG Metall an einer zentralen Stelle vereint sind. Ähnliches gilt inzwischen auch für die Privatangestellten, die Bau- und Holzarbeiter, Nahrungsmittelarbeiter und die Bildungs- und Mediengewerkschafter.

Längst war auch die Anzahl der Bestände aus dem Umfeld der Sozialdemokratie und der sozialen Bewegungen erheblich angewachsen. Im Gefolge der Friedensbewegung gelangten noch in den achtziger Jahren Organisationsbestände und eine Reihe von personenbezogenen Akten ins AdsD, darunter die Registraturen der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) ebenso wie die Archivalien einzelner Mitglieder des Bensberger Kreises. Anfang der neunziger Jahre waren es die sudetendeutschen Sozialdemokraten, die ihr umfangreiches „Seliger-Archiv“ in die Obhut des AdsD gaben.

Nach der deutschen Einigung gelangten auch die Altregistraturen der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP/SPD) und der SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR in das AdsD. Inzwischen übernimmt das Archiv fortlaufend die Altbestände der regionalen Parteigliederungen und der Landtagsfraktionen der neuen Bundesländer. Aus dem Kreis der ostdeutschen Politiker hat beispielsweise Wolfgang Thierse bereits umfangreiches Archivgut abgegeben.^{[12](#)}

Vor neuen Herausforderungen

Das dreißigjährige Jubiläum des AdsD markiert kurz vor der Jahrtausendwende allerdings auch eine Reihe von Herausforderungen, durch die alle Kolleginnen und Kollegen zukünftig mit neuen und alten Aufgaben konfrontiert werden. Der Regierungswechsel nach Berlin bedeutete für das AdsD eine neue Herausforderung. Zum einen beinhaltete der Umzug der Bundestagsfraktionen einen

gewaltigen Aktenzuwachs, da alle Fraktionsbüros nur das unbedingt notwendige Aktengut mitgenommen haben, so daß der größte Teil der SPD-Fraktionsregistraturen dem Archiv zufiel. Fast der gleiche Prozeß spielte sich im Bereich der Parteiregistraturen ab, da inzwischen die „SPD-Baracke“ freigezogen ist, die Archivalien größtenteils ins AdsD gewandert sind. Auf diese Weise gelangten in wenigen Wochen mehrere 1000 lfm Aktengut unterschiedlicher Provenienz in die Archivkeller. Sie bilden eine neue gewaltige Anforderung an die Ordnungs- und Verzeichnungskapazitäten des personell nicht erweiterten Kreises der Archivkolleginnen und -kollegen.

Schließlich sorgten die Bundestagswahlen im letzten Jahr, die Europawahlen im Frühsommer und der Umzug der Bundestagsabgeordneten in diesem Sommer dafür, daß auch Zahl und Umfang der Deposita erheblich anwuchsen. Inzwischen sind es über 800 personenbezogene Bestände, Nachlässe und Deposita von Politikerinnen, Politikern, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, die in den Archivkellern lagern.

Archiv als digitales Leistungszentrum

Bleibt abschließend die Frage zu beantworten, ob sich die Archivarbeit auch im AdsD in einem tiefgreifenden Umwandlungsprozeß befindet, ausgelöst durch die ständig wachsenden Speichermöglichkeiten einer scheinbar unbegrenzt leistungsfähigen EDV. Angesichts der Gefahr, der ständig ansteigenden Materialflut immer weniger gewachsen zu sein, liegt es auf der Hand, daß moderne Archive versuchen, den Weg der Digitalisierung zu beschreiten. Seit Mitte der neunziger Jahre bedient sich das AdsD bei der Erschließung von Akten ebenso wie bei der Verzeichnung und digitalen Verarbeitung von Sammlungsgut einer speziell für Archivanwendungen entwickelten Datenbank, die es dem Benutzer erlaubt, übergreifend in allen frei zugänglichen Beständen des AdsD zu recherchieren. Speziell im Bereich der audiovisuellen Sammlungen wurden in den letzten Jahren Digitalisierungsprojekte durchgeführt, die zur Bestandserhaltung maßgeblich beitragen und einen benutzerfreundlichen Rechercheservice ermöglichen. Neben der Digitalisierung der Foto- und Plakatsammlung hat das in der Fachwelt viel beachtete Pilotprojekt zur inhaltlichen Erschließung, Digitalisierung und Volltexteinbindung der historischen Sammlung von Flugblättern und Flugschriften einen breiten Raum eingenommen.¹³

Was auf der einen Seite für computererprobte Forscher neue, bisher ungeahnte Recherchiermöglichkeiten jenseits klassischer Findbücher eröffnet, löst freilich auf der anderen Seite für die mit Akten befaßten Archivare nicht das Problem ihrer wachsenden Aktenberge. Die Aufgabe der Akquisition und Aktensicherung, den Prozeß der inhaltlichen Aktenbewertung – und damit verbunden – die folgenschwere Entscheidung über Kassation nimmt ihnen kein Computer ab, die Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten werden durch Archivsoftware und Datenbank zwar erheblich erleichtert, nicht aber ersetzt.

Inzwischen hat nicht nur die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung ihre Kataloge in das Internet gestellt. Die Internet-Benutzer können auch unter der Homepage des AdsD die Beständeübersicht und immer mehr Findmittel auswerten, um zu wissen, ob sich in den Beständen für ihr Forschungsvorhaben relevantes Material befindet. Zur Einsicht in Schriftgutbestände werden sie letztlich das Archiv aufsuchen müssen, denn jedes Archiv ist zur Einhaltung von Datenschutz und

Benutzungsaufgaben von Hinterlegerin und Hinterleger beziehungsweise der hinterlegenden Organisation und Institution verpflichtet. Hier unterscheidet sich klassisches Schriftgut wesentlich von Gedrucktem und vielem Sammlungsgut, in dem der virtuelle Benutzer (nach Lösung von Copyrightfragen u. ä.) gewiß bald per Internet surfen wird. Das digitale Leistungszentrum der Zukunft, in dem Archiv, Bibliothek und Dokumentation immer mehr verzahnt werden, kann letztlich nicht Personal ersetzen. Es braucht vielmehr engagierte und kreative Archivarinnen und Archivare, die sowohl das klassische Archivhandwerk als auch die Software beherrschen und die Bereitschaft zur ständigen Weiterqualifikation mitbringen. – Im Sinne Willy Brandts haben die Kolleginnen und Kollegen des AdsD in den letzten dreißig Jahren gemeinsam ein Zentrum lebendiger Forschung aufgebaut.

Fußnote 1: Begrüßungsworte des Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung Ministerpräsident a. D. Holger Börner, in: Klaus Schönhoven, Auf dem Weg zum digitalen Dienstleistungszentrum. 30 Jahre Archiv der sozialen Demokratie, Vortrag anlässlich einer Jubiläumsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 7. Juni 1999 in Bonn, Bonn 1999, S. 6. [Zurück](#)

Fußnote 2: Willy Brandt, Festrede zur Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie am 6. Juni 1969, in: Klaus Schönhoven, a. a. O., S. 33. [Zurück](#)

Fußnote 3: *Social-Demokrat*, Berlin, 3. Jg., Nr. 135, vom 15. 11. 1867. [Zurück](#)

Fußnote 4: Vgl. zum Vertrag mit dem „Russischen Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neueren Geschichte (RZ)“, wie das „Russische staatliche Archiv der sozialen und politischen Geschichte“ in Moskau früher hieß, unten, Fußnote 11. [Zurück](#)

Fußnote 5: Eine Ausnahme bilden die Registraturen des 1867 abgespaltenen Lassalleschen ADAV im Archiv Mende-Hatzfeld, die in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) lagern. Der in Abt. IV des AdsD aufgeführte ADAV-Bestand besteht aus Kopien von Dokumenten verschiedenster Provenienz, die nachträglich unter dem Namen ADAV zusammengefügt wurden. [Zurück](#)

Fußnote 6: Vgl. im folgenden Paul Mayer, Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. VI/VII, 1966/67, S. 10ff. [Zurück](#)

Fußnote 7: Vgl. Schönhoven, a. a. O., S. 15 sowie den Wortlaut der Rede, a. a. O., S. 27–30. [Zurück](#)

Fußnote 8: Vgl. a. a. O., S. 36. Schönhoven wies in seiner Festrede darauf hin, daß sich gerade das vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung jährlich herausgegebene „Archiv für Sozialgeschichte“ seit den frühen siebziger Jahren unter der Regie von Dieter Dowe, Kurt Klotzbach und Hans Pelger zum wichtigsten historiographischen Schrittmacher der modernen Sozialgeschichte in Deutschland entwickelte, a. a. O., S. 16. [Zurück](#)

Fußnote 9: Archiv der sozialen Demokratie, Übersicht über die Archivbestände. Bearbeitet von Werner Krause und Sheila Ochová, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 7. [Zurück](#)

Fußnote 10: Vgl. hierzu Klaus Mertsching/Hans-Holger Paul, Gewerkschaftsakten im Archiv der sozialen Demokratie

der Friedrich-Ebert-Stiftung, in: *Der Archivar*, Jg. 49, 1996, Sp. 437ff. [Zurück](#)

Fußnote 11: Der Vertrag wurde 1992 mit dem RZ, heute „Russisches staatliches Archiv der sozialen und politischen Geschichte“ abgeschlossen. Seitdem sind über 50 Bestände verfilmt und gemeinsam mit den Findmitteln im AdsD benutzbar. Aus steht noch die Verfilmung des in Moskau lagernden Teiles des Marx-Engels Nachlasses. [Zurück](#)

Fußnote 12: Vgl. Archiv der sozialen Demokratie, Bestandsübersicht. Zweite, veränderte Auflage, Bonn (Dezember) 1997. [Zurück](#)

Fußnote 13: Vgl. weiterführend Harry Scholz/Jutta Spoden, Erschließung und Digitalisierung der Flugblatt- und Flugschriftensammlung im Archiv der sozialen Demokratie. Bericht über ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstütztes Pilotprojekt, in: *Der Archivar*, Jg. 52, 1999, Sp. [Zurück](#)

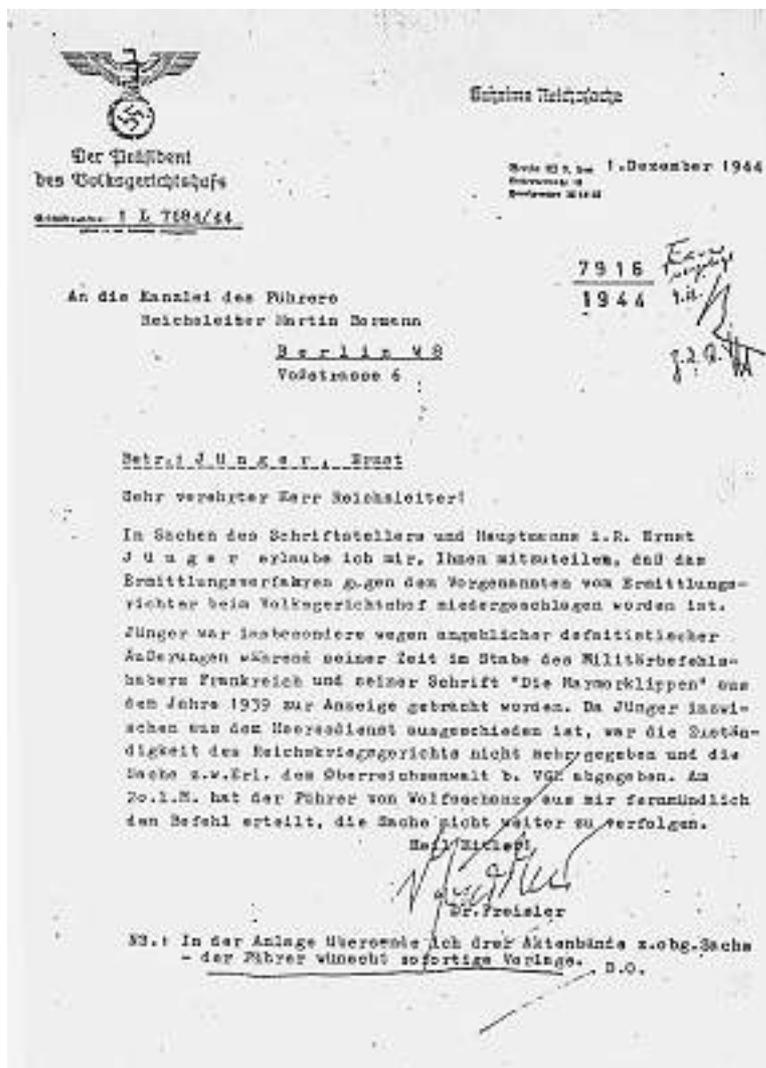
"Woher kommt das Photo?" Zur Authentizität und Interpretation von historischen Photoaufnahmen in Archiven¹

Wolf Buchmann

1. Die Prüfung der Authentizität

Die Analyse von Dokumenten, die Frage ihrer Authentizität und ihre Interpretation im Kontext ihrer Entstehung sind Voraussetzung und Grundlage der historischen Forschung. Die Quellenkritik an massenhaft überlieferten Fälschungen von Urkunden des Mittelalters waren der Hauptgrund für die Entwicklung der historischen Hilfswissenschaften als Teilbereich der Geschichtswissenschaft seit dem 17. Jahrhundert.² Die dabei entwickelten Methoden sind modifiziert heute auch für die Prüfung der Authentizität von Dokumenten des 20. Jahrhunderts anwendbar. Zwei Methoden sind dabei zu unterscheiden: zunächst die Prüfung eines Dokuments selbst, d. h. die Analyse inhaltlicher und formaler Daten sowie des Materials (z. B. der Papierchemie), und andererseits, nicht minder wichtig, die Prüfung des Entstehungszusammenhangs und der Überlieferungsgeschichte des Dokuments, d. h. die Frage, wann, wo, in welcher Kompetenz, von wem und in welcher Absicht veranlaßt ein Dokument entstanden ist.

In verstärktem Maße seit der Entlarvung der sogenannten Hitlertagebücher als Fälschung wird das Bundesarchiv immer wieder um Ermittlungen und Aussagen zur Authentizität von Dokumenten gebeten, wobei der Marktwert von Autographen, insbesondere angeblicher NS-Unterlagen, ebenso eine Rolle spielt wie der Versuch, bestimmte Aussagen über historische Vorgänge durch manipulierte Dokumente zu stützen. Beide vorgenannten Methoden der Authentizitätskontrolle sind für die Beantwortung entsprechender Fragen einzusetzen. Ein Beispiel für die Prüfung eines Einzeldokumentes war die Bestätigung des Fälschungsverdachts eines angeblichen Briefes des Präsidenten des Volksgerichtshofs Roland Freisler an Reichsleiter Martin Bormann vom 1. Dezember 1944:



Gefälschter Brief Freislers

Auf den ersten Blick gut gemacht erweist sich das Blatt schon bei der Prüfung formaler Merkmale schnell als Fälschung. Eines von mehr als zehn falschen Elementen ist etwa das Geschäftszeichen "1 L 7684/44". Die laufenden Nummern der Serie 1 L wurden in chronologischer Folge des Eingangs der Anklage des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof jahrgangsweise vergeben. Die höchste nachweisbare Nummer dieser Serie im Jahr 1944 ist jedoch 1 L 521/44. Der Fälscher hat entweder die Zahl der Eingänge um ein Vielfaches überschätzt oder das System der Vergabe der Eingangsnummern überhaupt nicht verstanden.³ Die Überlieferungsgeschichte des Dokuments war unbekannt, nach dem eindeutigen Ergebnis der nur auf das Dokument selbst bezogenen Prüfung für die Frage der Authentizität auch nicht mehr von Interesse.

Das zweite Verfahren der Echtheitsprüfung setzt an bei der Frage, woher ein Dokument kommt. Fälschungen einzelner Dokumente durch den Versuch, Originale nachzuahmen, sind häufig. Schwieriger ist der Versuch, einer Fälschung durch die Konstruktion eines Entstehungszusammenhangs und der folgenden Überlieferungsgeschichte Authentizität zu verleihen. Ein krimineller Benutzer des Bundesarchivs legte einen selbst formulierten Brief in einen Band der Reichskanzlei. Der Schwindel flog sofort auf, als er sich nach einigen Wochen den Inhalt dieses Briefes vom Bundesarchiv bestätigen lassen wollte, um mit einer angeblich Hitler gehörenden Pistole Geschäfte zu machen. Die Fälschung des Dokuments selbst war dilettantisch. Die Hoffnung des Fälschers beruhte auf der grundsätzlich richtigen Idee, daß der Überlieferungskontext eines Dokuments, in diesem Fall der zweifelsfrei echte Band der Reichskanzleiakte im Bundesarchiv, diesem Blatt Authentizität verleihen könnte.⁴

In der Diskussion um die Ausstellung: "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht" wurde das Bundesarchiv mehrfach auf angeblich gefälschte oder manipulierte Bilder der Ausstellung angesprochen. Vergleichbare Daten wie bei Dokumenten finden sich bei manchen Photos auf der Rückseite, z. B. als Hinweis auf Ort, Zeitpunkt oder Anlaß der Aufnahme, auf Urheberrechte, Negativnummern, Weitergabebewehalte oder Bearbeitungsvermerke. Die Prüfung dieser Daten setzt Detailkenntnisse voraus - bezeichnenderweise wurde das Bundesarchiv fast nie nach solchen Informationen gefragt. Kritische Bemerkungen bezogen sich dagegen, zum Teil auf der Grundlage absurder Behauptungen, nur auf die Bilder selbst. Sie seien falsch, weil deutsche Soldaten an der Ostfront sich keine Dauerwellen, wie angeblich auf dem Bild zu sehen, legen lassen konnten, oder sie seien falsch, weil das Bild unscharf und damit nicht genau zu überprüfen sei. Beliebte sind Schattenspiele: der Schatten fehlt, ist zu kurz oder zu lang oder liegt in der Richtung falsch. Mützen mit einer bestimmten silbernen Kordel wurden angeblich nur im Reichsgebiet getragen, deutsche Soldatenmäntel hatten immer einen schmalen Kragen und zwei Knopfreihen - ein entsprechendes Bild, das aus einem Museum der früheren UdSSR stammt und ein Produkt der sowjetischen Propaganda sei, könne deswegen doch sehr leicht als Fälschung entlarvt werden. Die beiden Verfahren, Authentizität zu prüfen, d. h. in diesem Fall Fälschungen zu behaupten, werden hier geschickt miteinander verbunden. Das Dokument wird anhand einzelner Bildelemente angeblich als Fälschung erkannt, die Überlieferungsgeschichte soll dann die Erklärung und das Motiv für diese behauptete Maßnahme der sowjetischen Propaganda liefern.

An einem Beispiel, d. h. anhand von Aufnahmen der Ausstellung, die aus dem Bundesarchiv stammen, soll im folgenden geprüft werden, ob und welche der beiden genannten Methoden auch für historische Photoaufnahmen sinnvoll anwendbar sind.

Zu zwei Aufnahmen der Ausstellung aus Mogilew, deren Vorlagen im Bundesarchiv verwahrt werden, stellte ein im Rahmen eines Strafverfahrens amtlich beauftragter Gutachter eine Manipulation in einem schriftlichen Gutachten ‚eindeutig‘ fest mit der technisch begründeten Behauptung, jeweils mindestens ein weißer Stern sei nachträglich in die Aufnahmen einkopiert worden.



Angeblich gefälschte Aufnahmen

Geprüft wurde dies nur an Hand von großformatigen Rückvergrößerungen und nur durch Betrachtung der Bilder selbst ohne Rückfrage nach den Bildvorlagen, ihrer Qualität und Herkunft.⁵

Der methodisch ungleich wichtigere Weg ist bei historischen Aufnahmen die Analyse der Entstehung eines Bildes und der Verbleib des Negatives sowie der unmittelbar nach der Entwicklung des Films gezogenen Rückvergrößerungen. Dies kann im Einzelfall ein sehr aufwendiges Verfahren sein, das nicht immer zu sicheren Ergebnissen führt. Für die beiden von einem Gerichtsgutachter als manipuliert deklarierten Bilder, die als PK-Aufnahmen im Bundesarchiv mit den Signaturen Bild I 101 / 138 / 1083 / 16 und 26 verwahrt werden, konnte folgendes ermittelt werden: Der Photograph war, wie sich aus der Beschriftung der 1941 verwendeten Negativtaschen und einer zeitgenössischen Rückvergrößerung, aus amtlichem Schriftgut des Bundesarchiv-Militärarchivs und aus seinen Personalunterlagen bei der "WAST"⁶ ergibt, der Bildberichterstatter Rudolf *Kessler*, der als

Angehöriger der Propagandakompanie 689 im Juli 1941 nach der Einnahme der Stadt Mogilew durch die 15. Infanteriedivision vor Ort drei im Bundesarchiv vorliegende Filme belichtete. Wie häufig bei PK-Aufnahmen sind die beiden angeblich manipulierten Bilder Teil einer Bildserie. Betrachtet man die drei vorliegenden Kleinbildfilme mit insgesamt 104 Aufnahmen im Ganzen, sind verschiedene Bildsequenzen zu unterscheiden, mit denen folgender Ablauf der Ereignisse in Mogilew im Sommer 1941 rekonstruierbar ist:

1. Annähen von weißen Sternen





1. Bildfolge, Bild 1 bis 10: Männer sitzen am Boden und befestigen durch Annähen oder Anheften große weiße Sterne an ihrer Kleidung, um sich als Juden zu kennzeichnen.⁷

2. Werkzeugempfang







2. Bildfolge, Bild 11-27: Die Männer müssen sich in einer Dreierreihe aufstellen und erhalten Besen, Schaufeln und Spaten.⁸ Unter den 17 Aufnahmen dieser zweiten Bildfolge befinden sich die Aufnahmen mit den Filmnegativnummern 16 und 26, in die die Sterne angeblich einkopiert wurden.

3. Marsch zum Arbeitsplatz





3. Bildfolge, Bild 28-30: In einer Marschkolonne wird die Gruppe durch die Stadt geführt.⁹

4. "Juden lernen arbeiten"





4. Bildfolge, Bild 31-59: Diese 29 Bilder zeigen das Thema, dem das eigentliche Interesse des Photographen galt.¹⁰ In der im Sommer 1941 formulierten Bildbeschriftung für ein Photo dieser Serie, das Zeitungen zur Veröffentlichung überlassen wurde, wird dies deutlich: "An der Sowjetfront. Sowjetjuden lernen arbeiten. Die deutschen Truppen sind erst kurze Zeit in Mogilew. In der durch die harten Kämpfe und die Brandschatzungen der Sowjets stark mitgenommenen Stadt sind gewaltige Aufräumungsarbeiten zu leisten. Jüdische Arbeitskommandos werden dazu eingesetzt".¹¹

5. Kontrolle /Registrierung





5. Bildfolge, Bild 60-68: In den Eingang zur deutschen Ortskommandantur wird ein Tisch gestellt, an dem Frauen, Männer und Kinder, die in einer langen Schlange warten, Dokumente vorlegen, Bescheinigungen erhalten oder registriert werden. Der Zweck dieser Maßnahme ist aus den Bildern allein nicht zu erschließen. Eine Person in der Warteschlange trägt einen Judenstern.¹²

6. Bildfolge, Bild 69-71: Porträtaufnahmen eines deutschen Soldaten.¹³

7. Bildfolge, Bild 72-74: Die bisherigen Aufnahmen wurden vor dem Hintergrund von Steinhäusern gemacht. Mit einem neu eingelegten Film ging der PK-Photograph in einen anderen Stadtbezirk mit Holzhäusern.¹⁴

6. Holzhäuser in Mogilew, Packen und Umzug







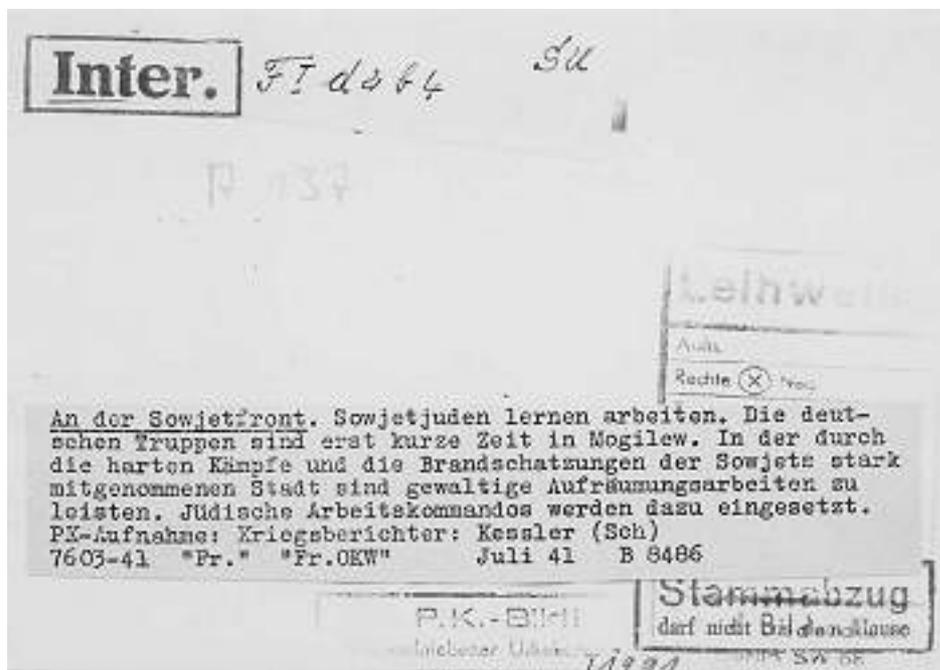
8. Bildfolge, Bild 75-104: Die Bilder zeigen Juden mit großen Bündeln, Männer, Frauen und Kinder, zum Teil schwer belastet durch das Gepäck, auf dem Weg zu einem nicht erkennbaren Ziel, Männer beim Packen Ihrer Bündel.¹⁷

Ort und Zeitpunkt der Aufnahmen sind eindeutig ermittelt, ebenso der Photograph und der propagandistische Zweck der Bilder. Es bleibt die Frage nach ihrer Überlieferungsgeschichte, auf die hier nur sehr kurz eingegangen werden kann.¹⁵ Die Filme der Kriegsberichterstatter wurden sofort entwickelt, vom Kleinbildfilm wurden Kontaktstreifen und von den brauchbaren Negativen dann Vergrößerungen hergestellt. Nach einer Zensur unter militärischen Gesichtspunkten wurde unter politisch-propagandistischen Aspekten entschieden, welche Vergrößerungen für den Pressegebrauch freigegeben wurden. Diese Vergrößerungen wurden Bildagenturen zur Verteilung an die Presse zugesandt mit einer vorformulierten Bildlegende. Für eine Aufnahme der Bildserie ist dies belegt: das 18. Bild der vierten Bildfolge¹⁶ wurde mit dem oben bereits zitierten Bildtitel auch an den Scherl-Verlag in Berlin gesandt, dessen Bildbestände sich zum überwiegenden Teil heute in der Obhut des Bundesarchivs befinden, darunter auch das Original der einen Mogilew-Aufnahme aus dem Jahr 1941.

In Berlin wurden die Negative der Kleinbildfilme, positive Kontaktkopien auf Photopapier im Streifenformat der Negative und Rückvergrößerungen in das Bildarchiv des "Bildpresseamts" übernommen, das 1936 vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gegründet, bei Kriegsausbruch jedoch dem Oberkommando der Wehrmacht unterstellt wurde. Dieses sehr umfangreiche Bildarchiv wurde wegen der Gefährdung durch Bombenangriffe von Berlin (Amtsgebäude Friedrichstrasse/Ecke Französische Straße) nach Templin in der Uckermark

ausgelagert. Der langjährige Leiter des Bildpresseamts, Dietrich *Evers*, mißachtete die ihm Ende April 1945 von Goebbels gegebene Weisung, den gesamten Bildbestand zu vernichten und evakuierte die Negative nach Süddeutschland. Nachdem ein Lastwagen in Gotha gestrandet war, dessen Ladung verschollen ist, wurde der zweite Lastwagen des Transports in Bayern von Amerikanern beschlagnahmt, über Wiesbaden nach Washington gebracht und 1962 dem Bundesarchiv übergeben. Die Aufnahmen bilden heute den Bildbestand Bild 101 Propagandakompanien, mit den Teilbeständen Bild 101 I Propagandakompanien Heer und Luftwaffe, Bild 101 II Propagandakompanien Marine und Bild 101 III Propagandakompanien Waffen-SS. Das Bundesarchiv hat sofort nach Übernahme und Kontrolle der Negative im Jahr 1962 neue positive Kontaktkopien im Streifenformat der Negative zur Sicherung des Bestandes anfertigen lassen. In einem weiteren Arbeitsgang wurden später die Negative auf Sicherheitsfilm (Microfiches) umkopiert und vergrößert. Diese Vergrößerungen werden Benutzern vorgelegt, die Negativ-Fiches sind das Ausgangsmaterial für Rückvergrößerungen im Auftrag von Benutzern. Es ist selbstverständlich, daß Benutzern nur die genannten Vergrößerungen vorgelegt werden, die Fiches-Negative werden in klimatisierten Sondermagazinen gelagert, zu denen nur autorisierte Mitarbeiter des Bundesarchivs Zugang haben. Die Original-Nitrofilme aus den Kameras der PK-Photographen werden, soweit heute noch in der Obhut des Bundesarchivs, in Kühlkontainern an sicherer Stelle im Westerwald verwahrt. Wegen der dem Material immanenten Zersetzungs- und Explosionsgefahr wurde eine Hälfte der Nitro-Negative nach der Umkopierung auf Sicherheitsfilm vernichtet.





Scherl-Vergrößerung mit Bildlegende des Jahres 1941 (Vorder- und Rückseite des Bildes)

Alle PK-Aufnahmen des Bundesarchivs haben damit eine Überlieferungsgeschichte, die ihre ausschließliche Verwahrung durch staatliche Stellen dokumentiert. Bereits mittelalterliche Urkunden gewannen Beweiskraft durch ihre Verwahrung in öffentlichen Stellen.¹⁸ Im englischen Rechtssystem hat für Archivgut die Qualität der ‚unbroken custody‘ auch heute noch besondere Bedeutung. Man muß schon abenteuerlichen Verschwörungstheorien anhängen, wenn man unterstellen sollte, einzelne der mehr als eine Million PK-Aufnahmen in der heutigen Obhut des Bundesarchivs seien durch amerikanische oder deutsche Stellen manipuliert oder gefälscht worden. Dies gilt insbesondere für das erläuterte Beispiel der Aufnahmen Kesslers aus Mogilew: ein Fälscher hätte hier nicht nur im PK-Bestand des Bundesarchivs in Koblenz, sondern auch im Bestand des Scherl-Bildarchivs im Bildarchiv von ADN (Allgemeiner Nachrichtendienst der DDR) in Ostberlin parallel fälschen müssen, eine Vorstellung, die mit rationalen Argumenten nicht mehr begründbar ist.

Teil der Überlieferungsgeschichte historischer Photoaufnahmen sind auch frühere Veröffentlichungen der jeweiligen Bilder. Aus der Serie der Mogilew-Aufnahmen wurden zum Beispiel mit einem weiteren Bild der Serie genau die beiden Aufnahmen mit den Negativnummern 16 und 26, die der genannte Gutachter als manipuliert erklärte, bereits im Jahre 1989 in einem Ausstellungskatalog veröffentlicht und damals meines Wissens nicht hinterfragt.¹⁹ Die Bildlegende lautete: "Sowjetische Juden als Zwangsarbeiter der Wehrmacht, Sowjetunion, 1941, PK-Photos" mit Angabe der Bildsignatur des Bundesarchivs.

Zusammengefaßt: grundsätzlich liefern die traditionellen Methoden der Geschichtswissenschaft auch für historische Photographien geeignete Instrumente der Authentizitätsprüfung. Das Beispiel der Mogilew-Aufnahmen zeigt, daß eine Aussage, die sich nur auf eine technische und/oder inhaltliche Analyse eines Einzelbildes beschränkt, sehr kritisch geprüft werden muß. Die Betrachtung des Entstehungszusammenhangs und der Überlieferungsgeschichte des Bildes ist dagegen die wichtigste Voraussetzung eines Urteils über dessen Authentizität.

2. Die Bildlegende

Die archivische Titelaufnahme und die Interpretation einer Photoaufnahme als historische Quelle scheinen einfach zu sein: man sieht einen punktuellen Ausschnitt der Wirklichkeit an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit, und diese Realität ist dann mit angemessener Terminologie zu umschreiben. Daß dies so unkritisch nicht sinnvoll ist, läßt sich ebenfalls am Beispiel der Mogilew-Aufnahmen erläutern.²⁰ Für historische Photoaufnahmen gibt es Interpretationsebenen, die bei archivischen Titelaufnahmen zu Bildern oder Bildserien, bei Bildbeschriftungen von Photos in Ausstellungen und bei der Benutzung von Bildern als Quelle für historische Veröffentlichungen zu beachten sind.

Unproblematisch sind mehr oder weniger zufällige Schnappschüsse, etwa Kameradenbilder, mit denen der PK-Berichterstatter in Mogilew die letzten Aufnahmen seines einen Films verbrauchte.²¹ Eine Titelaufnahme kann sich, wenn überhaupt von Interesse, z. B. auf ‚Porträtaufnahmen eines deutschen Soldaten‘ beschränken.

Die erste Bildserie des Annähens der weißen Sterne bedarf dagegen der Interpretation. Für die Ergebnisse des erzwungenen Arbeitseinsatzes, d. h. für die Frage, was und wieviel an Schutt und Schrott weggeräumt wurde, waren diese Sterne selbstverständlich ohne Belang. Bei der Betrachtung der Aufnahmen wird deutlich, daß sie für den Photographen dagegen ein zentrales Informationselement seiner Aufnahmen waren. Der Beleg, daß Juden erst durch Maßnahmen der deutschen Wehrmacht zum körperlichen Arbeiten gezwungen wurden, war ihm wichtiger als ein Photo von Aufräumungsarbeiten beliebiger Einwohner von Mogilew.

Diese Interpretation wird bestätigt durch die im Propagandaministerium in Berlin formulierte oder zensierte Beschriftung des für die Nachrichtenagenturen bestimmten Bildes, die oben zitiert wurde. Zwei durch die NS-Ideologie geprägte Vorstellungen werden miteinander verbunden: Zu körperlicher Arbeit müssen Juden erst gezwungen werden, sie "lernen arbeiten" - zweitens sind die Sowjets an den Zerstörungen der Stadt selbst schuld. Ein vorgeblich pädagogischer Ansatz verbindet sich mit einer Umkehr der Schuldzuweisung für die Zerstörung der Stadt Mogilew auf perfide Weise. Dies erschließt sich eindeutig erst aus der Kombination des Bildes mit seiner zeitgenössischen Bildlegende. Es ist deswegen eine fast selbstverständliche archivfachliche Forderung, daß mit dem Bild auch der historisch korrekte Text des Jahres 1941 dokumentiert werden muß, der als Teil der historischen Quelle ‚Bild‘ ebenso wenig verändert werden darf wie das Bild selbst.

Für die Frage, wie PK-Aufnahmen im Kontext der anderen Quellen zur Geschichte der NS-Zeit zu bewerten und zu interpretieren sind, ist von Interesse, ob und inwieweit die vom NS-Regime gewollte propagandistische Wirkung erzielt wurde. Die ‚Meldungen aus dem Reich‘ des Sicherheitsdienstes der SS sind dazu eine aussagekräftige Quelle. Bereits am 26. Juni 1941 wird berichtet, daß "die rasch einsetzende Bildberichterstattung der Presse" mit "großer Zustimmung" aufgenommen wurde.²² In fast jeder dieser internen Meldungen finden sich wertende Aussagen über Wort-, Bild- und Filmberichte, wobei positive Voten über die propagandistische Wirkung überwiegen. Als besonders beeindruckend werden Nahaufnahmen, wie auf dem Anfang der Mogilewfilme²³ zu sehen, hervorgehoben. Die Meldung 198 vom 30. Juni 1941 zitiert eine Aussage aus Königsberg: "Großen Eindruck machen die ‚Untermenschentypen‘, die auf den Bildern der ersten Gefangenentransporte zu sehen gewesen seien. Man brauche sich nur diese Verbrecherfratzen anzusehen, dann weiß jeder, daß

der Krieg gegen die Sowjetunion eine gerechte Sache ist".²⁴ Verstärkt werden konnte dieser Effekt durch die Gegenüberstellung von Porträtaufnahmen von ‚minderwertigen‘ Kriegsgefangenen und ‚heldischen‘ deutschen Soldaten, einem rassistischen Klischee, das sich dem deutschen Publikum mit Photoaufnahmen besonders eindrucksvoll vermitteln ließ.²⁵

Nach 1945, in Kenntnis des Holocaust, ist das Bild selbstverständlich anders einzuordnen und zu interpretieren als dies im Propagandaministerium im Jahre 1941 formuliert wurde. Vom ADN, dem Allgemeinen Nachrichtendienst der DDR, wurde das Bild mit einer neu formulierten Bildlegende zur Veröffentlichung angeboten: "II. Weltkrieg 1939-45 Judenverfolgung in den von faschistischen deutschen Truppen besetzten Gebieten der Sowjetunion; Juli 1941. Mit Davidstern gekennzeichnete Juden sind zu Aufräumungsarbeiten in Mogilew eingesetzt."²⁶ Die Bildlegende wurde damit inhaltlich und sprachlich in einer für die DDR politisch korrekten Fassung aktualisiert, erfreulicherweise nur auf den für den Vertrieb im In- und Ausland vorgesehenen neuen Vergrößerungen, ohne die Bildlegende auf der Rückseite des Originalbildes von 1941 zu tilgen.

In wissenschaftlichen Veröffentlichungen werden historische Aufnahmen gern als Illustration benutzt, die im Kontext der Darstellung ohne inhaltliche Bedeutung sind. Dementsprechend frei ist vielfach der Umgang mit den Bildlegenden. In einer neueren Veröffentlichung in der Schriftenreihe des Bundesarchivs werden unter anderen auch mehrere Aufnahmen der Mogilew-Serie abgedruckt. Zu einem Bild der achten Serie, das fast identisch ist mit der vorne abgebildeten Aufnahme mit der Negativnummer 26, schreibt der Verfasser: "Mit Hilfe des jüdischen ‚Ordnungsdienstes‘ (Mann mit Mütze rechts) wird einer jüdischen Familie der Befehl zur ‚Umsiedlung‘ in ein Ghetto überbracht (BArch 101 I - 138/1091/22a)." Der Text spricht für die Fähigkeit des Verfassers, sich in die abgebildete Situation einzufühlen. Aus der Abfolge der Aufnahmen in Mogilew ergibt sich auch eine gewisse Plausibilität für seine Bildinterpretation. Ob und welche Funktion allerdings der Mann mit Mütze hatte und über welches Thema hier gesprochen wurde, wird wohl nicht abschließend beantwortet werden können. Dieser Umgang mit historischen Photos ist aber bezeichnend, vor allem in einer wissenschaftlichen Untersuchung, für deren Genauigkeit im Umgang mit den als Quelle benutzten Textdokumenten schon die Zahl von 1.425 Anmerkungen sprechen mag.²⁷ Kritik, die in die gleiche Richtung zielt, wird auch an der Verwendung historischer Aufnahmen in Schulbüchern geübt, in denen Bilder nicht "als Quellen behandelt werden, sondern unsachgemäßer Willkür unterliegen", ihre Herkunft nur summarisch und nicht nachprüfbar angegeben wird, und vor allem, daß die Bilder "als Abbild und nicht als Interpretation der Wirklichkeit verstanden"²⁸ werden.

Im Katalog der Ausstellung: Vernichtungskrieg werden drei Aufnahmen der vierten Bildfolge unter dem Titel: "**Zwangsarbeit im Dienst der Wehrmacht in Mogilew, Fotos der Propagandakompanien, 1941**" abgedruckt. Der 1941 zentrale Aspekt der antisemitischen Propaganda fehlt in diesem Titel, erschließt sich indirekt durch die weißen Sterne und die Kapitelüberschrift: ‚Wehrmacht und Holocaust‘.

Alf *Lüdtke* hat in einem Gespräch 1990 die "dringende Empfehlung" gegeben, "Kontextualisierung zu betreiben, das heißt: die Zusammenhänge der Herstellung, der Verwendung und vielleicht des Wahrnehmens oder des Wegsehens, des Übersehens, so weit es geht, zu erschließen", d. h. "den Schritt von der naiven zu der reflektierten Bildbetrachtung zu machen".²⁹ Dieser Empfehlung ist uneingeschränkt zu folgen. In Kenntnis des Kontexts sollten neue Formulierungen für Bilder in

Veröffentlichungen und Ausstellungen so präzise und vorsichtig wie möglich getroffen werden. Ein an sich authentisches Photo kann durch eine nicht genau geprüfte Legende diskreditiert werden.

3. Zum Umgang mit Bildern als historische Quelle

Aus den Überlegungen, wie Authentizität sicherzustellen und mit welcher Vorsicht mit Bildlegenden umzugehen ist, ergeben sich praktische Forderungen für den Umgang mit historischen Photoaufnahmen. Ein Archivar und Historiker erhält eine ins einzelne gehende Ausbildung in den historischen Hilfswissenschaften im Umgang mit Urkunden, Münzen, Siegeln und modernen Akten. Für audiovisuelles Archivgut, damit auch für historische Photoaufnahmen, gibt es eine ‚Quellenkunde‘ in vergleichbarer Weise nicht.³⁰ Ich halte dies für ein Defizit, das bis in die praktische Arbeit von Archivaren und Autoren nachwirkt, und teile die in einem Beitrag zu der Aufsatzsammlung³¹ zur Ausstellung: Vernichtungskrieg formulierte Auffassung, daß ein kritischer Leser mancher Publikationen überrascht wird: "von dem Mangel der Herausgeber an quellenkundlicher Sorgfalt, von dem Verzicht auf die Benennung der abgebildeten Orte, Menschen und Ereignisse, von dem Verzicht auf jegliche Informationen über die Herkunft, die Fundumstände und die Parteilichkeit der Fotos und schließlich von der miserablen Abbildungsqualität der immer wieder retuschierten und reproduzierten Reproduktionen". Auf dem Hintergrund der Erfahrungen der letzten Wochen im Bundesarchiv sind einige Punkte festzuhalten, die durchaus nicht neu sind³² und selbstverständlich klingen, leider aber immer noch oft mißachtet werden:

1. Photoaufnahmen sind grundsätzlich nach dem Provenienzprinzip, d. h. nach ihrer Herkunft, zu ordnen und zu erschließen. Das Herauslösen etwa von Porträtaufnahmen aus einem Provenienzbestand in eine beständeübergreifende biographische Serie oder der Aufbau provenienzübergreifender sachthematischer Serien, die aktuellen Benutzerinteressen entsprechen, kann der Vereinfachung der Benutzerbetreuung dienen, darf aber nicht die Ordnungsstruktur eines Archivs bestimmen, das Bildbestände verschiedener Herkunft betreut.³³

2. Die Herkunft der Bilder, ihr Entstehungszusammenhang und die Überlieferungsgeschichte sollten nicht nur aus urheberrechtlichen, sondern auch aus allgemeinen archivfachlichen Gründen möglichst genau dokumentiert werden. Dies muß für Photos privater Herkunft ebenso gelten wie für die in staatlichem Auftrag gefertigten Aufnahmen. Es kann auch die Ablehnung der Übernahme einzelner, frei vagabundierender Bilder ins Archiv einschließen, wenn die Herkunft nicht belegt werden kann.

3. Bilder müssen für Benutzungszwecke und aus konservatorischen Gründen umkopiert werden. Dennoch sollte die früheste überlieferte Fassung eines Bildes, möglichst natürlich das erste, in der Kamera belichtete Negativ, bewahrt werden, wenn dies - auch mit hohem Aufwand - möglich und unter finanziellen und Sicherheitsaspekten vertretbar ist.

4. Ein besonderes Problem bei Photoaufnahmen liegt in den Restaurierungsverfahren und in den technischen Möglichkeiten, die Bildqualität zu verbessern. Die für andere Archivalienarten geltenden Restaurierungsregeln müssen auch auf Photographien Anwendung finden. So soll z. B. erkennbar sein, was Original und was Ergebnis der Restaurierungsarbeit ist. Eine zerbrochene Glasplatte läßt sich durch die in einer digitalisierten Fassung des Bildes mögliche Interpolation der an den Sprung angrenzenden Grauwerte ‚reparieren‘. Im Archiv sollte dann dennoch die Glasplatte als Original der

Aufnahme aufgehoben oder zumindest die Maßnahme nach Art und Umfang dokumentiert werden.

Retuschieren ist ein gefährlicher Vorgang, wie sich auch an PK-Aufnahmen vom Juli 1941 von der Ostfront zeigen läßt: In dem ‚geheimen Lagebericht des Sicherheitsdienstes der SS‘ Nr. 203 vom 17. Juli 1941 wird zunächst wieder auf den "starken Eindruck des aktuellen Bildmaterials" von der Ostfront verwiesen, aber dann weiter ausgeführt: "In Leipzig brachten die ‚Leipziger Neuesten Nachrichten‘ und die ‚Leipziger Neue Tageszeitung‘ ein Bild zum Thema Bolschewistisches Kinderparadies, das einmal zwei Kinder zeigt, während bei den ‚Leipziger Neuesten Nachrichten‘ noch eine dritte Gestalt hineinretuschiert war. Damit erhalte das Vertrauen in das Foto als Dokument einen empfindlichen Stoß, und viele Volksgenossen betrachteten ausgehend von einem derartigen Einzelfall weitere Bilder über die Zustände in der Sowjetunion mit einer gewissen Skepsis."³⁴

5. Kommerzialisierung und Outsourcing liegen im Trend. Die technische Abwicklung der Benutzerbetreuung mag einem kommerziell agierenden Unternehmen übertragen werden. Die Bewertung, Erschließung, die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Benutzern, vor allem aber die Sicherung der archivischen Erstüberlieferung, d. h. der Originale, muß Aufgabe des Archivs bleiben, dessen Aufgabe in der Verantwortung für die Sicherung von Kulturgut und nicht in der Gewinnmaximierung liegt.

Aus den Erfahrungen der letzten Monate können auch Folgerungen für die Verwendung von Bildern in historischen Ausstellungen gezogen werden. Eine Ausstellung als Abfolge von Bild- oder Texttafeln und dreidimensionalen Gegenständen kann selbst nicht wissenschaftlich sein. Die präsentierten Fakten und Exponate müssen jedoch wissenschaftlich geprüft, Feststellungen und Wertungen müssen wissenschaftlich nachvollziehbar formuliert und abgesichert sein. Dies ist die Aufgabe eines Katalogs, der mehr sein will als ein Erinnerungsbuch an den Ausstellungsbesuch. Eine Mindestanforderung ist die eindeutige Erläuterung der Herkunft der Exponate, der Verwahrstelle der Vorlagen, bei den PK-Aufnahmen vielleicht auch des Namen des Photographen und des Entstehungszusammenhangs, soweit mit vertretbarem Aufwand zu ermitteln. Es wäre zum Beispiel bedenkenswert, eine so einfach zu rekonstruierende Serie von Aufnahmen wie die in Mogilew als Serie mit ausgewählten Bildern zu präsentieren und nicht nur mit Einzelbildern an zwei Stellen der Ausstellung unter den kurzen Überschriften: ‚Einrichtung eines Ghettos‘ und ‚Zwangsarbeit für die Wehrmacht‘. In der weitgehend unkommentierten und nicht erläuterten Zusammenstellung vieler schockierender Hinrichtungsaufnahmen, die emotional aufrühren und provozieren, liegt vielleicht andererseits ein wichtiger Grund für die außergewöhnliche Resonanz der Ausstellung, die auch vom Widerspruch ihrer Gegner lebt.

In historischen Veröffentlichungen werden historische Photoaufnahmen zumeist nur als Illustration benutzt, als für die Darstellung selbst nicht relevantes Beiwerk, um ein Buch interessanter zu machen. Historische Aufnahmen als eigenständige Quelle ernstzunehmen setzt voraus, daß eine neue hilfswissenschaftliche Disziplin, eine historische Quellenkunde für audiovisuelles Archivgut, weiter entwickelt und ausgebaut wird. Deutsche PK-Aufnahmen sind dafür eine ausgezeichnete Grundlage, weil ihr Entstehungszusammenhang und ihre Überlieferungsgeschichte in vielen Fällen bekannt sind, weil es sich oft nicht um Einzelbilder, sondern um Serien handelt, aus denen Ereignisse im Ablauf erkennbar werden können, und vor allem weil das ideologische Konzept der propagandistischen Aufgabe bekannt und nachvollziehbar ist. Daß PK-Aufnahmen zusammen mit anderen Quellen nicht

nur Illustration, sondern Grundlage einer wissenschaftlichen Darstellung sein können, wird auch durch eine neuere Veröffentlichung wieder bewiesen, die als Modell und Ausgangspunkt für weitere wissenschaftliche Arbeiten mit Bildern als historischer Quelle dienen kann³⁵.

Fussnote 1: Erweiterte Fassung eines Vortrags auf der Konferenz: Das Photo als historische Quelle, veranstaltet vom Hamburger Institut für Sozialforschung in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv in Hamburg vom 23.-25. Juni 1999 im Rahmenprogramm der Ausstellung: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht. [Zurück](#)

Fussnote 2: Ahasver von Brandt: Das Werkzeug des Historikers, Eine Einführung in die Historischen Hilfswissenschaften, Stuttgart - Berlin - Köln, 1992, 13. Auflage, Seite 98 ff. [Zurück](#)

Fussnote 3: Die Fälschung entstand im Rahmen der Diskussion um die Position Ernst Jüngers zum NS-Staat und der nationalsozialistischen Ideologie. Auf der Grundlage eines Gutachtens des Bundesarchivs von Archivdirektor Dr. Josef Henke, in dem die Fälschung nachgewiesen wurde, veröffentlichte Frank Schirrmacher in der **Frankfurter Allgemeinen Zeitung** vom 23. Oktober 1992, Seite 35, einen ausführlichen Bericht über dieses frei erfundene, von Ernst Jünger aber gern aufgegriffene Dokument. [Zurück](#)

Fussnote 4: Der gefälschte Brief wurde von dem Benutzer als Seite 213 in den Band R 43 II/1100 eingeordnet. [Zurück](#)

Fussnote 5: Die behauptete Manipulation wird ‚bewiesen‘ durch die Helligkeit der weißen Sterne und die These, daß sich Sterne, die auf den Kleidern einer Person befestigt sind, überschneiden würden mit Kleidungsstücken von anderen Personen. Dies ist auch aus technischer Sicht nicht überzeugend begründet, eine Auseinandersetzung um die Verwendung von Photopapieren mit steiler Gradation oder um die Konzentration des Entwicklers für ein ‚hartes‘, d. h. kontrastreiches Bild hätte jedoch sicher nicht zu eindeutigen Ergebnissen geführt. Das ‚Überschneiden‘ erklärt sich aus der provisorischen Befestigung der Sterne, vgl. im folgenden Bild 101 I/138/1083/9 der Bildfolge 1: Annähen von Sternen. [Zurück](#)

Fussnote 6: Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (Wehrmachtsauskunftsstelle) in Berlin. [Zurück](#)

Fussnote 7: Negativnummern Bild 101 I /138/1083/3-12. [Zurück](#)

Fussnote 8: Negativnummern Bild 101 I /138/1083/13-28. [Zurück](#)

Fussnote 9: Negativnummern Bild 101 I /138/1083/29-31. [Zurück](#)

Fussnote 10: Negativnummern Bild 101 I /138/1083/32-39 und Bild 101 I /138/1084/2-23. [Zurück](#)

Fussnote 11: Negativnummer dieses Bildes Bild 101 I /138/1084/11. [Zurück](#)

Fussnote 12: Negativnummern Bild 101 I / 138/1084/ 24 bis 32. [Zurück](#)

Fussnote 13: Negativnummern Bild 101 I / 138/1084/33 und 34. [Zurück](#)

Fussnote 14: Negativnummern Bild 101 I / 138/1091/2 bis 6. [Zurück](#)

Fussnote 15: Zur Geschichte der PK-Kompanien und ihrer Arbeitsweise vgl. Hans *Barkhausen*: Filmpropaganda für Deutschland im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hildesheim, Zürich, New York, 1982, Seite 192 ff. [Zurück](#)

Fussnote 16: Negativsignatur in der Serie der PK-Negativstreifen: Bild 101 I/138/1084/11. [Zurück](#)

Fussnote 17: Negativnummern Bild 101 I / 138/1091/7 bis 35. [Zurück](#)

Fussnote 18: Ahasver von *Brandt*, a.a.O., Seite 88. [Zurück](#)

Fussnote 19: Überleben im Krieg, Kriegserfahrungen in einer Industrieregion, 1939-45, hrsg.von Ulrich *Borsdorf* und Mathilde *Jamin*, Katalogbuch zur Ausstellung im Ruhrlandmuseum Essen, Hamburg, 1989, Seite 168. [Zurück](#)

Fussnote 20: Zu der Frage, inwieweit Bilder der Wirklichkeit entsprechen oder nur "Teil eines individuellen oder kollektiven Prozesses der menschlichen Realitätskonstruktion", Instrument der Propanda und vielleicht sogar schlichtweg gelogen oder nur "ein vieldeutiges, letztlich unbestimmtes Wahrnehmungsangebot" sind, vgl. Jürgen *Hannig*: Bilder, die Geschichte machen, Anmerkungen zum Umgang mit Dokumentarfotos in Geschichtslehrbüchern, **Geschichte in Wissenschaft und Unterricht**, Jg. 40, 1989, Seite 10-32. [Zurück](#)

Fussnote 21: Bild 101 I / 138/1084/ 33 und 34. [Zurück](#)

Fussnote 22: Meldungen aus dem Reich, Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, hrsg. von Heinz *Boberach*, Band 7, Herrsching, 1984, Seite 2445. [Zurück](#)

Fussnote 23: Bild 101I /138/1083/7 bis 9. [Zurück](#)

Fussnote 24: Meldungen aus dem Reich, a. a. O., Seite 2460. Die Veröffentlichung dieser Photoaufnahmen wurde offensichtlich überzogen. In der Meldung Nr.204 vom 21. Juli 1941 wird Kritik laut: "Der starke Eindruck aller Bilddokumente wird in allen Meldungen aus allen Gauen unterstrichen. Die Volksgenossen verstehen jedoch nicht, daß alle Zeitungen immer die gleichen Bilder bolschewistischer Typen bringen. Selbst in den illustrierten Zeitungen treffe man nun die Bilder an, die man bereits in den Tageszeitungen gesehen habe. Wir hätten doch schon hunderttausende von bolschewistischen Gefangenen, so daß man doch sicher nicht auf ein Dutzend dieser Gesichter angewiesen sei." a. a. O., Seite 2546. [Zurück](#)

Fussnote 25: Alexander von *Plato*, Stephan *Sensen*: Vorsicht, Foto! Quellenkritische Anmerkungen zu den abgebildeten Fotografien aus dem Zweiten Weltkrieg, in: Überleben im Krieg, Kriegserfahrungen in einer Industrieregion, 1939-45, hrsg. von Ulrich *Borsdorf* und Mathilde *Jamin*, Katalogbuch zur Ausstellung im Ruhrlandmuseum Essen, Hamburg, 1989, Seite 19 bis 28. [Zurück](#)

Fussnote 26: Bildlegende der Aufnahme F I d 2b4 SU im Bildarchiv von ADN, heute im Bundesarchiv. [Zurück](#)

Fussnote 27: Bernhard *Chiari*: Alltag hinter der Front, Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941-1944, **Schriften des Bundesarchivs** Band 53, Düsseldorf, 1998, Seite 325. [Zurück](#)

Fussnote 28: Günter *Kaufmann*: Doppelbilder - Anregungen zum Umgang mit historischen Bildquellen, **Geschichte in Wissenschaft und Unterricht**, 1992, 43. Jg., Heft 11, Seite 695. [Zurück](#)

Fussnote 29: "Bilder gegen den Strich lesen", Alf *Lüdtk*e und Volker *Reinhardt* im Gespräch über Herrschaftspropaganda durch Photographien und Kunstwerke, **Frankfurter Rundschau** vom 27. Oktober 1990. [Zurück](#)

Fussnote 30: In dem 1958 zum ersten Mal, 1992 in 13. Auflage neu erschienenen klassischen Lehrbuch für Geschichtsstudenten, dem ‚Werkzeug des Historikers‘ von A. v. *Brandt*, kommen Photographien als historische Quellengattung nicht vor. Mit Literaturhinweisen für Photoaufnahmen, sonst aber wenig hilfreich ist die neuere Darstellung von Herbert *Ewe* im Abschnitt ‚Bilder‘ in: Die archivalischen Quellen, Eine Einführung in ihre Benutzung, herausgegeben von Friedrich *Beck* und Eckart *Henning*, Weimar 1994, Seite 124ff. Vor allem ist der Auffassung zu widersprechen, daß die Herkunft eines Bildes in Archiven eine untergeordnete Rolle spielt, "daß die Frage nach der Provenienz zwar nicht auszuklammern, jedoch keinesfalls überzubewerten ist". [Zurück](#)

Fussnote 31: Dieter *Reifarth*, Viktoria *Schmidt-Linsenhoff*: Die Kamera der Täter, in: Vernichtungskrieg Verbrechen der Wehrmacht 1941, hg. von Hannes *Heer* und Klaus *Naumann*, Zweitausendeins in Frankfurt, o. D., Seite 475 ff. [Zurück](#)

Fussnote 32: Vgl. z. B. den "Ehrenkodex für den Umgang mit Fotografen-Nachlässen und historischen Bildbeständen" in: Das Bildarchiv I, hrsg. von Diethart *Kerbs*, Berlin, 1986, Seite 29 und 30. [Zurück](#)

Fussnote 33: In Referaten der Sondersitzung des 57. Deutschen Archivtages am 9. Oktober 1985 in Hannover über Archivische Bildbestände und ihre Nutzung spielte das Provenienzprinzip offensichtlich keine Rolle. Die von Dietrich *Höroldt* vorgestellte Struktur der Bildsammlung des Stadtarchivs Bonn bietet das (auch für das Bundesarchiv) typische Bild einer Mischung von Provenienzbeständen und nach sachsystematischen, personenbezogenen oder geographischen Kriterien sortierten Sammlungen. **Der Archivar**, Jg. 39, 1986, Heft 1, Spalte 45-60. [Zurück](#)

Fussnote 34: Meldungen aus dem Reich, Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945, hrsg. von Heinz *Boberach*, Band 7, Herrsching, 1984, Seite 2532. [Zurück](#)

Fussnote 35: Der Blick des Besatzers, Propagandaphotographie der Wehrmacht aus Marseille 1942-44, hrsg. und eingeleitet von Ahlrich *Meyer*, mit einem Vorwort von Serge *Klarsfeld*, Bremen, 1999. [Zurück](#)

Der Ausbildungsberuf Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste

Antjekathrin Graßmann und Gabriele Viertel

Vorbereitung der Verordnung über die Berufsausbildung

Seit 1. August 1998 ist aufgrund der Verordnung über die Berufsausbildung zum Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste ein neuer und zugleich alter Beruf auf gesetzliche Basis gestellt worden.¹ Schon seit mehr als zwölf Jahren bemühte man sich, die Berufsausbildung in dieser Ebene in Archiven, Bibliotheken, Informations- und Dokumentationseinrichtungen sowie Bildstellen und Bildagenturen rechtlich zu ordnen. Hinzu kam in der letzten Zeit der Wunsch, jungen Leuten mit Realschulabschluß, vielleicht auch Hauptschulabschluß, eine berufliche Perspektive zu bieten. Auch aus der Sicht der Archivare bestand ein Bedürfnis, durch Mitarbeiter des mittleren Dienstes oder in ähnlicher Angestelltenfunktion bestimmte Bereiche archivischer Arbeit sowohl durch einen geregelten Ausbildungsgang zu formen als auch den Absolventen dieser Laufbahn eine anerkannte Qualifikation mit auf den Weg zu geben. Einen staatlich anerkannten Ausbildungsberuf Archivassistent hat es außer in Bayern nur in der ehemaligen DDR gegeben.

Die Bundesministerien des Innern, für Wirtschaft und Bildung sowie für Wissenschaft, Forschung und Technologie erteilten 1994 dem Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin den Auftrag, in den vier genannten Berufssparten Fertigkeiten und Kenntnisse zusammenzustellen und Tätigkeitsprofile zu erarbeiten, sie zu vergleichen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszustellen und die zukünftige Berufskonzeption zu entwickeln. Zu den zahlreichen, vielfach mehrtägigen Beratungen wurden Vertreter der vier Berufssparten also auch der Archive² und auf der anderen Seite auch der ÖTV sowie der Arbeitgeberorganisationen zugezogen. Festgelegt wurde, daß die Ausbildungsdauer drei Jahre betragen und die Ausbildung an den Lernorten Betrieb und Berufsschule in den vier Fachrichtungen Archiv, Bibliothek, Information und Dokumentation sowie Bildagentur vorgenommen werden soll. Während der drei Jahre können die Auszubildenden sowohl gemeinsame berufliche Fähigkeiten erwerben als auch die speziellen jeweils für ihre Fachrichtung, wobei natürlich die Spezialisierung im ersten Jahr noch relativ wenig stattfindet, im zweiten Jahr dann schon mehr und im dritten vollends in den Vordergrund tritt. Die Befürchtungen, insbesondere der Archivare, die spezifischen Bedürfnisse archivarischer Arbeit würden in einer zweijährigen gemeinsamen Ausbildungsphase (und erst anschließender einjähriger Spezialisierung) nicht berücksichtigt, haben sich nicht bewahrheitet. Dies ist nun durch die sogenannte Zeitrahmenmethode vermieden worden, die die Lerninhalte über die drei Jahre verteilt. Auch trug die außerordentlich gründliche Arbeit des genannten Gutachterkreises im Zusammenwirken mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung seine Frucht. Sie dokumentierte sich in dem umfangreichen Abschlußbericht des Instituts für Berufsbildung 1996,³ in dem auch die synoptischen Tabellen des Vergleichs der für die Berufsausbildung erforderlichen Fertigkeiten und Kenntnisse sowie die Übersicht über die Aufgaben der Fachangestellten im ABD-Bereich aufgeführt sind. Diese Angaben wurden ergänzt durch Interviews mit Ausbildern, Auszubildenden und Personalvertretungen in Archiven, Bibliotheken, Dokumentationsstellen und Bildagenturen.

Wenn auch die Hauptaufgaben des sogenannten ABD-Bereichs das Beschaffen, Erschließen, Aufbewahren und Vermitteln von Informationen, Medien und Daten sind, so ergeben sich doch

wesentliche Unterschiede in der Aufgabenwahrnehmung der drei Fachrichtungen. Dies liegt nicht nur daran, ob die betreffende Einrichtung sich in öffentlicher Trägerschaft befindet und einem gesetzlichen oder gesellschaftlichen Auftrag nachkommt oder eine private Einrichtung ist, die Informationsdienstleistungen verkauft und gewinnorientiert vermittelt. Hinzu kommt, daß auch die öffentlichen Verwaltungen heute verstärkt Dienstleistungen anbieten und zudem die Automatisierung und Technisierung von Datenerschließung und -vermittlung in den besagten zwölf Jahren sehr vorangetrieben worden ist. Vielleicht kann man mit aller Vorsicht sagen, daß sich die vier Fachrichtungen auf die Dauer mehr und mehr - jedenfalls auf dieser Ebene - einander annähern. Zudem muß berücksichtigt werden, daß eine Verordnung über eine Berufsausbildung auch deren zukünftige Entwicklungen, so gut es geht, miteinbeziehen muß, ganz abgesehen davon, daß im Sinne europäischer Einigungsbestrebungen das Ausbildungsprofil dieses Berufes dann auch gesamt-europäisch brauchbar und attraktiv sein muß. Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste sind in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst tätig, z.B. in Medien- und Pressearchiven bei Rundfunk und Fernsehen, in Stadt- und Staatsarchiven, öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken, Fachinformationszentren und bei anderen Datenbank Anbietern, in Bildagenturen, Bildstellen oder Museen.

Grundsätzlich: Es handelt sich um einfache Tätigkeiten, die unter Anleitung und Überwachung stattfinden, d. h. Zuarbeitertätigkeit, wonach sich auch die Vergütung mit BAT VII richtet. Dieses sei aus der Bezeichnung Fachangestellter zu entnehmen und aus der Beschreibung der Tätigkeitsfelder und würde nicht zu Mißverständnissen führen - so die Argumentation der Vertreter des Wirtschaftsministeriums gegen die Einwände der vier Fachvertreter, einen Abschreckungseffekt habe man durch den Hinweis auf einfache und unselbständige Arbeit vermeiden wollen.

Hauptaufgaben und Lernziele

Zu den Hauptaufgaben gehören Beschaffen, Erschließen, Vermitteln und Bereitstellen von Medien, Informationen und Daten sowie die Beratung und Betreuung von Kunden und Benutzern. Alle Auszubildenden werden jeweils in ihrem spezifischen Ausbildungsbetrieb in sogenannten gemeinsamen Fertigkeiten und Kenntnissen informiert, d.h. über dessen Stellung, Rechtsform, über arbeits- und sozialrechtliche Grundlagen der Berufsbildung, Sicherheits- und Gesundheitsschutz, Umweltschutz, Beschaffung, Erschließung, Bereitstellung der Inhalte, Kommunikation und Kooperation, Arbeitsorganisation, Kommunikationssysteme, Öffentlichkeitsarbeit und Werbung. In der Fachrichtung Archiv, die hier besonders interessiert, wendet sich die Ausbildung sodann den speziellen Bereichen zu: Übernahme von Schriftgut und anderen Informationsträgern, Erschließung, technische Berarbeitung und Aufbewahrung, Informationsvermittlung und Benutzungsdienst. Die zeitliche Gliederung der dreijährigen Ausbildung ist in dem der Verordnung beigefügten Ausbildungsrahmenplan im einzelnen aufgeschlüsselt und läßt den Ausbildungsarchiven Raum zur individuellen Ausgestaltung.

Zur Ermittlung des Ausbildungsstandes ist eine Zwischenprüfung durchzuführen, die in der Mitte des zweiten Ausbildungsjahres liegt. Die Abschlußprüfung am Ende der drei Jahre für die Fachrichtung Archiv erstreckt sich dann sowohl auf die gemeinsamen Fertigkeiten und Kenntnisse des Ausbildungsrahmenplans für die Berufsausbildung als auch speziell auf die Fertigkeiten und Kenntnisse der Fachrichtung Archiv. Schriftlich sind zu bearbeiten folgende Themenkreise: 1. Beschaffen und Aufbereiten von Medien und Informationen, 2. Bereitstellen und Vermitteln von

Medien und Informationen, 3. Wirtschafts- und Sozialkunde, mündlich vorzubereiten: 4. Praktische Übungen (insbesondere aus dem Bereich Dienstleistungs- und Medienangebot).

Die Lernziele des Ausbildungsrahmenplans der Verordnung sollen mit einer berufsschulischen Unterweisung verzahnt werden. Eine eigene Sachverständigengruppe des Bundes unter Vorsitz einer Vertreterin der Bibliotheksschule Sondershausen/Thüringen hat die Mitwirkung der Berufsschulen an der Ausbildung zum Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste in einem Rahmenlehrplan für den berufsbezogenen Unterricht der Berufsschule konkretisiert, der durch die ständige Konferenz der Kultusminister und -senatoren der Länder beschlossen worden ist. Nach der Rahmenvereinbarung der Berufsschulen hat sie zum Ziel: Eine Berufsfähigkeit zu vermitteln, die Fachkompetenz mit allgemeinen Fähigkeiten humaner und sozialer Art verbindet, berufliche Flexibilität zur Bewältigung der sich wandelnden Anforderungen an Arbeitswelt und Gesellschaft, auch im Hinblick auf das Zusammenwachsen Europas zu entwickeln, die Bereitschaft zur beruflichen Fort- und Weiterbildung zu wecken, die Fähigkeit und Bereitschaft zu fördern, bei der individuellen Lebensgestaltung und im öffentlichen Leben verantwortungsbewußt zu handeln. Erreicht werden soll dies in folgenden (hier etwas zusammengefaßten) Lernfeldern (in drei Jahren zu je 280 Stunden): Aufzeigen von Aufgaben und Organisationsstrukturen, Aneignen von Medienkompetenz, Beschaffen von Medien und Informationen, Erfassen und Erschließen derselben (auch fachspezifisch), Bearbeiten der Bestände, Anleiten, Betreuen und Beraten von Kunden/Nutzern, Recherchieren und Aufbereiten von Informationen und Medien, Herstellen und Gestalten von Informationsdiensten, Kooperation mit internen und externen Partnern, Anwenden von Marketingstrategien und -instrumenten.

Aufgrund der Veröffentlichung der betreffenden Verordnung im Bundesanzeiger über die Berufsausbildung zum Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste konnte die betreffende Ausbildung seit dem 1. August 1998 aufgenommen werden. In einigen, insbesondere auch Kommunalarchiven, werden Auszubildende auch schon unterwiesen, da für Ausbildung trotz der allgemeinen Sparmaßnahmen Finanzmittel zur Verfügung stehen. Sowohl bei den Schulabgängern als auch bei den Archiven besteht also Interesse an einem qualifizierten Ausbildungsgang. Während Bayern an seiner erprobten Ausbildungsform festhält, werden die notwendigen Voraussetzungen der neuen Fachangestelltenausbildung sich erst allmählich erfüllen. Sowohl die Frage nach den zuständigen Berufsschulen in den jeweiligen Bundesländern wie auch die Suche nach Ausbildungsarchiven und Ausbildern wird geklärt.

Über den Ausbildungsgang und das Zusammenspiel der betrieblichen und schulischen Seite dieser dualen Ausbildung wird eine kommentierende Publikation⁴ informieren, die zugleich Handreichung und Werbung für den neuen Beruf ist, der auch als Beitrag zur Lösung des Arbeitslosenproblems gedacht ist. Man sollte nur nicht vergessen, daß dieser Beruf die unterste Ebene archivarischer Arbeit betrifft, auf der fachliche Kenntnisse zwar verlangt werden, aber höhere und höchste Qualifikation noch nicht Platz greift. Die Verwandtschaft zu den drei anderen Berufssparten läßt sich nicht verleugnen und macht auf dieser Ebene ein Zusammenrücken ratsam, um so mehr als die relativ geringe Anzahl von Auszubildenden auf dem Archivsektor den Entwurf eines eigenen Ausbildungsberufs nicht möglich gemacht hätte und die relativ geringe Stellenzahl nicht immer alle Absolventen aufzunehmen erlaubt. Nun liegt ein staatlich anerkannter Berufsgang vor, der den Archiven zugutekommt und von ihnen nun aber auch ausgefüllt werden muß.

Es ist ein Berufsbild geschaffen worden, das die Entwicklung in Zukunft mit einkalkuliert. Der Blick über die Grenzen Deutschlands, z.B. in die Niederlande, zeigt, daß man auch dort moderne Ausbildungsgänge anstrebt. Das deutsche Angebot findet hier Interesse und sollte auch europaweite Mobilität ermöglichen.

Zum Ausbildungsgang im folgenden Näheres, da außer im Freistaat Bayern die Laufbahn des Fachangestellten bisher nur im Archivwesen der einstigen DDR genau ausgearbeitet war. So wäre es unsinnig, die dort erprobten Schritte nicht zu nutzen. Allerdings sind diese Erfahrungen nur bedingt auf das neue Berufsbild übertragbar.

Gemeinsamkeiten und Fachspezifik - Überlegungen für die Fachrichtung Archiv. Die Erarbeitung der Erläuterungen und Praxishilfen zur Ausbildungsordnung Fachangestellter/Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste

Für die Ausbildung zum Beruf Archivassistent lag ab 1964 eine Ausbildungsunterlage vor, die 1969 modifiziert wurde.⁵ Die Ausbildungsinhalte im berufstheoretischen und berufspraktischen Unterricht waren auf das Erlernen typischer archivarischer Tätigkeiten gerichtet.⁶ Sie umfaßten die Bewertung, Kassation (Anträge erarbeiten und Vorbereitung für den Transport in die Papiermühle), Erfassung (Orientierung über Stellen im Zuständigkeitsbereich, Feststellen von Menge und Art des Registraturgutes und Nachweisführung), Übernahme (Vollzug der körperlichen Übernahme des Registraturgutes), Sicherung (Herstellung lagerungsfähiger und lagerungsbeständiger Aufbewahrungseinheiten, Vorbereitung des Registratur- und Archivgutes für die Konservierung oder Verfilmung), Erschließung sowie die Informationstätigkeit (Benutzerberatung, Anfragenbeantwortung, Ausleihe, Mitarbeit bei Ausstellungen). Die Ausbildungsdauer zum Archivassistenten betrug zwei Jahre.

Im berufstheoretischen Unterricht konzentrierte man sich vor allem auf die Fächer Archivwissenschaft und Schriftgutverwaltung, Geschichte und Verwaltungsgeschichte sowie historische Hilfswissenschaften. Im berufspraktischen Unterricht des ersten Lehrjahres standen Erfassung/Übernahme und technische Bearbeitung, im zweiten Lehrjahr Erschließung und Zusammenarbeit mit der Schriftgutverwaltung im Zuständigkeitsbereich im Mittelpunkt der Ausbildung. Mit diesem skizzierten Grundwissen ausgestattet, besaß der junge Archivassistent einen, nach seinen persönlichen Fähigkeiten erweiterungsfähigen Ansatz zur fachlichen Mitarbeit in einem größeren Archiv bzw. sogar zur relativ selbständigen Verwaltung kleinerer Archive. Auf Grund des vermittelten berufstheoretischen und berufspraktischen Einführungswissens in historische und verwaltungsgeschichtliche Themen sowie in die historischen Hilfswissenschaften, vor allem der Aktenkunde, war er z.B. in der Lage, die Erschließung von Archivgut nicht nur als schematische Erfassung bestehender Aktentitel zu sehen, sondern Entstehungszusammenhänge der Dokumente zu erkennen und somit einen wesentlichen Fachinhalt archivarischer Arbeit zu beherrschen.

Insofern war es nicht unproblematisch, für die Erläuterungen und Praxishilfen zur Ausbildungsordnung für die Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste die auf dem Ausbildungssektor Archivassistent einst gewonnenen Erfahrungen entsprechend einzuarbeiten. Das neue Berufsbild wurde, wie bereits beschrieben, den Erfordernissen der Bearbeitung moderner Medien und einem fachübergreifenden Einsatz junger Leute angepaßt. Im Abschlußbericht zum

Vorhaben 3.0090 Berufsbildung ...⁷ verglichen die Autoren die für die Berufsausübung erforderlichen Fertigkeiten und Kenntnisse. Gemeinsamkeiten wurden bei der Übernahme, der Erschließung, der technischen Bearbeitung und Aufbewahrung, der Informationsvermittlung/dem Benutzungsdienst sowie bei Öffentlichkeitsarbeit/Marketing/Werbung festgestellt. Allerdings zeigt sich bereits hier ein Problem. Während man in der Fachrichtung Archiv den Begriff Übernahme findet, bezeichnen die Bibliothekare die vergleichbare Tätigkeit als Erwerbung/Bestandseinarbeitung, die übrigen Berufsrichtungen beschaffen Dokumente oder Bilder. Unter Erschließung werden bei den Fachangestellten an Archiven a) grundlegende Prinzipien wie das von Provenienz und Pertinenz, b) Bildung, Abgrenzung und Ordnung von Beständen, c) Verzeichnung von Beständen, d) Ordnung und Verzeichnung spezieller Archivgutarten bzw. archivischer Sammlungen und e) Gestaltung von Findhilfsmitteln geführt. Dagegen verstehen die Informations- und Dokumentationsstellen und die Bildagenturen darunter Elemente der formalen Erfassung. Wie aus diesen Beispielen schon deutlich wird, sind diese Begriffe in den Fachbereichen unterschiedlich unterlegt. Bereits die Autoren des Berichtes erkannten deshalb, daß im Vergleich der Tätigkeitsprofile die Übereinstimmung zum Beispiel bei Spezialbibliotheken und IuD-Stellen am weitesten, im Archivbereich ... am wenigsten ausgeprägt sind.⁸ Damit wird deutlich, daß die Verschmelzung der vier Fachrichtungen zu einem einheitlichen Berufsbild von seiten der Archivare die wohl umfangreichsten fachlichen Zugeständnisse erfordert.

In dem o.g. Erläuterungsheft wurden deshalb für das Ausbildungsberufsbild, Fachrichtung Archiv (§ 3 der VO), ausführliche Erläuterungen über die Aufgaben der Archive gegeben, auf den besonderen Charakter des Archivgutes verwiesen und damit eine Abgrenzung z.B. zum Bibliotheksgut vorgenommen. Diese Besonderheiten des Archivgutes im Verhältnis zu den Medien der anderen Berufszweige haben, trotz aller Bemühungen um eine Anpassung, auch unmittelbare Auswirkungen auf die Tätigkeiten der künftigen Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste unserer Fachrichtung. So muß eben hier eine spezielle Zusammenarbeit mit den registraturbildenden Einrichtungen erfolgen. Auch erfordert die Erschließung des Archivgutes Techniken, die über eine formale Titelerfassung anderer Bereiche hinausgehen und Grundkenntnisse z.B. in Geschichte und Verwaltungsgeschichte erfordern.

§ 8 genannter Verordnung regelt die Abschlußprüfung. Sie ist schriftlich in den Prüfungsbereichen 1. Beschaffen und Aufbereiten von Medien und Informationen, 2. Bereitstellen und Vermitteln von Medien und Informationen, 3. Wirtschafts- und Sozialkunde und mündlich im Prüfungsbereich Praktische Übungen durchzuführen. Für alle vier Berufsgruppen sind diese Prüfungsgebiete auch weitgehend übereinstimmend formuliert worden. Daraus ergeben sich wiederum Probleme, die eine inhaltliche Klarstellung erfordern.

Das erste Prüfungsgebiet wird im Verordnungstext für die Fachrichtung Archiv untergliedert in: a) Beschaffen, b) Erfassen, Erschließen, Verzeichnen und c) Arbeitsorganisation. Entsprechend der Terminologie der Archivwissenschaft ließen sich nun unter Beschaffen die Aufgabengebiete der Vorfeldarbeit und Übernahme fassen, während Erschließung im archivischen Sinne sowieso als Ordnung und Verzeichnung definiert wird. Das heißt also, daß unter 1b) zwei einander einschließende Begriffe auftreten, während das ebenfalls unter 1b) genannte Erfassen ggf. dem Aufgabengebiet a) = Beschaffen zugeordnet werden müßte. In den Erläuterungen wurde deshalb versucht, die Verordnung diesbezüglich klarer zu interpretieren und auf Übernahme, Bewertung und Erschließung von Archivgut komplex zu verweisen.

Das zweite Prüfungsgebiet Bereitstellen ... wird im Verordnungstext untergliedert in a) technische Bearbeitung, b) Aufbewahrung und Registratur und c) Benutzungsdienst. Hier müßte nun aber eine Konzentration auf Auswertung von Archivgut, vor allem direkte und indirekte Benutzung, sowie auf Aufbewahrung und Beständeerhaltung erfolgen. Fraglich bleibt das Stichwort Registratur in diesem Komplex. Für die Gestaltung der Abschlußprüfungen wurden in dem Kapitel Beispielhafte Handlungshilfen der Erläuterungen vier Beispiele für Prüfungsfragen und Lösungsvorschläge aufgeführt.⁹

Mit der Verordnung über den Ausbildungsberuf wurde auch ein Rahmenausbildungsplan vorgegeben. Für die Fachrichtung Archiv besteht er aus den vier Schwerpunktbereichen entsprechend § 3 Abs.2 Nr.1.1. der Verordnung. Komplex 1, Übernahme von Schriftgut und anderen Informationsträgern, ist untergliedert in a) Schriftgut und andere Informationsträger nach betrieblichen Vorgaben sichten und bewerten, b) Akten aussondern, c) zwischenarchivische Bestände bearbeiten und d) Übernahme von Schriftgut und anderen Informationsträgern durchführen. 2. Erschließung, 3. Technische Bearbeitung und Aufbewahrung sowie 4. Informations- und Benutzungsdienst sind im Rahmenausbildungsplan bereits recht detailliert untergliedert und wurden deshalb nur noch teilweise erläutert. Ein Muster eines spezifizierten betrieblichen Ausbildungsplanes, gesplittet in drei Ausbildungsabschnitte pro Ausbildungsjahr, wurde ebenfalls erarbeitet.¹⁰ Alle Erläuterungen für das Berufsbild mußten nach den Vorgaben des Bundesinstitutes für Berufsbildung inhaltlich knapp und nur in Stichwörter gefaßt sein. Es ist deshalb unbedingt notwendig, in die Ausbildung archivarischen Sachverstand einzubringen. Zu beachten ist, daß der Auszubildende alle vier Fachrichtungen im Überblick kennenlernt und sich dann auf seinen Aufgabenbereich konzentriert. Die fachliche Betreuung durch qualifiziertes Archivpersonal in der berufspraktischen Ausbildung ist entscheidend für die Qualität der Ausbildung in der Fachrichtung Archiv. Das trifft um so mehr deshalb zu, weil, wie beschrieben, die Vorgaben der Verordnung eher die Übereinstimmung der vier Tätigkeiten gesucht haben und die fachliche Konkretetheit zurückstehen mußte.

Im Rahmen ihrer Kulturhoheit werden die Länder die Ausbildungsordnung umsetzen. Hierbei ist die Einflußnahme der Archivare besonders zu empfehlen. Vor allem bei der Erarbeitung der jeweiligen Prüfungsordnungen sollte unsere Kompetenz eingebracht werden.

Fussnote 1: Verordnung über die Berufsausbildung zum Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste/zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste vom 3. Juni 1998 (**Bundesgesetzblatt** Jg. 1998, TeilI, Nr. 34).

[Zurück](#)

Fussnote 2: Dies allerdings nur nach mehrfachen nachdrücklichen Vorstellungen des VdA, so daß die Vertreterin des VdA nicht an allen Sitzungen teilgenommen hat. [Zurück](#)

Fussnote 3: Bundesinstitut für Berufsbildung: Abschlußbericht zum Vorhaben 3.0090 Berufsausbildung in Archiven, Bibliotheken, Informations- und Dokumentationsstellen sowie Bildagenturen (ABD-Bereich), bearb. durch Carola Sand und Karl-Heinz Neumann, Berlin 1996. [Zurück](#)

Fussnote 4: Bundesinstitut für Berufsbildung: Berufsbildungsserie Fachangestellter/Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste - Erläuterungen und Praxishilfen zur Ausbildungsordnung, Berlin 1998. [Zurück](#)

Fussnote 5: Archivassistent - Ausbildungsunterlage, Potsdam 1974. [Zurück](#)

Fussnote 6: ebenda, S.13. [Zurück](#)

Fussnote 7: vgl. Anm. 3, S.115-122. [Zurück](#)

Fussnote 8: ebenda, S.124. [Zurück](#)

Fussnote 9: vgl. Anm. 4, S.98. [Zurück](#)

Fussnote 10: ebenda, S.65-69. [Zurück](#)

Einhundertundfünfzig plus eins. Literaturnachlese zur Revolution von 1848/49 aus archivischer Sicht

Ingeborg Schnelling-Reinicke

Die Erinnerung an die Revolution, die in den Jahren 1848 und 1849 die meisten deutschen und auch viele europäische Staaten ergriffen hatte, war 150 Jahre später der Anlaß für eine quantitativ kaum überschaubare, qualitativ höchst unterschiedliche Anzahl von Publikationen. Ein kleiner Teil dieser Veröffentlichungen, insgesamt 22 Titel, soll im folgenden vorgestellt werden. Natürlich kann es in diesem Beitrag nicht um eine vergleichende und bewertende Gesamtschau der vielfältigen publizistischen und musealen Aktionen und deren historiographischen Ertrag für die Geschichte der europäischen Revolutionen von 1848/49 als Ganzes und für das politische Denken heute gehen.¹ Die hier vorzustellenden 22 Titel, die der Redaktion des **Archivar** eingesandt wurden, werden vielmehr unter der Frage nach ihrem möglichen speziellen archivischen Beitrag zum Revolutionsjubiläum näher betrachtet. Bei einer Rezension für das **Mitteilungsblatt für deutsches Archivwesen** ist eine solche Zusammenschau unter diesem speziellen Blickwinkel sicherlich vertretbar. Allerdings ist es möglich, in einigen Fällen bibliographische Ergänzungen zu bieten. Alle Publikationen sind aus einer intensiven Regionalforschung hervorgegangen. Dabei stehen aber nicht nur die Revolutionsereignisse selbst im Mittelpunkt. Häufig wird, zweifellos notwendig, an deren historische und europäische Bezüge erinnert. Es ist bemerkenswert, daß auch das Revolutionsgedenken selbst, v. a. im Jahr 1948, in einigen Beiträgen thematisiert wird.

Unter den hier vorzustellenden Titeln lassen sich verschiedene Gruppen unterscheiden: An erster Stelle stehen **Sachthematische Inventare** und **Quelleneditionen**. Überraschenderweise sind diese als **die** klassischen archivischen Veröffentlichungsformen bisher, von Verlagsankündigungen abgesehen, nur schwach vertreten. Gerade Quelleninventare können wie die hier vorzustellenden aber zeigen, welche und wieviele noch ungehobene "Schätze" in den Archiven ruhen und welche der regionalen Forschungslücken mit einem Blick in die Archive gefüllt werden könnten. Erheblich zahlreicher finden sich dagegen vorwiegend für den schulischen Gebrauch bestimmte **Quellensammlungen** und **Kataloge** als begleitende Publikationen zu Ausstellungen. Dies ist wohl Ausdruck einer mittlerweile anerkannten und notwendigen Erweiterung der archivischen Aufgabenbereiche, wie sie im Rahmen der archivischen Öffentlichkeitsarbeit im allgemeinen und im besonderen auch in Schulen stattfinden. **Biographische Werke**, mit (archivischen) Quellenangaben reich ausgestattet, geben ebenso wie entsprechende, **geographisch ausgerichtete Sammelbände** überaus wertvolle Informationen und Impulse für die weitere historische Forschung. Schließlich muß von **regionalen** wie von **überregionalen**, umfassend angelegten **Darstellungen** der Revolutionsgeschichte gesprochen werden; diese können freilich von Archiven kaum in einem universitärer Forschung vergleichbaren Rahmen geleistet werden.

Sachthematische Inventare und Quelleneditionen

Unter der Gruppe der sachthematischen Inventare ist hier der von Thomas *Brünnler* und Ulrike *Höroldt* bearbeitete "Wegweiser zu den archivalischen Quellen" in Sachsen-Anhalt zu nennen.² Das dreiteilige Inventar erfaßt Archivalien staatlicher und nichtstaatlicher Provenienz, soweit sie in

Archiven auf dem Gebiet der früheren anhaltischen Herzogtümer nachweisbar sind (Landesarchiv Oranienbaum, Stadtarchive Ballenstedt, Bernburg, Coswig, Dessau, Gernrode, Harzgerode, Köthen, Zerbst, das Kreisarchiv Quedlinburg sowie das Landeskirchliche Archiv Dessau), Handschriften und Drucke der historischen Museen (Ballenstedt, Bernburg, Dessau, Köthen und Zerbst) und wissenschaftlicher Bibliotheken (Ballenstedt, Dessau und Zerbst). Anhaltische Überlieferung in anderen Archiven konnte dagegen leider nicht berücksichtigt werden. Daß bei den aufgeführten Belegen der weit überwiegende Teil aus dem Landesarchiv Oranienbaum stammt, dem Archiv, das heute die schriftliche Überlieferung des ehemaligen Fürstentums/Herzogtums/Freistaats Anhalt verwahrt, kann nicht überraschen. Sinnvoll ergänzt werden diese Angaben in einem dritten Teil durch Hinweise auf gedruckte Überlieferung, Zeitungen und Druckschriften sowie amtliche Protokolle und stenographische Berichte der Landtagsverhandlungen. Dem Anspruch, ein Wegweiser zu den für die Beschäftigung mit den Revolutionsereignissen selbst und deren Voraussetzungen und unmittelbaren Folgen einschlägigen Quellen zu sein, wird der vorliegende Band durchaus gerecht. Daß auch Sachsen-Anhalt zu den Regionen gehört, in denen eine solche Erforschung keineswegs überflüssig ist, zeigt der umfassende Forschungsüberblick, den Höroldt im Rahmen ihrer ausführlichen Einleitung des Bandes gibt.³

Die beiden hier vorzustellenden Quelleneditionen könnten unterschiedlicher kaum sein, sind allerdings vergleichbar in ihrer guten Qualität. Während für Brandenburg Gebhard *Falk* eine Sammlung von insgesamt 117 Texten ediert, davon immerhin 92 erstmals⁴, steht in der von Werner *Moritz* herausgegebenen Veröffentlichung nur eine Quelle im Mittelpunkt, die Erinnerungen des Heidelberger Nationalökonomen Karl Daniel Heinrich Rau (1792-1870) an die 40 Tage des badischen Aufstands im Jahr 1849.⁵ Rau, der als einer der bedeutendsten Nationalökonomen seiner Zeit galt, hatte 1822 einen Ruf an die Universität Heidelberg erhalten. Neben seiner Lehrtätigkeit engagierte er sich als Vertreter eines gemäßigten Liberalismus politisch, zunächst als Abgeordneter der Universität in der Ersten Kammer der badischen Ständeversammlung, dann als Mitglied des Landtags und zuletzt schließlich nahm er 1848 an den Beratungen des Frankfurter Vorparlaments teil. Die Erinnerungen Raus an die Zeit zwischen dem 12./13. Mai, dem Beginn der Militärmeuterei in Freiburg, Lörrach und Rastatt, und der Versammlung der Volksvereine in Offenburg bis hin zur Besetzung der Stadt Heidelberg durch preußische Truppen am 23. Juni 1849 steuern - obwohl die Ereignisse in Heidelberg und Umgebung durchaus gut erforscht sind - manch bedeutendes Detail bei. Die kommentierte Textwiedergabe des Augenzeugenberichts wird ergänzt durch eine ausführliche und kenntnisreiche Einführung von Bernhard *Stier*, Erläuterungen zur handschriftlichen Überlieferung von Werner *Moritz* sowie durch drei Briefe Raus und seiner Frau Amalie an deren Sohn Otto, der als Bürgerwehrmann am Aufstand beteiligt war und ins Elsaß entkam, an einen heute unbekanntem Freund, Ludwig, der Heidelberg offensichtlich kurz zuvor verlassen hatte, außerdem einen Brief Raus an Großherzog Friedrich I. von Baden aus dem Jahr 1860. Hier setzt sich Rau für seinen zweiten Sohn, Adolph, ein, der, nachdem er sich auf republikanischer Seite erheblich engagiert hatte, in die Vereinigten Staaten ausgewandert war. Der sehr ansprechend gestaltete Band erschien in der Reihe der Schriften des Archivs und des Museums der Universität Heidelberg, obwohl sich der gesamte Nachlaß Raus einschließlich der "Erinnerungen" in Privatbesitz befindet, das Universitätsarchiv lediglich über eine Verfilmung verfügt.

Einfacher war der Zugang zu den Quellen der brandenburgischen Revolutionsgeschichte. Sie stammen fast durchweg aus den Beständen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs und wollen einen Überblick durch die revolutionären Ereignisse der Jahre 1848 und 1849 in der ehemaligen

preußischen Provinz Brandenburg geben. Die Ereignisse in der dortigen kreisfreien Stadt und Hauptstadt des preußischen Königreichs, Berlin, bleiben wegen ihres gesamtstaatlichen Charakters ausgespart. Die Textauswahl beschränkt sich bewußt auf solche mit provinzieller Bedeutung und speist sich in erster Linie aus den Beständen des brandenburgischen Oberpräsidiums, der beiden Regierungspräsidien Potsdam und Frankfurt/Oder sowie der Kreisverwaltungen, Städte und Ämter, wobei es gelungen ist, alle Landkreise des heutigen Bundeslandes Brandenburg zu berücksichtigen. Chronologisch-sachlich in neun Kapitel untergliedert umspannen die Texte die Zeit von 1843 bis 1851, beginnen also mit der wirtschaftlichen und politischen Situation im Vormärz und reichen über die erste, auch in Brandenburg euphorische Phase der Revolution, dem Wiedererstarken der Reaktion, Steuerverweigerung und Reichsverfassungskampagne bis zur unmittelbaren Nachgeschichte der Revolution.

Zusammen mit einer ausführlichen Einführung Falks, einer Auswahlbibliographie, einer Rahmenzeittafel und nicht zuletzt mit sorgfältigen Personen- und Ortsindizes zeichnet sich der Band nicht nur durch die ausgewogene Auswahl der Texte, sondern ebenso durch seine äußere Form aus.

Quellensammlungen

Wenden sich diese Quelleneditionen zwar nicht ausschließlich, jedoch auch und vorwiegend an das Fachpublikum, so ist der Adressatenkreis von zwei unter lokalen Gesichtspunkten zusammengestellten, jeweils unter einem programmatischen Zitat als Titel stehenden Quellensammlungen aus der Region Mannheim⁶ sowie aus dem Bergischen Land⁷ von vornherein wesentlich weiter gefaßt. Beide Sammlungen erhoffen sich einen regen Gebrauch in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen.

Der Mannheimer Band kann als gelungenes Beispiel für die Zusammenarbeit von Schule und Archiv gelten; er entstand aus der Zusammenarbeit von Geschichtslehrern mit Archivaren, Bibliothekaren und Vertretern verschiedener Museen. Aus dem ursprünglichen Projekt, Unterrichtsmaterialien zu den Ereignissen der Jahre 1848/49 in Mannheim und Umgebung zusammenzustellen, wurde eine umfassende, didaktisch durchdachte Dokumentation. Sie setzt sich aus sieben Teilen zusammen und dokumentiert chronologisch fortlaufend nach der Situation am Vorabend der Revolution die Revolutionsereignisse selbst in vier Schritten: Märzrevolution, Reorganisation der "staatserhaltenden Kräfte", wobei die besondere Rolle Karl Mathys betont wird, die Weiterentwicklung von den Septemberunruhen zur Reichsverfassungskampagne und schließlich der badische Aufstand 1849. Zwei Schlußkapitel über die nachrevolutionäre Phase und über die Nachwirkungen der Revolution schließen sich an. Jeder der sieben Dokumentationsabschnitte beginnt mit einem einleitenden Text, an den sich Quellentexte, z. T. als Faksimiles, und Bilder anfügen. Sinnvoll ergänzt wird die Dokumentation durch eine Übersicht über die Bestände des Stadtarchivs Mannheim zur Geschichte des Vormärz und der Revolution, die zusätzlich quellenkundliche Abschnitte enthält und Beispiele verschiedener Archivalientypen in ansprechender Weise vorstellt: Ratsprotokolle, Briefe und Bilder als Bestandteile von Nachlässen sowie Grafiken, Karikaturen und Flugblätter. Der letzte Abschnitt des Bandes gibt Hinweise auf Stätten der Revolution 1848/49 in Mannheim, Heidelberg, Ladenburg und Weinheim. Ein Personenindex und eine Literaturübersicht runden den nicht zuletzt gestalterisch beeindruckenden Band ab, der zudem ein gutes Beispiel dafür ist, daß eine vorwiegend schwarz-weiß gehaltene Publikation keineswegs langweilig erscheinen muß.

Dagegen ist der Quellenband, der aus der Arbeit der kommunalen Archive des bergischen Städtedreiecks Remscheid, Solingen, Wuppertal entstanden ist, wesentlich nüchterner angelegt. In streng chronologischer Reihenfolge stellt er 113 Texte vorwiegend als faksimilierte Abdrucke, seltener als Transkriptionen verschiedener Quellen zusammen. In der Hauptsache (82) sind dies Artikel aus der regionalen Presse, daneben auch Aktenstücke und Plakate aus den Beständen der beteiligten und anderer Archive (23) sowie aus vorliegenden Quellenpublikationen (8). Die Sammlung konzentriert sich bewußt auf die lokalen und regionalen Ereignisse der Zeit zwischen März 1848 bis Mai 1849, berücksichtigt dabei allerdings auch die örtlichen Reaktionen auf die Ereignisse in Paris, Berlin und Wien und legt das "Schwergewicht ... auf die Dimension der politischen Meinungs- und Willensäußerungen der Revolutionszeit". Die im Anhang beigegebenen Karten der Kreise Elberfeld, Lennep und Solingen jeweils aus dem Jahr 1838 wollen den notwendigen räumlichen Eindruck verschaffen, was jedoch bei der hier vorliegenden schlechten Druckqualität etwas schwierig ist. Schön wäre es gewesen, wenn die Liste, die Auskunft darüber gibt, welche Zeitung sich in welcher Institution befindet (S. 177), zu einem vollständigen Quellenverzeichnis ausgearbeitet worden wäre. Einer Zusammenstellung von kopierten bzw. gescannten Texten "Editionsgrundsätze" voranzustellen, ist dagegen sicherlich entbehrlich, zumal nicht "ediert" wurde. Trotzdem sollte die Veröffentlichung als erfolgversprechender Impuls besonders für die weitere Intensivierung der gemeinsamen Arbeit von räumlich eng benachbarten Archiven und Museen angesehen werden.

Ausstellungskataloge

Die größte Gruppe innerhalb der hier vorzustellenden Titel stellen die Kataloge zu (Wander-) Ausstellungen in Koblenz, Sachsen-Anhalt, Dresden, München, Detmold und Heidelberg dar, Ausstellungen, bei denen Archive mit einer Ausnahme zumindest Mit-, wenn nicht sogar Hauptveranstalter waren. Je nach konzeptioneller Nähe zwischen "Ausstellungsmachern" und Archiven und je nach Präsentation konnten dabei Archivalien eher langweiliges Beiwerk ausmachen oder auch gekonnt in den Mittelpunkt gestellt werden. Wenn auch an dieser Stelle nicht in erster Linie über die Ausstellungen gesprochen werden soll, so schlägt sich doch vieles von der jeweiligen Konzeption in den dazugehörigen Katalogen nieder.

So geht die vom Landeshauptarchiv Koblenz herausgegebene Publikation auf die Ausstellung zurück, die gemeinsam vom Bundesarchiv, Landeshauptarchiv und Stadtarchiv Koblenz konzipiert, aus den jeweiligen Beständen bestückt und im Bundesarchiv in Koblenz gezeigt wurde.⁸ Zur dreiteilig angelegten Ausstellung steuerte das Bundesarchiv Dokumente zur nationalen und europäischen Entwicklung bei, das Landeshauptarchiv Exponate zur Zeit des Vormärz und der Revolution in der (südlichen) Rheinprovinz, während der Beitrag des Stadtarchivs schließlich die Ereignisse in der Stadt Koblenz selbst dokumentierte. Die Begleitpublikation stellt einen "Wegweiser durch den vom Landeshauptarchiv und Stadtarchiv bearbeiteten Ausstellungsteil", über ca. zwei Drittel der Ausstellung, dar und ist also kein Katalog der gesamten Ausstellung. Alle in Frage kommenden Exponate werden z. T. recht ausführlich kommentiert, sehr viele in guter, d. h. lesbarer Form abgebildet, so daß sich insgesamt ein sehr guter Überblick über die Revolutionsereignisse und -hintergründe in der Stadt Koblenz sowie im südlichen Teil der westlichsten preußischen Provinz ergibt. Sicherlich ist es der Kürze der Bearbeitungszeit zuzuschreiben, daß der Band einen etwas uneinheitlichen Eindruck hinterläßt. Auf einen umfassenden, grundlegenden Einleitungsbeitrag über

"Staat ohne Staatsverfassung? Preußen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts" (Heinz-Günther *Borck*) folgt ein Abriß über Vormärz und Revolution (Dieter *Kerber*), wobei die nach einer Zeittafel präsentierten Exponate des Landeshauptarchivs in die Überblicksdarstellung mit einbezogen werden. Ein weiterer Überblicksabschnitt und eine zweite Zeittafel - jetzt auf die Ereignisse der Stadt Koblenz beschränkt - leitet zum letzten Teil des Bandes über (Michael *Koelges*). Den insgesamt positiven Gesamteindruck können auch kleine Schönheitsfehler kaum schmälern, wie z. B. fehlende Bildunterschriften (S. 208) bzw. Bilder (S. 53), mangelnde Übereinstimmung zwischen Abbildung und Transkription (S. 70f., 159, 166f.). Der gerade auch im Hinblick auf die kurze Bearbeitungszeit von drei Monaten beeindruckende Band will die Ereignisse in der Rheinprovinz dokumentieren (S. 7, 47). Daß er sich dabei tatsächlich aber auf deren südlichen, heute im Bundesland Rheinland-Pfalz liegenden Teil beschränkt, ist bedauerlich. Das Thema des Bandes hätte es erwarten lassen, daß zumindest in der Zeittafel die Ereignisse der nördlichen Rheinprovinz, wo die Revolution übrigens auch deutlich früher, nämlich bereits in den ersten Märztagen begann, miteinbezogen würden. Bei aller z. T. berechtigten, in jedem Fall verständlichen Kritik an landesgeschichtlicher Forschung innerhalb moderner Bundeslandgrenzen kann es umgekehrt nicht besser sein, unter einem umfassenden Titel (Rheinprovinz) nur einen Teil zu behandeln und deren Ergebnisse auf die Gesamtheit zu übertragen.⁹

Vor ähnlichen Problemen, der Inkongruenz zwischen historischen Territorien und modernen Bundeslandgrenzen, stand man in Sachsen-Anhalt.¹⁰ Hier haben sich Museen, Archive sowie eine Bibliothek der vier ehemaligen anhaltischen Residenzen zu einer gemeinsamen Ausstellung zur Revolution zusammengetan. Dabei wurde je eines der insgesamt vier chronologisch angelegten Kapitel von einem Museum eines ehemaligen anhaltischen Herzogtums konzipiert. Das im Jahr 1793 unter den Teilherzogtümern Bernburg, Dessau und Köthen aufgeteilte, also 1848 nicht mehr existierende Zerbst dokumentierte konsequenterweise die Epoche des Vormärz, während die Darstellung der eigentlichen Revolutionszeit unter den anderen aufgeteilt wurde. Für den Katalog blieb es bei dieser Konzeption, hinzu kam eine umfangreiche Einleitung von Ulrike *Höroldt*, Landesarchiv Oranienbaum, das den überwiegenden Teil der ungedruckten Quellen zur Revolution von 1848/49 in Anhalt aufbewahrt. Durch die intensive Zusammenarbeit zwischen Archiven und Museen kam es hier zu einer anderen Mischung der Exponate, ca. zwei Fünftel der insgesamt 167 Exponate stammte aus Archiven, neben dem Landesarchiv aus den beiden Stadtarchiven Bernburg und Dessau, und auch die Anhaltische Landesbibliothek sowie die Anhaltische Gemäldegalerie, beide Dessau, waren vertreten. Der Band bietet z. T. sehr ausführliche Beschreibungen aller Exponate, ca. ein Drittel ist in guter, also lesbarer Qualität abgebildet. Der Band vermittelt den überzeugenden Eindruck, daß die Zusammenarbeit von Archiven, Museen und Bibliotheken ein weiteres Mal gelungen ist, ohne daß Archive in eine Nebenrolle abgedrängt worden wären.¹¹

Dies gilt auch für den Katalog zu einer Ausstellung, die gemeinsam vom Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden und dem Stadtarchiv Dresden veranstaltet wurde und sich auf eigene Bestände beschränkte.¹² Auf den Einführungsbeitrag "Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Radikalisierung. Die Revolution von 1848/49 im Königreich Sachsen" folgen hier in sieben Einzelkapiteln Erläuterungen und Dokumentation der Ereignisse und Hintergründe, beginnend mit dem Vormärz über Revolution (Septemberunruhen, Reichsverfassungskampagne, Maiaufstand) bis zum "Ende der Revolution", das freilich noch einen längeren Ausblick auf den "Weg zum Deutschen Reich" erhält. Daneben werden aber in den Kapiteln "Politik und Macht 1848/49" und v. a. in "Die

Gesellschaft gerät in Bewegung" auch Themen angesprochen, die im Rahmen der Revolutionsforschung nach wie vor der intensiveren Beschäftigung bedürfen, nämlich die Beteiligung der Landbevölkerung bzw. der Frauen an der Revolution. Alle 153 Exponate werden abgebildet, leider mit einer bräunlichen Einfärbung, die die Lesbarkeit doch deutlich erschwert, erläutert und handschriftliche Texte transkribiert. Da alle Abbildungen und Begleittexte eindeutig nummeriert sind, stört es nicht, daß Bilder und dazugehörige Texte nicht immer auf der gleichen Seite plaziert werden konnten. Zu bemängeln sind lediglich die etwas undifferenzierten Angaben zu gedruckten Quellen, Lithographien und Zeitungen ("SächsHSTA, Bibliothek"). Ergänzt wird die Dokumentation durch eine Zeittafel, die - durch die sächsische Verfassungsentwicklung bestimmt - mit dem Jahr 1831, dem Erlaß der ersten sächsischen Verfassung, beginnt, sowie durch ein knappes Literaturverzeichnis, das allerdings in der Zusammenstellung der über Sachsen hinausweisenden Titel eher beliebig wirkt.

Insgesamt konnten alle Einzelthemen - wie nicht anders zu erwarten - nur knapp behandelt werden. Doch war es auch nicht die Absicht der Autoren bzw. der Herausgeber, die bestehenden Forschungslücken zu schließen, sondern vielmehr zur weiteren Beschäftigung mit diesem Abschnitt sächsischer Geschichte zu ermuntern. Gemeinsam mit dem Katalog der vom Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig konzipierten Ausstellung¹³ liegt damit auch für Sachsen eine beachtliche Präsentation der Revolutionsereignisse vor.

Bayern versuchte als einziges Bundesland, sein Jubiläumsgedenken in den größeren Zusammenhang der deutschen und bayerischen Geschichte zu stellen. Europäische Bezüge kommen zwar in anderen Ausstellungskatalogen grundsätzlich nicht zu kurz, werden jedoch meist nur am Rand berücksichtigt. "Stationen der bayerischen und deutschen Geschichte" bilden der Westfälische Frieden, der Frieden von Aachen, die Revolution von 1848 und das für die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland entscheidende Jahr 1948. Die vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv erarbeitete Ausstellung und der Katalog¹⁴ versuchen zugleich, neben der Dokumentation der Ereignisse einen quellenkundlichen Überblick über das Spektrum der Archivalientypen der vergangenen 350 Jahre zu geben: Urkunden, Protokollbände, gedruckte Mandate, Karten, Pläne, moderne Sachakten, Plakate, Bilder und Flugblätter. Der sehr ansprechend und solide gestaltete Katalog vermag diesen Ansprüchen durchaus gerecht zu werden. Er präsentiert alle Exponate mit ausführlichen Beschreibungen, viele mit Abbildungen in durchweg sehr guter Qualität. Jeweils 10-15-seitige Überblicksdarstellungen gehen den Exponaten voran. Quellen- und Literaturverzeichnisse zu den vier Stichjahren beschließen den Band.

Die Ausstellung der Lippischen Landesbibliothek stellte wiederum das Jahr 1848 in den Mittelpunkt.¹⁵ Gestaltet wurde sie von Studentinnen und Studenten des Fachbereichs Design der Fachhochschule Bielefeld und des Fachbereichs Architektur/Innenarchitektur der Fachhochschule Lippe in Detmold. Der reich bebilderte Begleitband, der grafisch neue Wege geht (so wurden die Anmerkungen sehr übersichtlich in den Außenkolumnen plaziert, Bilderläuterungen fett gedruckt), bietet 15-20-seitige Beiträge einer kleinen Autorengruppe zur Vormärzzeit (Verfassungsfrage, soziale Lage, Turn- und andere Vereine und Gesellschaften, Bedeutung des 1841 errichteten Hermannsdenkmals), zur Revolution (Bürgerwehr, politische Vereine, Entwicklung der Presse), aber auch jenseits der lippischen Grenzen leider wenig bekannte Protagonist(inn)en wie z. B. Malvida von Meysenbug. Ein abschließender Beitrag thematisiert die Jahrhundertfeier 1948 in Frankfurt am Main

sowie die Reflexe darauf in Westfalen-Lippe. Wie in manchen anderen Städten Deutschlands fand 1948 auch in Detmold eine Ausstellung statt, die ebenfalls - wie diejenige zur 150-Jahrfeier - von der Lippischen Landesbibliothek initiiert und präsentiert wurde. Eine nach Erscheinungsjahren gegliederte Auswahlbibliographie und dankenswerterweise auch ein Personenregister beschließen den Band, der kein Ausstellungskatalog im klassischen Sinn sein möchte, und so bleibt der Zusammenhang zwischen Abbildungen und Exponaten völlig offen.

Gleiches gilt für den Begleitband zur Ausstellung im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg über die Heidelberger Versammlung am 5. März 1848¹⁶, die gemeinsam vom Heidelberger Geschichtsverein und einer Gruppe Studierender des Historischen Seminars der Universität Heidelberg entwickelt wurde. Der Band präsentiert (zumindest erkennbar) keinerlei Exponate, sondern neun Aufsatzbeiträge, die die für die weiteren Ereignisse bedeutungsvolle, aber überraschend wenig im Bewußtsein verankerte Versammlung von Liberalen und Demokraten aus Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Nassau und Frankfurt in den verfassungs- und ereignisgeschichtlichen Zusammenhang einordnen. So schreibt Frank *Engehausen* über die Heidelberger Versammlung und den Beginn der deutschen Revolution, Petra *Schaffrodt* über die Stadt Heidelberg im Februar und März 1848, Christian *Müller* stellt die 51 Teilnehmer der Versammlung vor, Frank *Moraw* und Frieder *Hepp* veröffentlichen Berichte und Urteile von (nicht beteiligten) Zeitgenossen und Historikern, Peter *Zorn* den Bericht eines bedeutenden Teilnehmers, Friedrich Daniel Bassermann, Carolin *Müller* beschreibt die weitere Entwicklung von der Heidelberger Versammlung zur Paulskirche, und Katharina *Hausmann* stellt die Deutsche Zeitung vor, das einzige der Heidelberger Blätter, das auch überregionale Bedeutung erlangte. Die Abschlusßerklärung, mit der die Teilnehmer der Versammlung zur Wahl von Vertrauensmännern und zur Vorbereitung einer deutschen Nationalversammlung aufriefen, fehlt im vorliegenden Band natürlich nicht. Reich bebildert, u. a. mit Abbildungen der meisten Teilnehmer der Versammlung, stellt er eine empfehlenswerte Einführung in die Heidelberger Ereignisse und damit gleichzeitig in die Anfangsphase der Revolution dar.

Biographien - geographisch ausgerichtete Werke

Nicht zuletzt die vielen Ausstellungen, die in den Jahren 1998 und 1999 wohl in der gesamten Republik stattfanden, haben gezeigt, daß die Revolution von 1848/49 weitere Verbreitung gefunden hatte als oft gedacht, daß sie nicht nur ein Ereignis in Berlin, Frankfurt am Main und in Wien, in Sachsen oder im deutschen Südwesten gewesen ist. Dennoch war die Revolution wohl nur im Südwesten eine solche Massen- und Volksbewegung, daß es "kaum eine Familie ohne einen Revolutionär unter den Vorfahren" gab. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß es v.a. baden-württembergische Archivarinnen und Archivare unternommen haben, z.T. äußerst umfangreiche biographische bzw. geographisch-biographische Nachschlagewerke zu erarbeiten. Einen regelrechten "Reiseführer" zu den Stätten der Revolution gab die Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg heraus.¹⁷ Der nicht nur durch seinen stattlichen Umfang beeindruckende Band präsentiert die Revolutionsgeschichte von fast 150 Orten in Baden-Württemberg und belegt damit, daß nahezu alle Städte und Gemeinden dieses Gebietes von der Revolutionsbewegung erreicht wurden. Die einzelnen, von Autoren aus den jeweiligen Orten selbst beigesteuerten Artikel umfassen in jedem Fall einen Abriß der Ereignisse, sodann - soweit möglich und vorhanden - Hinweise auf "Spuren", also materielle Überreste der Revolution im Ortsbild, ferner auf beteiligte Personen, Angaben zu einschlägigen Archiven, Bibliotheken oder anderen Kultureinrichtungen sowie Literaturangaben. Nicht für jeden Ort konnten (bislang) Angaben in allen

diesen Sparten gemacht werden, überhaupt sind die einzelnen Ortsbeiträge von unterschiedlichem Umfang, was jedoch nicht überraschen kann. Im Gegenteil möchte der Band in erster Linie das bisher Bekannte zusammenstellen und zu weiterer Forschung anregen. Zahlreiche Abbildungen vervollständigen die Artikel. Komplettiert wird der Band nicht nur durch eine - schon fast selbstverständliche - Zeittafel, sondern darüber hinaus durch ein Glossar von vorwiegend Sachbegriffen. Ausführliche Personen-, Orts- und Sachregister ergänzen den Band. Daß diese Register getrennt wurden, kann der einzige Kritikpunkt sein.¹⁸ Insgesamt ist ein nicht nur überaus nützliches, sondern auch ein zum Lesen einladendes Werk entstanden, das große Anerkennung verdient.

Dies trifft in gleicher Weise auf ein rein biographisches Lexikon zu, das als reicher Ertrag der mehr als zwanzigjährigen Forschungstätigkeit Heinrich *Raabs* nun veröffentlicht wurde.¹⁹ Die Basis für diese beispiellose Revolutionskartei lieferten die Akten des Generallandesarchivs Karlsruhe. Alle Akten aus dessen Beständen, die den Demokratisierungsprozeß in Baden in der Mitte des 19. Jahrhunderts betreffen, insbesondere Generalakten der badischen Ministerien, der Kreisregierungen, Bezirksämter, des Oberhofgerichts, der Hofgerichte, des Verwaltungsgerichtshofs, der Amtsgerichte und sonstiger Behörden im Zeitraum zwischen 1830 und 1860 wurden gesichtet und dabei die Personen festgehalten, die aus verschiedenen Gründen in dieser Zeit aktenkundig wurden, sei es im Zusammenhang mit dem polnischen Aufstand von 1830/31 und der anschließenden Flüchtlingswelle, als Teilnehmer am Hambacher Fest, am Frankfurter Wachensturm oder während der Revolution selbst. Aus dieser Datenfülle wurden nun die Einträge über im Zusammenhang mit der Revolution auffällig gewordene Personen, immerhin ca. 38.500 Biographien als CD-ROM publiziert, die wichtigsten 5000 davon auch in Buchform. Letzteres ist ein in jeder Hinsicht gewichtiges und bequem zu benutzendes personengeschichtliches Lexikon, in Kombination mit der CD-ROM und den damit verbundenen Recherchemöglichkeiten jedoch ein sehr willkommenes Nachschlagewerk, das erklärtermaßen die "Gesichter in der Menge", also auch die kleinen, bisher unbekannt gebliebenen Träger der Revolution erfassen möchte (S. 10) und damit ein weiteres Mal die große Verbreitung der Revolution und ihre Rolle als Volksbewegung im deutschen Südwesten dokumentiert. Vor allem aber entstand gleichzeitig auch ein themenspezifisches, personen- und ortsgeschichtliches Findmittel zu den Beständen des Generallandesarchivs sowie des Staatsarchivs Freiburg, wohin 1991 ein Teil der bei der Erstellung der Revolutionskartei gesichteten Bestände, Akten der südbadischen Verwaltungsbehörden und Gerichte, abgegeben wurde (S. 9, 17f.).

Andere biographische Werke versuchen, zu Angehörigen bestimmter Personengruppen möglichst viele Informationen zu den jeweiligen Lebensläufen in verschiedenen Archiven oder der Literatur zu ermitteln. Nicht zuletzt mit Hilfe der Revolutionskartei Heinrich Raabs entstanden etwa (Kurz-) Biografien von Revolutionären und ihren Gegenspielern im Rhein-Neckar-Raum,²⁰ erarbeitet vom Arbeitskreis der Archive im Rhein-Neckar-Raum, der schon gemeinsam mit dem Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim das sicherlich spektakulärste Ausstellungsprojekt inszenierte, den "Zeitzug 1848".²¹ Auch diese Zusammenstellung will sich nicht nur den großen Namen widmen, sondern heute weniger bekannte oder gar vergessene Revolutionäre und deren Gegenspieler vorstellen. 51 Autorinnen und Autoren verfaßten hierzu 130 Biographien, je nach Quellenlage und Forschungsstand unterschiedlichen Umfangs, alle jedoch mit Quellen- und sofern möglich Literatur- oder gar eigenen Werkangaben. Ergänzt wird die Sammlung durch einen Beitrag von Hans *Fenske* über die "Revolution von 1848/49 und den Rhein-Neckar-Raum", der den jeweils unterschiedlichen

Verlauf der Revolution in Hessen, Baden und in der Pfalz skizziert und dadurch Übereinstimmungen und Differenzen in dieser Region aufzeigt. Ein weiterer Beitrag von Erich *Schneider* fragt nach den "Erinnerungen an die badisch-pfälzische Revolution und die Pflege der 1848/49er Tradition zwischen der Reichsgründung und dem Ende der Weimarer Republik" und thematisiert damit einen bislang seltenen Aspekt der Revolutionsnachwirkungen. Eine ausführliche Chronik der Ereignisse im Rhein-Neckar-Raum der Jahre 1846 bis 1850, Literaturverzeichnis, ein Personen- und ein Ortsregister vervollständigen den Band.

Einen engeren Personenkreis zog man in Heidelberg, wo man die sieben Abgeordneten dieser Stadt bei der Frankfurter Nationalversammlung portraitierte.²² Mit sieben Universitätslehrern, die alle schon vor der Revolution als Landtagsabgeordnete oder auch als Publizisten politische Erfahrungen hatten sammeln können, war der Heidelberger Anteil am häufig sogenannten Frankfurter Gelehrtenparlament sogar noch höher als in Bonn, von wo immerhin fünf Universitätsprofessoren als Abgeordnete in die deutsche Nationalversammlung entsandt wurden. Die Beiträge über die drei Juristen Karl Mittermaier (Frank *Engehausen*), Karl Theodor Welcker (Georg Christoph *Berger Waldenegg*) und Robert von Mohl (Pia *Nordblom*), die beiden Historiker Georg Gottfried Gervinus (Armin *Kohnle*) und Karl Hagen (Robert *Zepf*), den Philosophen Christian Kapp (Jörn *Leonhard*) sowie den Nationalökonom Gustav Höfken (Ursula *Machoczek*) wollen nicht in erster Linie Biographien, sondern "politische Profile" darstellen. Erleichtert wird dies dadurch, daß die Heidelberger Abgeordneten ein politisches Spektrum abdeckten, das immerhin von der äußersten Linken (Hagen) bis zum rechten Flügel des Liberalismus (Welcker) reichte. Ebenso wie die bereits vorgestellte Arbeit über die Heidelberger Versammlung ("Auf dem Weg zur Paulskirche") ist auch dieser ähnlich aufgebaute Band aus dem Heidelberger Historischen Seminar hervorgegangen. Während die Beiträge des ersteren neben der Heidelberger Versammlung auch ein zeitgenössisches Bild der Gastgeberstadt boten, so versucht der zweite aus umgekehrter Perspektive am Beispiel der Heidelberger Abgeordneten die Chronologie der Ereignisse der Paulskirche nachzuzeichnen.

Überblicksdarstellungen

Schließlich ist eine Gruppe von Publikationen anzusprechen, die insgesamt unter den Neuerscheinungen zur Revolution von 1848/49 mit Sicherheit am stärksten vertreten war, nämlich regionale und überregionale, z. T. vergleichend angelegte Darstellungen, die als Einzel- oder Sammelwerke erschienen. Auch hier läßt sich mit Blick auf die neue Literatur zu 1848 ein deutliches Nord-Süd-Gefälle feststellen.

Mit den Revolutionsereignissen im ehemaligen Königreich Hannover beschäftigen sich zwei Sammelwerke, die sich in vorteilhafter Weise ergänzen. Der eine wendet sich dabei schwerpunktmäßig der heutigen Landeshauptstadt zu, der andere stellt die südliche Region Niedersachsens zwischen Weser und Leine in den Mittelpunkt. Der von Heide *Barmeyer* herausgegebene Band²³ geht auf eine Vortragsreihe zurück, die zur Erinnerung an die Ereignisse der Revolution im Königreich Hannover veranstaltet wurde. Die neun Beiträge von Historikern und Politikwissenschaftlern befassen sich durchweg sehr fundiert mit Einzelaspekten, wie der Rolle der Vereine (Gerhard *Dongowski*) oder auch der Publizistik (Anke *Bethmann*) für die politische Bewußtseinsbildung, mit dem Verhältnis von Staat und Kirche im Vormärz und während der Revolution (Hans-Georg *Aschoff*), sozialen Spannungen und gegenrevolutionären Überzeugungen in

der Braunschweigischen Landbevölkerung (Gerhard *Schildt*), mit frühsozialistischen Tendenzen um Gottfried Ludwig Stechan und der von ihm herausgegebenen "Deutschen Arbeiterhalle". Daneben gelingt es Reinhard *Oberschelp* durch die Auswertung des reinen Anzeigenblatts "Hannoversche Anzeigen", ein überaus anschauliches Bild des Alltagslebens in der Stadt Hannover im Jahr 1848 zu entwerfen. Rolf *Warnstedt*, Präsident des Niedersächsischen Landtags, betont den von den Ereignissen der Jahre 1848/49 ausgehenden Parlamentarismusgedanken, seine "historischen Forderungen und aktuellen Überdruß". Hans-Dieter *Schmidt* widmet sich in seinem Beitrag über die Lehrerreformbewegung einer Berufsgruppe, deren Rolle und Beteiligung an den Revolutionsereignissen bislang kaum thematisiert wurde. Cord *Meckseper* schließlich untersucht in seinem Beitrag "1848 - und kein Denkmal erinnert in Hannover daran?", ausgehend vom negativen Denkmalsbefund in Hannover, die Denkmalsbewegung im 18. und 19. Jahrhundert.

Der zweite Band aus Niedersachsen²⁴ grenzt das Untersuchungsgebiet auf Klein- und Mittelstädte aus der Grenzregion von Königreich Hannover und Herzogtum Braunschweig ein. Hauptsächlich aus den Beständen der Kommunalarchive der Kreise Hameln, Hildesheim, Holzminden und Northeim haben Archivarinnen und Archivare die Revolutionsereignisse und deren Hintergründe in den Städten Hameln (Mario *Keller-Holte*), Northeim (Ekkehard *Just*) und Einbeck (Elke *Heege*), im Kreis Holzminden (Matthias *Seeliger*) sowie in der Region um die Kleinstadt Uslar, die als das Armenhaus im Königreich Hannover galt, nachgezeichnet (Wolfgang *Schäfer*). Im von den Seitenzahlen her umfangreichsten Beitrag stellt Thomas *Krueger* unter den Schlagworten "Zölle und Kartoffeln" die besonderen Probleme dar, die sich durch die in den 1840er Jahren noch zwischen Hannover und Braunschweig, die sich noch nicht dem 1834 gegründeten Deutschen Zollverein angeschlossen hatten, bestehenden Zollschränken ergaben.

Beide Bände zeigen, daß die Region Niedersachsen zwar sicherlich nicht zu den Brandherden der Revolution gehörte, daß sich aber dennoch die Beschäftigung mit dieser Epoche der Regionalgeschichte als lohnend erweist.²⁵

Für Sachsen-Anhalt war das schon keine Frage mehr. So fand im Herbst des Jahres 1998 in Köthen eine Tagung statt, die die "Hintergründe, Ereignisse und Auswirkungen der Revolution von 1848/49 in deutschen Klein- und Mittelstaaten" untersuchen wollte. Zwölf dort gehaltene Vorträge wurden für den Druck zusammengefaßt²⁶ und als Mitteilungsband des Vereins für Anhaltische Landeskunde veröffentlicht. Trotz des weit gefaßten Titels beschäftigt sich die deutliche Mehrheit (acht) der Beiträge nur mit der anhaltischen Geschichte, was auf kleinere Schwächen bei der Tagungskonzeption hindeutet. Thematisiert wurden dann jedoch die klassischen Themen des Vormärz und der Revolution wie Hungerunruhen (Uwe *Kiel*), Judenemanzipation (Peter *Lemke*), Verfassungsfrage (Peter-Joachim *Rakow*), Verwaltung und Beamtenschaft (Ulrike *Höroldt*), Verhältnis der anhaltischen Staaten zu Preußen (Mathias *Tullner*), allerdings auch interessanterweise die "Einflüsse der Revolution von 1848/49 auf das anhaltische Geldwesen" (Jens *Heckl*). Das Verhältnis der deutschen und sorbischen bäuerlichen Bevölkerung in der sächsischen Oberlausitz wurde von Erhard *Hartstock* angesprochen, die Revolutionsereignisse in einem der anhaltischen Herzogtümer, Bernburg, von Michael *Thomas* dargestellt. Werner *Grossert* widmete sich der Geschichtsschreibung über die Revolution in mehreren Zeitschnitten und stellte dabei insgesamt ca. 150 Titel vor, darunter auch mehrere eigene. Neben den anhaltischen kommen von den deutschen Klein- und Mittelstaaten lediglich das Fürstentum Lippe zu Wort (Hermann *Niebuhr*), die zu Bayern

gehörende Pfalz (Hannes *Ziegler*) sowie ein allerdings sehr spannender Einzelaspekt der Revolutionsgeschichte des Großherzogtums Baden (Kurt *Hochstuhl*, Fremde in der badischen Revolutionsarmee). Die Beiträge werden durch eine Zusammenstellung von Neuerscheinungen zur Revolution von 1848/49 in Anhalt sowie ein integriertes Personen- und Ortsregister ergänzt.

Mit den Revolutionsereignissen in Köln, der sicherlich bedeutendsten Stadt der Rheinprovinz, beschäftigte sich Jürgen *Herres*.²⁷ Er möchte mit "neuen oder zumindest wenig bekannten Quellen" ein "anschauliches Bild von der Revolution von 1848" in Köln geben und gleichzeitig einen "Beitrag zur Geschichte der Revolution im Rheinland und in Preußen" leisten. Das ist ihm sicherlich gelungen, auch wenn bislang unbekannte Quellen nicht unbedingt neue Erkenntnisse vermitteln.²⁸ Herres, der sich in den vergangenen Jahren mit verschiedenen Arbeiten zu diesem Themenkomplex bereits einen Namen gemacht hat²⁹, beschreibt die Arbeiterdemonstrationen vom 3. März 1848 und die führende Rolle des Armenarztes Andreas Gottschalk, die sich anschließende erste rheinische Massenpetitionsbewegung und stellt die Bedeutung der Metropole Köln, eine der bevölkerungsreichsten Städte Preußens, und der gesamten nordrheinischen Region als eine der wenigen bedeutenden frühindustrialisierten Gewerbeproduktionslandschaften Deutschlands heraus. Breiten Raum gibt der Autor den Maiwahlen des Jahres 1848 und der politischen Vereins- und Parteibildung sowie insgesamt der neuen politischen Kultur, die mit den Erfolgen der Märzbewegung möglich wurde, und verfolgt die Entwicklung in Köln weiter über die Septemberunruhen, Steuerverweigerung bis hin zur Reichsverfassungskampagne, die sich allerdings in Köln auf Volksversammlungen beschränkte - ganz im Gegensatz zu anderen rheinischen Städten und erst recht zur Entwicklung im Südwesten Deutschlands. Herres stellt den Gang dieser Ereignisse gut lesbar und mit der notwendigen Ausführlichkeit dar, lediglich das Kapitel über Bürgerwehr und Volksbewaffnung fällt merkwürdig kurz aus - was angesichts der bereits vorhandenen, wenn auch unvollständigen Forschungen zu diesem Thema verwundert.³⁰ Abbildungen, die zu den "Herzstücken" der Kölner Revolutionsgeschichte gehören (Eintrittskarte des Arbeitervereins zu Köln, Bankett auf dem Gürzenich anlässlich des Kölner Dombaufestes im August 1848, die "Kölner Barrikade ohne Verteidiger", die "Tragische Ablieferung der Waffen zu Köln" im September 1848) bereichern den Band.

Michael *Wettengel*, der bereits 1989 eine viel beachtete Arbeit über die Revolution im Rhein-Main-Raum vorlegte³¹, hat der von Herres vernachlässigten Institution der Bürgerwehr - freilich einer anderen Stadt - eine eigene Studie gewidmet.³² Zusammen mit einem weiteren Aufsatz Wettengels zu diesem Thema in einem erst kürzlich erschienenen Sammelband zur Geschichte der Revolution im Bundesland Hessen³³ liegt damit für Nassau eine wirklich umfassende Untersuchung vor.

Die Arbeit über die Wiesbadener Bürgerwehr stellt anschaulich deren Doppelcharakter zwischen Volkswehr und hilfspolizeilicher Truppe heraus. Deutlich wird, daß die Bürgerwehr sich nicht etwa gründete, um liberalen Forderungen mit Hilfe der Volksbewaffnung zur Durchsetzung zu verhelfen, sondern zunächst und in allererster Linie zur Abwehr von inneren (Anarchie) und äußeren Feinden (Frankreich). Bereits das Bürgerwehredikt vom 11. März 1848 regelte die Pflicht zur Teilnahme aller männlichen Nassauer zwischen dem 20. und dem 54. Lebensjahr, jedoch wurde die dadurch gegebene Möglichkeit zur Integration der verschiedenen Bevölkerungsteile durch eine Reihe von Befreiungsgründen zunichte gemacht - insbesondere die pauschale Befreiung der Beamenschaft und des Militärs zementierte die Sonderstellung dieser Bevölkerungsgruppen. Davon abgesehen stellte die

Wiesbadener Bürgerwehr jedoch ebenso wie die übrigen Bürgerwehren Nassaus eine echte Volksbewaffnung dar, die auch unterbürgerliche Schichten umfaßte.

In vier großen Kapiteln beschreibt Wettengel auf einer breiten Quellengrundlage die Einrichtung, Organisation und Struktur der Bürgerwehr ("Aufbruch"), die Reorganisation der Bürgerwehr infolge der politischen Unruhen im Sommer 1848 ("Wende: Krise und Konflikt"), den Bürgerwehrralltag in den Revolutionsjahren sowie schließlich die Auflösung der Bürgerwehr im Sommer 1849 ("Ende"). Der Anhang bietet neben Quellen-, Literatur- und Abkürzungsverzeichnissen sowie Abbildungsnachweisen die Namenslisten aller Wehrmänner und Offiziere der vierzehn Kompanien der Wiesbadener Bürgerwehr sowie die Namen der Mitglieder des Gymnasiastenfreikorps.

Die bisher vorgestellten, nur einen kleinen Teil der Gesamtzahl der Neuerscheinungen ausmachenden Bände zeigen eindrücklich, daß das Jubiläum v. a. der Regionalforschung neue Impulse und auch neue Erkenntnisse verschafft hat. Dagegen stehen vergleichende Studien deutlich zurück. Einer der wichtigsten Bände, die die Revolutionsbewegung in Europa vergleichend in den Blick nehmen, ist der von Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt und Dieter Langewiesche herausgegebene Band.³⁴ Er präsentiert die Beiträge einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten Konferenz, die im Jahr 1996 in Würzburg stattfand. Auf zweierlei Weise wird hier der Versuch zu einer tatsächlich europäischen Geschichte der Revolution von 1848/49 unternommen. So werden im ersten der insgesamt fünf Teile des Bandes ("Zentren der Revolution und der Reform: Ursachen und Verlauf") die Ereignisse in den "wichtigsten Revolutionszentren", in Frankreich, Italien, Deutschland, in der Habsburgermonarchie, in Polen, sowie in den Donaufürstentümern Moldau und Walachei vergleichend neben die der Länder gestellt, in denen durch eine Reihe von Reformmaßnahmen revolutionäre Erhebungen weitgehend verhindert wurden (Vereinigtes Königreich, Niederlande und Belgien, Dänemark, Norwegen und Schweden). Die Schweiz, die nach den Sonderbundkriegen 1847 eine Art Zwischenposition zwischen diesen Polen einnahm, ist ebenfalls mit einem eigenen Kapitel vertreten.

Während diese regionale Zusammenschau einmal mehr verdeutlicht, daß sich die Revolutionsbewegung nach den ersten Ereignissen im Februar 1848 in einer Art Kettenreaktion in bemerkenswerter Geschwindigkeit von Westen nach Osten bewegte, untersuchen die anderen vier Kapitel sektoral verschiedene Aspekte des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs in Europa. Das erste der vier Kapitel steht unter dem Thema "Stadt und Land", und es umfaßt Beiträge von Rüdiger Hachtmann, von John Breuilly und Iorwerth Prothero über die besondere Rolle der Städte, z. B. der - insgesamt äußerst unterschiedlichen - Hauptstädte, darunter die "Revolutionsmetropolen" Paris, Wien und Berlin, aber auch vergleichend für Hamburg und Lyon. Die revolutionären Bewegungen auf dem Land untersuchen Christoph Dipper (Deutschland, Frankreich und Italien) bzw. Wolfgang Höpken (Südosteuropa). Unter dem Thema "Revolutionäre Politik und Politik in der Revolution" versammeln sich u. a. Beiträge von Heinrich Best (Strukturen parlamentarischer Repräsentation in den Revolutionen von 1848) und Giovanna Procacci, die staatliche Strategien im Verlauf der Krise von 1848 aufzeigt. Michael Wettengel geht der Entwicklung des politischen Vereinswesens als einer Vorstufe der Parteibildung in Deutschland nach, und Ursula E. Koch behandelt in einem der ausführlichsten Kapitel eines der ganz zentralen Themen der Revolution in den Revolutionszentren Frankreich und Deutschland, die Presse. Das umfangreiche Kapitel "Gesellschaft im Umbruch" vereint Beiträge über die Klassenbildung in Deutschland und Frankreich (Heinz-Gerhard Haupt und Friedrich Lenger), die Beteiligung von Frauen an der von Männern

bestimmten Revolution (Gabriella *Hauch*), die Rolle der Bürgerwehren (Ralf *Pröve*) sowie des Militärs (Dieter *Langewiesche*). Mit den kirchen- und religionspolitischen Aspekten beschäftigt sich Jonathan *Sperber*, Heinz-Elmar *Tenorth* sieht die Revolution als Zäsur der Bildungsgeschichte und Reinhard *Rürup* nimmt die Auswirkungen der Revolution auf das jüdische Leben in den Blick. Wolfram *Siemann* erläutert den auch für die Revolutionsforschung noch neuen Begriff der Versammlungsdemokratie, worunter er die Äußerungsform einer politischen (Massen-)Veranstaltung versteht. Als solche setzt sie zwar voraus, daß eine Versammlung politischen Zwecken diene, umfaßt aber keine Veranstaltungen des sich etablierenden Vereins- und Fraktionswesens.

"Versammlungsdemokratie" meint vielmehr allgemein zugänglich und öffentlich abgehaltene Veranstaltungen, an denen auch das "einfache Volk" und sogar Frauen teilnehmen konnten, was bei Vereinsversammlungen keineswegs selbstverständlich, sogar auch bei fortschrittlich gesinnten Vereinen eher ungewöhnlich war. Manfred *Gailus* und Charlotte *Tacke* behandeln verwandte Themen, die Revolution als "Politik der Straße" (*Gailus*) und die Feste der Revolution in Deutschland und in Italien (*Tacke*). Mit der (deutschen) Sprache der Revolution von 1848, der Frage nach möglichen Kontinuitäten und Diskontinuitäten sprachlicher Eigenarten zwischen 1789/93 und 1848 beschäftigt sich Willibald *Steinmetz* ("Sprechen ist eine Tat bei euch". Die Wörter und das Handeln in der Revolution von 1848). Er kommt zu dem Ergebnis, daß sich zwar im semantischen Sinn wenig an der Bedeutung der Wörter änderte, daß aber v. a. die gewandelten Kommunikationsstrukturen Wörtern und Sprache insgesamt eine andere Bedeutung zuteil werden ließ. Ein Beitrag von John *Merriman* über die Bedeutung von Gerüchten, ein bisher wenig, nur im Zusammenhang mit der Französischen Revolution beachtetes Thema, beschließt diesen Teil. Zwei Beiträge schließen sich unter dem Kapitelthema "Folgen der Revolution" an, Beatrix *Bouvier* über die "Tradition von 1848 im Sozialismus" und Robert *Gildea* über "Mythen der Revolution von 1848". Eine Zusammenstellung ausgewählter Literatur sowie ausführliche Personen-, Orts- und Sachregister komplettieren diesen in vielerlei Hinsicht beeindruckenden Band.

Die Bedeutung dieses Tagungsbandes liegt in erster Linie darin, daß sich die Präsentation der Ereignisse der Jahre 1848/49 nicht in einer beliebigen Aneinanderreihung von Einzeldarstellungen erschöpft, sondern hier ein tatsächlicher Vergleich der Ereignisse in Europa im Sinn einer vorläufigen, den jetzigen Forschungsstand repräsentierenden Synthese vorgelegt wird. Die Herausgeber und nicht zuletzt die insgesamt 38 Autorinnen und Autoren, die aus einer ganzen Reihe von europäischen Staaten stammen, haben es verstanden, einerseits die Vielfalt der revolutionären Geschehnisse sowie der historischen Zugangsmöglichkeiten und Forschungsrichtungen deutlich zu machen, gleichzeitig aber den Blick für eine bislang fehlende, vergleichende Gesamtdarstellung der europäischen Revolutionen von 1848/49 zu schärfen und den Weg dorthin zu ebnen.

Fussnote 1: Dazu demnächst z. B. Dieter *Langewiesche*, in: **Geschichte und Gesellschaft** 25 (1999) H. 4; vgl. auch Manfred *Gailus*, Bürgerliche Revolution? Deutsche Revolution? Europäische Revolution? Neuerscheinungen und Forschungstrends im Zeichen des 150jährigen Jubiläums der Revolution von 1848/49, in: **Zeitschrift für Geschichtswissenschaft** 47 (1999), S. 623-636. Bereits 1994 erschien: Walter *Schmidt*, Die 1848er Revolutionsforschung in der DDR. Historische Entwicklung und kritische Bilanz, in: **Zeitschrift für Geschichtswissenschaft** 42 (1994), S. 21-38. [Zurück](#)

Fussnote 2: Die Revolution von 1848/49 in Anhalt. Wegweiser zu den archivalischen Quellen im Landesarchiv

Oranienbaum und anderen Archiven, wissenschaftlichen Bibliotheken und historischen Museen auf dem Gebiet der früheren anhaltischen Herzogtümer. Zusammengestellt von Thomas *Brünnler* und Ulrike *Höroldt*. Im Auftrag des Ministeriums des Innern des Landes Sachsen-Anhalt hrsg. vom Landesarchiv Oranienbaum, Oranienbaum 1998. 277 S. mit 3 Abb., brosch. [Zurück](#)

Fussnote 3: Bei den Vorarbeiten zu einem vom Thüringischen Hauptstaatsarchiv in Angriff genommenen Spezialinventar entstand eine für die weitere Forschung ebenfalls sehr hilfreiche Publikation, die "Chronik und Bibliographie zur Revolution von 1848/49 in Thüringen", die der Thüringer Archivarverband in Zusammenarbeit mit dem Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität in Jena und der Landeszentrale für politische Bildung herausgab. Hinter diesem Titel verbergen sich einerseits Einzelchroniken zu den Ereignissen in den thüringischen Kleinstaaten und Territorien, andererseits eine systematische Erfassung von zeitgenössischen Berichten, Gesetzessammlungen, v. a. aber Literatur zur Revolution in Thüringen. Aufgenommen wurden hierzu nicht nur Druckschriften, Dissertationen, Staats-, Examens- und Magisterarbeiten sowie von Historikern bzw. Archivaren, aber auch von Heimatforschern erarbeitete Manuskripte und Zeitungsartikel. Die zeitgenössischen Periodika, die 1848 bis 1850 in Thüringen erschienen, erschließt eine eigene Bibliographie als letzter Teil des Bandes. Alle Titel wurden mit Standortnachweisen versehen, die sich allerdings auf thüringische Bibliotheken und Archive konzentrieren: Falk *Burghardt*, Chronik und Bibliographie zur Revolution von 1848/49 in Thüringen. Hrsg. vom Thüringer Archivarverband, dem Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Landeszentrale für politische Bildung. Erfurt 1998. 304 S. [Zurück](#)

Fussnote 4: Die Revolution von 1848/49 in Brandenburg. Bearb. von Gebhard *Falk* (**Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs**, Bd. 5). Peter Lang Verlag - Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 1998. 260 S. mit 8 Abb., brosch. [Zurück](#)

Fussnote 5: Karl Heinrich Rau, Die vierzig Tage in Heidelberg. Erinnerungen an den badischen Aufstand im Sommer 1849. Bearbeitet von Gerd *Wippermann*, Gabriele *Haupt*, Werner *Moritz* und Bernhard *Stier* (Archiv und Museum der Universität Heidelberg. Schriften. Hrsg. von Werner *Moritz*, Bd. 3). Verlag Regionalkultur, Ubstadt-Weiher 1999. 127 S. mit 21 Abb., geb. Gerade die autobiographischen Quellen stellen einen manchmal sehr ergiebigen, wenn auch mit quellenkritischem Blick zu lesenden, trotzdem aber weniger genutzten Zugang zu Ereignissen der Revolutionsgeschichte dar. Eine geschickte Kombination aus autobiographischem Material, Presseartikeln und eher als spröde geltenden Gerichtsakten gelang z. B. Michael *Knieriem*, Der Prozeß gegen die Mai-Angeklagten, in: Michels Erwachen - Emanzipation durch Aufstand? Studien und Dokumente zur Ausstellung. Hrsg. von Michael *Knieriem*. Neustadt an der Aisch 1999, S. 38-134. [Zurück](#)

Fussnote 6: "Vorwärts! ist der Ruf der Zeit". Die Revolution 1848/49 in der Region Mannheim. Texte - Dokumente - Bilder zu den Ereignissen in Heidelberg, Ladenburg, Mannheim und Weinheim. Hrsg. vom Arbeitskreis Landeskunde/Landesgeschichte - Region Mannheim und vom Stadtarchiv Mannheim, bearb. von Thomas *Hagen* und Hans-Joachim *Hirsch* (**Kleine Schriften des Stadtarchivs Mannheim** Nr. 11. Hrsg. von Jörg *Schadt*). Verlagsbüro von Brandt, Mannheim 1998. 180 S., zahlr. Abb., brosch. [Zurück](#)

Fussnote 7: "Wir werden siegen, wenn wir einig sind". Quellen zur Revolution 1848/49 in Remscheid, Solingen, Wuppertal. Hrsg. vom Historischen Zentrum der Stadt Remscheid, Stadtarchiv Solingen, Stadtarchiv Wuppertal, bearb. von Ralf *Rogge*, unter Mitarbeit von Urs *Diederich*, Uwe *Eckardt* u. a. Solingen, Stadtarchiv 1998. 177 S., Abb., brosch. [Zurück](#)

Fussnote 8: "...ein freies Volk zu sein!" Die Revolution von 1848/49. Begleitpublikation zur Ausstellung des Bundesarchivs in Zusammenarbeit mit dem Landeshauptarchiv Koblenz und dem Stadtarchiv Koblenz. Bearb. von Heinz-Günther *Borck*, Andrea *Grosche*, Dieter *Kerber* und Michael *Koelges* (**Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz**, Bd. 77). Verlag der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Koblenz 1998. 208 S. mit zahlr. Abb., brosch. [Zurück](#)

Fussnote 9: Auch in der ansonsten durchaus ansprechenden landesgeschichtlichen Darstellung im Internet ("Blick in die Geschichte": www.landsgeschichte.de/blick/archiv/?13.06) hat sich diese Fehleinschätzung eingeschlichen, liest man dort doch unter dem 13. Juni 1849, daß "die Revolution in der Rheinprovinz eher unspektakulär verlief". Dies jedoch trifft allein auf die südliche Rheinprovinz zu, und auch dies nur mit Ausnahme der Stadt Trier. Vgl. hierzu: "Der schlimmste Punkt in der Provinz". Demokratische Revolution 1848/49 in Trier und Umgebung. Katalog-Handbuch. Hrsg. von Elisabeth *Dühr*. Trier 1998. [Zurück](#)

Fussnote 10: "...und der Strom der Zeit ist die Demokratie". Die Revolution von 1848/49 in Anhalt. Katalog zur gemeinsamen Ausstellung vom Landesarchiv Oranienbaum, Städtisches Museum Ballenstedt, Museum im Schloss Bernburg, Museum für Stadtgeschichte Dessau, Historisches Museum Köthen/ Anhalt, Museum der Stadt Zerbst. Zerbst 1998. 124 S., mit zahlr. Abb., brosch. [Zurück](#)

Fussnote 11: Für Sachsen-Anhalt sei auch ergänzend hingewiesen auf den Begleitband zu einer Ausstellung der Magdeburger Museen und des Instituts für Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Freiheit, Bürger, Revolution. Die Region Sachsen-Anhalt 1847-1849. Hrsg. von Werner *Freitag* und Matthias *Puhle* (**Magdeburger Museumshefte** Band 10). Bielefeld 1998. [Zurück](#)

Fussnote 12: Jörg *Ludwig*/Andreas *Neemann*, Revolution in Sachsen 1848/49. Darstellung und Dokumente. Hrsg. von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden. Eigenverlag, Dresden 1999. 171 S. mit zahlr. Abb., brosch. [Zurück](#)

Fussnote 13: 1848. Laß Recht und Freiheit nicht verderben. Zum 150. Jahrestag der Deutschen Revolution von 1848/49 in Sachsen. **Veröffentlichungen des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig**. Hrsg. von Volker *Rodekamp*. Leipzig 1998. [Zurück](#)

Fussnote 14: 1648-1748 - 1848-1948. Stationen bayerischer und deutscher Geschichte. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. Ausstellung und Katalog bearb. von Gerhard *Hetzer* in Zusammenarbeit mit Reinhard *Heydenreuter*, Gerhard *Immler*, Kurt *Malisch*, Michael *Stephan*. Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (**Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns**, Nr. 38), München 1998. 225 S., zahlr. Abb., geb. [Zurück](#)

Fussnote 15: Lippe 1848. Von der demokratischen Manier eine Bittschrift zu überreichen. Ausstellungskatalog. Hrsg. von Harald *Pilzer* und Annegret *Tegtmeier-Breit*. Lippische Landesbibliothek (**Auswahl- und Ausstellungskataloge der Lippischen Landesbibliothek Detmold**, H. 34), Detmold 1998. 334 S., zahlr. Abb., brosch. [Zurück](#)

Fussnote 16: Auf dem Weg zur Paulskirche. Die Heidelberger Versammlung vom 5. März 1848. Begleitband zu der Ausstellung im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg vom 5. März - 3. Mai 1998. Hrsg. für das Kurpfälzische Museum Heidelberg von Frank *Engehausen* und Frieder *Hepp*. Verlag Regionalkultur, Ubstadt-Weiher 1998. 141 S., zahlr. Abb., geb. [Zurück](#)

Fussnote 17: Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg. Bearbeitet von Ute *Grau*, Georg *Hertweck* und Jürgen *Schuhladen-Krämer*. Info-Verlagsgesellschaft, Karlsruhe 1997. 782 S., zahlr. Abb., geb. [Zurück](#)

Fussnote 18: So erleichtern integrierte Register nicht nur das Nachschlagen, sondern vermeiden z. B. auch irrtümliche Einträge bei Namensgleichheit von Orten und Personen. [Zurück](#)

Fussnote 19: Heinrich *Raab*, Revolutionäre in Baden 1848/49. Biographisches Inventar für die Quellen im

Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg. Bearb. von Alexander *Mohr* (**Veröffentlichungen der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg**, Bd. 48). W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1998. 1048 S., geb. mit CD-ROM. [Zurück](#)

Fussnote 20: Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848/49. Revolutionäre und ihre Gegenspieler. Hrsg. vom Arbeitskreis der Archive im Rhein-Neckar-Dreieck mit Beiträgen von Hans *Fenske* und Erich *Schneider*. Verlag Regionalkultur, Ubstadt-Weiher 1998. 464 S. mit 107 Abb., brosch. [Zurück](#)

Fussnote 21: Diese Wanderausstellung besonderer Art war in der Zeit vom 27. Februar 1998 bis 12. Juli 1999 an insgesamt 92 Stationen in der Bundesrepublik zu sehen. Vgl. den Erfahrungsbericht von Horst *Steffens*/Roland *Kress* im nächsten Heft. [Zurück](#)

Fussnote 22: Gelehrte in der Revolution. Heidelberger Abgeordnete in der deutschen Nationalversammlung 1848/49. Georg Gottfried Gervinus, Robert von Mohl, Gustav Höfken, Karl Mittermaier, Karl Theodor Welcker, Karl Hagen, Christian Kapp. Hrsg. von Frank *Engehausen* und Armin *Kohnle*. Verlag Regionalkultur, Ubstadt-Weiher 1998. 239 S. mit 42 Abb. und 2 Tabellen., brosch. [Zurück](#)

Fussnote 23: Heide *Barmeyer* (Hrsg.), Das Revolutionsjahr 1848/49 in Niedersachsen (**Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte**. Im Auftrag der Arbeitsgruppe Regional- und Lokalgeschichte der Universität Hannover hrsg. von Hans-Dieter *Schmid*. Band 14). Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld/Gütersloh 1999. 185 S., brosch. [Zurück](#)

Fussnote 24: Matthias *Seeliger* (Hrsg.), 1848 - (K)eine Revolution an Weser und Leine. Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld/Gütersloh 1999. 289 S., brosch. [Zurück](#)

Fussnote 25: Ergänzend sei noch auf den Band hingewiesen, den das Historische Museum Hannover als Begleitpublikation seiner Ausstellung zur Revolution in Hannover vorgelegt hat: Biedermeier und Revolution. Hannover 1848. Begleitheft zur Ausstellung mit Beiträgen von Bettina *Asch*, Anke *Bethmann*, Richard *Birkefeld*, Andreas *Fahl*, Gerhard *Dongowski*, Sabine *Meschkat-Peters*, Alheidis *vorn Rohr* (**Schriften des Historischen Museums Hannover** Heft 13). Hannover 1998. [Zurück](#)

Fussnote 26: Hintergründe, Ereignisse und Auswirkungen der Revolution von 1848/49 in deutschen Klein- und Mittelstaaten. Vorträge des wissenschaftlichen Kolloquiums am 23./24. Oktober 1998 in Köthen, hrsg. von Ulrike *Höroidt* (**Mitteilungen des Vereins für Anhaltische Landeskunde** 7. Jg., hrsg. unter Mitwirkung des Landesarchivs Oranienbaum), Köthen 1999. 219 S. mit einigen Abb., brosch. [Zurück](#)

Fussnote 27: Jürgen *Herres*, 1848/49. Revolution in Köln. Janus Verlag, Köln 1998. 127 S. mit einigen Abb., brosch. [Zurück](#)

Fussnote 28: Es handelt sich um Berichte Kölner Korrespondenten, die nahezu monatlich in der Hamburger Modezeitschrift "Jahreszeiten" erschienen, vgl.: Köln 1848-1850 in Augenzeugenberichten. Die Korrespondenzen des Lehrers Alexander Günther in der Hamburger Modezeitung "Jahreszeiten", eingeleitet und bearbeitet von Jürgen *Herres*, in: **Geschichte in Köln** 44 (1998), S. 71-137. [Zurück](#)

Fussnote 29: Vgl. u. a. Jürgen *Herres*, Städtische Gesellschaft und katholische Vereine im Rheinland 1840-1870, Essen 1996. [Zurück](#)

Fussnote 30: Vgl. die ältere Arbeit von Karl *Obermann*, Die soziale Zusammensetzung der Bürgerwehr in Köln

1848/49, in: **Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte** 1970 Teil 4, S. 141-158 sowie den jüngeren Beitrag von Marcel Seyppel, Die Kölner Bürgerwehr 1848, in: **Geschichte in Köln** 17 (1985), S. 75-115. [Zurück](#)

Fussnote 31: Michael *Wettengel*, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum. Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt (**Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau** 44), Wiesbaden 1989. [Zurück](#)

Fussnote 32: Michael *Wettengel*, Die Wiesbadener Bürgerwehr 1848/49 und die Revolution im Herzogtum Nassau. Schellenberg'sche Verlagsbuchhandlung, Taunusstein 1998. 163 S., zahlr. Abb., geb. [Zurück](#)

Fussnote 33: Michael *Wettengel*, Die Revolution von 1848/49 im Herzogtum Nassau, in: "Einigkeit und Recht und Freiheit". Die Revolution von 1848/49 im Bundesland Hessen, hrsg. von Klaus *Böhme* und Bernd *Heidenreich*, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 157-198. [Zurück](#)

Fussnote 34: Europa 1848. Revolution und Reform. Hrsg. von Dieter *Dowe*, Heinz-Gerhard *Haupt*, Dieter *Langewiesche* (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe: **Politik- und Gesellschaftsgeschichte**, Bd. 48). Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Bonn 1998. 1295 S. mit ca. 52 Abb., geb. [Zurück](#)

„Ich war gerne Archivar, und dies besonders gerne in Wiesbaden“ – Verabschiedung von Dr. Winfried Schüler als Leiter des Hessischen Hauptstaatsarchivs

Diether Degreif

In einer Feierstunde im Vortragssaal des Hessischen Hauptstaatsarchivs überreichte Frank E. *Portz*, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft und Kunst, am 21. Juli 1999 dem Ltd. Archivdirektor Dr. Winfried *Schüler*, Leiter des Hauptstaatsarchivs, wegen Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze die mit Ablauf des Monats wirksam werdende Urkunde über den Eintritt in den Ruhestand. Zu diesem Anlaß begrüßte Archivdirektor Dr. Klaus *Eiler* zahlreiche Gäste aus Verwaltung, Wissenschaft und Politik sowie Kollegen, Mitarbeiter und Freunde des Hauptstaatsarchivs.

Am 11. Juli 1934 in Rüdesheim am Rhein geboren, war es Schüler keineswegs vorbestimmt, 30 Jahre im hessischen Archivdienst tätig zu sein. An die an der Oberschule in Salzgitter-Bad bestandene Reifeprüfung schloß sich ein Studium der Geschichte und Germanistik an den Universitäten Würzburg, Freiburg im Breisgau und Münster an, welches mit der Prüfung für das Lehramt an Höheren Schulen beendet wurde. Während einer mehrjährigen Tätigkeit als wissenschaftliche Hilfskraft in Münster bereitete Schüler eine Dissertation zur politischen Ideengeschichte – „Der Bayreuther Kreis. Wagnerkult und Kulturreform im Geiste völkischer Weltanschauung“ – vor und wurde zum Doktor der Philosophie promoviert. Das Hessische Hauptstaatsarchiv lernte Schüler 1968 zunächst als Archivreferendar kennen. Hierhin kehrte er dann nach der an der Archivschule Marburg erfolgreich bestandenen Zweiten Staatsprüfung und nach etwa einjähriger Tätigkeit am Staatsarchiv Marburg 1971 zurück. Seit 1982 Vertreter des Archivleiters übernahm er 1996 selbst die Leitung des Archivs.

Sein wissenschaftliches Interesse galt und gilt der Geschichte Nassaus, vor allem der Geschichte des Herzogtums Nassau (1806–1866) und der Geschichte der Landeshauptstadt Wiesbaden. Im archivischen Bereich widmete sich Schüler der Entwicklung archivischer Bewertungsgrundsätze und normierter Auswahlverfahren. Bereits früh erkannte er die große Bedeutung der maschinellen Datenverarbeitung für die tägliche Arbeit im Archiv und förderte sie daher in weitestem Umfang. Die große Fürsorge für Fragen des Archivbaus schlug sich in der vorausschauenden Planung und sorgsamem Betreuung des Wiesbadener Archivneubaus nieder. Dokumente nicht nur zu verwahren, sondern in themenbezogenen Ausstellungen den Bürgern auch nahezubringen war ein weiteres zentrales Anliegen Schülers. Damit wurde er den durch das Hessische Archivgesetz den Archiven zugewiesenen Aufgaben als „Häuser der Geschichte“ in besonderem Maß gerecht. Seine stete Sorge galt auch einer möglichst effizienten Dienstleistung. Darüber hinaus war er während seiner gesamten Dienstzeit in zahlreichen Kommissionen und Vereinen engagiert und begleitete in der Historischen Kommission für Nassau, der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, der Gesellschaft für mittelhessische Kirchengeschichte und im Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung zeitweise Vorstandsämter. In der Arbeitsgemeinschaft der historischen Kommissionen in Hessen hat er das Amt des Schatzmeisters inne.

Staatssekretär Portz würdigte in der Stunde des Abschieds, die immer zugleich eine Stunde des Dankes ist, eine „Lebensleistung“. Den Entschluß Schülers, in den Archivdienst einzutreten, bezeichnete er als Glücksfall für das hessische Archivwesen. „Unbeirrt und zielstrebig“ habe Schüler

seine intellektuellen und gestalterischen Fähigkeiten eingesetzt. Neue Herausforderungen habe er ohne Zögern und vorbildlich angenommen und so die wesentlichen Weichen für die Internet- und Intranetpräsentation der hessischen Staatsarchive gestellt. Den notwendigen Wandel habe er tatkräftig unterstützt und dadurch wesentlich dazu beigetragen, daß das Hessische Hauptstaatsarchiv eine führende Rolle unter den deutschen Staatsarchiven einnehmen konnte. Als vordringliche zukünftige Aufgaben der hessischen Archive bezeichnete der Staatssekretär die Erlangung größerer Eigenverantwortung bei der Mittelbewirtschaftung.

Für die in den hessischen Staatsarchiven tätigen Kollegen überbrachte Dr. Fritz *Wolff*, Leiter des Marburger Schwesterarchivs, alle guten Wünsche für den Ruhestand. Er dankte für die stets kollegiale Zusammenarbeit und für die Übernahme der Vorreiterrolle in verschiedenen Bereichen. Schülers Amtsvorgänger, Dr. Wolf-Arno *Kropat*, sprach für die Arbeitsgemeinschaft der Historischen Kommissionen in Hessen, die – wie er aus eigener Erfahrung weiß – ohne ehrenamtliche Arbeit der Pensionäre nicht auskommen kann. Er dankte für die langfristige Zusammenarbeit als Archivleiter und freute sich zugleich auf das künftige weitere Engagement als Schatzmeister. Die von Schüler stets gerne geförderte Zusammenarbeit zwischen den Staatsarchiven und den Kommissionen bezeichnete Kropat mit Blick darauf, daß es bei Kunst und Wissenschaft „immer schon den schlanken Staat gegeben hat“, als unverzichtbar. Manfred *Pult*, der Vorsitzende des örtlichen Personalrates, leitete seine Worte zum Abschied mit einer auf Schüler zutreffenden Charakterisierung des Beamten aus Karl Jaspers „Vom Ursprung und Ziel der Geschichte“ ein. Danach leistet der „ideale Beamte“ den Anordnungen in „freiem Verstehen“ Gehorsam, er bleibt „gebunden an den Sinn der Sache, für die die Bürokratie dient, lebt in den konkreten Situationen, für die er entscheiden muß, hat das Ethos, das bürokratische Tun auf das Unerläßliche einzuschränken, ständig zu fragen, wo sie vermeidbar ist, und so zu handeln, daß die Bürokratie schnell und klar arbeitet, in der Durchführung menschlich und hilfsbereit bleibt“. Schüler war nach den Worten Pults als Archivar „immer bei der Sache“ und hatte für die Belange der Mitarbeiter stets ein offenes und verständnisvolles Ohr.

Der scheidende Archivleiter bedankte sich für die ehrenden Worte, mußte aber einräumen, im Abschiednehmen über keine große Erfahrung zu verfügen. Er dankte allen Mitarbeitern und Kollegen für die gute und vertrauensvolle, von Sachlichkeit getragene Teamarbeit. Über die Nachfolge Schülers ist noch nicht entschieden. Der derzeitige Stellvertreter, Archivdirektor Dr. Klaus *Eiler*, wird die Leitung des Hessischen Hauptstaatsarchivs vorerst kommissarisch wahrnehmen.

f

Wiedereröffnung des Stadtarchivs Dortmund. Tradition und Zukunft

Stadtarchiv bekommt neues Haus

Günther Högl

Das ehemalige Siemens-Haus an der Märkischen Straße 14, vis à vis der S- und U-Bahnhaltestelle Stadthaus, das nach modernen Erkenntnissen umgebaut wurde, bietet alle Voraussetzungen dafür, eine Top-Adresse für die Archivare und Historiker, aber auch für die stadtgeschichtlich interessierte Öffentlichkeit Dortmunds zu werden. Klimatisierung, Compactus-Regalanlagen, Vortrags- und Ausstellungsraum sowie großzügige Unterbringungsmöglichkeiten gewährleisteten die sorgfältige und fachgerechte Archivierung der Kostbarkeiten Dortmunder Geschichte. Die mit dem Umzug und Umbau des Gebäudes verbundenen Vorbereitungs-, Beschaffungs- und Infrastrukturmaßnahmen sowie die baulichen und konzeptionellen Koordinierungen mit der Firma Siemens, dem Hochbauamt, dem Immobilienmanagement der Stadt sowie den am Umbau beteiligten Firmen konnten exakt in dem vorgegebenen Zeit- und Kostenplan durchgeführt werden, so daß das Stadtarchiv lediglich in der Zeit von Juli 1998 bis Jahresende vorübergehend geschlossen bleiben mußte. Außer dem Gebäude an der Märkischen Straße 14 wird das Stadtarchiv noch in dem in unmittelbarer Nähe befindlichen städtischen Anwesen an der Küpferstraße zusätzliche Räumlichkeiten für die Restaurierungswerkstatt sowie die Altschriftablage (Zwischenarchiv) der Stadt erhalten. Auch hier stehen die Bau- und Umzugsarbeiten unmittelbar vor einem erfolgreichen Abschluß. Mit der Ausstattung und dem Verbund moderner, funktionsgerechter Räumlichkeiten, großzügiger Archivmagazine und Werkstätten wird das Stadtarchiv künftig in der Lage sein, die vielfältigen Aufgaben eines Großstadtarchivs am Wendepunkt des 20. zum 21. Jahrhundert zu erfüllen.

Wiedereröffnung des Stadtarchivs

Am Dienstag, 27. April, 16.30 Uhr, wurde vor über 100 geladenen Gästen, Freunden und Förderern des Archivs die offizielle Wiedereröffnung des Stadtarchivs am neuen Standort im Siemensgebäude an der Märkischen Straße 14 gefeiert. Ein "Tag der Offenen Tür" soll folgen, wenn die Umbau- und Umzugsmaßnahmen an beiden neuen Standorten des Archivs - sowohl an der Märkischen Straße als auch an der Küpferstraße - inklusive der Detail- und Feinarbeiten, ganz abgeschlossen sind. - Nach der Begrüßung durch den Leiter des Stadtarchivs, Dr. Günther Högl, sprachen Oberbürgermeister Günter Samtlebe, Stadtdirektor und Kulturdezernent Dr. Gerhard Langemeyer sowie der Vorsitzende des Historischen Vereins für Dortmund und die Grafschaft Mark, Helmut Philippi. Für die musikalische Umrahmung des kleinen Festaktes sorgte das Gilda Razani Quintett.

Zur Historie

Das Archiv der ehemaligen freien Reichs- und Hansestadt Dortmund ist eine der ältesten Einrichtungen der Stadt Dortmund und kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Seine Anfänge lassen sich bis in das 13. Jahrhundert zurückverfolgen. Aus dieser Zeit stammen einige Urkundenladen, die heute im Museum für Kunst und Kulturgeschichte der Stadt Dortmund aufbewahrt werden. Sie hatten ursprünglich ihren Platz in den Wandschränken des Obergeschosses

des alten Rathauses am Markt, um bei den Sitzungen des Rates im Bedarfsfalle zur Hand zu sein. Das Stadtarchiv Dortmund besteht somit als Einrichtung seit dem späten Mittelalter und erhielt bereits im Jahre 1546 eigene Baulichkeiten, als am Südgiebel des alten Rathauses ein Archivturm angebaut wurde. In diesem Turm befand sich das Stadtarchiv bis zum Jahr 1873. Der damalige Oberbürgermeister von Dortmund, Dr. Hermann Becker, auch der "rote Becker" genannt, seit 1871 erster Vorsitzender des Historischen Vereins für Dortmund und die Grafschaft Mark, sorgte als geschichtsinteressiertes Stadtoberhaupt dafür, daß das Archiv allmählich arbeitsfähig wurde. Schließlich wollte man bei noch ausstehenden stadtgeschichtlichen Forschungen auf ein funktionierendes städtisches Archiv zurückgreifen können.

Konnte man 1872 in einem Jahresbericht des Historischen Vereins noch lesen: "Das Archiv war schwer zugänglich, nur mangelhaft bekannt und noch mangelhafter publiciert, dabei schlecht geordnet und dem Verderben ausgesetzt", so änderte sich dieser Zustand bald zum Positiven. Auf Initiative Beckers erhielt im Juli 1873 der junge Historiker und Lehrer Dr. Karl Rübel vom Magistrat den offiziellen Auftrag zur Ordnung des Stadtarchivs. Im Jahr 1875 wurde das Stadtarchiv mit der damals begründeten Stadtbibliothek, der späteren Verwaltungsbibliothek, organisatorisch verbunden.

Seit der ersten Besetzung des Stadtarchivs mit einem wissenschaftlichen Archivar 1873 übte dieser zugleich das Amt eines Schriftleiters bzw. Geschäftsführers des Historischen Vereins aus. Diese Organisationsform hat sich zum Wohle der Dortmunder Stadtgeschichtsschreibung seit nunmehr über 125 Jahren bewährt. Vom Jahr 1899 an, als Oberbürgermeister Wilhelm Schmieding - offiziell am 1. Mai - den Bezug des von Friedrich Kullrich errichteten neuen Stadthauses an der Betenstraße feiern ließ und damit auch das Dortmunder Stadtarchiv erstmals eine geräumige Bleibe unter diesem Dach fand, wird das Stadtarchiv ohne Unterbrechung hauptamtlich betreut. Mit dem Abschluß der bereits im 19. Jahrhundert beginnenden Eingemeindung umliegender Gemeinden und Ämter in die Stadt Dortmund im Jahre 1929 wurden auch umfangreiche Amtsarchive in das Stadtarchiv übernommen. Nach Aussage der damaligen Archivdirektorin, Dr. Luise von Winterfeld, war das Archiv in diesem Jahr bereits wieder "so überfüllt, daß es in seinem natürlichen Wachstum behindert" war.

Zu einem bereits vor dem Krieg geplanten und von der Archivleitung erwünschten Neubau für das Stadtarchiv kam es nicht mehr. In der Endphase des Zweiten Weltkriegs war das Archiv 1944, um die wertvollen Dokumente vor Kriegseinwirkungen zu schützen, vorübergehend in das Schulte-Witten-Haus in Dorstfeld umgesiedelt, während andere Urkunden und sonstige Bestände in das "Haus Dortmund" in Meschede sowie das Kloster "Grafschaft" bei Schmallenberg ausgelagert worden waren. Dennoch konnte nicht verhindert werden, daß ein Teil der Archivalien in den Kriegs- und Nachkriegswirren für immer verlorenging. Nach der Befreiung Dortmunds durch die Amerikaner befand sich das Archiv von Juli 1945 bis Mai 1947 im Hochbunker am Westpark, bevor es wieder in den Giebelbau des Alten Stadthauses am heutigen Friedensplatz zurückkehren konnte.

Fast 100 Jahre, von 1899 bis November 1998, befand sich das Stadtarchiv - von 1927 bis 1995 eigenständiges Verwaltungsamt, seit 1990 im Zuständigkeitsbereich des Kulturdezernates und seit 1996 als Teilbetrieb Bestandteil der städtischen Kulturbetriebe - im Alten Stadthaus. Dieser traditionsgebundene Ort vermochte jedoch nicht mehr, was die Magazinierung von Beständen und Räumlichkeiten generell anging, im Verlauf der Jahre, bedingt durch mangelnde räumliche Kapazitäten, den vielfältigen Aufgaben eines modernen Großstadtarchivs gerecht zu werden. Die neue Überplanung des Gesamtkomplexes Altes Stadthaus, in die das Stadtarchiv aus verschiedenen

Gründen nicht einbezogen werden konnte, eröffnete dann mit Unterstützung des Kulturdezernenten die Möglichkeit, einen geeigneten Standort für das Stadtarchiv ausfindig zu machen und zu realisieren.

Zum Aufgabenbereich des Stadtarchivs gehört seit der Eröffnung im Jahre 1992 die organisatorische Betreuung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache und der dort befindlichen ständigen Ausstellung. In den Räumen des ehemaligen Gestapo-Gefängnisses wird die Ausstellung "Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945", die vom Stadtarchiv konzeptioniert wurde, auf einer Gesamtfläche von über 1.100 qm präsentiert. Im Jahr 1998 konnte die Steinwache eine Gesamtbesucherzahl von 14.410 Besuchern verzeichnen.

Umzug/Umbau 1998-1999

4.000 wertvolle Urkunden, über 2.000 laufende Meter historischen Aktenmaterials, amtliches und außerstädtisches Schriftgut, 6.500 laufende Meter städtisches Schriftgut, über 110 wertvolle Nachlässe von Dortmunder Persönlichkeiten, dazu 40.000 Bücher zur Stadt- und Regionalgeschichte sowie 600.000 stadthistorische Fotos, 13.500 Karten und Pläne, 3.000 Videokassetten und Filme sowie einige Spezialsammlungen, darunter eine EDV-gestützte Dokumentation Dortmunder Persönlichkeiten - dies alles hat an der Märkischen Straße im ehemaligen Dortmunder Siemens-Haus einen nicht nur neuen, sondern heutigen, technisch modernen Erkenntnissen angepaßten Platz. Dazu kommt der gerade vor dem Abschluß stehende Umbau eines zweiten, der Stadt gehörenden Gebäudes an der Küpferstraße, nicht weit von dem neuen Haupthaus. Hier werden die dem Stadtarchiv unterstellte Altschriftablage (Zwischenarchiv) der Stadtverwaltung (6.500 laufende Meter Aktenmaterial) sowie die Restaurierungswerkstatt des Stadtarchivs einziehen, die bisher unter enormer Platznot gelitten hatten. Nun bekommen auch diese sowohl für die gesamte Stadtverwaltung als auch für die städtischen Kulturbetriebe wichtigen Einrichtungen ein zeitgemäßes und gleichzeitig funktionsgebundenes Outfit.

Neue Perspektiven

Die neuen Gebäude stellen eine Herausforderung für die Zukunft im Sinne einer konsequenten Optimierung der archivinternen und externen Öffentlichkeitsarbeit dar. Nun kann, aufgrund neuer Kapazitäten, die archivische Grundlagenarbeit, bestehend aus der Sicherung und Ergänzung stadthistorisch relevanter Informationsträger, dem fachgerechten Erwerben, Sammeln, Bewerten und der Aufbereitung von Akten und Nachlaßbeständen für die öffentliche und wissenschaftliche Nutzung, weiter stringent fortgesetzt werden. Hieraus ergibt sich zusätzlich ein weiteres Plus im Sinne einer bürgerorientierten Arbeit des Archivs. Erstmals in seiner über 400jährigen Geschichte kann sich das Stadtarchiv im "eigenen" Gebäude für die breite Öffentlichkeit als ein "Haus der Dortmunder Stadtgeschichte" präsentieren. Der neue Vortragssaal, der auch für kleinere stadthistorische Ausstellungen genutzt werden kann, ein Seminarraum für die Betreuung von Schüler- und Besuchergruppen sowie für die Abhaltung kleinerer Veranstaltungen, Tagungen etc., wesentlich verbesserte Arbeitsbedingungen für die Archivbenutzer in einem modernen Leseraum, der jetzt erstmals auch für Behinderte zugänglich ist, optimieren die bisher unzureichende Infrastruktur.

Stadtarchiv Dortmund, Märkische Str. 14, 44135 Dortmund

Öffnungszeiten: Dienstag - Mittwoch 8.00-15.45 Uhr, Donnerstag 8.00-17.15 Uhr, Freitag 8.00-12.00 Uhr; Benutzerberatung 10.00-11.45 Uhr.

Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund (Leitung: Dr. Günther Högl, Stadtarchiv Dortmund)

Die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, Steinstr. 50, 44147 Dortmund, befindet sich in unmittelbarer Nähe des Nordausganges des Dortmunder Hauptbahnhofs, direkt neben dem Gebäude der Auslandsgesellschaft NRW e.V. Die Steinwache ist dienstags bis sonntags von 10.00 bis 17.00 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei. Es werden kostenlose Führungen und ein kostenloses schulpädagogisches Programm durch fachlich geschulte Wissenschaftler und Studenten angeboten. Ein Gruppenraum für ca. 50 Personen ist vorhanden. Ferner findet an jedem ersten Sonntag im Monat um 11.00 Uhr eine kostenlose allgemeine Führung statt. Sonderveranstaltungen (in der Regel sonntags um 11.00 bzw. 12.00 Uhr) in Form von Lesungen, Vorträgen und Ausstellungen ergänzen das Bildungsangebot der Steinwache. Diese Veranstaltungen werden rechtzeitig in der Presse und durch andere Medien bekanntgegeben - der Eintritt ist ebenfalls frei. Anmeldungen für Führungen werden in der Steinwache unter der Telefon-Nr. (0231) 50-25002 während der Öffnungszeiten entgegengenommen (gewünschten Führungstermin bitte 3 Wochen vorher anmelden). Unter der o. g. Telefon-Nummer können ebenfalls die aktuellen Veranstaltungstermine der Steinwache nachgefragt werden.

21. April 1999 - Geschafft!

Stadtarchiv Stendal im neuen Haus

Simone Habendorf

Die bisher erste schriftliche Erwähnung des Stendaler Archivs datiert vom 27. Juli 1727, als der Bürgermeister Johann George *Seger* die Genehmigung zur Beschaffung einer neuen Tür "sambt Schloß nach den Kostenvoranschlag für 6 Reichsthaler und 16 groschen erhält, ... damit das Archiv wohl verwahret und in Sicherheit seyn möge". Die Betreuung des Archivs erfolgte durch viele Personen, meist ohne jede Vorbildung oder gar Qualifikation, wobei gute Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten geleistet wurden. Am 1. September 1991 übernahm die erste Archivarin mit Fachhochschulausbildung die Leitung des Stadtarchivs. Durch das große Interesse der Amtsleiterin für Kultur an der Arbeit und an den Beständen des Archivs sowie das Bekanntwerden in der Stadt selbst und die Einsicht der Nützlichkeit für die Verwaltung an sich begannen im Oktober 1992 die ersten Bemühungen für ein zweckmäßig eingerichtetes Haus. Unterschiedliche Gebäude wurden begutachtet. Die Berufsschule in der Brüderstraße 16 stand von Anfang an auf dem Wunschzettel, wurde jedoch wegen des ungenauen Termins des Freizuges fallengelassen. Die unmögliche, stets provisorische Unterbringung des Verwaltungsarchivs (altes Möbellager mit kaputten Scheiben und ohne Heizung in der Piesterstraße 8 mit zu hoher Miete; vorübergehender Umzug zum ehemaligen Kohlenkeller Markt 7 mit einer Luftfeuchtigkeit im Sommer bis zu 90%; dann der Keller in einer ehemaligen Kindereinrichtung am Stadtsee Käthe-Kollwitz-Straße 1) veranlaßte zu einem regen Schriftverkehr mit den entsprechenden Ansprechpartnern zur Abschaffung der Mißstände für das dienstliche Schriftgut. Der heimliche Spitzname der Mitarbeiterinnen im Archiv "Kellerasseln" war zutreffend. Dann war es endlich soweit. Der Landkreis gab am 26. August 1997 die Berufsschule an die Stadt zurück, und es stand fest, dort das Stadtarchiv unterzubringen.

Das Haus Brüderstraße 16 ist ein Einzeldenkmal. Hier stand die Kirche der Franziskaner, welche nach einem größeren Brand 1523 ab 1540 als provisorisches Schulhaus genutzt wurde - das Provisorium sollte 244 Jahre dauern. 1784 ließ man das Gebäude abreißen und setzte an dessen Stelle bis 1789 ein eingeschossiges Schulgebäude, welches 1840 aufgestockt und 1859/60 um einen rechtwinklig zum Mönchskirchhof angesetzten Seitenflügel ergänzt wurde. 1898 zog das Gymnasium in einen Neubau am Westwall ganz in der Nähe, und das alte Schulhaus fand eine Nutzung als Verwaltungsgebäude und Berufsschule.

Nach anfänglichen Überlegungen über eine Teilsanierung des spätklassizistischen Gebäudes erkannte man, daß nur eine Komplettsanierung und der gleichzeitige Umbau auf die technischen Belange eines Archivgebäudes wirtschaftlich sinnvoll sind. Im Juni 1997 wurde der Architektenvertrag geschlossen, am 18. September 1997 der Bauantrag eingereicht, am 11. Februar 1998 die Baugenehmigung erteilt, Anfang Juni 1998 mit den Bauarbeiten begonnen. An dem Bauvorhaben waren 5 Planungs- und Ingenieurbüros und 16 Baufirmen beteiligt. Insgesamt standen für die Sanierung des Gebäudes Mittel in Höhe von 0,5 Mio. DM aus dem Sanierungswirtschaftsplan sowie 1,6 Mio. DM HH-Mittel bereit. Die Kosten haben die Planzahlen nicht überschritten.

Im Zuge der Sanierungsarbeiten wurde der hofseitige Sanitärbau (nachträglich für die Schulnutzung errichtet) abgebrochen, die Wände geschlossen und die vorhandene Fassadenstruktur wieder aufgenommen.

Die Wände des Gebäudes sind massiv in Mauerwerk errichtet worden. In kleinen Teilbereichen waren auch Fachwerkkonstruktionen vorhanden, die jedoch aufgrund des schlechten Bauzustandes größtenteils gegen Massivbauteile ausgewechselt wurden. Die Wandstärken reichen von 12-50 cm, in Teilbereichen sogar über 50 cm hinaus. In der Teilunterkellerung, die nahezu im Originalzustand belassen wurde, ist die Haustechnik (Medienanschlüsse, Heizung) untergebracht worden.

Die vorhandenen Fußböden des Erdgeschosses wurden bis auf die Flure (der Fliesenbelag der Flure blieb erhalten, es wurden nur Ausbesserungsarbeiten ausgeführt und der Fliesensockel erneuert) komplett aufgenommen, um die Fundamentierung der Fahrregalanlagen auszuführen und Sanierungsarbeiten an den Fundamenten und am Mauerwerk realisierbar zu machen. Für die Laufschiene der Fahrregalanlagen wurden Stahlbetonstreifenfundamente errichtet, die zur Lastverteilung in eine Stahlbetonbodenplatte eingebunden wurden. Die Gründungsdecke beträgt inklusive Bodentausch und der Auffüllung mit Brechkorngemisch ca. 100 cm. Die beschriebene Konstruktion wurde auf Grund der schlechten Baugrundverhältnisse (lose, nicht verdichtbare Auffüllungen mit Hohlräumen und Bauschutteinschlüssen) gewählt.

Sämtliche Decken des Erdgeschosses wurden mit Stahlträgern von 28-30 cm Höhe verstärkt, da die Räume im Obergeschoß ebenfalls als Magazinräume genutzt werden sollten. Je Raum sind dabei 3-5 Träger mit Spannweiten von ca. 650 cm und Achsabständen von 90-110 cm eingebaut worden.

Die vorhandenen Raumstrukturen des Gebäudes wurden weitgehend beibehalten. Lediglich im neuen Sanitärbereich wurden leichte Trennwände errichtet, um Damen- und Herrentoiletten sowie eine Teeküche herzurichten. - Sämtliche Tragkonstruktionen im Erdgeschoß wurden brandschutztechnisch verkleidet.

Im Obergeschoß wurde der Fußbodenaufbau erneuert und dabei gleichzeitig verstärkt, um die auftretenden neuen Lasten aus den Regalen auf die Deckenflächen zu verteilen. Zum Dachgeschoß wurden ebenfalls Brandschutzunterdecken eingebaut. - Die Dachdeckung einschließlich der Dachentwässerung wurde erneuert und die Dachkonstruktion einschließlich der Traufkästen repariert bzw. nach dem Originalbestand erneuert. - Die Fassaden wurden in Abstimmung mit der Denkmalpflege saniert.

Die Archivalien verteilen sich auf 8 Magazine mit einer Fläche von 431, 19 m. Davon sind die 4 Magazine im Erdgeschoß mit Rollregalen und die 4 Magazine im Obergeschoß mit Standregalen ausgestattet. Das Archiv ist folgendermaßen gegliedert:

- M1 Verwaltungsarchiv
- M2 Endarchiv (klimatisierter Raum)
- M3 Kämmererunterlagen
- M4 Patientenunterlagen aus den Polikliniken
- M5 Zeitungsarchiv

M6 Archivbibliothek
M7 Archivbibliothek
M8 Akten des Standesamtes.

Das umfaßt ca. 1.100 lfm Akten, ca. 18.000 Bücher und Zeitungen (ab 1814 bis heute), 5000 Fotos, Pläne und Karten, eine kleine Zeitungsausschnittsammlung, Urkunden ab dem 12. Jahrhundert, Seelenlisten 1810-1881, Bürgerbücher 1694-1850, Stadtverordnetenbeschlüsse 1832 bis heute, Verwaltungsberichte 1875-1941, Gildebücher, Vereinsakten vor 1935, Adreßbücher 1867-1947/48, 1995/96, Gesetzblätter aus dem 18. Jahrhundert bis 1991 u. a.

Den Benutzern stehen ein Lesesaal mit 9 Einzelarbeitsplätzen (Tische 80 x 120), ein Kartentisch (100 x 250), darüber Magnetschienen und 2 Mikrofilm-Leseplätze auf einer Fläche von 73,62 m zur Verfügung. Vorher arbeiteten die Mitarbeiter und die Benutzer zusammen in einem Raum von ca. 37 m ohne Tageslicht. Beide Mitarbeiterinnen haben jetzt ein eigenes Büro mit ausreichend Arbeitsfläche und Tageslicht. - In 3 Räumen des Erdgeschosses mit 75,5 m hat die Verwaltung der Stadtbibliothek ihr neues Domizil. Die Gesamtnettopfläche des Hauses beläuft sich auf 983,63 m.

Das Klimagerät im Magazin 2 arbeitet mit einem umlaufenden Kanal und hat eine Fläche von 61,64 m auf einer Temperatur, um ca. 17°C und eine Luftfeuchte, um 55% kontinuierlich zu halten. Die Fenster in diesem Magazin (auch liebevoll "Alcatraz" genannt) sind durch Glasbruchmelder und Fenstergitter sowie durch ein Extra-System an Bewegungsmeldern gesichert (eigener Kreislauf gegenüber dem Haus; ist dieser Raum nicht gesichert, kann das ganze Haus nicht scharf geschlossen werden). Die anderen Magazine, Flure und Räume sind mit Bewegungsmeldern ausgestattet. Die Brandmeldeanlage reagiert über die Rauchmelder, welche über das ganze Haus verteilt sind. Im Brandfall schaltet sich das Klimagerät automatisch ab.

Am 23., 24. und 25. November 1998 erfolgte der erste Umzug des Verwaltungsarchivs aus dem Keller der Käthe-Kollwitz-Straße und am 14., 15. und 16. Dezember der zweite Umzug des Endarchivs aus dem Rathaus zur Brüderstraße 16. Das beauftragte Umzugsunternehmen fuhr 12 LKW-Ladungen Papier und 1 LKW mit Regalen, ca. 1.900 Umzugskartons und 5.000 Archivkartons sowie diverse Kleinigkeiten in das neue Haus. Aber jetzt haben wir es dank vieler fleißiger Helfer geschafft, und alles ist im neuen Stadtarchiv an seinem Platz. Kleine Umräumarbeiten, welche sich im Laufe der täglichen Arbeit ergeben, sind natürlich nicht auszuschließen. Wir waren oft schwarz bis unter die Ohren, die Arme schmerzten, der Rücken war krumm und lahm. Jedoch die Aussicht auf ein besseres Schicksal ließ uns weitermachen. Der Humor verließ uns nur selten. Nun befinden sich die Archivalien des Stadtarchivs im "Himmel" und die Mitarbeiterinnen schweben auf "Wolke 7". Beengte Verhältnisse, eine Außenstelle und das Suchen mit der Taschenlampe gehören der Vergangenheit an.

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde schnitt Oberbürgermeister Dr. *Stephan* das rote Band am 21. April 1999 durch, und das neue Stadtarchiv steht jetzt seinen Nutzern zur Verfügung.



Außenansicht des neuen Stadtarchivs Stendal



Lesesaal des neuen Stadtarchivs Stendal

Studentischer Nachlaß an das Universitätsarchiv Leipzig übergeben

Jens Blecher

Am 9. Juli 1999 erhielt das Universitätsarchiv Leipzig aus den Händen von Folkert *Ihmels* den Nachlaß seines Bruders, des Theologiestudenten Werner *Ihmels*. Es handelt sich im doppelten Sinne um einen ungewöhnlichen Vorgang. Zum einen erhalten Universitätsarchive nur in seltenen Fällen Nachlässe von Studenten, zum anderen hat das Schicksal von Werner Ihmels eine politische Brisanz, die stellvertretend für viele Biographien in Ostdeutschland steht. 1926 in Leipzig geboren, besucht er das berühmte Thomas-Gymnasium in Leipzig, durch den ausbrechenden Krieg wird er nach dem Abitur als Flak-Helfer einberufen und später zur Wehrmacht eingezogen. In der Zeit zwischen Schule und Wehrdienst hat er mit der Jugendpolitik von Diktaturen erste, schlechte Erfahrungen machen müssen, wegen einer von ihm engagiert geleiteten kirchlichen Jugendgruppe erhält er vorzeitig den Gestellungsbefehl. Nach dem Ende des Krieges ist er wieder in Leipzig und nimmt ein Theologiestudium auf, zugleich hofft er mit seiner Jugendarbeit innerhalb der evangelischen Kirche Sachsens und als ihr Verbindungsmann zur späteren Staatsjugend, der FDJ, auf einen demokratischen und freien Neubeginn.

In harten Auseinandersetzungen mit dem damaligen Vorsitzenden der FDJ, Erich *Honecker*, um dessen Totalitätsanspruch bei der Jugendpolitik, lernt er jedoch schnell die Kehrseiten der neuen Macht kennen. Als er innerhalb des Systems keinen Handlungsspielraum mehr sieht, beschließt er, Informationen über die Verhältnisse in der Ostzone an westliche Stellen weiterzugeben.

Gemeinsam mit Kommilitonen und Freunden versucht er, eine Gruppe von Gleichgesinnten um sich zu scharen. Allerdings ist unter ihnen ein Spitzel, der für den russischen Geheimdienst arbeitet und alle ihre Aktivitäten verrät. Auf dem Weg zu seinem neuen Studienort Tübingen wird er am 11. September 1947 auf dem Leipziger Bahnhof verhaftet; in der Gerichtsverhandlung vor einem sowjetischen Militärtribunal werden Werner Ihmels und sein Freund Wolfgang *Weinoldt* für ihre „Straftaten“ jeweils zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Der gleichfalls beteiligte Oberschüler Horst *Krüger* (16 Jahre alt!) wird von den russischen Richtern wegen seiner Jugend zu 15 Jahren Gefängnis „begnadigt“. Die Verhältnisse in den Gefängnissen der damaligen Zeit sind katastrophal, die Ernährung ist schlecht, und die Häftlinge erkranken massenhaft an Tuberkulose. Auch bei Werner Ihmels bricht eine offene Tbc aus, damit ist sein Schicksal besiegelt: am 25. Juni 1949 stirbt er in der Haftanstalt Bautzen.

Die Universität Leipzig hat mit einer Ausstellung und einem Katalog versucht, diese vergessenen Schicksale Leipziger Studenten wieder ins Gedächtnis zurückzurufen, um so mehr freut es uns, nun mit dem Nachlaß Einblicke in den ganz persönlichen Lebensentwurf von Werner Ihmels zu erhalten. Der Nachlaß umfaßt etwa einen laufenden Meter und enthält die Tagebücher von Werner Ihmels aus dem Zeitraum vom November 1944 bis Dezember 1945. Gleichfalls aufschlußreich sind die vielen persönlichen Alltagszeugnisse eines Studenten zwischen den Diktaturen, die über Einberufungs- und Gestellungsbefehle bis zu Bescheinigungen von Parteien und Organisationen reichen. Die offizielle Seite wird ergänzt durch Zeichnungen und Gedichte und die Briefe an Eltern und Geschwistern, die einen Blick in seine Gedankenwelt und seine Gefühle ermöglichen.

Anschauliches Material zu seiner politischen Arbeit findet sich ebenfalls, so vor allem Vortragsentwürfe wie etwa „Was hat die Kirche mit Politik zu tun?“, oder auch strategische Entwürfe zu den Aufgaben einer künftigen Jugendarbeit. Der Nachlaß ist dank den Bemühungen von Folkert Ihmels noch angereichert worden um Unterlagen aus russischer Hand. Es wurden uns beispielsweise die Verhörprotokolle des russischen Geheimdienstes übergeben, und in absehbarer Zeit wird der Nachlaß sicher nochmals ergänzt. Gegenwärtig läuft am Landgericht Leipzig gegen Manfred *Gerlach*, den letzten Staatsratsvorsitzenden der DDR, ein Prozeß, in dem Gerlach beschuldigt wird, nicht nur die Gruppe um Werner Ihmels, sondern auch noch weitere Personen an den russischen Geheimdienst verraten zu haben. Dazu sind bereits Unterlagen aus Rußland bei der Staatsanwaltschaft eingetroffen, die sicher noch manches persönliche Lebenszeugnis von Werner Ihmels enthalten.

Zum Archiv und zu den Sammlungen der Kunstakademie Düsseldorf 1773-1999

Dawn M. Leach

Das "Archiv mit Sammlungen" der Kunstakademie Düsseldorf ist seit 1991 eine zentrale Einrichtung der Hochschule. Davor war die Aufgabe des Sammelns und Archivierens in unterschiedlichen Formen unter der Ägide der Direktorate, der kunsthistorischen Lehrstühle und/oder der Bibliothek wahrgenommen worden. Seit Inkrafttreten des Kunsthochschulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 20. Oktober 1987 führt die Akademie den Namen "Kunstakademie Düsseldorf". Sie ging hervor aus der "Kurfürstlich-Pfälzischen Akademie der Mahler- Bildhauer und Bau-Kunst in der Haupt und Residenz-Stadt Düsseldorf" (1773-1819)¹, dann der "Königlichen Kunstakademie zu Düsseldorf" (1819-1919), hiernach der "Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf", welche ab 1957 mit dem Zusatz "Hochschule für bildende Künste" betitelt wurde.

Der Bestand

Die Gründungsstatuten von 1777 gehören ohne Zweifel zu den wichtigsten Dokumenten im Archiv der Kunstakademie Düsseldorf. Ebenfalls von besonderem Interesse sind die prämierten Zeichnungen von Studenten aus dem 18. Jahrhundert und die vielen Studienzeichnungen der Gebrüder Achenbach. Es gibt weitere Schriftstücke aus dem 18. Jahrhundert, Urkunden, Schriftgut, Pressematerial, Fotos und Lehrmaterial aus dem 19. und 20. Jahrhundert und diverses Sammelgut aus dem 17.-20. Jahrhundert. Seit der neuesten Benutzerordnung (1991) versteht sich das Archiv der Kunstakademie Düsseldorf als Spezialarchiv zur Kunst. Seine Quellen dienen den künstlerischen und wissenschaftlichen Aufgaben der Akademie. Der Kern des Bestandes im Archiv der Kunstakademie Düsseldorf ist personenbezogen. Daten zu Lehrerpersönlichkeiten und ehemaligen Schülern werden durch Schriftzeugnisse, Todesanzeigen und Nachrufe, Photographien (sowohl von Personen als auch von den Werken), Drucksachen sowie Presseauschnitten belegt.

Von einigen Lehrkräften und Schülern hat das Archiv Sammlungen von frühen Werkbeispielen in Form von angekauften Arbeiten oder Gemeinschaftswerken und Zeitungen der Klassen. Ein prominentes Beispiel ist die Statuette "Badendes Mädchen" (1902, Bronze, H 66 cm) von Wilhelm Lehmbruck (1905 angekauft). Auch die künstlerischen Prüfungsarbeiten der Studenten zählen natürlich zum Bestand. Das Archiv besitzt ferner oftmals umfangreiche Dokumentationen zu Exkursionen verschiedener Klassen. Belege zu Aktivitäten der Studentenschaft sind zwar nicht systematisch gesammelt worden, doch in den übernommenen ASTA-Akten und manchen Presseauschnitten nachzuweisen. Diesen Beständen zuzurechnen sind die der Kunstanschauung dienenden graphischen Blätter orientalischer und indischer Herkunft sowie Porträtgrafiken, Veduten, Anatomie- und Ornamentikstudien. Die Gipsabgüsse nach der Natur und der Antike gehen auf einige Stücke aus dem 18. Jahrhundert zurück². Diese Sammlung wurde durch eine umfangreiche Anzahl von Abgüssen nach Medaillen und von Toten- wie Lebendmasken sowie durch Abgüsse von Vollplastiken und Reliefs der Neuzeit ergänzt. Schließlich dokumentiert die Photosammlung manches historische Denkmal aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und auch Unterrichtsgegenstände im Zeichnen und Modellieren.

Es wird unterschieden zwischen dem eigentlichen Archivbestand, der in Abteilungen unterteilt ist, und den Sammlungen. Als wichtigstes Unterscheidungsmerkmal gilt, ob eine Objektgruppe irgendwann in der Vergangenheit zur Lehre und Forschung der Kunstakademie Düsseldorf gehörte. So beherbergt das Archiv ca. 78 lfd Meter Schriftgut, 104 Kupferplatten, ca. 2 000 Grafiken und Zeichnungen, 154 Architekturpläne, ca. 7 000 Reproduktionsgrafiken, ca. 2 775 Fotos, ca. 11 700 Filmnegative und ca. 300 Negative auf Glas. Die Sammlungen dagegen sind homogener und umfassen systematische Bestände von ca. 170 Gipsabgüssen, ca. 120 Toten- und Lebendmasken, 464 Gipsabgüssen von Medaillen, ca. 100 Gemälden, ca. 35 Plastiken, ca. 10 300 Fotos, ca. 140 Film- und Videobändern, ca. 40 Tonträgern und einigen CDs. In die Zuständigkeit der zentralen Einrichtung fällt auch die Pflege und Verwaltung der Lehrmittel (ca. 6 .000 Bildvorlagen und 30 000 Dias).

Seine Erfassung

Als die Kurfürstliche Sammlung 1805 infolge des Erbrechts nach München gebracht wurde³, verfügte die Kunstakademie noch über eine Sammlung, die sich aus Schenkungen, nicht abtransportierten Resten in Schloß Bensberg (vornehmlich zwei große Rubensgemälde) und der bereits durch die bergischen Stände angekauften Sammlung Krahe zusammensetzte. Von dem Maler und Kunstgelehrten Carl *Mosler* sind Verzeichnisse von 1806, 1817 und 1824 ebenso wie der Band zum "Museum Ramboux: Nachbildungen zur Vergegenwärtigung der christlichen Malerei in Italien von der frühesten zu der kunstreichsten Epoche bei der Königlichen Kunst-Academie zu Düsseldorf" (1851)⁴ verfaßt. Ein "Verzeichnis der Gemälde-Sammlung der königl. Kunst-Akademie zu Düsseldorf" (1862, 2. Aufl. 1876, 3. Aufl. 1880) publizierte Andreas *Müller* (1811-1890), Maler und langjähriger Betreuer der Sammlungen.

Durch den Konservator Theodor *Levin* sind ab 1883 Inventarbücher angelegt worden und ein Repertorium ("Repertorium der bei der Königl. Kunstakademie zu Düsseldorf aufbewahrten Sammlungen", 1883) entstanden. Seinem Nachfolger Friedrich *Schaarschmidt* ist sowohl ein weiteres Verzeichnis der Gemälde (1901) sowie eine umfangreiche Monographie zur "Geschichte der Düsseldorfer bildenden Kunst im neunzehnten Jahrhundert" (1902) zu verdanken.

Der Kunstgelehrte Richard *Klapheck* schrieb eine Reihe von Veröffentlichungen zur Geschichte der Kunstakademie Düsseldorf, darunter die "Geschichte der Kunstakademie zu Düsseldorf. I. Teil. Die Vorgeschichte bis zur Neugründung". "Die Kunstsammlungen Johann Wilhelms v. der Pfalz". "Die Kurfürstliche Maler-, Bildhauer- und Bau-Kunst-Akademie 1769-1805" (August Bagel, Düsseldorf, 1919), deren Anhang manche Informationen aus dem Archiv der Akademie enthält, die im Zweiten Weltkrieg verloren gingen⁵. Im Jahr 1930 publizierte Illa *Budde* den "Beschreibenden Katalog der Handzeichnungen in der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf".

Seit die Akademie-Sammlung mit der Sammlung Krahe - bis auf einige, eng an die Geschichte der Kunstakademie gebundene Exponate, unterrichts- und institutsbezogene Sammlungs- und Archivbestände - 1932 als Leihgabe im Kunstmuseum im Ehrenhof aufbewahrt wird, entstand mancher Ausstellungs- und Bestandskatalog, die aufzulisten hier zu weit führte. Die im Krieg ausgelagerten Bestände wurden 1959 durch ein Repertorium von Mechtild *Wilkes* festgehalten.

Forschungsvorbereitend wurden 1988 die Gipsabgüsse der Kunstakademie Düsseldorf von Jochen *vom Berg* fotografisch dokumentiert und 1989 die Totenmaskensammlung von Dr. Stanislaw *Rosiek* wissenschaftlich katalogisiert. Seit dem Umzug in den Rheinflügel (1989) konnten die Bestände archivgerecht aufbereitet und gelagert werden. Das ermöglicht ferner, Lücken bei einigen Namensnachweisen durch Erschließen von Sekundärquellen zu füllen.

Mit dem Wiederaufbau nach dem Krieg setzt eine Reihe von Vorträgen aus dem Lehrkörper und von Gastrednern die Bemühungen fort, den Standort des Instituts, vor allem aber den der Kunst zu bestimmen. Dazu gehören die Auseinandersetzungen um die Beuys'sche Kunstlehre. Diese schlagen sich partiell im Bestand des Archivs nieder; erheblich umfangreicher dagegen sind die Belege im Josef *Beuys* Archiv, das als "An-Institut" der Kunstakademie Düsseldorf 1992 ins Leben gerufen worden ist. Alle Bestände - bis auf die Gipsabgüsse, die topographisch geordneten Architekturfotos, die Bildvorlage-Sammlung und die Architekturpläne der Studenten - sind inzwischen in computerlesbarer Form erfaßt. Hilfslisten und Orientierungsmittel sind ebenfalls in computerlesbarer Form gespeichert und liegen in gedruckter Form aus.

Im Herbst 1997 bezog das Archiv neue Lager- und Büroräume im zweiten Stock des Rheinflügels. Die räumliche Erweiterung kommt vor allem der zukünftigen Lagerung zugute und eröffnet die Möglichkeit, gezielt Nachlässe und Sammlungen aufzunehmen. In jüngster Zeit ist der Teilnachlaß des Architekten Dipl.-Ing. Karl *Wimmenauer* (1962-1979 Professor für Baugeschichte an der Kunstakademie Düsseldorf) hinzugekommen. 1744 Zeichnungen von Schülern der 5. bis 13. Klasse aus dem Kunstunterricht ehemaliger Professoren und Studenten der Kunstakademie Düsseldorf schenkte uns der ehemalige Professor für Kunstdidaktik, Günther *Blecks*.

Veröffentlichungen und Beteiligung an Publikationen

In der Akademie entstanden über die Jahrhunderte eine Reihe von Veröffentlichungen sowohl zu ihrer eigenen Geschichte wie auch zur Kunst und Kunsttheorie. Neben den oben genannten sei aus jüngerer Zeit die Festschrift "Zweihundert Jahre Kunstakademie Düsseldorf" (hg. für die Ernst-Forberg-Stiftung von Eduard *Trier*, Mitarbeit von P. *Böhringer*, M. T. *Engels*, Graf *Wend v. Kalnein* und H. *Theissing*, 1973) hervorgehoben, die "Auszüge aus der Chronik der Akademie" enthält, d. h. eine lückenhafte Liste des Lehrerkollegiums und der Ehrenmitglieder sowie eine Bibliographie zur Geschichte der Kunstakademie Düsseldorf bis 1973. Weiterführende Hinweise und Berichtigungen sind seit dieser Publikation den Jahreshften der Kunstakademie Düsseldorf zu entnehmen. Schließlich wirkte das Archiv an den umfangreichen Recherchen für das "Lexikon der Düsseldorfer Malerschule 1819-1918" (3 Bde., hg. vom Kunstmuseum im Ehrenhof und von der Galerie Paffrath, 1997-1998) ebenso mit wie an zahlreichen Beiträgen zu Katalogen von Themenausstellungen - stets unter Einbezug der Archivalien und der Bestände aus den Sammlungen der Kunstakademie Düsseldorf.

Fussnote 1: Ab 1780 wird sie "Kurfürstliche Akademie der schönen Künste zu Düsseldorf" genannt. Es wird auf ein Reskript vom 3. März 1773, in dem der Kurfürst Karl Theodor gegenüber Graf von Goltstein den Wunsch äußert, die Gründung in die Wege zu leiten, Bezug genommen. HStA Jülich-Berg II, 4084, fol.1. Prof. Dr. Klaus *Müller* hatte in einem Vortrag auf der 105. Jahreshauptversammlung der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde in Köln am

5. 5. 1993 (in einer erweiterten Fassung erschienen im **Düsseldorfer Jahrbuch** Band 65, 1994, S. 49-85) Heinz Peters' (Heinz Peters "Wilhelm Lambert Krahe und die Gründung der Kunstakademie in Düsseldorf" in: *Zweihundert Jahre Kunstakademie Düsseldorf*, Hg. Eduard Trier, Düsseldorf 1973, S. 1-30) Deutung dieses Reskripts als Gründungsdekret widersprochen. Beide Autoren waren sich jedoch darin einig, daß der Übergang von einer privaten Akademie zu einer Landesinstitution über einen längeren Zeitraum vollzogen wurde (zwischen etwa 1766 und 1777). Müller geht von einer Gründung in zwei Phasen aus (die zweite Phase findet ihren Abschluß mit der Genehmigung der Statuten 1777). Peters ist geneigt, von einem nahtlosen Übergang auszugehen, wobei "der Neubeginn allenfalls durch das ‚Resolutum‘ vom 3. März 1773 datumsmäßig zu fixieren ist." (Peters, S. 18) Siehe auch *Bund*, Ludwig (Hg.), *Semisäcular-Feier der Königlichen Kunst-Akademie zu Düsseldorf in den Tagen des 22., 23., und 24. Juni 1869*. Verlag von Hermann Budich, Düsseldorf 1870. [Zurück](#)

Fussnote 2: *Krahe* hat sich 1767 erfolgreich darum bemüht, daß einige Gipse für Unterrichtszwecke in Düsseldorf geblieben sind. (siehe *Alberts*, Eduard, "Die ehemalige Düsseldorfer Gemäldegalerie: Eine Untersuchung über die an ihr ehemals bestandenen Eigentumsverhältnisse mit einer ausführlichen historischen Vorstudie." Michael Triltsch Verlag Düsseldorf, 1961, S. 72). [Zurück](#)

Fussnote 3: Der Rechtsstreit um die berühmte Gemäldegalerie wurde durch den Verzicht auf Rückgabeansprüche seitens Preußens erst 1870 beendet. [Zurück](#)

Fussnote 4: In einem photokopierten Exemplar werden die Brandverluste von Andreas Müller festgehalten (siehe Qc 340). In der Einleitung heißt es: "Den Besitz dieses in seiner Art unvergleichlichen Museums verdanken Düsseldorf und seine Kunst-Akademie nebst der Unterstützung Sr. Majestät des jetzt regierenden Königs der edeln Grossmuth der rheinischen Ritterschaft. Die Entstehung dieser Sammlung aber hat ihren Ursprung in dem eigenthümlichen Talente, dem tiefen Sinn und der seltenen Ausdauer, womit der Künstler Herr Johann Anton *Ramboux* aus Trier aus Liebe zur Sache uneigennützigst dem Aufwande aller Art sich unterzog, welche der Zweck erforderte: die altchristliche, im Verlaufe des Mittelalters zur schönsten, edelsten Blüthe reife Kunst der Malerei zu veranschaulichen." [Zurück](#)

Fussnote 5: *Klapheck* hat auch einen reichlich illustrierten Band zu "Die Kunstsammlungen der Staatlichen Kunstakademie zu Düsseldorf" (1928) verfaßt, welcher Hinweise auf Schenkungen und Sammelbestände seit Schaarschmidts Zeit umfaßt. Er kann jedoch den Verlust der Registratur zwischen 1894-1917 nicht wirklich ersetzen. Besonders schmerzlich ist z. B. der Verlust der Schülerlisten zwischen 1895 und 1945. [Zurück](#)

Das Photo als historische Quelle

Wolf Buchamnn

Vom 23. bis 25. Juni 1999 fand in Hamburg eine Arbeitskonferenz statt, die vom Hamburger Institut für Sozialforschung in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv veranstaltet wurde. Thema war die Frage, wie Archive, Museen und andere Verwahrstellen historischer Aufnahmen mit Photoaufnahmen umgehen und – auch vor dem Hintergrund der kontroversen Diskussion um Photoaufnahmen in der Ausstellung: „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“ – wie historische Photos in Ausstellungen oder Buchveröffentlichungen zu präsentieren sind. Benutzer dieser Bilder und Archivare an einen Tisch zu bringen, erwies sich als produktiver Ansatz: bestimmte Verfahren in Methode und Praxis der Bildbenutzung und -archivierung wurden aus der Sicht beider Gruppen wiederholt und übereinstimmend kritisiert. Dies gilt etwa für die Forderung, Bilder in der wissenschaftlichen Forschung nicht nur als Illustration in Veröffentlichungen zu verwenden, sondern sie als eigenständige Quelle ernst zu nehmen. Das Instrument einer historischen Hilfswissenschaft für audiovisuelles Archivgut, insbesondere für Photographien, ist erst in Ansätzen entwickelt. Voraussetzung der Interpretation ist die Verfügbarkeit von ‚Kontextinformationen‘ zu den Aufnahmen, eine von vielen Archiven für ihre Photoaufnahmen vernachlässigte fachliche Dienstleistung bei der Erschließung von Bildbeständen. Daß ein Photo Realität nicht einfach abbildet, daß vielmehr die Differenz zwischen Realität und ihrer Abbildung auf einem Photo der Interpretation bedarf, wurde an Beispielen erläutert und mehrfach unterstrichen. Zu fragen ist z. B., welche Interessen die Entscheidungen des Photographen für das Motiv, den Bildausschnitt und den Blickwinkel bestimmten oder welche Absichten der Autor der Bildlegende bei der Formulierung dieses Textes verfolgte, wer für die Auswahl von Bildern für zeitgenössische Veröffentlichungen oder Retuschen an den Aufnahmen verantwortlich ist. Die kritische Diskussion der Arbeitsverfahren mit historischen Aufnahmen in Archiven und des Umgangs der Benutzer mit diesen Photos wurde am Ende der Konferenz in sieben Punkten zusammengefaßt und in der nachstehend abgedruckten Empfehlung, die sich an Bildbenutzer und -archivare richtet, förmlich beschlossen.

Textanhang

Entschließung

Die Teilnehmer/innen der Konferenz „Das Photo als historische Quelle“ im Hamburger Institut für Sozialforschung vom 23. bis 25. Juni 1999 stimmen überein, daß historische Photoaufnahmen in Archiven, Museen und anderen Verwahrstellen vielfach noch immer nicht angemessen betreut und von der wissenschaftlichen Forschung nur unzureichend beachtet werden.

Die Teilnehmer/innen der Konferenz richten deswegen die folgende Empfehlung an Archivare/innen und Benutzer/innen von photographischem Archivgut:

1. Bei der Übernahme historischer Aufnahmen sind die Herkunft, der Entstehungszusammenhang, der Photograph, die bisherige Überlieferungsgeschichte und ggf. die Inhaber von Verwertungsrechten zu dokumentieren, auch für Duplikatfilme, soweit mit vertretbarem Aufwand zu ermitteln.

2. Grundlage der Ordnung historischer Aufnahmen im Archiv ist das Provenienzprinzip, nach dem Bilder ihrer Herkunft folgend zu Beständen formiert werden. Von dieser Ordnung zu trennen ist die inhaltliche Erschließung, die nicht durch Aufteilung von Bildern in bestandsübergreifende sachthematische Serien, sondern durch geeignete Findmittel wie Datenbanksysteme erfolgen soll.

3. Werden historische Aufnahmen aus konservatorischen Gründen umkopiert, ist die früheste überlieferte Fassung eines Bildes, möglichst das erste in der Kamera belichtete Negativ, aufzubewahren.

4. Bei Restaurierungsmaßnahmen von historischen Aufnahmen sind die anerkannten Regeln für die Bearbeitung von schriftlichem Archivgut entsprechend anzuwenden, insbesondere sind Verfahren und die Maßnahme selbst so zu dokumentieren, daß Art und Umfang der Restaurierungsmaßnahmen erkennbar sind.

5. Bei der Veröffentlichung von Photos ist auf die früheste vorliegende Überlieferungsform und Bildbeschriftung zurückzugreifen bzw. zu verweisen. Der Photograph, die Verwahrstelle, deren Signatur, der Ort, Zeitpunkt und Entstehungszusammenhang der Aufnahme sind anzugeben, soweit verfügbar oder mit vertretbarem Aufwand zu ermitteln.

6. Für historische Aufnahmen aus der Zeit des 2. Weltkrieges sollte ein geeignetes Nachweissystem als Modell aufgebaut werden, das Informationen über entsprechende Bildbestände und -sammlungen in europäischen Archiven, Museen und anderen Verwahrstellen ausweist.

7. Archive und andere Verwahrstellen sichern historische Aufnahmen als Kulturgut. Diese primäre Sicherungsaufgabe darf durch Privatisierung oder Kommerzialisierung nicht in Frage gestellt oder gefährdet werden.

Koblenz, den 26. Juni 1999 - Hamburg, den 26. Juni 1999

Für das Bundesarchiv: Professor Dr. Friedrich Kahlenberg
Für das Hamburger Institut für Sozialforschung: Hannes Heer

Erschließung und Digitalisierung der Flugblatt- Flugschriftensammlung im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD).

Bericht über ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstütztes Pilotprojekt¹

Harry Scholz und Jutta Spoden

Zum Bestand Sammlung Flugblätter und Flugschriften im AdsD

Die Flugblätter- und Flugschriftensammlung im AdsD², die bisher nicht erschlossen und der wissenschaftlichen Forschung sowie der interessierten Öffentlichkeit lediglich als Quellenblock ohne inhaltliche Differenzierung bekannt und daher kaum zugänglich war, stellt einen einzigartigen Bestand an historischem Material zur Erforschung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und deren Umfeld dar.

Ein Schwerpunkt der Sammlung liegt auf Flugblättern und -schriften sozialdemokratischer Provenienz: vom SPD-Parteivorstand, über die Landesverbände und Parlamentsfraktionen bis hin zu den Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinen. Nahezu lückenlos besitzt das AdsD die Flugblätter und -schriften der während des Dritten Reiches im Exil agierenden SPD (Sopade), insbesondere deren Tarnschriften.³ Zweiter Schwerpunkt der Sammlung liegt auf den gewerkschaftlichen Überlieferungen, da im AdsD das DAG-Archiv, das DGB-Archiv sowie zahlreiche Archive anderer nationaler und internationaler Gewerkschaftsorganisationen mittlerweile beheimatet sind.⁴ Ein drittes wichtiges Sammelgebiet stellen schließlich die emanzipatorischen Bewegungen dar, repräsentiert u. a. durch Überlieferungen zur europäischen Einigungsbewegung, zur Friedensbewegung, aus der Zeit der Studentenrevolte sowie zur Anti-Atomkraft-Bewegung.

Von der bürgerlichen Revolution über das Kaiserreich, den Ersten Weltkrieg, die Weimarer Republik, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg, die Nachkriegszeit bis hin zur Einheit Deutschlands im Jahre 1990 geben die Flugblätter und Flugschriften unmittelbar Zeugnis von "erlebter Geschichte" und sind für die wissenschaftliche Forschung interdisziplinär von Bedeutung.⁵

Seit 1. April 1998 ist die historische Flugblattsammlung im AdsD nunmehr Gegenstand eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projektes.⁶ Zielsetzung des Projektes ist es, ein digitales Findmittel im Lesesaal der Friedrich-Ebert-Stiftung über das hauseigene Netzwerk und/oder über das Internet als Rechercheinstrument anzubieten, das eine dreiteilige Aufgabenstellung erfüllen soll: 1. inhaltliche Erschließung nach archivwissenschaftlichen Kriterien, 2. Einbindung des digitalisierten Originals (Image) zur Ansicht und 3. Volltextwiedergabe des Originals, um Volltextrecherchen durchführen zu können.

Ein Datensatzbeispiel

Erfassung

Alle Flugblätter und Flugschriften, die dem AdsD bis zum Stichtag 31. 12. 1997 vorgelegen haben, werden in der Archivdatenbank Faust 3.0 inhaltlich und bildlich erfaßt. Im Verlauf dieses Verfahrens werden die Flugblätter und Flugschriften zum einen gescannt, was es ermöglicht, die Abbildung des Objekts auf dem Bildschirm wiederzugeben, zum zweiten wird der gescannte Text zusätzlich durch ein Schrifterkennungsprogramm (OCR⁷) erfaßt, welches die Bilddatei in eine Textdatei umwandelt. Damit können Volltextrecherchen innerhalb der Texte nach einzelnen Worten und Begriffen durchgeführt werden, was bei einem gescannten Text, der lediglich als digitales Image vorliegt, nicht möglich ist.

Zu jedem Flugblatt und jeder Flugschrift wird in der Archivdatenbank Faust ein Datensatz angelegt, der bestimmte Informationen festhält, z. B. über Herausgeber, Titel, Entstehungsdatum und Anlaß sowie zu Format und Umfang. Außerdem wird jedes Objekt mit mehreren Indizes versehen. Zur Verfügung stehen: ein Personenindex, ein Ortsindex, ein Körperschaftenindex, ein Sachindex und ein Index zur Ikonographie. So eröffnen sich vielfältige Recherchemöglichkeiten, die den umfangreichen Bestand für nahezu alle denkbaren Fragestellungen zugänglich machen und eine treffsichere Suche nach den verschiedensten Kriterien erlauben. Jeder Erfassungsdatsatz wird schließlich mit dem entsprechenden gescannten Bild und dem "schrifterkannten" Volltext verbunden. Alle drei Komponenten - inhaltliche Erschließung, Abbildung (Image) und Volltext - können dem Benutzer auf Wunsch digital (Diskette, CD) oder als Ausdruck zur Verfügung gestellt werden. Auch die Versendung per E-Mail ist möglich. Während das in Faust eingebundene Bild lediglich als Verkleinerung des Originals vorliegt, werden die gescannten Flugblätter und -schriften zusätzlich auf einer CD gespeichert und können dann problemlos in ihrer Originalgröße reproduziert werden.

Arbeitsablauf

Hard- und Softwareausstattung

Zur Abwicklung der verschiedenen Arbeitsprozesse ist eine professionelle Hard- und Softwareausstattung notwendig. Zur Verfügung stehen: ein DIN A 3 Flachbettscanner, eine Digitalkamera für Vorlagen größer als DIN A 3, ein APPLE Macintosh Rechner zur Bildbearbeitung mit Adobe Photoshop 4.0 und für die Schrifterkennung mit Omnipage 8.0 sowie drei Pentium-PCs für die Textbearbeitung mit Winword 7.0 und die Erfassung in FAUST. Zur Herstellung der CDs wird ein 4x-CD-Brenner benutzt.

Die Schrifterkennung

Die Schrifterkennung der Flugblätter und Flugschriften erfolgt mit Hilfe der OCR-Software Omnipage 8.0. Sie erzielt sehr gute Ergebnisse bei allen Objekten, die ab 1945 entstanden und in modernen Schrifttypen gesetzt sind. Der Korrekturbedarf nach dem Schrifterkennungsvorgang bewegt sich hier in einem vertretbaren zeitlichen Rahmen. Zwar hängen die Ergebnisse der Schrifterkennung in hohem Maße von der Qualität der Vorlage ab, die Erfahrung der letzten Monate hat aber gezeigt, daß nahezu 95% aller Flugblätter und Flugschriften aus den Jahren nach 1945 ohne Probleme OCR-erfaßt werden können. Lediglich bei 5% kann dieser Vorgang nicht durchgeführt werden, weil die Vorlage zu schlecht ist (z. B. verblichenes Papier, unsauberer Druck usw.) und deshalb der zeitliche Aufwand für die Korrektur nach der Schrifterkennung zu groß wäre. Auch bei

fremdsprachigen Objekten ist die Schrifterkennung kein Problem, da "OmniPage 8.0" die gängigen Sprachen mit ihren speziellen Schriftzeichen (wie z. B. à, â, ç, æ, å) beherrscht. Problematisch für das Schrifterkennungsverfahren sind handschriftlich verfaßte Flugblätter. Sie können von OmniPage 8.0 nicht gelesen werden. Jedoch ist die Zahl dieser Flugblätter in der Sammlung gering (ca. 50 Stück), so daß dieses Problem nicht automatisiert gelöst werden muß.

OCR-Problematik bei Frakturschriften

Von quantitativ größerer Bedeutung sind die Flugblätter und -schriften, die in Frakturschrift vorliegen. Sie machen ungefähr ein Viertel der Sammlung aus. Da OmniPage 8.0 Frakturen nicht lesen kann, ist es notwendig, eine andere Softwarelösung zu finden. Zwei Produkte wurden bereits intensiv getestet: proLector 1.20 und FineReader 4.0. Die Programme sind ähnlich in der Qualität, unterscheiden sich aber erheblich im Preis. Während der Testphase stellte sich heraus, daß sich die Ergebnisse beider Programme nicht mit denen vergleichen lassen, die OmniPage bei den modernen Schriften erzielt. Der Korrekturbedarf ist wesentlich höher.⁸ Auch zur WiSent GmbH in Potsdam, die eine Fraktur-OCR anbietet, wurden Kontakte geknüpft. Deren OCR-Produkt ist für die Anforderungen des Flugblattprojekts nicht geeignet, obgleich die Hersteller laut eigener Aussage zufriedenstellende Ergebnisse bei der Schrifterkennung von "Fraktur-Büchern" erzielen. Das zentrale Problem liegt darin, daß dem Programm vor dem Schrifterkennungsvorgang sämtliche Zeichen des Schrifttyps, in dem das Dokument vorliegt, antrainiert werden müssen. Dieser Aufwand lohnt sich nur bei Büchern, da diese viele Seiten des gleichen Schrifttyps aufweisen. Bei Flugblättern und -schriften hingegen ist das nicht der Fall. Nahezu jedes Objekt ist in anderen Schrifttypen gesetzt.

Vom 22. - 23. 03. 1999 besuchten die Mitarbeiter des Flugblattprojekts auf der CeBIT in Hannover 55 Anbieter von Schrifterkennungsprogrammen.⁹ Hierbei hat sich gezeigt, daß die automatisierte Schrifterkennung von Fraktur gemäß unserem Anforderungsprofil zur Zeit durch keinen Anbieter geleistet werden kann. Es konnten weiterführende Kontakte zu 14 Softwareherstellern geknüpft werden.¹⁰

Hinsichtlich der Entwicklung von Schrifterkennungssoftware müssen künftig neben der optischen Schriftzeichenerkennung durch OCR-Software insbesondere Möglichkeiten einer intelligenten ICR-Softwarelösung¹¹ geprüft werden. Die ICR-Anwendung zur Erkennung von Frakturschriften ist bisher von keinem Softwarehersteller realisiert, könnte jedoch als Pilotprojekt vielversprechende Perspektiven bieten.¹²

Ausblick

Bislang sind mehr als 3.500 Flugblätter und -schriften - das sind über 10.000 gescannte und OCR-gelesene Seiten - gemäß der dreiteiligen Projektaufgabenstellung erfaßt. Sie stehen den Benutzern des AdsD im Lesesaal der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Recherche an mehreren Computern zur Verfügung. Für das kommende Projektjahr ist hinsichtlich der inhaltlichen Erschließung und Digitalisierung vorgesehen, die Flugblätter und Flugschriften der 50er Jahre verstärkt in Angriff zu nehmen.¹³

Bezüglich der Problematik automatisierter Frakturschrifterkennung durch entsprechende OCR- und

ICR-Software werden die diesbezüglichen Initiativen seit der CeBIT'99 auch im kommenden Jahr fortgeführt werden. Das Ziel, die Sammlung Flugblätter und Flugschriften im Rahmen des DFG-Projektes¹⁴ zunächst im Intranet der Friedrich-Ebert-Stiftung und später im Internet zu präsentieren, soll realisiert werden. Dazu ist es notwendig, zunächst die Frage der Urheberrechte zu klären, die bei vielen Flugblättern und -schriften zu berücksichtigen sind. In diesem Zusammenhang ergeben sich vielschichtige rechtliche Probleme, welche die Archivlandschaft in toto betreffen und generell eine verbindliche Lösung zur Rechtssicherheit aller Beteiligten erfordern.

Fussnote 1: Weitere MitarbeiterInnen und AnsprechpartnerInnen im Team des DFG-Projekts sind neben den unten genannten Autoren Margot *Mieles*, Peter *Pfister* und Gerd *Prasthofer*. [Zurück](#)

Fussnote 2: Zur Problematik des Flugblatt- und Flugschriftenbegriffs und seiner Abgrenzung zu anderen literarischen Erscheinungen vgl. *Scholz*, Harry u. *Spoden*, Jutta: Richtlinien zur Digitalisierung und inhaltlichen Erschließung der Flugblatt- und Flugschriftensammlung, Informationen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AdsD, Bonn-Bad Godesberg 1998, S. 6 ff. u. *Schoch*, Regine und *Scholz*, Harry: Vereinbarung über Abgrenzungslinien von Archiv- und Bibliotheksgut für den Bestand der Flugblatt- und Flugschriftensammlung im AdsD vom 23. 10. 1998, Bonn-Bad Godesberg 1998. [Zurück](#)

Fussnote 3: Zur Problematik von Tarnschriften vgl. *Gittig*, Heinz: Bibliographie der Tarnschriften 1933-1945, München [u. a.] 1996, S. XI-XVII. [Zurück](#)

Fussnote 4: Vgl. *Paul*, Hans Holger: Gewerkschaftsschriftgut, Überlieferungswert und Probleme der Sicherung und Archivierung, in: *Drüppel*, Christoph J. u. *Rödel*, Volker [Hrsg.]: Überlieferungssicherung in der pluralen Gesellschaft, Verhandlungen des 57. Südwestdeutschen Archivtags am 10. Mai 1997 in Aschaffenburg, Stuttgart 1998, S. 97-108, hier S. 102. [Zurück](#)

Fussnote 5: Als Quellengattung ist die Sammlung für die Geschichts- und Politikwissenschaften, die Philosophie, die Rechtswissenschaften, die Sprach- und Literaturwissenschaften, die Soziologie und die Kommunikationswissenschaften von unschätzbarem Wert. [Zurück](#)

Fussnote 6: Der vollständige Titel des geförderten DFG-Projektes lautet: "Erschließung und integrierte Digitalisierung der Flugblätter und Flugschriften zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und ihrem gesellschaftlichen Umfeld im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)". [Zurück](#)

Fussnote 7: OCR = **O**ptical **C**haracter **R**ecognition. [Zurück](#)

Fussnote 8: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Anforderungen an eine Texterkennungssoftware formuliert, die seitens der OCR-Anbieter gewährleistet werden müssen. Vgl. Anforderungen an die Texterkennungssoftware proLector, Anlage zum Vertrag zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. und der keyproducts Imaging und EDV-Systemhaus GmbH, Bonn 2. 12. 1998. [Zurück](#)

Fussnote 9: Vgl. Deutsche Messe AG [Hrsg.]: Katalog der CeBIT'99 Hannover, Aussteller nach Projektgruppen, 3.3.1.2.1.1 OCR-Schriftleser u. 3.3.4.1 Anwendungssoftware für Zeichenerkennung, OCR-Erkennung, Essen, 1999, S. 154, 160-162. [Zurück](#)

Fussnote 10: Zentrales Problem ist in diesem Zusammenhang, daß es zur Zeit keinen Schriftsatzfond bzw. keine Datenbank mit ausreichend unterschiedlichen Typen zur Frakturschrifterkennung als Datengrundlage zur Nutzung für eine Schrifterkennungssoftware gibt. [Zurück](#)

Fussnote 11: ICR = **I**ntelligent **C**haracter **R**ecognition. [Zurück](#)

Fussnote 12: Auch hier ist das zentrale Problem das Fehlen eines Frakturschriftfonds. [Zurück](#)

Fussnote 13: Bisher ist für 422 Flugblätter und -schriften aus diesem Zeitraum die Bearbeitung abgeschlossen. Die unmittelbare Nachkriegszeit von 1945-1949 ist bereits vollständig bearbeitet. Insgesamt 900 Flugblätter und Flugschriften aus diesem Zeitraum liegen inhaltlich erschlossen und digitalisiert vor. [Zurück](#)

Fussnote 14: Kontaktadresse für Informationen über das DFG-Projekt via E-Mail: Harry.Scholz@fes.de [Zurück](#)

Bearbeitung studentischer Flugschriften im Universitätsarchiv Köln

Johann Paul

Im Kölner Studentenparlaments-Wahlkampf 1972 bezichtigte der "RCDS-Wahlexpreß" den einer kommunistischen Studentengruppe angehörenden AStA-Politikreferenten, er hänge "den Träumen seiner sozialistischen Brüder Cohn-Bendit und Hannes Heer nach" und versuche, aus seinem Büro heraus mit Studentenschaftsgeldern den internationalen Klassenkampf zu organisieren.

Diese Flugschrift gehört zu einer Sammlung studentischer Flugblätter und Zeitschriften, die Professor Dr. Günter Bers (Seminar für Geschichte und ihre Didaktik und für Philosophie an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln) über mehr als zwanzig Jahre seit der Studentenrevolte um 1968 sowohl an der Universität Köln als auch an der früheren Kölner Abteilung der Pädagogischen Hochschule Rheinland in großer Fülle zusammengetragen und die er vor einigen Jahren dem Universitätsarchiv Köln geschenkt hat. Diese Sammlung ist ein wichtiger Bestandteil der Überlieferung der beiden Kölner Hochschulen; sie gibt genaue Auskünfte über studentische Forderungen und Aktionsformen in einer bewegten Zeitspanne der nordrhein-westfälischen Hochschulgeschichte. Mit finanzieller Unterstützung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung NRW konnte der 7 625 Einzelstücke umfassende Bestand verzeichnet werden. Benutzbar ist er nun sowohl mit Hilfe detaillierter Findbücher als auch über eine im Universitätsarchiv Köln erhältliche CD-ROM, auf der die Datenbank abgespeichert ist.

Die mit laufenden Nummern versehenen Stücke wurden zunächst sachlich nach Herausgebern geordnet. Das Gros der Flugschriften und Flugblätter stammt von den Studentenparlamenten, Allgemeinen Studentenausschüssen, studentischen Fakultätsvertretungen und Fachschaften sowie den wohl lückenlos erfaßten studentischen Hochschulgruppen - angefangen beim extrem linksgerichteten Kommunistischen Studentenverband (KSV) über zahllose andere maoistische bzw. leninistische (Splitter-)Gruppen, sozialistische, liberale, unabhängige, grünalternative, konservative und ausländische (insbesondere iranische) Vereinigungen bis hin zum rechtsgerichteten Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) - und dem Verband Deutscher Studentenschaften (VDS). Vorhanden sind auch viele Materialien von der 21. Ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS, die im März 1969 in Köln abgehalten wurde und in deren Verlauf mehrere Studentenschaften (u. a. die Kölner) aus dem weiter nach links rückenden VDS austraten und einen Gegenverband, die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften (ADS), gründeten. In großer Zahl erhalten sind auch die an der Universität bzw. PH Köln verteilten Flugschriften linksradikaler Splitterparteien und Komitees. Im Sammlungsgut befinden sich darüber hinaus u. a. Erklärungen der beiden Hochschulleitungen, viele Exemplare bundes- bzw. landesweit erscheinender Studentenzeitungen und Programmhinweise von Kinos und Theatern, die Teil des Kölner Studentenmilieus waren.

In den nach Herausgebern gegliederten Gruppen wurden die Flugschriften den Untergruppen "Zeitschriften und Dokumentationen" bzw. "Flugblätter und sonstige Veröffentlichungen" zugeordnet und dort schließlich chronologisch aufgeführt. Der Einzeleintrag enthält als Bestimmungsmerkmale die laufende Nummer des Schriftstücks, den Namen des Herausgebers, das tatsächlich bekannte oder aufgrund von internen Texthinweisen ungefähr ermittelte Erscheinungsdatum, den Titel bzw. Betreff

der Flugschrift, eine knappe Inhaltsanalyse und Angaben zum Textumfang. Bei der Benutzung der Findbücher erleichtern Personen-, Orts- und Sachregister die gezielte Suche nach bestimmten Schriftstücken. - Das folgende Beispiel veranschaulicht das bei der Verzeichnung angewandte Klassifikationsschema:

5891

19. Juni 1979

AStA der PH Köln

"AStA-Dokumentation: Der Prozeß. Prüfungsamt kontra Studenten [. . .]"

Dokumentation zu einem Konflikt zwischen staatl. Prüfungsamt u. Studentenvertretern wg. Änderung von Prüfungsbestimmungen, enthält u. a.: Wortprotokoll der WDR-Sendung "Radiothek" v. 5. 8. 1977, AStA-Presseerklärung v. 31. 10. 1978, Solidaritätserklärung von Lehrenden der PH Köln u. ASten anderer Hochschulen, Schreiben des staatl. Prüfungsamts an das Kultusministerium v. 20. 7. 1977, Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Köln wg. Hausfriedensbruch u. Nötigung, Freispruch durch das AG Köln v. 22. 11. 1978, Kommentar in der WDR-Sendung "Radiothek", Forderung des Studentenparlaments nach Abberufung des Leiters des staatl. Prüfungsamts.

72 S.

Die in der Sammlung Bers enthaltenen Flugschriften bestätigen die jüngst von Peter *Dohms* vertretene These, daß die Studentenrevolte von 1967/68 die nordrhein-westfälischen Hochschulen nur in abgeschwächter Form gestreift hat und die studentischen Proteste in diesem Bundesland erst um 1970 in der Zeit der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt massiv einsetzten.¹ Die siebziger Jahre werden, wie sich bei der Erfassung der Kölner Flugblätter zeigt, beherrscht von folgenden studenten- und hochschulpolitischen Themen:

1.) *kontroversen Debatten über Hochschulmitbestimmung und Gesetzesvorhaben zu Studienreform, Regelstudienzeit, Ordnungsrecht und Zwangsexmatrikulation.* Bei der Rektoratsübergabe im Oktober 1971 warnte der neue Kölner Rektor Prof. Klaus *Stern* vor einer "Verabsolutierung des demokratischen Prinzips". Institutionen wie Unternehmen, Kirchen und Universitäten sollten ihre "strukturellen Eigentümlichkeiten" bewahren. Der scheidende Rektor Prof. Peter *Mittelstaedt* beobachtete mit Sorge, daß eine Verlagerung von den "vergleichsweise harmlosen spektakulären Aktionen" des SDS in das "viel gefährlichere Gebiet des Administrativen" (etwa bei der Gesamthochschulplanung) stattfand. Die Machtkämpfe zwischen Ordinarien und Studentenschaft erreichten im Januar 1973 in Köln ihren Höhepunkt, als die WiSo-Fakultät die Lehraufträge zweier Soziologen, die ein kritisches Verhältnis zur "Kölner Schule" hatten, nicht verlängern wollte und auf breite studentische Proteste zunächst mit einer Aussperrungsdrohung reagierte, schließlich aber unter dem Eindruck der negativen Publizität nachgab. Später verlagerte sich die Auseinandersetzung zwischen einzelnen Hochschullehrern und kommunistischen Studenten in den Gerichtssaal. Strafverfahren wegen Beleidigung, Nötigung und Hausfriedensbruch waren eine für die 70er Jahre typische Erscheinung.

2.) *anhaltender Unzufriedenheit über eine durchaus unzureichende Versorgung mit bezahlbarem studentischen Wohnraum und die Leistungen der staatlichen Ausbildungsförderung (BAFöG), die zunehmend hinter den beachtlichen, inflationsbedingten Steigerungen der Lebenshaltungskosten zurückblieb.* Mehrmals organisierten VDS, Marxistischer Studentenbund-Spartakus (MSB) und Sozialistischer Hochschulbund (SHB) "Sternmärsche" gegen die Verschlechterung der sozialen Lage

der Studenten, die indes bei maoistischen wie gemäßigt-konservativen Gruppen auf wachsende Ablehnung stießen. Für die K-Gruppen handelte es sich um "Sternmärsche in die Sackgasse". Der RCDS hielt 1977 sog. Studentenstreiks überhaupt für "Murx" und propagierte neue Protestformen. Insgesamt ließ in den 70er Jahren die Beteiligung an Protestaktionen und das Interesse an der studentischen Selbstverwaltung spürbar nach.

3.) *dem Radikalenerlaß der Ministerpräsidenten von 1972 und der nachfolgenden Regelüberprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst auf ihre Verfassungstreue.* Angesichts der sich gleichzeitig häufenden RAF-Anschläge, die alle Kölner Studentengruppen als kontraproduktiv verurteilten, wurde das Klima auch an den Kölner Hochschulen kälter. So versuchte der Dekan der PH Köln mit einer "Gebäudenutzungsordnung" kommunistische Wandzeitungen und Büchertische aus der Hochschule zu verbannen. Breiten Raum nahm auch die studentische Diskussion über "Berufsverbote" vor allem gegen ehemalige MSB- und SHB-Aktivisten ein, die von Regierungskommissionen zum Risiko für die freiheitlich-demokratische Grundordnung erklärt und vom Schul- und Justizdienst ferngehalten wurden.

4.) *der Frage, ob Vertretungsorganen der Studentenschaft ein sog. allgemeinpolitisches Mandat zustand,* das sie berechtigte, sich im Namen aller Studenten zu gesellschaftspolitischen Themen zu äußern. Umstritten war insbesondere das Studentenschaftsgesetz (SSG) NRW von 1978, das - im Gegensatz zu Bayern und Baden-Württemberg - den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft garantierte, aber gleichzeitig den Wildwuchs der sich im Grunde selbst mandatierenden Fachschaften beschnitt, gegen die Amtsanmaßung sog. Vollversammlungen vorging und die Wahrnehmung des allgemeinpolitischen Mandats untersagte. Während der Kölner MSB gegen die vorgeschriebene Urnenwahl wetterte und die Studentenschaftsorgane zu einer Art "Milchverwaltung" verkümmern sah, lobte der RCDS das SSG NRW als das "studentenfreundlichste" in der gesamten Bundesrepublik. Das Verbot der Ausübung des allgemeinpolitischen Mandats, das wiederholt gerichtlich bestätigt wurde, nahm die Kölner Universitätsleitung noch 1978 zum Anlaß, dem AStA keinen Hörsaal für eine beabsichtigte Veranstaltung zum Düsseldorfer Majdanek-Prozeß zur Verfügung zu stellen. Insgesamt zählte jedoch die Beschäftigung mit der NS-Zeit nicht zu den vordringlichen Themen der Kölner Studentenschaft in den 70er Jahren.

5.) *vom Niedergang kommunistischer Studentenzirkel.* Dem DKP-abhängigen MSB gelang immer weniger der Spagat, einerseits die Verhältnisse in der Bundesrepublik als reformfeindlich darzustellen und andererseits die bürokratischen Systeme im Ostblock angesichts der offenkundigen Mängel weiterhin als sozialistische Errungenschaft anzupreisen. Für die maoistischen Gruppen brach 1976 nach dem Tod des Großen Vorsitzenden und dem Kurswechsel in China eine kunstvoll aufgebaute ideologische Scheinwelt zusammen.

6.) *dem Aufkommen neuer Studentengruppen Ende der 70er Jahre,* die den in Ritualen erstarrten Grabenkämpfen der Alt-68er und ihrer Epigonen nichts mehr abgewinnen konnten und neue Themen (insbesondere Frauen-, Friedens- und Umweltfragen) auf die studentische Agenda setzten.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der bearbeitete Flugschriftenbestand des Universitätsarchivs Köln, der im Rahmen eines für die Dokumentation der Studentenbewegung in der Bundesrepublik ausgesprochenen Pilotprojekts erschlossen wurde, wichtige Quellen zur jüngsten

Geschichte der Kölner und nordrhein-westfälischen Studentenbewegung enthält, die nun der zeitgeschichtlichen Forschung zur Verfügung stehen.

Fussnote 1: Vgl. zuletzt: Peter *Dohms*, Studentenbewegung und Überlieferungsvielfalt - das Beispiel Nordrhein-Westfalen, **Der Archivar** 52 (1999), S. 225-233. [Zurück](#)

Neues Gebäude für das Westfälische Archivamt

Rickmer Kießling

1. Vorgeschichte

Das Westfälische Archivamt (WAA), eine Dienststelle des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, war seit der Gründung 1927 als Archivberatungsstelle Westfalen zu keiner Zeit wirklich sachgerecht untergebracht. Besonders in den beiden letzten Jahrzehnten erwies sich dies als sehr problematisch, weil die nahezu flächendeckende Einrichtung von Kommunalarchiven im Betreuungsbereich, eben dem nordrhein-westfälischen Landesteil Westfalen-Lippe, einen erheblichen Ausbau der archivarischen Beratung und der technischen Serviceeinrichtungen des Amtes erforderte.

Die zweite Aufgabe des WAA, nämlich das Archiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL), seiner landesweit verstreuten Dienststellen sowie seiner Vorgängerinstitution, des preußischen Provinzialverbandes Westfalen, aufzubauen und zu führen, konnte aus personellem wie räumlichem Mangel ebenfalls seit Jahren bestenfalls provisorisch erfüllt werden.

In der vergangenen Zeit waren deshalb immer wieder Projekte zu einer anderen Unterbringung des WAA angestoßen, geplant und geprüft worden, konnten aber aus unterschiedlichen Gründen nie realisiert werden. In dieser Situation ergab sich, daß einerseits die Notunterkunft für die Bestände des Archivs LWL, ein ehemaliger Garagentrakt, einem Bürohochhaus weichen sollte und etwa gleichzeitig in der zum LWL gehörenden münsterschen Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie ein am Rand des Areals gelegenes Krankengebäude frei wurde, für das die Verwaltung eine kostenreduzierende andere Nutzung suchte. Das WAA erhielt daher den Auftrag, dieses Gebäude auf seine Verwendbarkeit für archivische Zwecke zu untersuchen.

2. Planung

Das verfügbare Haus 28 der Westfälischen Klinik, ein 1929 errichtetes Krankengebäude für „halbruhige Frauen“, besaß auf insgesamt vier Stockwerken (Souterrain, Erd-, Ober- und Dachgeschoß) eine Nutzfläche von etwa 1.200 m. Bereits eine erste Prüfung ergab, daß das Haus damit sehr gut geeignet sein würde, Benutzer- und Schulungsräume, Büros und Werkstätten aufzunehmen, für die erforderlichen Magazinräume jedoch weder Raum noch Statik ausreichten. Das WAA schlug deshalb vor, den Altbau durch einen Magazinzweckbau mit der notwendigen Fläche von knapp 2.000 m zu ergänzen. Auf dieser Basis erfolgten nun die Detailplanungen.

Bei der Zuordnung der Funktionsbereiche im Altbau stand im Vordergrund ein großzügiger und vom Eingang direkt erreichbarer Öffentlichkeitsbereich im Hochparterre. Er umfaßt Benutzersaal, Sonderbenutzungsräume, Seminar- und Besprechungsbereiche. Die Restaurierungswerkstatt erhielt das gesamte Souterrain, und die beiden Obergeschosse schließlich wurden als Dienstzimmer, Sekretariate und Archivalienbearbeitungsräume für die insgesamt etwa 25 Archivare und Archivmitarbeiter eingeplant. Der für Besucher nicht zugängliche Magazintrakt ist mit dem Altbau auf allen Geschossen niveaugleich verbunden.

Die Flächenplanung für den Neubau, also für die Magazine, gestaltete sich schwierig, weil keine wirklich präzisen Angaben darüber existierten, welchen Umfang die archivwürdigen Akten des LWL, immerhin eine Verwaltung mit 16.500 Mitarbeitern in ganz Westfalen-Lippe, wohl besitzen würden. Nach ersten knappen Erhebungen und darauf basierenden Hochrechnungen wurde ein Bedarf von etwa 1.800 m reiner Magazinfläche angenommen. Sie sollte auf den drei Hauptgeschossen des Neubaus bereitgestellt werden, während das Dachgeschoß lediglich der Klimatisierung dient.

Mit besonderer Intensität wurde die bauliche Konzeption des Magazinneubaus erarbeitet. Die Vorbereitungen begannen mit Besuchen in den jüngeren deutschen Archiv(zweck)bauten, führten über Klimasimulationen mit verschiedenen Baumaterialien und ergaben schließlich die Planung eines Gebäudes nach dem „Kölner Modell“, das sich aufgrund seiner bautechnischen Gestaltung mit extrem starken Vollziegelwänden (49 cm), vorgesetzter Fassade (11,5 cm) und dazwischenliegender Luft- und Dämmschicht (10 cm) selbst auf die für Archivmagazine erforderlichen Klimawerte von 50% r. F. (+/- 5%) und 16° C (+/- 2°) einpendeln soll. Die natürliche Klimatisierung wird einerseits durch einen feuchtigkeitsausgleichenden Wandputz und Fußbodenbeläge aus Stirnholzparkett, andererseits durch besonders gut durchlüftete Regalanlagen unterstützt. Die Klimawerte in den einzelnen Magazinräumen werden ständig durch Meßfühler überwacht und die Ergebnisse laufend in einem Rechner mit den Sollwerten verglichen. Je nach errechneter Zweckmäßigkeit sorgen Stellmotoren dann für das Öffnen bzw. Schließen der Fenster und des Heizungssystems.

3. Baudurchführung

Bauträger für die Gesamtmaßnahme war die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft m.b.H. (WLV) in Münster, eine Tochtergesellschaft des LWL. Sie kaufte das Altgebäude an, rüstete es um, errichtete den Neubau und vermietet den Gebäudekomplex jetzt an das WAA. Als Architekten wählte der Bauherr Mitarbeiter der Hochbauabteilung des LWL. Die Bauausführung wurde, wie allgemein üblich, ausgeschrieben.

Die Vorbereitung und Planung bis zum Baubeginn einschließlich der notwendigen parlamentarischen Beschlüsse erforderten etwa 25 Monate von Mai 1995 bis Mitte 1997. Umrüstung und Neubau dauerten dann von Juni 1997 bis September 1998, also rund 15 Monate.

4. Einrichtung

Bei der Einrichtung des gesamten Hauses standen Zweckmäßigkeit und Funktionalität, besonders aber der Gesundheitsschutz im Vordergrund. Die extrem hohe Allergiegefährdung von Archivmitarbeitern sollte durch alle denkbaren Maßnahmen minimiert werden. So finden sich im WAA grundsätzlich (Außen-)Jalousien statt Vorhängen, Wandputz statt Tapeten, Linoleum statt Teppichböden und bei den Möbeln Leder oder Holz anstelle von Stoffbezügen. Beraten von einem Innenarchitekten wurde die insgesamt neue Möbelausstattung in Form und Farbgebung auf das Haus abgestimmt, wobei alle Mitarbeiter mitentschieden. Dies gilt für die Büro- und die Seminarräume wie auch für den Benutzersaal mit 10 festen Einzelplätzen und die Sonderbenutzungsräume.

Im Hinblick auf technische Besonderheiten ist noch zu erwähnen, daß alle Büro- und Benutzerarbeitsplätze vernetzt sind, neben der stationären Telefonanlage eine mobile installiert ist,

die Benutzerzonen wie der Eingang videoüberwacht werden, und für Benutzer digitale Kopierer, Mikrofilm- und Archivalienscanner der jüngsten Generation zur Verfügung stehen.

Auch die Restaurierungswerkstatt, die die Funktion einer leistungsfähigen Serviceeinrichtung für alle nichtstaatlichen Archive in Westfalen-Lippe besitzt, wurde nach aktuellen technischen Erkenntnissen völlig neu ausgestattet und besitzt u. a. Druckluftversorgung und zentrale Staubabsaugung an den Arbeitsplätzen, Wasseraufbereitung, eine Laminierstraße und eine Gefriertrocknungsanlage mit hoher Kapazität.

Die Magazine sind mit Rollregalanlagen für etwa 9,5 Kilometer Archivalien sowie Planschränken (teilweise auf Rollwagen) für 10.000 Karten bestückt. Sie werden durch Eingangs- und Zwischenmagazine und ein Kühlmagazin für Mikrofiches, Rollfilme und Fotos ergänzt.

Abgesehen von den üblichen Einbruch- und passiven Feuerschutzeinrichtungen werden im WAA Feuerlöschanlagen und Handfeuerlöcher mit reinem Wasser eingesetzt, das nach einem Notfall selbst aus Archivalien problemlos in der hauseigenen Gefriertrocknungsanlage wieder entfernt werden kann.

5. Umzug

Bevor die neuen Gebäude fertiggestellt waren, mußte das Archiv LWL mit rund 1,5 km Akten seine Unterkunft räumen und in ein Zwischenquartier umziehen. Dies war Anlaß, praktisch jede Archivalieneinheit zu markieren und nach einem bei dieser Gelegenheit eingeführten neuen Klassifikationsschema für das Archiv LWL auch neu zu signieren. Auf diese Weise konnten – soweit nach beiden Umzugsphasen bisher erkennbar – Störungen in der Ordnung der Bestände vermieden werden. Die Erfahrungen aus den Umzügen werden jetzt auch bei der Übernahme und dem Transport größerer Bestände aus Einrichtungen des LWL genutzt.

6. Kosten

Die Kosten für Ankauf und Umbau des ehemaligen Krankengebäudes sowie für die Errichtung des Magazinneubaus betragen insgesamt 7.245.000 DM. Unter Einbeziehung von 1.200.000 DM für die Einrichtung ergeben sich damit Beträge von 2.172 DM je Quadratmeter Nutzfläche bzw. 534 DM je Kubikmeter umbauten Raumes, Werte, die im Vergleich mit anderen Archivbaumaßnahmen der letzten Jahre eher günstig erscheinen.

7. Erste praktische Erfahrungen

Das Gesamtkonzept hat sich im ersten Jahr der praktischen Nutzung insgesamt als richtig erwiesen. Benutzer und Mitarbeiter fühlen sich in dem lichten, schön ausgestatteten Gebäude wohl, die Arbeitsorganisation hat sich rasch eingespielt. Die Benutzerzahlen haben sich nach dem Umzug mehr als verdreifacht, nicht zuletzt auch, weil der Benutzersaal täglich von 8.30 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet ist und während der Gesamtzeit Archivare zur Beratung verfügbar sind.

Einzelne Details des Baues und des Ablaufs müssen noch optimiert werden. Etwas problematisch ist

nach wie vor das Klima in den Magazinen, die ohne Austrocknungsphase unmittelbar mit Bauende belegt werden mußten. Hier wird noch länger der zusätzliche Einsatz von Entfeuchtern erforderlich sein. Auch die elektronische Klimaüberwachung und -steuerung muß noch auf der Basis der laufend gewonnenen Erfahrung verbessert werden.

8. Hinweis

Ein umfangreicher Beitrag zum Neubau des Westfälischen Archivamtes, der auch durch Pläne, Schnitte und Fotos ergänzt wird, ist in der Fachzeitschrift des WAA **Archivpflege in Westfalen und Lippe**, Heft 50, erschienen. Dieses Heft, das aus Anlaß des Umzugs und der Neuorganisation des WAA zusammengestellt worden ist, enthält eine Gesamtdarstellung der Aufgaben und Tätigkeiten des WAA, der Geschichte der Archivpflege in Westfalen-Lippe wie der Funktion des Archivs LWL. Das Heft kann kostenlos vom Westfälischen Archivamt, 48133 Münster, bezogen werden.

„Zwischen Eid und Gewissen“ – Der Maiaufstand in Dresden vom 3.–9. Mai 1849 und das sächsische Militär

Rainer Tittmann

Unter diesem Titel wurde am 24. April 1999 eine Gemeinschaftsausstellung des Arbeitskreises Sächsische Militärgeschichte e. V. Dresden mit dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden, dem Militärhistorischen Museum der Bundeswehr und dem Stadtmuseum Dresden im Dresdener Stadtmuseum eröffnet. Damit soll im Rahmen der Vorbereitungen des 800jährigen Stadtjubiläums im Jahre 2006 des 150. Jahrestages des Maiaufstandes gedacht werden.

Zu diesem Projekt fanden sich wissenschaftliche Einrichtungen mit einem Verein zusammen. Das Sächsische Hauptstaatsarchiv Dresden beteiligt sich mit Dokumenten, Graphiken stellen das Stadtmuseum sowie das Militärhistorische Museum der Bundeswehr bereit, wie auch Waffen und Ausrüstungsgegenstände. Ebenso stellten Privatpersonen Exponate für die Ausstellung zur Verfügung. Wesentlichen Anteil am Gelingen der Ausstellung hatten die Bundesanstalt für Arbeit und das Kulturamt der Stadtverwaltung Dresden. Die Projektleitung lag beim Arbeitskreis Sächsische Militärgeschichte.

Graphiken widerspiegeln anschaulich die ereignisreichen Tage vom 3. bis 9. Mai. Der Betrachter erlebt die chronologische Abfolge der dramatischen Ereignisse dieser Zeitspanne mit: den vergeblichen Sturm auf das Zeughaus am 3. Mai 1849; wie der König Friedrich August II. in der Nacht vom 3. Mai sich im Schloßhof seinen Soldaten zeigt, bevor er am 4. Mai früh das Dampfschiff besteigt, das ihn auf Festung Königstein in Sicherheit bringt; die Tätigkeit der am 4. Mai gebildeten Provisorischen Regierung im Dresdner Rathaus; die Engels-Barrikade an der Wilsdruffer Gasse und den Zuzug von sächsischen Kommunalgardisten und weiterer Freiwilliger; den Kampf preußischer und sächsischer Truppen gegen die Aufständischen am Neumarkt; den Sturm auf die Post am 9. Mai und die Vorbereitung zum Abzug der rund 2 000 Revolutionäre in Richtung Freiberg. Die graphischen Blätter enden mit dem Denkmal von 1850 für die gefallenen Preußen und Sachsen sowie mit den Maigefangenen im Zuchthaus.

Dokumente belegen das Verhalten zweier Absolventen von 1827 der Militärakademie Dresden in den Maitagen. Der eine, Hauptmann Hüon Oberon von Grünenwald, seinem Fahneneid verpflichtet, kämpft mit seiner Batterie an allen Schwerpunkten dieser Tage gegen die Aufständischen. Der andere, Oberstleutnant in griechischen Diensten, Grundbesitzer und Abgeordneter der Ersten Kammer des sächsischen Landtages, am 3. Mai zum Kommandanten der Dresdner Kommunalgarde und am nächsten Tag von der Provisorischen Regierung zum Oberbefehlshaber aller bewaffneten Kräfte ernannt, folgt seinem Gewissen.

Dokumente und Graphiken belegen die Entwicklung des sächsischen Heeres, sein Verhalten in den Maitagen wie auch die Geschichte der Dresdner Kommunalgarde, ihre Uniformierung und ihr Verhalten während der Maitage. Bewaffnung und Ausrüstung der sächsischen und preußischen Truppen wie auch der Aufständischen runden das Bild dieser Tage ab. Zum besseren Verstehen dieser bedeutsamen Tage in der deutschen Nationalgeschichte – der Dresdner Maiaufstand läutete das

Finale der deutschen Revolution ein – erarbeitete der Arbeitskreis ein Faltblatt, das dem Besucher zur Verfügung steht.

Experten gegen Änderung des Archivgesetzes Nordrhein-Westfalen

Experten haben bei einem gemeinsamen Hearing des Ausschusses für Innere Verwaltung und des Kulturausschusses zu einem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivgutes im Lande Nordrhein-Westfalen davon abgeraten, das Archivgesetz Nordrhein-Westfalen vom 16. Mai 1989 zu ändern (Drs. 12/3734).

In das Problemfeld führte zu Beginn Dr. Martin *Mönninghoff* aus Düsseldorf ein. Dr. *Hecht* vom Bundesamt für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR aus Berlin warnte dringend davor, Begriffe und Verfahren des Stasi-Unterlagen-Gesetzes auf andere Sachverhalte in der ehemaligen DDR und der „alten BRD“ zu übertragen. Dies sollte nach seiner Auffassung keinen Eingang in ein Landesgesetz finden. Ein verbesserter, von Sperrfristen wenig gehinderter Zugang zu Archivalien werde vom Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen befürwortet. Hecht wies in dem Zusammenhang darauf hin, das Stasi-Unterlagen-Gesetz kenne keine Sperrfristen für die Bewertung von Schriftgut. Klaus *Bästlein*, ebenfalls aus Berlin, empfahl, man solle darangehen, auch im Westen die Akten offenzulegen. Er hielt es im übrigen nicht für unbedingt notwendig, am NRW-Archivgesetz etwas zu ändern, Bästlein wörtlich: „Die Archivgesetze sind ein Segen.“ Ebenfalls „aus Berliner Perspektive“ riet der Landesbeauftragte für die Fragen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes in der neuen Bundeshauptstadt, Falco *Werkentin*, zu einer Neuregelung des Zugangs zu Verfassungsschutzakten. Man sollte damit auch symbolisch ausdrücken, daß Akten des Verfassungsschutzes einer weitgehend unbegrenzten Forschungsfreiheit unterlägen.

„Wir haben jetzt zehn Jahre Erfahrung mit dem Gesetz“, betonte der leitende Staatsarchivdirektor beim nordrhein-westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf, Professor Dr. *Ottfried Dascher*. Kein Bundesland und auch nicht der Bund sähen zur Zeit die Notwendigkeit einer gesetzlichen Änderung. Die Archivgesetze hätten sich in der Praxis bewährt. Fragen in Nordrhein-Westfalen ließen sich weitgehend auf dem Erlaßweg regeln. „Wir sind auf seiten der Forschung und an jeder Erleichterung interessiert“, stellte *Dascher* fest und bekräftigte in der Diskussion, das Thema Drittes Reich dürfe nicht ausgegrenzt werden. Dr. *Horst Romeyk*, Staatsarchivdirektor im Düsseldorfer Hauptstaatsarchiv, begegnete der Kritik, die Bestände seien nicht ausreichend erschlossen, mit der Feststellung, dem Mangel sei abgeholfen. Dr. *Stahlschmidt*, Staatsarchivdirektor im gleichen Hause, bekräftigte, die Forschung dürfe nicht erschwert werden.

Der Abteilungspräsident beim Bundesarchiv in Koblenz, Dr. *Klaus Oldenhage*, wies darauf hin, es sei gelungen, daß die westlichen Akten parallel zu den DDR-Akten durch Senkung der 30-Jahresfrist zugänglich seien. Der Zugang zu Verschlusssachen sollte auf dem Verwaltungsweg geregelt werden. „Sie brauchen nicht mal einen Erlaß, sondern eine andere Verwaltungspraxis“, schloß *Oldenhage*.

Bettina Sokol, Landesbeauftragte für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen, freute sich darüber, daß bisher kein Forschungsvorhaben am Schutz personenbezogener Daten gescheitert sei. In der Praxis gebe es erstaunlich wenig Probleme, die sich auf das Archivwesen bezögen. „Das Gesetz ist sehr flexibel in seinen Vorschriften“, folgerte Frau *Sokol*.

Gegen eine Übernahme von Terminologie aus dem Stasi-Unterlagengesetz sprach sich Leitender

Ministerialrat Hans-Peter *Kohlen* vom NRW-Innenministerium aus. Wenn er aber eine Änderung unterstelle und Rudimente aus dem Stasi-Unterlagengesetz würden Eingang in Sachverhalte des Verfassungsschutzes finden, dann würde unter Gesichtspunkten des Verfassungsschutzes damit zu leben sein. Grundsätzlich betonte *Kohlen*, der Verfassungsschutz sei nicht der Meinung, daß es einer Gesetzesänderung bedürfe. Allerdings müsse dem Verschlußsachenschutz Rechnung getragen werden, auch aus Gründen des Informantenschutzes. **(Abdruck aus: Landtag intern vom 7. 9. 1999).**

„Archive heute“. Zweite Fortbildungsveranstaltung des 25. und 26. wissenschaftlichen Kurses der Archivschule Marburg in Regensburg

Albert Eßer und Erwin Naimer

Drei Jahre nach der ersten Fortbildungstagung in Plön (vgl. *Der Archivar* 49, 1996, Sp. 686–688) trafen sich die Absolventen des 25. und 26. wissenschaftlichen Kurses der Archivschule Marburg vom 25. bis 27. Juni 1999 zu einem zweiten archivfachlichen Erfahrungsaustausch im Diözesanzentrum Obermünster in Regensburg. Ziel der Veranstaltung war es, über die Grenzen von Archivsparten und regionalen Besonderheiten hinweg archivische Probleme zu diskutieren und Anregungen für die eigene Arbeit zu gewinnen. Das Interesse an der Veranstaltung zeigte sich daran, daß von den 37 Kursteilnehmern 27 den Weg nach Regensburg gefunden hatten.

Die Vielfalt und die Bandbreite der Aufgaben, die in einem Archiv anfallen können, führte zu Beginn der Tagung am 25. Juni Dr. Martin *Dallmaier* anschaulich vor Augen, als er eine Gruppe der Veranstaltungsteilnehmer durch das Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv führte. Mit geringer Personalausstattung ist das Adelsarchiv in den Räumen des ehemaligen Stiftes St. Emmeram nicht nur für die Akten des fürstlichen Hauses zuständig, sondern auch für Bibliothek und Museum, und der Archivar ist mitunter auch als Kunsthistoriker gefordert. Eine andere Gruppe der Tagungsteilnehmer besuchte zu gleicher Zeit das Bischöfliche Zentralarchiv Regensburg. Dr. Stephan *Acht* führte zunächst durch die Räume der Bibliothek, wobei er insbesondere auf die bedeutende Musikaliensammlung des Geistlichen Proske verwies. Im Archiv wurden alle drei Archivteile, also Benutzerbereich, Büroräume und Magazine besichtigt. Besonderes Interesse fand die technische Ausstattung mit eigenen Reproduktionsmöglichkeiten für Photos und Mikrofiches. Anschließend an die Archivbesichtigungen stellte Dr. Erwin *Naimer* (Archiv des Erzbistums München und Freising) abends die Entwicklung und Bedeutung der in den kirchlichen Archiven Altbayerns erhaltenen Pfarrmatrikeln dar.

Am Samstag, dem 26. Juni, fanden, moderiert von Dr. Albert *Eßer* (Stadtarchiv Bergisch Gladbach), zwei Arbeitssitzungen statt, von denen sich die erste mit Problemen des Archivbaus und der Magazinierung befaßte. Dr. Joachim *Emig* (Thüringisches Staatsarchiv Altenburg) berichtete eindrucksvoll und plastisch von seinen Erfahrungen mit der Nutzung eines denkmalgeschützten Schloßbaues für archivische Zwecke. Dr. Arnd *Kluge* (Stadtarchiv Hof) hielt danach ein Plädoyer für „gemäßigt chaotische Lagerhaltung“ im Archiv. Um bei nicht abgeschlossenen Beständen das Umräumen von Archivalien zu vermeiden, empfahl er in Anlehnung an automatisierte Lagermethoden der freien Wirtschaft die Magazinierung von Archivalien nach Zugang. Die Zugehörigkeit einer Akte zu einem Provenienzbestand bleibt dabei über die EDV-Erfassung gewahrt und kommt darüber hinaus auch in der Signatur zum Ausdruck, die zusätzlich zur laufenden Nummer des Universalbestandes eine Bestandskennung enthält. Dr. Andreas *Hedwig* (Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden) plädierte dagegen für die körperliche Bestandsgliederung im Magazin. Die Lagerung nach Provenienzbeständen erleichtere den Magazinern die Orientierung und erspare lange Wege bei der Aushebung sachlich zusammenhängender Akten unterschiedlichen Zugangsdatums. In Wiesbaden werde diese Provenienzlagerung auch bei Selekten wie Karten oder Plakaten konsequent durchgeführt. Schließlich stellte Dr. Hedwig auch noch ein zwischen beiden Positionen vermittelndes Modell vor, mit dem am Universitätsarchiv Heidelberg gearbeitet wird.

Die zweite Arbeitssitzung am 26. Juni war der Frage gewidmet, welchen Stellenwert historische Forschung und Marketing im archivischen Berufsalltag einnehmen sollen. Dr. Bernd *Kasten* (Stadtarchiv Schwerin) stellte historische Forschung als archivische Kernaufgabe dar. In der „Bräunche-Schöntag-Kontroverse“ argumentierte er unter anderem, sprengelbezogene historische Forschung verbessere auch die Verzeichnungsqualität. Dr. Gunnar *Teske* (Westfälisches Archivamt Münster) bewertete Aufwand und Ertrag des von ihm aus archivischer Perspektive mitgestalteten Projekts „350 Jahre Westfälischer Friede“. Vor allem in bezug auf die öffentliche Wahrnehmung der Stadt Münster kam er dabei zu einem insgesamt positiven Resultat. Kritischer sah Dr. Brigitte *Streich* (Stadtarchiv Celle) die Rolle des Stadtarchivs bei Marketingprojekten der Stadt Celle. Ihrer Erfahrung nach kommt dem Stadtarchiv bei solchen Projekten die Rolle eines reinen Zulieferers zu, wobei die für Stadtmarketing und Fremdenverkehr zuständigen Fachkräfte in der Stadtverwaltung mit historischen Erkenntnissen recht großzügig umgehen, um sie für ihre Zwecke einsetzen zu können. Diese unterschiedlichen Erfahrungen ergänzte Dieter *Marek* (Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar) mit einem Bericht über die Rolle des Archivs bei der Selbstdarstellung Weimars als Kulturstadt 1999.

Die Referate beider Arbeitssitzungen lösten engagierte Diskussionen aus, die teilweise auch unterschiedliche Herangehensweisen von Staats- und Kommunalarchivaren sichtbar werden ließen. Das im Rahmen einer Kursveranstaltung sehr offen geführte Fachgespräch wurde von den Tagungsteilnehmern allgemein als fruchtbar und konstruktiv empfunden. Den Abschluß der Tagung bildete am 27. Juni eine Besichtigung der Walhalla. Die dritte Fortbildungsveranstaltung des 25. und 26. wissenschaftlichen Kurses soll im Jahre 2002 in Thüringen stattfinden.

„Projekt Fernstudium Archiv des Fachbereichs ABD der Fachhochschule Potsdam“ hat begonnen

Thomas A. Schröder

Am Fachbereich Archiv-Bibliothek-Dokumentation der Fachhochschule Potsdam hat im Mai 1999 das „Projekt Fernstudium Archiv“ begonnen. Es wurde ein zweijähriger Kurs „postgraduale berufsbegleitende wissenschaftliche Weiterbildung zum Archivar – distance learning Kurs“ gestartet. Die 30 Kursteilnehmer kommen aus dem gesamten Gebiet der Bundesrepublik und aus den unterschiedlichsten Archiven: Stadtarchiv Chemnitz, Kommunalarchiv Herford, Bundesbeauftragter für das Stasi-Unterlagengesetz (BStU), Archiv Lobetal, Stadtarchiv Göttingen, Goethe- und Schiller-Archiv der Stiftung Weimarer Klassik, Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der ehem. DDR, Archiv des Museums für Völkerkunde, Archiv der Frankeschen Stiftungen in Halle, Bundeswehr, Kommunalarchiv Lübbenau, Archiv- und Museum der Stadt Schongau, Stadtarchiv Münster, Hoesch Archiv der Stiftungen Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Stadt- und Firmenarchiv Wiehl, Archiv der Diakonie Freistatt, Osteuropa-Archiv Schöningen, Stadtarchiv Lage, Kreisarchiv Soest, Stadtarchiv Geseke, Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Pressearchiv des Instituts für Kommunikationswissenschaft der Universität Münster, ABD Einrichtung der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin, Robert-Havemann-Archiv in Berlin, Archiv der Ruhr-Universität Bochum.

Das „Projekt Fernstudium Archiv“ zeichnet sich durch die folgenden innovativen Komponenten aus:

- Modularisierung der Studieninhalte;
- das Fernstudium dauert nicht länger als das Präsenzstudium;
- „hybride“ Vermittlung der Module auf Papier, auf CD-ROM und im Web;
- offene didaktische Konzepte;
- nationale und internationale Kooperationen;
- Multimedialisierung der Module;
- Einführung des Zertifizierungssystems ECTS (**European Credit Transfer System**);
- schrittweise Einführung der internationalen Abschlüsse Bachelor und Master (im ABD-Bereich);

Das „Projekt Fernstudium Archiv“ wird generell in drei Modi realisiert werden: in einem postgradualen Modus, einem gradualen Modus und in der Weiterbildung.

Postgradualer Modus

a) Wir haben zunächst mit einer „postgradualen berufsbegleitenden wissenschaftlichen Weiterbildung zum Archivar – distance learning Kurs“ in der Dauer von 2 Jahren begonnen. Dieser Kurs läuft seit Mai 1999.

Postgradual, weil die Zugangsvoraussetzung der erste akademische Abschluß, also Diplom (FH) oder Staatsexamen oder Diplom oder Magister an der Universität ist. Berufsbegleitend, weil die Ausbildung sich an berufstätige Praktiker in den Archiven richtet. Aufgrund der gegenwärtigen

rechtlichen Situation führen wir den Kurs zunächst als eine Weiterbildung, nicht als Studium, durch. Diese Weiterbildung wird in Analogie zur gültigen Studien- und Prüfungsordnung für die Studiengänge Archiv, Bibliothek, Dokumentation des Fachbereichs Archiv-Bibliothek-Dokumentation der Fachhochschule Potsdam (**Amtliche Bekanntmachungen der Fachhochschule Potsdam**, Nr. 7, Potsdam, den 15. 1. 1996) durchgeführt. Wer die erforderlichen Leistungen erbracht hat, kann für die Externen-Prüfung zugelassen werden. Nach erfolgreicher Prüfung wird das Zeugnis Diplom-Archivar/in (FH) ausgestellt. (Brandenburgisches Hochschulgesetz § 14,1 und § 17,2; Diplomprüfungsordnung für die Studiengänge Archiv-Bibliothek-Dokumentation des Fachbereichs ABD der Fachhochschule Potsdam, § 34-39.)

Der Lernstoff ist in Module gegliedert. In der zweijährigen Weiterbildung werden 12 Module angeboten und es muß eine wiss. Abschlußarbeit (vergleichbar einer Diplomarbeit) geschrieben werden. Jedes Modul wird eigens bewertet nach dem europäischen Zertifizierungssystem ECTS (**European Credit Transfer System**). Dies soll den Austausch bzw. die Anerkennung gegenseitiger Studienleistungen ermöglichen. Jedes Modul hat einen Umfang von ca. 7 Semesterwochenstunden und „läuft“ sieben Wochen. Für die Teilnehmer resultiert daraus eine wöchentliche Zeit des selbstgesteuerten und offenen Lernens von etwa 12–16 Stunden. Pro Studienhalbjahr werden vier Module angeboten, in drei Studienhalbjahren also 12 Module, und ein Studienhalbjahr wird für die Anfertigung der Abschlußarbeit und für die Prüfungen benötigt. Wir schlagen vor, daß die Abschlußarbeit thematisch einen Teil der praktischen Arbeit der Teilnehmer wissenschaftlich reflektieren soll. Innerhalb der zwei Jahre gibt es demnach keine (Semester-)Ferien. Dies dient der zeitlichen Verkürzung. Sonst müßte das Studium etwa 1/3 der Zeit länger dauern.

Die Inhalte der Module sind der erwähnten Studienordnung angenähert und umfassen die Schwerpunkte

- Archivwissenschaft, Archivrecht, Archivmanagement, Archivtechnik
- Archiv und Geschichte, Rechts- und Verwaltungsgeschichte
- Digitalisierung im Archiv, EDV, Internet, Historische Fachinformation
- Dokumentation (Formal- und Inhaltserschließung, Informationsmanagement)
- Bibliothekswissenschaft

Die Module werden zunehmend multimedial aufbereitet, also digital erstellt und als „hybrides“ Medium angeboten. Jedes Modul entspricht dann einer CD-ROM. Der gleiche Inhalt soll aber auch zunehmend im Internet präsentiert werden. Die Lernmaterialien auf der CD-ROM werden so aufbereitet, daß die Texte und Materialien gezielt ausdrückbar sind. Für die Kommunikation erwarten wir, daß die Teilnehmer das Internet einsetzen. Die Gebühren für diesen Weiterbildungs-Kurs betragen insgesamt 3600 DM.

b) Die genannte Weiterbildung soll nur einmalig durchgeführt und als ein Masterstudiengang (Dauer 2 Jahre) fortgesetzt werden. Ein Studium „Master of Archival Science“ – zu gut deutsch „Wissenschaftlicher Archivar“ – soll im Jahr 2000 angeboten werden. Die Teilnehmergebühren liegen über denen des Weiterbildungskurses, aber unter 10.000 DM. Inhaltlich wird das Studium sich an den evaluierten Ergebnissen des Weiterbildungskurses orientieren. Teilnahmevoraussetzung ist der erste akademische Abschluß, eine berufliche Tätigkeit in Archiven ist für diesen Kurs keine

Teilnahmevoraussetzung, da es sich um ein Studium handelt.

Gradualer Modus

Unsere weitere Planung sieht vor, daß im kommenden Jahr das achtsemestrige grundständige Fernstudium zum Diplom-Archivar/in (FH) beginnen soll. Dies ist ein Studiengang, der für alle Personen gedacht ist, die noch keinen ersten akademischen Abschluß haben (besonders ArchivassistentInnen). Dieses Fernstudium soll parallel bzw. integriert („mixed-mode“) zu unserem traditionellen Präsenzstudium angeboten werden. Teilnehmern mit Berufserfahrung im Archivbereich sollen die Praktikazeiten des Präsenzstudiums (mind. 6 Monate) anerkannt werden. Dieser Fernstudiengang wird maximal vier Jahre dauern.

Weiterbildung

Durch die genannte Modularisierung der Studieninhalte sind wir in der erfreulichen Lage, Weiterbildungsangebote ganz neuer Qualität anzubieten. Die nach wissenschaftlichen und didaktischen Kriterien erstellten Module können wir als Module in der Weiterbildung – stand alone – anbieten. Damit distanzieren wir uns von Tageskursen in der Weiterbildung, die oftmals sehr flüchtig sind. Wir bieten ein Weiterbildungskonzept an, das darin besteht, daß die Teilnehmer an einem Tag nach Potsdam kommen, dort eine Einführung in die Thematik und die Lehr- und Lernmaterialien in Form von Modulen erhalten. Sie haben dann Zeit, in vier Monaten diese zu bearbeiten und eine wiss. Hausarbeit zu schreiben. Beendet wird das Modul durch eine erneute Präsenz in Potsdam, wo die Arbeiten besprochen werden. Diese Arbeiten können auf Wunsch der Teilnehmer nicht nur benotet, sondern auch zertifiziert werden. Sie können dann auf unsere zukünftigen Studien- und Ausbildungsangebote angerechnet werden. Dies ist ein flexibler und zertifizierter Einstieg in Diplom- und Master-Studiengänge.

Aus- und Einblick

Mit diesem Angebot liegt der Fachbereich ABD der Fachhochschule Potsdam im Trend der aktuellen Diskussionen zur Hochschulentwicklung. In dem kürzlich vom brandenburgischen Landtag verabschiedeten Hochschulgesetz heißt es: Beim Lehrangebot sollen die Möglichkeiten von Fernstudien sowie Informations- und Kommunikationstechnik genutzt werden. Die Hochschulen sollen Möglichkeiten der berufsbegleitenden Weiterbildung entwickeln und anbieten. Die Fachwelt geht davon aus, daß das Fernstudium unter den zukünftigen Bedingungen der Kommunikationsgesellschaft an Bedeutung gewinnen und Teile des grundständigen Studiums vollständig ersetzen wird. Mixed-mode university – eine Mischung aus grundständigem und Fernstudium zu jeder Zeit – heißt das Zukunftsmodell. Erstellt werden müssen dafür interaktive (multimediale) Studienmaterialien in Modulform, die über das Internet vermittelbar sind.

Doch welche Schwierigkeiten findet dieses Programm in der deutschen Archivwelt? Qualität kostet etwas. Der Dekan des Fachbereichs ABD der Fachhochschule Potsdam, Prof. Dr. Volker *Schockenhoff*, wies darauf in der Presseerklärung deutlich hin. „Wir bieten eine neue postgraduale berufsbegleitende wissenschaftliche Weiterbildung zum Archivar an. Ausgestattet ist das Projekt mit einer befristeten BAT III Ost-Stelle als Forschungsprojekt aus zentralen Hochschulmitteln und den

Teilnehmerbeiträgen. Es wird wohl ein langer, steiler und steiniger Weg zur mixed-mode university an der FHP im Lande Brandenburg werden – und ich hoffe, denen, die im Moment den Wagen ziehen, geht dabei nicht die Puste aus.“

Es ist zu betonen, daß die Archivarsausbildung an der Fachhochschule Potsdam die einzige Möglichkeit an einer deutschen Hochschule ist, sich wissenschaftlich und nicht in einer verwaltungsinternen Form ausbilden zu lassen. Das Land Brandenburg trägt hier einen großen Teil der bundesdeutschen Archivarsausbildung. Die Ausbildung kann dort in den genannten – auch für Hochschulen neuen und flexiblen – Möglichkeiten erfolgen.

Arbeitsbericht über die Fachexkursion sächsischer Kommunalarchivare sowie anderer Vertreter der Euroregionen Elbe/Labe und Neiße/Nysa/Nisa nach Saarbrücken und Sarreguemines/Frankreich

Edeltraut Wolf

Die seit 1991 stattfindenden Fachexkursionen in Archive u. a. Einrichtungen der alten Bundesländer wurden ab 1998 dergestalt ergänzt, daß Vergleichspunkte zur fachlichen Zusammenarbeit in den unterschiedlichen Euroregionen gesucht wurden und werden, die dann für die eigene Arbeit ausgewertet werden können. Neben den Euroregionen Elbe/Labe und Neiße/Nysa/Nisa gibt es in Sachsen noch die Euroregionen Erzgebirge und Euregio Egrensis. Während Kontakte der vorgehen. Euroregionen zu den Nachbargemeinden und Gebietskörperschaften im Grenzraum zu Polen und Tschechien mehr oder weniger erst nach der politischen Wende aufgenommen werden konnten, haben uns auch hier die alten Bundesländer noch eine Nasenlänge voraus. Die gemeinsame Organisation und Gestaltung von Seminaren, Konferenzen und Symposien, die Durchführung von Workshops sowie die Herstellung von Informationsmaterial und Publikationen sind Möglichkeiten, sich auch als Kommunalarchivare an der grenzüberschreitenden Arbeit zu beteiligen.

Die 10. Fachexkursion führte also auf Einladung des Landesarchivs des Saarlandes vom 1. bis 4. Juli 1998 nach Saarbrücken und Sarreguemines/Frankreich. Der Gruppe gehörten 12 interessierte Sachsen an. Am Abend des Ankestages wurde die Gruppe von Frau *Frick* und Herrn *Sander* aus dem Landesarchiv Saarbrücken bei einer Stadtführung in die Saarbrücker und saarländische Geschichte eingewiesen. Am 2. Tag standen der Besuch des Stadtarchivs Saarbrücken, der Frauenbibliothek und des Dokumentationszentrums Frauenforschung sowie des Landesarchivs auf der Tagesordnung.

Der stellv. Leiter des Stadtarchivs, Herr *Schmidt*, führte die Gruppe durch das Stadtarchiv. Dabei wurden hauptsächlich ganz praktische Fragen, wie Aufbewahrungs- und Erschließungsmethoden, erörtert. Besonders beeindruckend war im Stadtarchiv der große Umfang an Sammlungsgut.

Anschließend fand der Besuch in der Frauenbibliothek statt. Die Gruppe wurde von der Leiterin, Frau Dr. *Keinhorst*, und ihrer Stellvertreterin, Frau *Kees*, begrüßt. Frau Keinhorst gab eine kurze Einführung in die Geschichte und Entwicklung der Frauenbewegung sowie ihrer Einrichtungen. Unterstützt durch Frau Kees schilderte sie Gründung, Entwicklung und Aufgabenbereich der Bibliothek. Auch wurden der Gruppe die Räumlichkeiten gezeigt, und es fand sich dabei so manche Gelegenheit, in kleinen Gruppen die einen oder anderen Fragen zu besprechen. Wie die Frauenbewegungen früher und heute, hüben und drüben funktionierten und funktionieren, war nicht nur für die weiblichen Teilnehmer von Interesse.

Am Nachmittag wurde die Gruppe vom Leiter des Landesarchivs, Dr. *Laufer*, empfangen. Dies stellte einen Höhepunkt dar, war es doch hauptsächlich ihm zu verdanken, daß die Fachexkursion durchgeführt werden konnte. Laufer zeigte der Gruppe voller Stolz das neue Domizil des Landesarchivs. Zuvor ging er in seinem Einführungsvortrag auf die Geschichte des Saarlandes und des Landesarchivs ein. Informativ war für die Gruppe, daß das Saarland eine sehr wechselvolle Geschichte, hier: im Zusammenhang mit Frankreich, vorzuweisen hat. Schließlich erläuterte Frau Frick noch das eingesetzte Dokumentations- und Retrievalsystem FAUST.

Am 3. Tag traf sich die Gruppe vor dem Historischen Museum Saar. Die Gruppe wurde von Herrn *Jung* durch die Sonderausstellung „GrenzenLos“ geführt. Die Ausstellung zeichnete – sich für die sächsische Gruppe als sehr gelungen darstellend – die Geschichte vom Saarland und von Lothringen seit 1840 nach. Der Besuch des Museums hat der gesamten Gruppe zugesagt, ist es doch immer günstiger, die geschichtlichen Abläufe neben dem Studium von Akten und Büchern auch optisch betrachten zu können.

Mit der attraktiven Saarbahn ging es dann weiter nach Sarreguemines. Dort wurde die Gruppe vom stellvertretenden Bürgermeister bei einem „vin d'honneur“ empfangen. Auch gab es einen Pressetermin. Die Unterzeichnende sagte ein paar nette Begrüßungsworte in Französisch und stellte gleichzeitig ihre Gruppe vor. Nach einem französischen Mittagessen, das allen viel Spaß bereitete, besuchte die Gruppe das sich im Aufbau befindliche Industriemuseum „Wakenmuhl“. Dort werden sehr anschaulich die verschiedenen Stationen bei der Steingutherstellung demonstriert. Nach einer kurzen Verschnaufpause, denn es war sehr warm draußen, machte der Leiter des Stadtarchivs Sarreguemines, Monsieur *Hemmert*, die Gruppe mit den Räumlichkeiten und seinen Beständen vertraut. *Hemmert* machte u. a. auch auf das stärker zentralisierte französische Archivwesen aufmerksam. Für die Gruppe war dieses Prinzip so neu nicht, war doch das Archivwesen in der ehemaligen DDR ebenfalls zentralisiert.

Am 4. Tag war die Rückreise nach Sachsen angesagt. Die Gruppe war geschlossen der Meinung, daß diese Fachexkursion dank des Zutuns des Landesarchivs Saarbrücken und aller anderen Beteiligten, insbesondere auch des Stadtarchivs Sarreguemines, nachhaltige Eindrücke hinterlassen wird, die u. a. dazu führen, daß diese Art Fortbildung, gepaart mit Erfahrungsaustausch, fortgesetzt werden soll.

Die Sitzungen des Arbeitskreises „Gehobener Archivdienst“ in Kassel und Würzburg

Birgit Metzging

Der Arbeitskreis „Gehobener Archivdienst“ des VdA wurde in dieser Form im Frühjahr 1994 gegründet und setzt sich aus 22 ArchivarInnen zusammen. Sie sind in den verschiedenen Archivtypen tätig und haben somit Einblicke in die unterschiedlichen Problem- und Erfahrungsbereiche des Archivarsalltages. Der Arbeitskreis unter Leitung von Wolfgang *Kramer* (Kreisarchiv Konstanz) und Frauke *Laufhütte* (Bundesarchiv, Koblenz) trifft sich regelmäßig zweimal im Jahr, bereitet das Forum „Gehobener Archivdienst“ der Archivtage vor und diskutiert über aktuelle Fragestellungen.

In der Sitzung vom 30. 11./01. 12. 1998 im Landeskirchenamt Kassel standen mehrere Themen auf der Tagesordnung:

- Auswertung der Reaktionen und Meinungen zur Gestaltung und den Referenten des Forums „Gehobener Archivdienst“ auf dem Archivtag in Münster
- Diskussionen über die Themen und Referenten für das Forum auf dem Archivtag in Weimar 1999
- Erarbeitung von Vorschlägen für eine Neustrukturierung des VdA.

Zu Beginn der Sitzung stellte sich der neue Arbeitskreis „Historische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit im Archiv“ durch Roswitha *Link* (Stadtarchiv Münster) und Dr. Günther Rohdenburg (Staatsarchiv Bremen) vor. Für das Forum auf dem Archivtag in Weimar haben sich die Mitglieder des Arbeitskreises auf das Thema „Publikationstätigkeit der DiplomarchivarInnen“ geeinigt und Referenten vorgeschlagen.

Einen breiten Raum nahm die Diskussion und Erarbeitung von Vorschlägen zur Reformierung der Satzung des VdA ein. So wurde von den Mitgliedern des Arbeitskreises u. a. gefordert, daß der VdA sich aktiver den Fragen der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Weiterentwicklung des Archivarsberufes angesichts der modernen Informationstechniken und des die ArchivarInnen betreffenden Tarifrechtes annehmen muß. Der VdA sollte sich zu einer berufsständischen Vertretung entwickeln, Arbeitskreise und Ausschüsse zu Fachfragen und eine Vertretung der DiplomarchivarInnen im Vorstand einrichten.

Die nächste Sitzung des Arbeitskreises fand am 09. 06. 1999 im Staatsarchiv Würzburg statt. Themen dieser Sitzung waren u. a.:

- Bericht über den Stand der Diskussion zur Reformierung der VdA-Satzung
- Vorbereitung des Forums „Gehobener Archivdienst“ in Weimar
- Bericht über den Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste.

Herr *Benning* (Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen) informierte die Mitglieder des Arbeitskreises über den neuen Ausbildungsberuf „Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste“, der am 1. 8. 1998 durch eine Verordnung im Bundesgesetzblatt rechtlich verankert wurde. Verschiedene

Aufgabenfelder aus den Bereichen Archiv, Bibliothek, Dokumentation und Bildagenturen werden in diesem Beruf zusammengefaßt. Die Ausbildungsdauer beträgt in der Regel drei Jahre.

Professor Hartwig *Walberg* informierte die Mitglieder über den Anfang Mai an der FH Potsdam begonnenen Fernstudiengang „Archiv“ in Form einer postgradualen, berufsbegleitenden, wissenschaftlichen Weiterbildung zum/zur DiplomarchivarIn (FH). Dieser Fernstudiengang geht über zwei Jahre und wird von 30 Teilnehmern belegt. Karsten *Uhde* stellte die internet-Homepage des Arbeitskreises „Gehobener Archivdienst“ des VdA vor, so daß sich die ArchivarInnen über die Aufgaben, Mitglieder, Veröffentlichungen des Arbeitskreises und das Forum „Gehobener Dienst“ dort informieren können.

22. Hessischer Archivtag in Fritzlar

Uta Löwenstein

Am 19. Mai trafen sich im renovierten Hardehäuser Hof in Fritzlar die hessischen Archivare zu ihrer jährlichen Fachtagung, die diesmal dem Thema „Jubiläen und Archive“ gewidmet war und sich mit den besonderen Frage- und Aufgabenstellungen beschäftigte, die sich für Archivare und Archive aus anstehenden Jubiläumsfeiern und Gedenktagen ergeben. Dabei galt die Aufmerksamkeit weniger der sich ankündigenden Jahrtausendwende als lokalen Jubeljahren und dem in Hessen aus Anlaß von des Dichters 250. Geburtstag vielerorts spürbaren Goethefieber. Referenten waren Hans-Günter *Kittelman*, Vorsitzender des Geschichtsvereins von Rotenburg a. d. Fulda, Clemens *Lohmann*, Leiter des Stadtarchivs Fritzlar, Archivrat Dr. Wolfhard *Vahl*, Staatsarchiv Marburg, und Dieter *Wolf*, Leiter des Stadtarchivs Butzbach.

Nach einem Grußwort des Fritzlarer Bürgermeisters Karl-Wilhelm *Lange*, der dabei eine kurze Einführung in die Stadtgeschichte gab, und der Begrüßung der Gäste, zu denen auch die Vorsitzende des Thüringer Archivarsverbandes Katrin *Beger* gehörte, begann *Vahl* die Vortragsreihe mit einem Referat zur Geschichte der Freiherr-vom-Stein-Medaille. Sie wird in Hessen ab einem Mindestalter von 750 Jahren an Orte vergeben, deren ins Auge gefaßtes Festjahr durch 25 teilbar ist. Voraussetzung für den Erhalt dieser von den Gemeinden sehr begehrten Medaille ist seit 1970 allerdings die Erstellung eines Ersterwähnungsgutachtens durch das jeweils zuständige Hessische Staatsarchiv, was gelegentlich, wenn die Erwartungshaltung der Gemeinde und das Ergebnis des Gutachtens sich nicht in Übereinstimmung bringen lassen, zu Irritationen führen kann.

Das laufende Goethejahr gab dem zweiten Referenten, Herrn *Wolf*, Gelegenheit, auf die Schwierigkeiten zu verweisen, die sich ergeben, wenn aus Heimatliebe und Lokalpatriotismus geborene, liebgewordene Überlieferungen, wie etwa die Benennung Butzbachs als Handlungsort für Goethes Versepos *Hermann und Dorothea*, der historischen Überprüfung nicht standhalten.

Kittelman, der als Vorsitzender des Geschichtsvereins die 750-Jahrfeier der Stadt Rotenburg 1998 begleitet hat, nahm dies zum Anlaß, die Wünsche eines Benutzers an „sein“ Archiv vorzutragen. Sie waren teils praktischer Natur, wie die Bitte um Übernachtungsmöglichkeiten für Laptops im Archiv, teils zukunftsorientiert, wie der Wunsch nach der Verbreitung der Repertorien über das Internet, in jedem Falle aber Anlaß für eine lebhafte Diskussion.

Abschließend referierte *Lohmann* über seine ganz konkreten Erfahrungen mit der derzeit laufenden 1275-Jahrfeier der Stadt Fritzlar und bedauerte dabei, daß es aufgrund fehlender Mittel nicht möglich war, den Anlaß zu einer Fortschreibung der bestehenden Ortschronik zu nutzen. Ein vom Geschichtsverein in Fritzlar herausgegebener Band mit dem Nachdruck und Nachweis historischer Abbildungen der Stadt hat sich aber inzwischen als ausgesprochener Verkaufserfolg und als würdige Festgabe erwiesen.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen, zu dem die Stadt dankenswerterweise eingeladen hatte, schloß die mit nahezu 50 Teilnehmern für hessische Verhältnisse sehr gut besuchte Tagung mit einem von *Lohmann* geführten Stadtrundgang und der Besichtigung der Räume des künftigen Stadtarchivs, die

gerade in einem historischen Gebäude der Altstadt eingerichtet werden.

59. Südwestdeutscher Archivtag in Villingen-Schwenningen

Franz-Josef Ziwes

Die Doppelstadt Villingen-Schwenningen war vom 14. – 16. Mai 1999 Gastgeberin des 59. Südwestdeutschen Archivtags. Am Freitag, den 14. Mai, gaben Stadtarchivar Dr. Heinrich *Maulhardt* sowie Dr. Bertram *Jenisch* bei einer ansprechenden Führung Gelegenheit, das reizvolle Villingen, das in diesem Jahr auf 1000 Jahre Markt-, Münz- und Zollrecht zurückblicken kann, aus historischer und archäologischer Sicht kennenzulernen. Am Abend vertiefte Dr. Maulhardt seine Ausführungen im Theater am Ring mit einem Vortrag über die „mehr als tausendjährige Geschichte“ Villingens.

Rund 140 Archivarinnen und Archivare aus Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz widmeten sich am Samstag in einem umfangreichen Fachprogramm dem Thema „Benutzung und Bestandserhaltung. Neue Wege zu einem Interessenausgleich“, das, wie Tagungspräsident Dr. Jörg *Schadt* in seiner Eröffnungsrede betonte, Anlaß zur kritischen Selbstbetrachtung gebe. Die Intensivierung der Benutzung gefährde das den Archivaren anvertraute Kulturgut, und diese seien deshalb mit Blick auf die nachfolgenden Generationen zum Schutz der wertvollen Überlieferung aufgerufen. Lösungsmöglichkeiten biete insbesondere die konsequente Nutzung moderner Technologien, so der gemeinsame Tenor auch der anschließenden Grußworte.

Bevor Schadt den Referenten das Wort erteilte, gab er den Wechsel im Amt des geschäftsführenden Präsidenten des Südwestdeutschen Archivtags bekannt. Nach sieben Jahren hat Dr. Volker *Rödel*, Leiter des Generallandesarchivs Karlsruhe, das Amt in jüngere Hände abgegeben. Schadt dankte Rödel für seine Arbeit, durch die er sich bleibende Verdienste um den Südwestdeutschen Archivtag erworben habe. Die Nachfolge hat Dr. Ernst Otto *Bräunche*, Leiter des Stadtarchivs Karlsruhe, angetreten.

Dr. Anton *Gössli*, Leiter des Staatsarchivs Luzern, hatte das diesjährige Tagungsthema angeregt. Mit seinem einleitenden Referat „Die Gefährdung des Archivgutes durch die Benutzung. Analyse und Prophylaxe“ sensibilisierte er die Zuhörer für die mannigfachen Gefahren in den verschiedenen Phasen der Archivalienbenutzung und zeigte mit anschaulichen Beispielen Wege für eine Verringerung des Schadenspotentials auf.

Die institutionelle Verankerung des Archivalienschutzes in den baden-württembergischen Staatsarchiven stellte Dr. Albrecht *Ernst*, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, vor. Die Einführung des Bestandserhaltungsreferats in den Staatsarchiven verfolge das Ziel, die Schutzmaßnahmen auf effiziente Weise zu bündeln. Der Bestandserhaltungsreferent, der abteilungsübergreifende Befugnisse mit umfassenden Aufsichtsfunktionen erhalten habe, wirke als Anwalt des Archivguts. Als dessen Fürsprecher leiste er bei Archivmitarbeitern und Nutzern Überzeugungsarbeit und wirke zugleich durch technische und organisatorische Maßnahmen auf Schadensvermeidung und -begrenzung hin.

Rechte und Pflichten des Benutzers aus juristischer Perspektive beleuchtete Dr. Hans-Joachim *Hecker* vor dem Hintergrund einschlägiger Erfahrungen aus dem Stadtarchiv München. Seine wertvollen Empfehlungen berührten Probleme der Benutzung im Lesesaal, insbesondere das Verhalten der Nutzer, die Beschädigung bzw. Entwendung von Archivgut sowie die

Gebührenproblematik.

Am Nachmittag sprach Dr. Gerald *Maier* über die Digitalisierung von Archivgut und die damit verbundenen Möglichkeiten der Nutzung und Zugänglichkeit. Er schöpfte dabei aus den Erfahrungen eines bei der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg angesiedelten Forschungsprojekts. Nach einem Vergleich von digitalen Konversionsformen und Mikroformen favorisierte man dort eine Synthese der bewährten Mikroverfilmung als Sicherungsmedium und der neuen Form der Digitalisierung als Nutzungsmedium. Maier stellte Überlegungen zu Wirtschaftlichkeit und Langzeitspeicherung sowie zu Organisationsformen eines Digitalisierungsprojektes an und gab einen detaillierten Einblick in die einzelnen Prozessabschnitte eines Digitalisierungs-Workflow.

Die Probleme der Zugänglichkeit von audiovisuellem Material in Rundfunkarchiven thematisierte Dr. Michael *Harms*, Leiter der Archive des neugegründeten SWR. Die dringend notwendige Unterscheidung zwischen Produktions- und Endarchiv für AV-Medien sei im Bewußtsein der Entscheidungsträger des SWR noch nicht ausgeprägt. Die Aufgabe des Bewahrens werde nur als Zusatzeffekt zum Produktionsbetrieb erkannt. Die Kooperationsverträge mit den staatlichen Archivverwaltungen von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg seien zwar nützliche Ansätze, sie beinhalteten aber nur das Recht auf Kopien von Produktionen und seien beschränkt auf Quellen der landespolitischen und landeskulturellen Überlieferung. Die Erschließung der AV-Medien geschehe im SWR in speziellen, an den Produktionsbedürfnissen orientierten elektronischen Nachweissystemen, die für eine Nutzung durch Dritte nur bedingt geeignet seien. Diese eingeschränkten Recherchemöglichkeiten, die fehlende Benutzungsinfrastruktur sowie die mögliche Störung des Produktionsbetriebs hielten das Spannungsfeld zwischen Produktion und Fremdnutzung in den Rundfunkarchiven weiterhin auf einem hohen Niveau.

Mit zahlreichen Beispielen veranschaulichte die Kreisarchivarin des Landkreises Reutlingen, Dr. Irmtraud *Betz-Wischnath*, die Benutzungsprobleme in kleinen Kommunalarchiven. Die zum Teil leidvollen Erfahrungen des Kreisarchivs, das in seinem Sprengel 23 Gemeinden mit 56 Archivstandorten betreue, ließen äußerst unterschiedliche Benutzungsgepflogenheiten erkennen. Nicht jede Gemeinde könne die gewünschte Infrastruktur für eine Benutzung aufbauen, deshalb böten sich Zentralisierungsmodelle auf verschiedenen Ebenen an, etwa am Sitz der Großgemeindeverwaltung, ein Archivverbund benachbarter Gemeinden oder die Zentralisierung im Kreisarchiv. Politische und finanzielle Hindernisse stünden derartigen Modellen, die allesamt keine Patentlösungen beanspruchen könnten, entgegen, praktikabel erscheine aus Sicht des Kreisarchivs nur ein Mix der verschiedenen Ansätze.

Dr. Christoph *Schmider* gewährte abschließend Einblicke in Benutzung und Bestandserhaltung in der alltäglichen Arbeit des Erzbischöflichen Archivs Freiburg, wo man angesichts mancher Defizite bei den räumlichen und technischen Gegebenheiten der starken Beanspruchung häufig benutzter Archivalien durch eine systematische Verfilmung und Erschließung entgegenwirke. In seinem Resümee bewertete Tagungspräsident Schadt die Vorträge und Diskussionen als Gewissenserforschung für alle Teilnehmer, zugleich erkannte er aber eine Bewußtseinsänderung, die für den Interessenausgleich von archivischer Benutzung und Bestandserhaltung hoffnungsvoll stimme.

Mit einem Empfang der Teilnehmer durch Oberbürgermeister Prof. Dr. Manfred *Matusza* im Sitzungssaal des Alten Rathauses am Villingen Münsterplatz endete die Tagung. Die traditionelle Sonntagsexkursion stand unter dem Motto „Vielfalt einer Region: Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwalds“ und führte die Teilnehmer in das Schwenninger Uhrenindustriemuseum, nach Triberg, zum frühneuzeitlichen Tönis-Hof sowie in das Deutsche Uhrenmuseum Furtwangen.

Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen. Dritte Tagung des Arbeitskreises im Bundesarchiv in Koblenz

Ulrich Nieß und Michael Wettengel

Als Fortsetzung der Tagungsreihe, die 1997 in Münster begann, fand am 22. und 23. März 1999 im Bundesarchiv in Koblenz die dritte Tagung des Arbeitskreises "Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen" statt.¹ Veranstalter waren diesmal das Bundesarchiv und die Forschungsstelle für Verwaltungsinformatik der Universität Koblenz. Die Veranstaltung wurde von etwa dreißig Kolleginnen und Kollegen aus Archiven in Deutschland, Österreich, den Niederlanden und der Schweiz sowie Informatikerinnen und Informatikern besucht. Vertreten waren sowohl staatliche, kommunale als auch kirchliche Archiveeinrichtungen und Wirtschaftsarchive. Die Tagung bot die Gelegenheit zu einem fachgruppenübergreifenden Austausch von Erfahrungen und Informationen zu Fragen der Archivierung digitaler Unterlagen, zu Entwicklungstendenzen in der Büroautomation (IT-gestützte Vorgangsbearbeitung), zu offenen Rechtsproblemen bis hin zu Fragen der Beratung von Einrichtungen bei der Einführung elektronischer Systeme.²

Den Eröffnungsvortrag hielt Hans *Hofman* (Rijksarchiefdienst, Den Haag) zum Thema "Herausforderungen an die digitale Erhaltung", in dem er über ein Projekt niederländischer Archivare und Bibliothekare zur dauerhaften Aufbewahrung in digitaler Form erzeugter und verwalteter Unterlagen berichtete. Dabei soll insbesondere das neue Verfahren der Emulation erprobt werden, bei dem digitale Unterlagen zusammen mit der ursprünglichen System-Umgebung, einem "Emulator" sowie mit erklärender Dokumentation archiviert werden. Durch dieses Verfahren sollen Informationsverluste bei der Archivierung elektronischer Unterlagen weitestgehend vermieden werden. Jeff *Rothenberg* (RAND), der ein prononcierter Befürworter der Emulation ist, wurde beauftragt, einen Bericht und einen ersten Projektentwurf zu erstellen.

In der folgenden Diskussion wurde allgemein begrüßt, daß eine Prüfung der Praxistauglichkeit von Rothenbergs theoretischem Konzept in den Niederlanden beabsichtigt ist. Es wurde jedoch auch Skepsis hinsichtlich der Umsetzbarkeit des Emulations-Verfahrens deutlich, die insbesondere auch in dem folgenden Vortrag von Frank M. *Bischoff* (Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster) unter dem Titel "Emulation - das Archivierungskonzept der Zukunft?" zum Ausdruck kam. Nach einer eingehenden Beschreibung des Emulationskonzepts und seines Anspruchs ging der Referent auf die rechtlichen, technischen und archivfachlichen Fragen ein, die durch dieses Verfahren aufgeworfen würden. Es erscheint fraglich, ob komplexe Systeme, die in Netzwerken laufen, in ihrer ursprünglichen Software-Umgebung mit den unterschiedlichsten Applikationen emuliert werden können, so daß die alten Programme, deren Anwendung ja auch ein ganz spezifisches Know-how erfordert, mühelos "wiederbelebt" werden können. Außerdem setzen Programme auch eine ganz besondere, dem technischen Wandel unterworfenen Hardware-Umgebung voraus, die nicht nur den Rechnerprozessor umfaßt und wohl kaum umfassend emuliert werden kann. Sollte aber die Emulation eines Systems scheitern, so verliert das Archiv nicht nur Farbpaletten, Layoutmerkmale oder Funktionen, sondern die gesamte in diesem System gespeicherte Überlieferung. Zusätzliche Sicherungsvorkehrungen wären daher bei diesem Verfahren notwendig. Neben dem hohen informationstechnischen Aufwand, der betrieben werden müßte, stellt sich zudem die Kostenfrage.

Die Probleme bei der Archivierung digitaler Unterlagen, einschließlich der Bewertungsproblematik elektronischer Akten, können, so der erste Eindruck bei den Teilnehmern, durch Rothenbergs Emulationskonzept noch keineswegs als gelöst bezeichnet werden.

Ein Beispiel für archivische Informationspolitik stellte Karl-Ernst *Lupprian* (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) unter dem Thema "Die Archivierung digitaler Unterlagen in einer heterogenen IT-Landschaft" vor. Eine Arbeitsgruppe "Archivierung digitaler Unterlagen der Verwaltung (AG AdUV)", die dem Generaldirektor direkt unterstellt ist und aus Mitarbeitern der Generaldirektion, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und des Staatsarchivs München besteht, hat Empfehlungen für Behörden erarbeitet, die die Einführung von IT-gestützten Vorgangsbearbeitungssystemen planen. Diese Empfehlungen sollen sicherstellen, daß die Archive bereits in der Frühphase des Lebenszyklus digitaler Unterlagen beteiligt werden. Parallel dazu wurde eine Projektskizze "Archivierung digitaler Unterlagen der Verwaltung" erstellt, die bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft auf positive Resonanz stieß und in einen Antrag auf Förderung münden wird. Das Projekt sieht als Schwerpunkte die Schnittstelle Verwaltung/Archiv, die eigentliche Langzeitspeicherung und die Benutzung der digitalen Unterlagen vor.

Die folgenden Beiträge beschäftigten sich vor allem mit der Einführung der IT-gestützten Vorgangsbearbeitung in der öffentlichen Verwaltung und der Formulierung von archivischen Anforderungen an diese Systeme. Horst *Romeyk* (Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf) berichtete über "Archivische Anforderungen an die IT-gestützte Vorgangsbearbeitung und an elektronisch geführte Register bzw. elektronische Schriftgutverwaltung, Aktenbildung und Vorgangsbearbeitung" in den obersten Landesbehörden von Nordrhein-Westfalen, Andreas *Hedwig* (Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden) über "Tendenzen der Büroautomation in der Hessischen Landesverwaltung". In Nordrhein-Westfalen sind seit Ende der 80er Jahre bei den obersten Landesbehörden Bestrebungen im Gang, die Büroautomation unter Einbeziehung der Registraturen zu forcieren. Bemerkenswert ist insbesondere auch die Entscheidung der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen zur Durchführung eines Pilotversuchs zur Einführung der IT-gestützten Vorgangsbearbeitung in den obersten Landesbehörden sowie den Bezirksregierungen mit dem im Bundesverwaltungsamt eingesetzten Systems Favorit von Debis/COI. Andreas *Hedwig* empfahl in seinem Beitrag nachdrücklich die Präsenz der Archivverwaltungen in den landesweit agierenden Koordinationsgremien und die Darstellung der Archive auch im Landesintranet.

Thomas *Schärli* (Staatsarchiv Basel-Stadt) legte unter dem Titel "Das archivische ‚Lebensphasen‘-Modell im Kontext elektronischer Informationssysteme" einen Werkstattbericht zur Methodendiskussion im Bereich der Archivierung digitaler Unterlagen vor. Er schilderte die Entwicklung strategischer Ziele und inhaltlicher Konzepte im Staatsarchiv Basel-Stadt zur dauerhaften Sicherung von digitalen Unterlagen, die in verschiedenen Projekten und Aktivitäten umgesetzt wurden. Den ersten Tag beschloß ein Vortrag von Mathias *Schiller* (Landeshauptarchiv Magdeburg) über "Telekooperation in der Verwaltung - das Einzelprojekt POLIVEST als Bestandteil von POLIKOM", der die Erfahrungen aus dem Einsatz von POLIVEST in obersten Landesbehörden in Sachsen-Anhalt zum Gegenstand hatte.

Mit seinem Beitrag über "Das Recht auf Zugang zu Informationen des öffentlichen Sektors in seinem Verhältnis zur Archivierung analoger und digitaler Aufzeichnungen" eröffnete Udo *Schäfer* (Landesarchivdirektion Baden-Württemberg) den zweiten Sitzungstag. Er widmete sich der Frage,

wie bei Einführung eines Gesetzes über den Zugang zu Informationen des öffentlichen Sektors eine Kollision mit den Archivgesetzen vermieden werden kann und wie sich Gesetze über den Informationszugang auf die Rolle der öffentlichen Archive auswirken können. Wie das Beispiel Brandenburg zeigt, wo seit dem 20. März 1998 ein entsprechendes Gesetz gilt, ist auch in Deutschland mit einem Wandel zu rechnen. Deshalb müssen sich auch in Deutschland die Archivverwaltungen damit auseinandersetzen.

Danach schloß sich ein thematischer Schwerpunkt zum Konzept DOMEA ("Dokumentenmanagement und elektronische Archivierung im IT-gestützten Geschäftsgang"), das im Rahmen eines Pilotprojekts bei der Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung (KBSt) im Bundesministerium des Innern (BMI) entwickelt wurde. Andrea Kern und Andreas Engel (Forschungsstelle für Verwaltungsinformatik der Universität Koblenz) gaben einen Erfahrungsbericht über das Pilotprojekt DOMEA und führten den Teilnehmern das von Siemens/CSE entwickelte DOMEA-System mit Funktionen zur elektronischen Registratur, elektronischen Aktenbildung und IT-gestützten Vorgangsbearbeitung praktisch vor. Danach präsentierte Harald Backhaus (Siemens Business Services) die Websearch-Komponente, die Barcode-Vergabe und das Scannen. Auch die Funktionen zur elektronischen Ablage von digitalen Dokumenten (Konvertierung nach TIFF) wurden erläutert sowie die Frage von Standards diskutiert. Michael Wettengel (Bundesarchiv) stellte danach das Verfahren zur Aussonderung und Archivierung elektronischer Akten aus IT-gestützten Vorgangsbearbeitungssystemen vor, wie es im Rahmen des Pilotprojektes DOMEA entwickelt wurde.³ Dieses Konzept soll die Bewertung und Übernahme von digitalen Unterlagen aus elektronischen Systemen durch Archive ermöglichen. Es enthält Anforderungen für die Aussonderungsschnittstelle von Vorgangsbearbeitungssystemen und wurde als Empfehlung für die Bundesverwaltung veröffentlicht.

Nach der Mittagspause berichtete Stefan Gemperli (Staatsarchiv St. Gallen) über die Arbeitsgruppe "Archivierung elektronischer Akten" des Vereins "Schweizerischer Archivarinnen und Archivare", die 1996 als ständige Arbeitsgruppe gegründet wurde. Sie setzt sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Privatarchive, Stadtarchiven, Staatsarchiven und dem Bundesarchiv zusammen und gibt sich kontinuierliche Aufgaben, wie die Ausarbeitung von Empfehlungen und Handreichungen.

Zum Abschluß der Vortragsreihe präsentierte Ulrich Nieß (Stadtarchiv Mannheim) eine eigenentwickelte Datenbankanwendung, die im Rahmen des Pilotprojekts "Bauakteneinsicht durch berechtigte Dritte" seit 1997/98 eingesetzt und kontinuierlich verbessert wird. Die Anwendung ermöglicht mittlerweile komfortable Möglichkeiten der Aktenrecherche und -bestellung, weist den Lagerort der gesuchten Akte im Magazin nach und unterstützt das gesamte Auftrags- und Kassenwesen bei der Vorgangsbearbeitung. Zukünftig wird die Ablieferungsliste neuer Bauakten an das Stadtarchiv nur noch über eine Aussonderungsschnittstelle der Datenbanksysteme des Stadtarchivs und des Baurechtsamts erstellt. Auf der Grundlage der Mannheimer Erfahrungen forderte der Referent in seinem Vortrag "Archive als Dienstleister IT-gestützter Vorgangsbearbeitung in der Verwaltung", daß sich Archive den Möglichkeiten der Informationstechnik konsequent öffnen und diese - partiell auch in Form der Eigenentwicklung - zu erproben haben. Daraus ergeben sich auch Anforderungen an das archivarische Ausbildungsprofil.

An die kurz gehaltenen Vorträge schlossen sich in guter Tradition der Tagungsreihe jeweils ausgesprochen lebhaft Diskussionen an, die der Vertiefung und Weiterführung sowie dem Austausch über die angesprochenen Fragen dienten. Allen Referaten und Diskussionsbeiträgen war gemeinsam, daß sie einen wachsenden Handlungsbedarf sehen, der die Archive vor gewaltige Aufgaben stellt. Dies verlangt Mut zum Experiment, aber auch nach Kooperationspartnern in der Industrie und bei den informationstechnischen Wissenschaften. Auch die Forderung des letzten Beitrages nach einer "kopernikanischen Wende im Verhältnis Archiv und Informationstechnologien" regte zu Meinungsäußerungen an. Besonderen Anklang fanden bei den Teilnehmern die praktischen Vorführungen und Präsentationen.

In der Abschlußdiskussion wurden Perspektiven der Einführung einer Informationszugangsgesetzgebung nochmals vertieft, wobei Ilka *Hebig* von den brandenburgischen Erfahrungen mit einem solchen Gesetz berichtete. Den Referenten, den Moderatoren der einzelnen Themenbereiche und den Veranstaltern wurde für ihren Beitrag zum Gelingen der Tagung gedankt. Die Tagungsbeiträge sollen noch in diesem Jahr in den **Materialien aus dem Bundesarchiv (Kleine Reihe)** veröffentlicht werden.

Fussnote 1: Vgl. Frank M. *Bischoff*/Susanne *Brockfeld*: Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen, in: **Der Archivar** 50 (1997), Sp.598-600; Frank M. *Bischoff* (Hg.): Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen. Beiträge zur Tagung im Staatsarchiv Münster. 3.-4. März 1997 (**Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen** E 4), Münster 1997; Nicole *Bickhoff*/Udo *Schäfer*: Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen. Zweite Tagung des Arbeitskreises im Staatsarchiv Ludwigsburg, in: **Der Archivar** 51 (1998), Sp.701-705. [Zurück](#)

Fussnote 2: Raphael *Ostermann* (Universität Koblenz) konnte seinen Beitrag über "Potentielle Formate zur Langzeitarchivierung von Dokumenten unter Berücksichtigung von Primär- und Metainformationen" leider nicht halten. Der Beitrag ging aber allen Teilnehmern der Tagung als Abstract zu. [Zurück](#)

Fussnote 3: Konzept zur Aussonderung elektronischer Akten (**Schriftenreihe der KBSt**, Bd. 40), Bonn/Köln (Bundesanzeiger-Verlag) 1998. [Zurück](#)

Jahrestagung des Restaurierungsausschusses der ARK in Düsseldorf

Ingrid Joester

Auf Einladung der staatlichen Archivverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen fand am 4. und 5. Mai 1999 die Jahrestagung des Restaurierungsausschusses der ARK im Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf statt. Nach der Begrüßung durch den Archivreferenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Ministerialrat

Dr. Hans *Schmitz*, und durch den Leiter des Hauptstaatsarchivs, Prof. Dr. *Ottfried Dascher*, behandelten die Teilnehmer unter anderem folgende Schwerpunktthemen:

- Informationsaustausch und Erfahrungsberichte hinsichtlich der kommerziell angebotenen Massensäuerungsverfahren einschließlich begleitender Restaurierungs-/Konservierungsmaßnahmen, insbesondere zu den Verfahren des Zentrums für Bucherhaltung Leipzig GmbH, der Battelle Ingenieurtechnik GmbH in Eschborn und der Firma Archimascon in Heerhugowaard/Niederlande.
- Erfahrungsberichte über Restaurierungsaufträge an Privatbetriebe, wobei nicht die Verfahren, sondern die Leistungsbeschreibungen einschließlich des Transports sowie die abzuschließenden Verträge im Vordergrund standen.
- Vorstellung von Methoden zur Erleichterung des Klimawechsels für Archivalien auf dem Weg zwischen Magazin und Lesesaal sowie zur Fixierung von wasserempfindlichen Farben.
- Erfassung von Schäden zur besseren Planung und Koordinierung der Arbeiten in den einzelnen Werkstätten.
- Fragen der Bestandserhaltung im Zusammenhang mit Archivumzügen und Baumaßnahmen.

Ergänzend zur Tagung wurden die Restaurierungswerkstatt des Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchivs, die Filmwerkstatt und die Lumbeckwerkstatt besichtigt. Als Rahmenprogramm erfolgte eine Fahrt der Teilnehmer in das Zweigarchiv Schloß Kalkum (Rheinisches Behördenarchiv), wo die Sicherungsverfilmung, die Magazine und die Historischen Räume in Augenschein genommen wurden.

31. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg in Rottenburg am Neckar

Peter Ehrmann

Der Gastgeber der am 21. April 1999 veranstalteten Tagung, Stadtarchivar und Museumsleiter Karlheinz *Geppert*, stellt nach der Begrüßung kurz Rottenburg am Neckar und das Archiv- und Museumswesen der Stadt vor. Das Stadt- und Spitalarchiv umfaßt ca. 3.000 lfdm., wobei sich die 17 Ortsteilarchive in den jeweiligen Rathäusern befinden. Spürbar im Bestand sind bis heute die Verluste durch die beiden Stadtbrände von 1644 und 1735. Wichtige Unterlagen, so auch die älteste Urkunde von 1263, entstammen dem Spitalarchiv. Insgesamt besitzt das Stadtarchiv 757 Urkunden aus der Zeit vor 1805. In jüngster Zeit ermöglichte die Einstellung eines Fotografen eine erfreuliche Ausweitung des Bildarchivs. Zum Amt Stadtarchiv und Museum gehören auch das Römische Stadtmuseum „Sumelocenna“ (eröffnet 1992), die „Gedenkstätte Synagoge Baisingen“ (eröffnet 1998) im gleichnamigen Teilort sowie die Betreuung des Sülchgau-Museums in der Zehntscheuer. Dem 1852 gegründeten „Sülchgauer Altertumsverein“ dient das Stadtarchiv als Geschäftsstelle, der Stadtarchivar ist in Personalunion Geschäftsführer des Geschichtsvereins. An Publikationen im Umfeld des Stadtarchivs sind zu nennen: Die Jahressgabe des Vereins („Der Sülchgau“ 1957 ff.); die Jahresberichte der Großen Kreisstadt Rottenburg am Neckar (1987 ff.) sowie die Ortsgeschichtsbücher der Teilorte, von denen bereits fünf erschienen sind. Für die große Landesausstellung „Vorderösterreich – nur die Schwanzfeder des Kaiseradlers?“ (Veranstalter: Württembergisches Landesmuseum Stuttgart), die vom 20. Februar bis 24. Mai 1999 in der Rottenburger Zehntscheuer zu sehen war, übernahm das Stadtarchiv den Betrieb vor Ort (42.680 Besucher, 511 Führungen). Dr. Wolfgang M. *Gall*, Stadtarchiv Offenburg, sowie Herr *Kaufeisen* und Frau *Reinbold* vom Medienhaus Reiff Offenburg berichten über das Projekt „Digitales Zeitungsausschnittarchiv“. Damit sind via Internet Recherchen über die Offenburger Zeitgeschichte möglich. Beide Partner bringen ihr „Know-how“ ein: der Verlag sorgt gemeinsam mit dem Stadtarchiv für optimale Soft- und Hardwareleistung, das Archiv bringt seine langjährige fachliche Erfahrung bei der Archivierung zeitgeschichtlicher Quellen ein. Das Interesse des Archivs besteht vor allem in der Modernisierung des Zeitgeschichtlichen Archivs. Das Projekt soll am 7. Mai 1999 starten, ist also noch in der Experimentierphase. Es ist geplant, ein Zeitungsausschnittarchiv im Internet zu präsentieren, welches mit einer Spezialsoftware vom Medienhaus Reiff erschlossen und verschlagwortet wird, wobei das Stadtarchiv Offenburg die Verzeichnungs- und Erschließungsarbeit leistet. Dabei wird eine vierfache Indizierung nach

- zeitgeschichtlichen
- themenbezogenen
- personenbezogenen
- raumbezogenen

Recherchemöglichkeiten geleistet. Die Daten werden direkt vom Verlag über Standleitung ins Archiv gesendet. Vorgesehen im Internet sind noch: Das Einstellen von Film- und Tondokumenten sowie neue Publikationen. Vorläufig erfolgen diese Angebote gratis, später ist an Gebühren gedacht, die sich die beiden Partner zu je 50% teilen wollen. Die gewählten Systeme sind dabei „plattformunabhängig“, also überall im Internet zu erreichen. Es ist geplant, einen Stamm von drei bis vier Mitarbeitern einzusetzen.

Wie die Präsentation mit Hilfe eines Internet-Computers praktisch demonstrierte, können ganze Artikel im Volltext mitsamt Fotos eingesehen werden. Die Verschlagwortung erfolgt im Stadtarchiv Offenburg, wobei nur der Lokalteil bzw. Offenburg betreffende Titel im Mantelteil ausgewertet werden. Die Schlagworte können dabei frei vergeben werden. Auch historische Zeitungsartikel sollen eingescannt und anschließend analog zu den aktuellen Zeitungsartikeln behandelt werden. Es gibt rechtliche Probleme beim copyright: Um das copyright der Bilder im Internet zu schützen, sollen sie auch in Zukunft digitale Wasserzeichen tragen. Stefan *Benning*, Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen, stellt den Beruf „Fachangestellte/Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste“ vor: Seit dem 1. August 1998 gibt es den Fachangestellten, vergleichbar dem „Bibliotheksassistenten“, für die vier Bereiche Archiv, Bibliothek, Information und Dokumentation sowie Bildagentur – entsprechend dem mittleren Dienst. Zuständig für die Ausbildung ist das Regierungspräsidium Karlsruhe für den Bereich des öffentlichen Dienstes sowie die örtlichen Industrie- und Handelskammern für den gewerblichen Bereich. Die Ausbildung dauert zweieinhalb bis drei Jahre, je nach Vorbildung. Stationen sind Betriebe und die Kaufmännische Berufsschule Calw für den Blockunterricht. Aufgaben der Fachangestellten sind: Übernahme, Bewertung, Verzeichnung und Kassation von Schriftgut und anderen Dokumentationsträgern. Nach Benning ist von daher eine Konkurrenzsituation zum und Einstufungsprobleme mit dem gehobenen Dienst zu befürchten. Themen der Ausbildung sind schwerpunktmäßig: Fachspezifische Formen der Medien, ihre fachspezifische Erschließung und das Finden von Informationen dazu. Unterrichtende sind v. a. das Personal der Berufsschulen, in engem Kontakt mit dem Stadtarchiv Calw.

Dr. Ernst Otto *Bräunche* berichtet, daß sich beim Regierungspräsidium Karlsruhe der „Unterausschuß Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste des Berufsbildungsausschusses“ konstituiert hat, in dem die Archive durch ihn als Beauftragten der Arbeitgeber (Vertretung Frau Dr. *Pill-Rademacher*, Kreisarchiv Ravensburg) und Herr *Walter*, Kreisarchiv Rastatt, als Beauftragten der Arbeitnehmer vertreten sind.

Bisher haben zwei Sitzungen stattgefunden, die in erster Linie dem Ausbildungsplan und der Frage, wer ausbilden darf, galten. Eine Arbeitsgruppe der Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg und der Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchive beim Kreistag Baden-Württemberg hat die folgende Definition erarbeitet: Fachkräfte für den Archivbereich sind:

„Archivare/Archivarinnen mit Laufbahnprüfung gehobener oder höherer Archivdienst, mit Diplom einer der Archivfachhochschulen, Teilnehmer an einem Archivfortbildungslehrgang der nordrhein-westfälischen Archivpflegeämter oder der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Baden-Württemberg, Archivleiter/innen mit mindestens fünfjähriger Berufserfahrung und dem Nachweis von qualifizierten Fortbildungsmaßnahmen in den Bereichen Bewertung, Bestandserhaltung, Erschließung, Archivrecht und Schriftgutverwaltung bei einer anerkannten archivischen Fortbildungseinrichtung.“

Eine Neuerung bezüglich der Ausbildereignungsprüfung ist zum 1. März 1999 dahingehend eingetreten, daß nun auch Beamte, die bisher von der Prüfung befreit waren, diese ablegen müssen. In Baden-Württemberg werden Lehrgänge bei der IHK von 120 Stunden angeboten. Die Arbeitsgemeinschaft bemüht sich um die Regelung, daß zumindest Ausbilder befreit werden, die bislang schon für den gehobenen Dienst ausgebildet haben. Bis jetzt ist aber noch die alte Regelung angewandt worden und wird bis zum Vorliegen einer neuen Regelung des Landes weiter angewandt.

Norbert *Brugger*, Städtetag Baden-Württemberg, teilt zum Thema Archivierung von Grundbuchämtern mit, daß die Absicht, die Grundbuchämter an den Notariatsorten nach Beschluß der Landesregierung vom 22. April 1998 zu konzentrieren, nicht mehr gültig ist. Die entscheidende Frage ist jetzt die nach der Freiwilligkeit der Orte, die ihr Grundbuchamt abgeben bzw. behalten wollen (was sehr viele natürlich wünschen). Es steht fest, daß in Baden-Württemberg die Firma DEBIS den Auftrag, das elektronische Grundbuch zu realisieren, erhalten hat. Problematisch erscheint die manuelle Erfassung der Grundbücher, die in Baden-Württemberg geplant ist; dies erfordert einen immensen Zeitaufwand, der wohl unrealistisch erscheint. Vorzuziehen wäre die bayerische Lösung – mit Hilfe der Firma Siemens –, die darin bestand, den vorhandenen Bestand an Grundbüchern einzuscannen und die Fortführung manuell durchzuführen. In Österreich wurden die Grundbücher bis 1992 Amt für Amt eingescannt. In Baden-Württemberg ist die Beendigung der Aktion bis zum Jahr 2003 geplant, was etwas unrealistisch erscheint. Für den jeweils aktuellen Stand der Dinge verweist Dr. Norbert *Brugger* auf die Internet-Seiten des Städtetages Baden-Württemberg.

Unter dem TOP „Verschiedenes“ werden folgende Themen angesprochen:

- Dr. Ernst Otto *Bräunche* erläutert, daß ein Projekt geplant sei, das Auswanderungsbewegungen im Gefolge und Umfeld der Revolution von 1848/49 untersucht. Wahrscheinlich soll ein(e) Historiker(in) mit der Abfassung einer Vorstudie beauftragt werden. Die Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare im Städtetag Baden-Württemberg könnte als Träger auftreten, wobei eine vollständige Finanzierung mit Drittmitteln Voraussetzung ist. Die einzelnen Stadtarchive werden im Rahmen der Erforschungen dazu angeschrieben mit der Bitte um Mitarbeit bei der Ermittlung der Quellen.
- Da bezüglich der Eigentumsrechte an den Unterlagen von Schulen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen unterschiedliche Auffassungen bestehen, soll ein Gutachten der Rheinischen Archivberatungsstelle klären, ob es sich um kommunales oder staatliches Schriftgut handelt.
- Im Oberschulamtsbezirk Karlsruhe haben zwei Sitzungen von Lehrern und Archivaren zur Ansiedlung von Archivpädagogen in den Archiven stattgefunden. Dabei hat das Oberschulamt in Aussicht gestellt, einzelnen Lehrern Deputatsstunden nachzulassen. Ansonsten wird man sich wohl auf ehrenamtliche Arbeit stützen müssen. Im Spätjahr ist in Calw eine diesbezügliche Tagung für den Sprengel vorgesehen. Karlheinz *Geppert*, Rottenburg am Neckar, verwies für den Rahmen der Vorderösterreich-Ausstellung auf die Zusammenarbeit mit dem Oberschulamt Tübingen. Es hatte vier Tagungen zum Thema „Vorösterreich“ gegeben, alle erfreuten sich regen Interesses.
- Zur Frage, ob die Unterlagen des Zivilen Alarmplans als Verschlusssachen der staatlichen Verwaltung anzubieten sind oder den Kommunen, hat die Landesarchivdirektion Baden-Württemberg den Standpunkt vertreten, daß es sich um kommunales Schriftgut handelt.

In Anschluß an die Sitzung führten Karlheinz *Geppert* und Peter *Ehrmann* durch die Landesausstellung „Vorderösterreich – nur die Schwanzfeder des Kaiseradlers“ in der Rottenburger Zehntscheuer. Die gemeinsame Ausstellung der Länder Baden-Württemberg, Niederösterreich und des Kantons Aargau ist noch vom 1. Dezember 1999 bis 27. Februar 2000 im Augustinermuseum Freiburg im Breisgau zu sehen.

8. Tagung der süddeutschen evangelischen Kirchenarchive in Boppard

Stefan Flesch

28 Teilnehmende aus 13 kirchlichen Archiven trafen sich am schönen Mittelrhein zur diesjährigen Fachtagung der Südschiene am 10./11. Mai 1999. Die weiteste Anreise hatte sicherlich die Kollegin aus Görlitz von der Kirche der schlesischen Oberlausitz. Ausrichter war die in Boppard ansässige Archivstelle der Evangelischen Kirche im Rheinland, als Tagungsort fungierte das Gemeindezentrum der örtlichen ev. Kirchengemeinde.

Der Bogen der zu behandelnden Themen war weit gespannt. Wolfgang *Günther* (Bielefeld) referierte über den aktuellen Stand der Präsentation der kirchlichen Archive im Internet. Leider verfügen noch nicht alle landeskirchlichen Archive über eine eigene Homepage bzw. wenigstens über einen passiven Internetzugang. Am Beispiel des Informationsverbundes „Archive in NRW“ verdeutlichte er die Möglichkeiten und Chancen der Vernetzung auf regionaler Ebene. Die Einspeisung von vorstrukturierten Beständeübersichten in eine Datenbank ermöglicht im Idealfall archivübergreifende Recherchen zu einzelnen Fragestellungen. Voraussetzung hierfür ist freilich die stete Aktualisierung und Ergänzung des eigenen Web-Angebots bzw. überhaupt erst die Erarbeitung einer geeigneten Beständeübersicht.

Professor *Hey* (Bielefeld) sprach im Anschluß über praktische Erfahrungen mit dem Einsatz von Werkstudenten und ABM-Kräften im Archivwesen, die angesichts des überall knappen Personalstands zunehmend für die Ordnung von Aktenbeständen eingesetzt werden. Die rechtlichen Probleme um Scheinselbständigkeit und 630 DM- Beschäftigungsverhältnisse sowie die rigide Vergabepaxis von ABM-Maßnahmen erschweren hier zunehmend die Koordinierungsfunktion des landeskirchlichen Archivs.

Frau Dr. *Stüber* (Speyer) und Herr Dr. *Flesch* (Boppard) nahmen sich in ihren Beiträgen der Benutzergruppe der Genealogen an, die in Archiven mit Kirchenbuchbeständen bis zu 90% aller Benutzer stellen. Diskutiert wurden Fragen der Lesesaalorganisation und der Kirchenbuchbenutzung ebenso wie Möglichkeiten der Kooperation mit den größeren genealogischen Vereinen. Diese verfügen beispielsweise über eigene Schriftenreihen, die als Publikationsplattform für qualifizierte Kirchenbuchbearbeitungen dienen können. Ein Empfang der rheinischen Landeskirche, angereichert mit Rheinweinen vom Bopparder Hamm, rundete den ersten Tag ab.

Nach einer Andacht in der benachbarten Christuskirche debattierte man am nächsten Tag eingehend über die Praxis des Gebührenwesens in den einzelnen Archiven. Nachdem die EKD 1997 eine neue Richtlinie für die Gebührenordnung in kirchlichen Archiven beschlossen hatte, steht hier in vielen Landeskirchen die Ausarbeitung neuer Gebührentafeln an. Herr *Jürgensen* (Nürnberg) hatte hierzu im Vorfeld eine aufschlußreiche Synopse der geltenden Sätze zusammengestellt. Eine Uniformität der Regelungen in diesem Bereich wird und kann sich aufgrund der weit differierenden regionalen Bedingungen nicht ergeben; interessant bleibt doch, wie unterschiedlich die Akzente von den Teilnehmern gesetzt wurden.

Aus der Arbeit des Evangelischen Zentralarchivs berichtete Frau *Pabst* (Berlin). Sie stellte das

umfangliche Verzeichnungsprojekt zum Bestand „Sekretariat des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR“ vor. Die Akten decken in ihrer Laufzeit die siebziger und achtziger Jahre ab und werden für künftige zeitgeschichtliche Forschungen unentbehrlich sein. Herr Dr. *Ehmer* (Stuttgart) gab einen Überblick über die unlängst erschienenen bzw. die in Planung befindlichen Darstellungen zur territorialen Kirchengeschichte in den einzelnen Landeskirchen. Die Herausgeber müssen immer einen gewissen Spagat zwischen Publikumswirksamkeit (sprich Verkaufserfolg) und gebotener wissenschaftlicher Exaktheit beschreiten. Als gelungenes Beispiel wurde allgemein der Band „Zeitbilder“ zur Geschichte der protestantischen Kirche in der Pfalz empfunden.

Den Abschluß der Tagung bildete ein Besuch der Evangelischen Archivstelle Boppard im ehemaligen Franziskanerinnenkloster St. Martin, bei dem Archivleiter Dr. *Flesch* durch eine Ausstellung alter Kirchenbücher führte. Zur 9. Tagung der Südschiene lud Frau Dr. *Stüber* nach Speyer ein. Die Tagung ist auf den 15./16. Mai 2000 terminiert, an ersten Themenvorschlägen wurden genannt:

- Zusammenarbeit mit Mormonen
- Erfahrungen mit externen Betriebsüberprüfungen (McKinsey etc.)
- Umgang mit Vasa Sacra.

Workshop „Überlieferung der Kombinate“

Wolfgang Wimmer

Auf Einladung der Carl Zeiss Jena GmbH trafen sich am 24. März 18 Archivare zum Thema „Überlieferung der Kombinate“. Anlaß war der Start des von der VW-Stiftung geförderten Projektes „Modellhafte Verzeichnung eines Kombinates am Beispiel Carl Zeiss Jena“. Ziel war ein Erfahrungsaustausch unter Praktikern über Probleme der Aktenübernahme, der Bestandsbildung, der Bewertung und der Erschließung. Die Mehrzahl der Teilnehmer kam aus Staatsarchiven. Dies reflektiert die Tatsache, daß nur wenige Unternehmen in den Neuen Bundesländern bereit und in der Lage sind, ihre Kombinatstradition zu bewahren und zu pflegen. 5 Themenbereiche wurden jeweils von einem Referenten in einem Kurzvortrag umrissen, um dann der Diskussion möglichst breiten Raum zu lassen.

Eröffnet wurde der Workshop durch Katrin *Beger* aus dem Staatsarchiv Rudolstadt, die über „Probleme der Übernahme und Bewertung am Beispiel des VEB Chemiefaserkombinates Schwarza“ referierte. In diesem Fall waren die Akten zunächst von einem privatisierten Betrieb übernommen worden. Nach dessen Konkurs zeigte sich, daß das Archiv in einem sehr vernachlässigten Zustand war. Bei solchen Beständen ist die Gefahr der Zersplitterung besonders groß, da Privatpersonen, Museen oder nicht zuständige Archive des öfteren versuchen, Rosinen aus den Beständen zu picken.

Über „Das Wechselverhältnis zwischen Stammbetrieb und Kombinat und daraus resultierende Konsequenz für Aktenbildung und Verzeichnung“ sprach Bernd *Scheperski* aus dem Hauptstaatsarchiv Dresden. Am Beispiel des Kombinats NAGEMA Dresden zeigte er die Schwierigkeiten auf, die sich aufgrund mehrfacher Umstrukturierungen eines Kombinates für die Tektonik ergeben. Nach übereinstimmender Meinung gibt es keine allgemein gültige Vorgehensweise bei der Bestandsabgrenzung von Kombinat. Bei der Erforschung der Entwicklung der Kombinate, insbesondere bei deren Vorläufern den VVBs bestehen Forschungsdefizite.

Dr. Jörg *Ludwig* aus dem Hauptstaatsarchiv Dresden schloß sich mit dem Beitrag „Bewertung von Wirtschaftsbeständen und tatsächliche Überlieferung im HStA Dresden“ an. Im Zentrum seines Referates stand die Frage, ob DDR-Wirtschaftsschriftgut auch weiterhin mit Hilfe der in der DDR erarbeiteten Bewertungshilfsmittel behandelt werden kann. Dies erscheint durchaus als sinnvoll, allerdings müssen diese in einigen Punkten überdacht werden: Aufgrund ideologischer Vorgaben wurden bestimmte Vorgänge damals anders als heute gewichtet. Schriftgut der werkseigenen sozialen Einrichtungen wurde zum Beispiel nur in seltenen Fällen als archivwürdig betrachtet. Heute gewähren uns gerade diese Bestände einen Einblick in die damaligen Arbeits- und Lebensbedingungen.

Mit dem Thema „Informationsgehalt und -defizite der Überlieferung“ befaßte sich im Anschluß daran Dr. Katrin *Verch* aus dem Landeshauptarchiv Potsdam. Der damaligen Organisation der Archivlandschaft ist es zu verdanken, daß DDR-Wirtschaftsbestände der 60er und 70er Jahre gut vertreten sind. Überliefert sind jedoch eher allgemeine Finanzunterlagen, Quellen zu tatsächlichen Produktionszahlen oder zum alltäglichen Betriebsablauf fehlen fast völlig. Es fehlen zumeist Drucksachen, wie Preislisten und Prospekte, aber auch Dokumentationen über Veränderungen der

Produktionstechnologie. Zum anderen ist aber auch die Tendenz zu erkennen, daß Planvorgaben zwar lückenlos, konkrete Produktions- oder Verkaufszahlen hingegen nur unvollkommen überliefert worden sind.

Im letzten Beitrag des Workshops äußerte sich Prof. Dr. Wolfgang *Mühlfriedel* von der Friedrich-Schiller- Universität Jena zu „Forschungstendenzen zur DDR- Wirtschaftsgeschichte“. Forschungsdefizite auf diesem Gebiet sind nach seiner Meinung u. a. Untersuchungen zur Umsetzung der Zielstellung der SED-Politik gegenüber der Wirtschaft, Einflüsse einzelner politischer Gremien bei der Erstellung von Wirtschaftsplänen, Auswirkungen von Außenwirtschafts- und Bankenmonopol. Gute Ergebnisse liegen hingegen bei der Erforschung der Geschichte bestimmter Unternehmen vor, ebenso gibt es fundierte Beiträge über das Wesen der DDR-Wirtschaftsordnung. Der Wirtschaftshistoriker Prof. Dr. Rolf *Walter* von der Friedrich- Schiller- Universität Jena forderte, mehr die Mikro- als die Makroökonomie ins Auge zu fassen.

Künftig soll diese Veranstaltung jährlich stattfinden, wobei man sich thematisch stärker konzentrieren will. Es wird versucht werden, den Teilnehmerkreis um kompetente Kollegen insbesondere aus dem Bereich der Unternehmensarchive zu erweitern.

Arbeitstagung der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare e.V. Wirtschaftsarchive in der digitalen Welt

Renate Schwärzel

oder „Was bleibt vom traditionellen Wirtschaftsarchiv?“ Diese Fragestellung stand im Mittelpunkt der Arbeitstagung der Vereinigung deutscher Wirtschaftsarchivare e.V. (VdW) vom 2. bis 5. Mai 1999, die auf Einladung der Commerzbank AG in Frankfurt/Main stattfand. Ca. 180 Vertreter aus Unternehmens-, Branchen- und Regionalen Wirtschaftsarchiven sowie kommunalen und staatlichen Archiven waren der Einladung gefolgt, um sich mit den Chancen und Risiken zu beschäftigen, die sich für die Archive aus der Veränderung des Medieneinsatzes im Arbeitsprozeß von Unternehmen und Verbänden ergeben.

Nach der Begrüßung aller Teilnehmer durch den Vorsitzenden der VdW, Dr. Harry *Niemann*, das Vorstandsmitglied der Commerzbank, Dr. Erich *Coenen*, und Dr. Hans-Bernhard *Nordhof*, Dezernent für Kultur und Freizeit der Stadt Frankfurt am Main, gab Prof. Dr. *Sloterdijk* (Staatliche Hochschule für Gestaltung, Karlsruhe) mit seiner philosophischen Betrachtung zur Zukunft der Informationsgesellschaft den Auftakt zum Thema. Sein engagierter, streitbarer Beitrag, der vom historischen Vergleich und der verbalen Steigerung sich aktuell vollziehender Informationsprozesse bis ins Visionäre reichte, öffnete die Gedankenwelt der Teilnehmer für die Vielgestaltigkeit des Tagungsthemas.

Digitale Informationssysteme mit ihren Chancen und Risiken für die Arbeit der Wirtschaftsarchivare standen im Mittelpunkt der ersten Sektionssitzung unter Leitung von Michael *Jurk* (Axel Springer Verlag AG, Hamburg). Dr. Frank M. *Bischoff* (Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster) präsentierte in seinem Beitrag „Der Besucher der Zukunft – das Internet als Rechercheinstrument“ das Informationssystem der Archive in Nordrhein-Westfalen. Der 1995 entstandenen Idee zum Oneline-Informationsangebot der Archive in NRW hatten sich unterschiedliche Träger im Rheinland und Westfalen angenommen, um sich der Herausforderung der globalen Informationsvermittlung zu stellen. 1997/98 wurde das Projekt, das den Charakter eines Informationsverbundes trägt, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt. Seit Juli 1998 steht das Informationssystem im World Wide Web allen Interessenten zur Verfügung.

Das digitale Medienarchiv der DaimlerChrysler AG als Plattform einer konzernweiten Multimedia-Lösung stellte Dr. Harry *Niemann* (DaimlerChrysler AG, Stuttgart) vor. Das digitale Medienarchiv wurde notwendig, um die unkoordinierte Datenhaltung in unterschiedlichen Subarchiven (Konzern-, Presse-, Zeichnungs- und Drucksachenarchiv sowie Fachbibliothek) zusammenzuführen und die Medien für alle Interessenten im Konzern leicht zugänglich zu machen. Mit dem von Niemann vorgestellten konzernweit nutzbaren Multimedia-System wurde ein medienneutrales System zur Archivierung, Verwaltung und Recherche sowie Vermarktung von digitalen Medienobjekten geschaffen, das einen unternehmensweiten Überblick über alle zur Verfügung stehenden Medien sowie einen einfachen und schnellen Zugriff auf diese sichert. Der Beifall der Teilnehmer für diese Präsentation zeigte, daß DaimlerChrysler mit diesem Multimedia-System Maßstäbe im Prozeß der weiteren Entwicklung gesetzt hat. Der Einsatz und die Möglichkeiten von Dokumenten-Management-Systemen (DMS) in Archiven wurden von Dr. Uwe *Groß* (DISOS GmbH, Berlin) vorgestellt. Er wies

darauf hin, daß vor der Einführung eines DMS die Wirtschaftlichkeit und die Funktionalität der Lösung zu untersuchen sind. Unter diesen Aspekten haben sowohl elektronische als auch Papier- und Mikrofilmarchive sowie Mischformen in Abhängigkeit von den konkreten Anforderungen ihre Berechtigung. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Einbindung in die im Unternehmen vorhandene DV-Architektur, damit das Archiv keine „Insellösung“ erhält. Ziel sollte es sein, alle Formen der Aufbewahrung in eine einheitliche organisatorisch und datenverarbeitungstechnische Gesamtlösung zu integrieren, um die für jede konkrete Form wirtschaftlichste und funktional sinnvollste Ausprägung zu nutzen.

Die zweite Sektionssitzung unter Leitung von Rolf *Herget* (Deutsche Bundesbank, Frankfurt/Main) beschäftigte sich mit Aspekten der Bestandshaltung. Original oder digitale Aufzeichnung?, das war hier die Frage. Dr. Ulrich *Heß* (Sächsisches Wirtschaftsarchiv, Leipzig) stellte das von der VW-Stiftung finanzierte Projekt zur Digitalisierung von Bildquellen zur Sächsischen Industriegeschichte vor. Die Recherchen in den 4 Sächsischen Staatsarchiven Leipzig, Dresden, Chemnitz und Freiberg dienen der Erschließung und Erhaltung der vorhandenen Fotos, die nach Auffassung von Heß einen Bedeutungswandel erfahren: Fotos werden zur eigenständigen Quelle der historischen Entwicklung. Neben der wissenschaftlichen Auswertung der Bildquellen wachsen mit diesem Projekt die Möglichkeiten der kommerziellen Verwertung dieser Fotos. Im Ergebnis der mehrjährigen Studien ist ein Inventar „Bildquellen zur frühen sächsischen Industriegeschichte“ in der Publikationsreihe des Sächsischen Wirtschaftsarchivs e. V. geplant. Das Bückeburger Konservierungsverfahren für modernes Archivgut wurde von Klaus D. *Voigt* (Hans Neschen AG, Bückeburg) vorgestellt. Mit diesem Verfahren zur blattweisen Massenkonservierung von Archivalien im wässrigen Medium verfügt die Neschen AG über eine Methode, Schadstoffe aus dem Papier auszuwaschen und Säuren zu neutralisieren, um das Papier für Jahrhunderte zu erhalten. Jürg *Hagmann* (Credit Suisse Group, Zürich) berichtete über ein Projekt der Digitalisierung von Massenakten bei der Credit Suisse.

Die dritte Sektionssitzung unter dem Motto „Sag niemals nie – Das Berufsbild des Wirtschaftsarchivars im Wandel“ stand unter der Leitung von Michael *Pohlenz* (Bayer AG, Leverkusen). Beeindruckt von der Demonstration der Vielgestaltigkeit der elektronischen und optoelektronischen Prozesse in der Arbeits- und Lebensumwelt und deren Auswirkungen auf die konkrete Arbeitssituation von Wirtschaftsarchivaren wurde mit den 3 Beiträgen dieser Sektionssitzung die Jahrestagung in gelungener Weise inhaltlich abgerundet. Beginnend mit den Ausführungen von Prof. Dr. Volker *Schockenhoff* (Fachhochschule Potsdam) zum Thema „Wer A sagt, muß auch D sagen – Archivarische Berufsbilder und Ausbildungskonzepte im Wandel“ wurde die gegenwärtige archivarische Beschäftigungssituation unter den Aspekten Institution, Nutzungszweck, Nutzer, Quellen, Methoden etc. analysiert und Entwicklungsperspektiven abgeleitet. Schockenhoff zeigte auf, daß sich mittelfristig drei Berufsfelder mit den nachfolgenden Tätigkeiten herausbilden werden:

- der Archivar als Recordsmanager,
- der Archivar als Medien- und Parlamentsdokumentar und
- der Archivar als historischer Informationsspezialist.

Mit den Worten „Information als Dienstleistung – Vom Archivar zum Informationsmanager“ skizzierte Detlef *Kürten* M. A. (Industrie- und Handelskammer zu Köln) die Möglichkeiten der aktuellen Organisation des Recordmanagements am Beispiel des Einsatzes eines Dokumenten-

Management-Systems beim Deutschen Industrie- und Handelstag in Bonn. In anschaulicher Weise gelang es ihm aufzuzeigen, daß die Einführung von elektronischen Systemen in Unternehmen/ Behörden als gemeinsame „Arbeitsangelegenheit“ des IT-Verantwortlichen als auch des Archivars zu betrachten sind. Die wachsende Bedeutung der elektronischen Daten sollte von seiten der Archivare nicht vordergründig als Risiko, sondern vielmehr als Chance verstanden werden. Damit dies möglich ist, müssen berufsbegleitende Weiterbildungsangebote für ein lebenslanges Lernen unter Einsatz neuer Medien entwickelt und angeboten werden. Durch die Einbeziehung von Regina Zelms M. A. (PASO, Frankfurt/Main) ins Konferenzprogramm erhielt die Jahrestagung 1999 eine besondere Prägung. Unter dem Motto „Ihr Auftritt, Archivar“ absolvierten alle Teilnehmer in munterer Atmosphäre einen Kurs in Selbst-PR und Präsentation, der bei aller Fröhlichkeit auch nachdenklich stimmte.

Seit einigen Jahren gehören die „Beiträge zur europäischen Unternehmensgeschichte“ zum festen Bestandteil der VdW-Arbeitstagungen. Nach Beiträgen aus Tschechien und Frankreich beschäftigten sich die Teilnehmer in diesem Jahr mit Unternehmensgeschichte und -archiven in Großbritannien am Beispiel der Automobilindustrie. Anders Ditlev *Clausager* (British Motor Industry Heritage Trust, Gaydon) gab einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung des Wirtschaftsarchivwesens in Großbritannien beginnend mit der Bank of England 1694. Mit der Gründung des Business Archives Council im Jahre 1934 wurde ein Berufsverband für Unternehmensarchivare und -historiker gegründet. Waren anfangs vorwiegend Banken und im Familienbesitz befindliche Unternehmen vertreten, sind es seit den siebziger Jahren vor allem Unternehmensarchivare, die im Business Archives Council eine führende Rolle übernommen haben.

Die Mitgliederversammlung und ein umfangreiches Rahmenprogramm, bei dem sich die Teilnehmer mit der Geschichte Frankfurts als Banken- und Börsenstadt und dem Rheingau vertraut machen konnten, rundeten die Tagung ab.

Angelika Menne-Haritz

1. Ziel und Teilnehmer

Angestrebt wurden genauere Kenntnisse über den Sachstand im Bereich online-fähiger Erschließung und Präsentation von Archivgut sowie der langfristigen Bereitstellung elektronischen Archivguts in den USA. Die Reiseplanung ging auf Kontakte im Rahmen von DFG-Projekten anlässlich des Ludwigsburger Kolloquiums zur Digitalisierung vom November 1998 und des Marburger Kolloquiums über online-fähige Findbücher im März 1998 zurück. Es sollten rechtzeitig Informationen über den Entwicklungsstand und das Entwicklungspotential neuer Verfahren gesammelt werden, damit eine Schwerpunktsetzung für die Förderung zukunftssträchtiger Forschungen im Archivwesen erleichtert wird. Die Reisegruppe bestand aus den Mitgliedern des Unterausschusses Archivwesen der DFG PD Dr. Angelika *Menne-Haritz*, Archivschule Marburg, Dr. Hans-Dieter *Kreikamp*, Bundesarchiv, Prof. Dr. Wilfried *Reininghaus*, Staatsarchiv Münster, sowie Dr. Sigrun *Eckelmann*, DFG.

2. Ablauf der Reise

2.1. Besuchte Institutionen und dort besprochene Fragestellungen

- Library of Congress, Manuscript division, Washington: Hier ist der neu erarbeitete Standard für die Internetpräsentation von Findbüchern, nämlich die in der Markierungssprache SGML beschriebene und unter der Bezeichnung EAD (Encoded Archival Description) publizierte DTD (Document Typ Definition) hinterlegt und kann online als Vorlage für die Findbuchenstellung genutzt werden.
- CLIR (Council on Library and Information Resources): Sie unterstützt mit Mitteln privater Stiftungen Projekte und Publikationen im Bereich der Bestandserhaltung und der Digitalisierung, bisher vorwiegend für Bibliotheken. Sie hat viele Mittel in die Entwicklung von EAD investiert. Sie ist sehr an einer Weiterentwicklung und Verbesserung interessiert.
- NARA (National Archives and Records Administration): Hier werden neue Verfahren der Erhaltung und Bereitstellung von elektronischen Aufzeichnungen, die einerseits aus statistischen Dateien, andererseits aus Unmengen von aus politischen Gründen nicht bewertbaren e-mails bestehen, entwickelt und erprobt. Erläutert wurde hier das Kooperationsprojekt mit dem Supercomputer-Center der Universität San Diego, das als Einheitsformat für die Speicherung und Recherche innerhalb von Kontexten eine XML-Codierung erprobt.
- Universität von Michigan, Ann Arbor, School of Information: Ein multidisziplinäres Studium mit PhD-Abschluß bereitet auf neue Formen von Archiven vor. Forschungen (z. B. Dissertationen) untersuchen elektronische Aufzeichnungen in der Tagesarbeit und bei der Archivierung.
- Universität von Michigan, Ann Arbor, Digital Library Production Service: Hier werden zentrale Zugriffe auf verteilt vorgehaltene Online-Findbücher organisiert und technisch realisiert.

- Universität von Michigan, Ann Arbor, Bentley Historical Library: Sie hat praktische Erfahrungen mit der Online-Bereitstellung von Findbüchern und im Fall eines Nachlassers mit damit verknüpften, originär elektronischen Schriftstücken in Standardformaten. Sie hat eine erhöhte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für ihre Bestände als Ergebnis der Präsentation im Internet festgestellt.
- Bancroft Library, University of California, Berkeley: Sie betreut das Programm „Online Archive of California“, das EAD-Findbücher von 13 Universitäten und Instituten zugriffsfähig macht. Der Findbuch-Verbund ist weitgehend autonom von der RLG.
- RLG, Research Libraries Group, Mountain View (San Francisco): Als Mitgliederorganisation stellt sie neben bereits lange eingeführten Servicefunktionen für Bibliotheken neuerdings gegen stattliche Beiträge zentral zusammengeführte (auf dem eigenen Server gespiegelte) EAD-Findbücher für übergreifende Recherchen ihren Mitgliedsarchiven bereit.
- SLAIS, School for Archival, Library and Information Studies, Vancouver: Der bisherige Master-Abschluß wird zunehmend weniger relevant, während PhD-Abschlüsse zunehmen. Im Projekt INTERPARES mit Arbeitsgruppen in zahlreichen Ländern, das Fragen der Archivierung von elektronischen Unterlagen behandelt, wird hier ein theoretischer Ansatz benutzt, der aus der Diplomatie rechtswirksamer Dokumente Kriterien für Authentizität und Glaubwürdigkeit entwickeln will.

2.2. Teilnahme am Primary Sources Symposium in der Yale-Universität, New Haven, 13.–14. Mai 1999

Es wurde veranstaltet von der RLG (Research Libraries Group) für Mitglieder. Anwesend waren etwa 70 Teilnehmer aus allen Teilen der USA. Aus Europa waren Großbritannien und die Niederlande vertreten. Verschiedene Aspekte der Online-Präsentation von Archivgut wurden behandelt, wobei es ausschließlich um EAD, seine Leistungsfähigkeit, seine Kompatibilität mit MARC, seine Wirkungen auf die Archivarbeit und um die Akzeptanz bei Archivaren wie Benutzern ging. Ein wichtiges Thema war außerdem die Internationalisierung von EAD.

3. Ergebnisse

3.1. EAD als Quasi-Standard für Online-Findbücher

EAD wurde seit 1995 von einer Arbeitsgruppe der SAA (Society of American Archivists) entwickelt. Es ist eine Dokumententypdefinition für Findbücher in der Beschreibungssprache SGML. Zu Beginn der Entwicklung war die spätere große Verbreitung von HTML noch nicht erkennbar. Zudem wird HTML als Untermenge von SGML nur für die Beschreibung des Layouts verwendet, während SGML Textstrukturen abbilden kann, die erst bei der Ansicht in einem Browser mit Hilfe der Dokumenttypdefinition zu einem Layout zusammengefügt werden. Ausgangsbasis war das amerikanische Bibliotheksformat MARC-AMC, das in vielen Archiven eingesetzt wird. EAD wurde außerdem mit dem Erschließungsstandard des Internationalen Archivrates ISAD(G) kompatibel gemacht. Ein Ziel von EAD ist das Angebot bestands- und archivübergreifender Recherche in gleich benannten Findbuchteilen. EAD zeigt, daß die Internettechnologie besonders gut zur Präsentation archivischer Erschließung, zur Verbreitung der Arbeitsergebnisse von Archiven und zur Öffnung ihrer Bestände geeignet ist.

Die Entwicklung von EAD zu einem internationalen Quasi-Standard für archivische Online-Erschließung wird stark vorangetrieben, da man weiß, daß es seine Qualität für übergreifende Recherchen erst mit dem Erreichen einer kritischen Masse zeigen kann. Neben den Vorteilen sind allerdings durchaus Schwächen bereits im amerikanischen Einsatz erkennbar, die sich bei unzureichender Vorbereitung der Übertragung oder ohne eine in diesem Zuge vollzogene Weiterentwicklung in anderen nationalen Kontexten verstärken werden. Beklagt wurde in den besuchten Institutionen:

- der große Umfang von knapp dreihundert Elementen, der bereits in verschiedenen Institutionen für ihre eigene Arbeit auf Subsets reduziert wurde,
- der enorm hohe Schulungsaufwand zusammen mit dem Erfordernis von zusätzlichen Hilfskräften,
- die fehlenden Instrumente zur Präsentation der in SGML erfolgenden Kodierung, die nach einer für das Lesen mit den kostenlos verbreiteten Browsern notwendigen Umwandlung in HTML viele ihrer Funktionalitäten verliert,
- die Anforderungen an spezieller Software und Serverhardware zur Bereithaltung und Pflege der Findbücher.

Auffallend war außerdem:

- das Vorherrschen von Serien- oder Dokumentenkonzepten, bei denen die inneren Strukturen von Archivgut keine Rolle spielen und deshalb auch nicht als Hilfe zur Orientierung oder bei der Suche angeboten werden (strukturiert werden die „Container-lists“ in den Findbüchern statt dessen meist nach Materialformen wie Korrespondenz, Fotos, Tagebücher etc);
- das Fehlen eines Konzepts für eine Gliederung von Beständen durch Sortierung in einer Datenbank und nachfolgendem Auslesen in einen Text oder in HTML(oder SGML)-files. EAD ist für die Codierung von Textdateien entwickelt worden, während die Nutzung von Datenbanken nur für textbasiertes Retrieval vorgesehen ist.

3.2. Retrokonversion vorhandener Findbücher

Die Retrokonversion von Findbüchern und Karteien, die in nicht-digitaler Form entstanden sind, ist als Problem erkannt worden. Sie wird vorgenommen, um möglichst viele Findmittel online-fähig zu machen. Bei der Retrokonversion werden die älteren Findbücher elektronisch erfaßt und mit den allgemeinen EAD-Markierungen versehen. Danach geschieht eine Überarbeitung und genauere Markierung vor Ort. Die Universität von Kalifornien hat Richtlinien dazu entwickelt, die im Internet einsehbar sind. Alternativen zu einer Retrokonversion in das EAD-Format wurden bei den besuchten Institutionen nicht aufgezeigt.

3.3. Die Archivierung elektronischer Aufzeichnungen

Die Techniken und Verfahren sind im Moment noch sehr uneinheitlich, und die bisherigen praktischen Erfahrungen scheinen noch wenig verallgemeinerbar und übertragbar zu sein. Die größten Erfahrungen hat sicherlich NARA. Dort werden elektronische Unterlagen von Benutzern eingesehen. Allerdings wissen die üblichen Benutzer genau, was sie wollen und benötigen keine

Findmittel. Auf die Frage, ob und wenn ja, auf welchem Medium elektronische Unterlagen dauerhaft aufbewahrt werden sollen, gab es keine eindeutige Antwort. Die Skepsis gegenüber einer Aufbewahrung in elektronischer Form wegen möglicher Datenverluste durch technologische Weiterentwicklung ist weiterhin groß. Von besonderem Interesse scheint das Projekt von NARA mit San Diego zu sein. Die dortigen Konzepte mit XML als Speicherungs- und Nutzungsformat unter Bewahrung der Entstehungszusammenhänge haben, wenn das Projekt die erwarteten Ergebnisse zeigt, sicherlich ein großes Entwicklungspotential.

3.4. Kooperationen von Archiven und Bibliotheken

Auffallend war die institutionelle Einheit. Die Universitätsbibliotheken haben häufig die Funktion von Staatsarchiven, was sich aber nur an einzelnen aus der Staatstätigkeit stammenden Beständen zeigt. Regelmäßige Zusammenarbeit mit Behörden und Bewertungstätigkeit gibt es in den einzelnen Staaten kaum im Gegensatz zum NARA auf Bundesebene. Die archivischen Bestände bestehen deshalb zu großen Teilen aus Nachlässen. Es gibt eine starke Tradition der Anwendung des bibliothekarischen MARC-Formats für diese Nachlässe.

4. Perspektiven

4.1. Im Bereich der Online-Findbücher

Durch die Reise und das damit für die Gesprächspartner erkennbare Interesse an amerikanischen Entwicklungen haben sich mehrere Möglichkeiten zu bilateralen Kooperationen ergeben. Gleichzeitig entstand in der Reisegruppe der Eindruck einer starken Außenorientierung besonders zur Verbreitung des Einsatzes von EAD. Das deutsche Archivwesen wird sich sehr bald der Frage zu stellen haben, in welcher Weise – nicht mehr ob überhaupt – es das Internet zur Präsentation seiner Bestände und zur Offenlegung seiner Arbeitsergebnisse nutzt. Dabei ist eine klare Position zu EAD unverzichtbar. Es wird deshalb vorgeschlagen, den vorhandenen Schwerpunkt im Bereich der Online-Präsentation von Archivgut (Projekte: „NRW-Archive im Internet“ in Münster, „Online-Findbuch“ in Marburg) zu verstärken und Initiativen in folgenden Bereichen zu unternehmen und zu fördern:

- Verbesserung des Zugangs zu Informationen über EAD in Deutschland,
- Kooperation mit amerikanischen Partnern bei der Erprobung von EAD in deutschen Archiven,
- Beteiligung an der Weiterentwicklung von EAD mit dem Ziel einer gemeinsamen Erschließungsplattform,
- Retrokonversion von vorhandenen Findbüchern.

Von amerikanischer Seite wurde Interesse an solchen Projekten und die Bereitschaft zur Finanzierung der für eine amerikanische Beteiligung anfallenden Kosten gezeigt.

4.2. Im Bereich der Archivierung elektronischer Aufzeichnungen

Kooperationen in diesem Bereich benötigen eine umfangreichere Vorbereitung. In Vancouver wurde um deutsche Beteiligung gebeten, wobei aber die Tragfähigkeit des Projektansatzes schwer zu beurteilen ist. Es erscheint allerdings wichtig, die Verbreitung der Ergebnisse der Forschungen und

speziell des NARA-San-Diego-Projektes zu unterstützen. Denn in diesem Bereich stehen Entwicklungen an, die im Zuge der Globalisierung der Informationstechnik direkte Auswirkungen auf hiesige Verhältnisse haben werden und Grundlagen für neue archivische Strategien sowohl bei der langfristigen Erhaltung elektronischer Aufzeichnungen wie auch bei ihrer Nutzung liefern können.

4.3. Vereinbarungen und gemeinsame Planungen

Folgende konkrete Projekte wurden mit den Gesprächspartnern angesprochen:

CLIR:

- Zusage zur voraussichtlichen finanziellen Förderung des amerikanischen Anteils einer bilateralen Arbeitsgruppe über Entwicklungspotentiale und jetzige Schwierigkeiten von EAD mit dem Ziel der Konzipierung einer bilateral nutzbaren Erschließungsplattform für amerikanische und deutsche Archive.
- Hilfe bei der Gewinnung von amerikanischen Partnern für deutsche Projekte zur Integration von Erschließungen aus Archiven und Bibliotheken.

RLG:

- Zusage der Unterstützung für die Erstellung einer „Reference-Site“ zu EAD im Internet mit Links zu Beispielen und Materialien und für die Bereitstellung von sonstigen aufbereiteten Informationsmöglichkeiten für deutsche Archive.
- Unterstützung bei einer Machbarkeitsstudie zur Anwendung von EAD in deutschen Archiven.
- Einladung an die RLG durch das Hauptstaatsarchiv Düsseldorf zu einem Symposium im Jahr 2000.

Bentley Library, Ann Arbor:

- Bilaterale integrierte Erschließung des dort liegenden Nachlasses von James V. Pollock zusammen mit seinem politischen Nachlaß und den Akten aus seiner Arbeit in der amerikanischen Zonenverwaltung und im Länderrat, die in deutschen Archiven liegen.

Marburg, den 3. September 1999

Fußnote *: Kurzfassung des Abschlußberichtes, die vom Bibliotheksausschuß der DFG am 7. Oktober 1999 gebilligt wurde. Die Publikation des offiziellen Abschlußberichts ist für Frühjahr 2000 in der Veröffentlichungsreihe der Archivschule Marburg vorgesehen. [Zurück](#)

Neue Überlegungen zum Umgang mit digitalen Aufzeichnungen. Workshop „Electronic Records“ mit Tora Bikson und Jeff Rothenberg an der Archivschule Marburg

Nils Brübach

Am 6. April 1999 besuchten Tora *Bikson* und Jeff *Rothenberg* von der RAND-Corporation die Archivschule Marburg im Rahmen eines Workshops über elektronische Unterlagen. Die RAND-Corporation berät in den USA und im internationalen Bereich Behörden und Organisationen bei der Optimierung von Geschäftsprozessen und Organisationsstrukturen. Bekannt wurde sie Ende der sechziger Jahre durch die Entwicklung des „paket-switching“ und weiterer Vorarbeiten zur Struktur des Internets. Tora Bikson und Jeff Rothenberg beschäftigen sich mit verschiedenen Projekten zum Umgang mit elektronischen Unterlagen und dem Verhältnis von digitalen und analogen Dokumenten und Dokumentenstrukturen.

Im ersten Vortrag berichtete Tora *Bikson* unter dem Titel „Managing Digital Documents: Technology Trends and Institutional Responses“ über eine 1995 bis 1997 durchgeführte Untersuchung zum Umgang mit digitalen Aufzeichnungen im Rahmen der Schriftgutverwaltung der UNO.

Bereits vor 10 Jahren existierte die Furcht vor einem Überlieferungsverlust, der durch die besonderen Überlieferungsbedingungen und Überlieferungsformen digitaler Aufzeichnungen begründet wurde. Allerdings gab es zu dieser Zeit kaum Reaktionen, Konzepte wie Überlieferungsprobleme und Zugangsprobleme zu digitalen Unterlagen wurden nicht erkannt, Maßnahmen zur Sicherung der digitalen Aufzeichnungen nicht ergriffen. Dies führte z. B. dazu, daß die Datensätze der amerikanischen Viking-Marsmissionen vom Ende der siebziger Jahre nicht mehr lesbar sind, obwohl ihr Alter gerade einmal zwanzig Jahre beträgt. Das Dilemma ist, daß der Informationsverlust auch deshalb nicht erkannt wird, weil die Unterlagen nicht mehr verwendet werden. Problematisch wird das besonders dann, wenn digitale Dokumente keine Gegenüberlieferung auf Papier haben. So besteht die Gefahr, daß der gesamte Informationskomplex zerstört wird, wenn die elektronischen Unterlagen nicht mehr gelesen werden können.

Das Projekt, das Tora Bikson beim UN Informations-Systems-Coordinating-Committee durchführte, sollte den Erhalt digitaler Aufzeichnungen bei der UN sicherstellen. Neben der Verhinderung ungeplanter Verluste sollten die Zugänglichkeit, Strukturen und Entstehungszusammenhänge erhalten und die Integrität und Authentizität der Aufzeichnungen sichergestellt werden. Insgesamt 18 Organisationen unter dem Dach der Vereinten Nationen wurden 1996 und 1997 aufgesucht, um zunächst einmal Informationen über Art und Menge von elektronischen Aufzeichnungen und über ihre Verwendung bei den einzelnen Organisationen zu erhalten. Tora Bikson erarbeitete eine Arbeitsdefinition über das, was digitale Dokumente ausmacht: Sie haben immer eine interne, logische Struktur und können aus verschiedenen Komponenten (z. B. Videosequenzen, Grafiken, Text usw.) bestehen. Zwischen den einzelnen Komponenten existiert eine logische und zeitgebundene Verbindung, die Dokumente können generiert, modifiziert, verteilt, wiederverwendet und vernichtet werden. Diese Definition wurde den verschiedenen Organisationen vorgetragen, und es wurde überprüft, ob diese Definition in der Praxis brauchbar war und ob sich die einzelnen untersuchten Institutionen nach dieser Definition richteten. Für den Fortgang ihres Projektes fungierte die Definition als eine Leitlinie, und bereits ein Jahr später zeigte es sich, daß die untersuchten

Institutionen mehr und mehr ihren praktischen Umgang mit elektronischen Unterlagen nach dieser Definition auszurichten begannen. Der Hauptaspekt ihres Projektes lag darin, daß Tora Bikson nicht Datenbanken und die Hardware im Blickfeld hatte, sondern die Funktion und die Struktur digitaler Dokumente und die Software analysierte.

Während des Projektes stellte sich heraus, daß der Großteil der angefallenen digitalen Aufzeichnungen bereits unlesbar geworden war, bevor das Trägermedium Beschädigungen aufwies. Dies bestimmte die zu treffenden Maßnahmen: Der Verlust von digitalen Aufzeichnungen mußte auf andere Weise als durch Umkopieren sichergestellt werden. Erforderlich war die Sicherung der Authentizität und Integrität der elektronischen Unterlagen. Ferner erwies es sich, daß die verwendeten Techniken sich im Einklang mit offen gestalteten internationalen Standards befinden mußten. Es stellte sich heraus, daß die untersuchten Organisationen kein einziges Programm verwendeten, das in der Lage gewesen wäre, digitale Aufzeichnungen während ihres ganzen Lebenszyklus zu bearbeiten.

Abweichend vom gängigen Konzept unterteilt Tora Bikson den Lebenszyklus digitaler Aufzeichnungen in drei Stufen: 1. die „Early Stage“, in der digitale Aufzeichnungen generiert und erzeugt werden, 2. die „Middle Stage“, in der die digitalen Aufzeichnungen verändert, weiterverwendet und verteilt werden und 3. die „Late Stage“, in der die Struktur, der Inhalt, die Nachvollziehbarkeit und die Rückgriffsfähigkeit, also die Evidenz digitaler Aufzeichnungen sicherzustellen sind.

In einem Exkurs erläuterte Tora Bikson kurz die Geschichte digitaler Aufzeichnungsformen. Während der siebziger und frühen achtziger Jahre wurden Computer häufig nur als sehr komfortable elektronische Schreibmaschinen verwendet. Es gab einzelne Datensätze und keine daran geknüpften Formatinformationen. Während der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurden zunehmend nicht-textliche Elemente wie z. B. Grafiken oder Bilder hinzugefügt. Dazu kam, daß die Datensätze in verschiedenen Versionen in einer Netzwerkumgebung Verwendung fanden. Seit Beginn der neunziger Jahre weisen digitale Aufzeichnungen multimediale Komponenten auf und sind durch Hypertextfunktionen nicht linear miteinander verknüpft. Die vor wenigen Jahren eingeführten Programme zum Management von digitalen Aufzeichnungen erwiesen sich bei Biksons Untersuchung als ungeeignet für den Umgang mit multimedialen digitalen Aufzeichnungen, die Hypertextelemente enthalten. Es ergab sich ein Antagonismus zwischen der Erhaltung des Inhaltes eines elektronischen Dokumentes und der Erhaltung des Kontextes, in dem dieses Dokument entstanden war.

Bei der Untersuchung des Verhältnisses zwischen digitalen Aufzeichnungsformen und ihren analogen Äquivalenten ergab sich ein uneinheitliches Bild. Es erwies sich, daß von hundert Projektberichten, die im Jahre 1996 bei der Weltbank erstellt worden sind, fünfzig Prozent nur auf Papier existierten und keine elektronische Gegenüberlieferung aufwiesen. Bei weiteren fünfundzwanzig Prozent existierten zwar digitale Aufzeichnungen, die aber weder in ihrer Struktur noch in ihrem Inhalt mit den parallelen Aufzeichnungen auf Papier identisch waren. Nur bei zwanzig Prozent war die elektronische Überlieferungsform mit der parallelen Papierüberlieferung deckungsgleich. Die Ursache für diesen überraschenden Befund liegt in den bisher üblichen Konzepten von Dokument-Management-Systemen (DMS), die nicht für die Anwendung in allen Stationen des Lebenszyklus ausgerichtet sind und die jeweils notwendigen Kontext- und

Strukturinformationen bereitstellen.

Auch für die nächste Zukunft ist es nicht zu erwarten, daß Dokument-Management-Systeme entwickelt werden, die den gesamten Komplex abdecken könnten, aber der Transfer zwischen den verschiedenen Stationen des Lebenszyklus wird besser hergestellt werden können, so daß es auch zu einer besseren Integration zwischen dem Management elektronischer Aufzeichnungen und den kontextbezogenen Funktionen von Unterlagen kommen wird. Für die Praxis hat es sich erwiesen, daß es weitaus besser ist, dabei einzelne Teilelemente zu implementieren und das Gesamtsystem elektronischer Schriftgutverwaltung zu reformieren als ständig mit einem neuen Gesamtansatz arbeiten zu wollen.

Tora Bikson analysierte bei der Weltbank zunächst einmal die vorhandenen elektronischen Dokumente und verglich sie mit ihrer Verwendung und ihrer Position im Lebenszyklus. Zuerst wurden die wichtigsten Geschäftsoperationen, aufgeteilt in externe und interne Verwaltungsprozesse, identifiziert. Dann ging es darum herauszufinden, welcher Typ von Dokument, z. B. Reports, Memos oder Briefe, in der jeweiligen Organisationsform und in der jeweiligen Stufe des Lebenszyklus Verwendung fanden. Es erwies sich, daß z. B. die Weltbank eine spezielle Typologie für ihre Projektberichte hat, die aus nicht weniger als vierhundert Kategorien bestand, die nach der Arbeit der RAND-Corporation auf drei Kategorien reduziert werden konnten. Die Grundfrage bei dieser Reduktion war einzig und allein, welches Dokument in welcher Überlieferungsform am besten zur Evidenzsicherung geeignet war. Im Abschlußbericht der RAND-Corporation für die Weltbank wurden drei Möglichkeiten zur weiteren Verbesserung der elektronischen Schriftgutverwaltung aufgezeigt: Erstens wäre es möglich gewesen, jeweils die neueste Version der von der Industrie bereitgestellten Softwareprodukte zu erwerben, die zweite Möglichkeit läge in der Entwicklung von speziellen, eigenständigen, auf die Bedürfnisse der Weltbank jeweils zugeschnittenen Dokument-Management-Systemen, und die dritte Möglichkeit bestand darin, einzelne auf die jeweilige Verwendung zugeschnittene Module zu entwickeln und zu implementieren. Der dritte Weg erwies sich als geeignet und kostengünstig für die Weltbank.

Zunächst einmal ging es darum, eine tragfähige Implementationsstrategie zu entwickeln, die aus drei Schritten bestehen soll. Zuerst muß es darum gehen, eine Zielsetzung und eine Funktion für Schriftgutverwaltung genau zu umreißen und zu definieren. Der nächste Schritt wird sein, sich zu fragen, welche Dokumente aus dem Schriftgutverwaltungssystem tatsächlich mit dieser Funktion und Zielsetzung in Verbindung zu bringen sind, mit dem Ziel, Dokumentklassen, ggf. ergänzt durch Experimente oder Prototypprojekte herauszuarbeiten, und der letzte Schritt ist es dann, ein sehr konkretes Projekt zu starten, das im Zuge einer Systementwicklung genau die Module bereitstellt, die nötig sind, um das Dokument-Management-System insgesamt zu verbessern.

Für das Weltbankprojekt läßt sich festhalten, daß die Arbeit von Tora Bikson bereits im Jahre 1998 zu einer Einsparung von 50 Mill. US-Dollar im Bereich der Schriftgutverwaltung geführt hat. Insbesondere erwies es sich als vernünftig, daß das Management von elektronischen Unterlagen als dezentralisierter Geschäftsprozeß angesehen wurde und daß von vornherein nicht versucht wurde, die gesamte Schriftgutverwaltung zu digitalisieren, denn digitale Überlieferungsformen kommen mit weniger Papier aus, aber ganz ohne Papier geht es auch dabei nicht.

Im zweiten Vortrag referierte Jeff *Rothenberg* über „The Features of Digital Documents“ und stellte das Konzept der Emulation zur dauerhaften Sicherung digitaler Aufzeichnungen vor. Es gibt vier Gründe, die aus Rothenbergs Sicht für die Nutzung und dauerhafte Aufbewahrung digitaler Aufzeichnungen sprechen. Sie können vollständig kopiert werden, sie sind leicht zugänglich zu machen und leicht zu verteilen. Darüber hinaus erlauben sie es, ständig neue Informationen in sie zu integrieren. Und sie ermöglichen neue Darstellungsformen, z. B. die flexible Einbindung von Hypertext-Funktionen. Eine Konversion auf den analogen Informationsträger Papier kann deshalb keine endgültige Lösung sein, weil das papierene Gegenstück eines digitalen Dokuments sehr umfangreich sein kann und es in einigen Fällen gar nicht möglich ist, bestimmte Darstellungsformen digitaler Dokumente (z. B. Hypertext-Funktionen) in analoger Form auf Papier zu reproduzieren.

Digitale Dokumente können auf zwei Wegen zerstört werden, zum einen physisch, z. B. durch die Beschädigung des Datenträgers. Zum anderen kann die logische Struktur zerstört werden, d. h. die Information, die auf einen Datenträger gespeichert ist und zu einem digitalen Dokument gehört, kann zerstört werden, sie ist nicht mehr lesbar. Im Augenblick ist das tatsächliche Problem im Umgang mit digitalen Dokumenten nicht ihre begrenzte physische Überlebenszeit, sondern daß sie logisch obsolet werden. Die im Archivbereich heute gebräuchlichen Ansätze im Umgang mit elektronischen Unterlagen sind nicht besonders kosteneffizient, da sie den Produktionsanwuchs von Dokumenten und den technischen Fortschritt während der Zeit nur unzureichend berücksichtigen können. Wenn man ein digitales Dokument nach einigen Jahren benutzen will, hat man z. B. die Möglichkeit, es in eine neue Softwareversion hinein zu konvertieren, aber dabei muß man darauf achten, daß die digitale Information nicht geändert wird, und die Konversion auch der Metadaten muß sichergestellt werden.

Digitale Dokumente können nur dadurch verwendet werden, daß man ein Softwareprogramm ablaufen läßt. Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten: Zum einen kann man die Originalsoftware, in der das elektronische Dokument entstanden ist, verwenden, zum anderen kann man das Dokument in eine völlig neue Softwareumgebung hinein konvertieren. Vor dem Hintergrund der Sicherung der Entstehungszusammenhänge digitaler Aufzeichnungen und ihrer Authentizität und Integrität ist es notwendig, die originale Software zu verwenden, wenn man z. B. das sehen will, was auch der Autor eines Textes gesehen hat. Zur Sicherung von Entstehungszusammenhängen und der Authentizität kommt es aber auch darauf an, nicht nur das einzelne digitale Dokument, sondern seinen Platz in der Gesamtstruktur aller zu ihm in Beziehung stehenden digitalen Dokumente nachvollziehbar zu halten.

Das skizzierte Problem könnte dadurch gelöst werden, daß nicht nur das digitale Dokument in seiner ursprünglichen Softwareumgebung, sondern auch in seiner ursprünglichen Hardwareumgebung aufbewahrt wird. Die Aufbewahrung der ursprünglichen Hardware ist aber ein ungeeigneter Lösungsansatz, da er hohe Kosten und technische Probleme mit sich bringt und Archive in Computermuseen umwandeln würde.

Eine weitaus bessere Möglichkeit zur Weiterverwendung digitaler Dokumente bei Sicherung ihrer Integrität und Authentizität ist das Emulationsverfahren. Emulation bedeutet, daß die Fähigkeiten von Hard- und Softwareumgebungen, in denen ein digitales Dokument entstanden ist, beschrieben werden, so daß sie nachträglich wieder rekonstruiert werden können. Ansatzpunkt ist dabei nicht jedes einzelne elektronische Dokument, jede einzelne Applikation, jedes einzelne Programm und jedes einzelne Betriebssystem, sondern die Beschreibung der Hardware-Plattformen. Auf diese Art

und Weise kann es möglich sein, Struktur und Inhalt eines digitalen Dokumentes nachträglich zu rekonstruieren, wenn die Hardware und die zu seiner Erstellung verwendete Software emuliert und beschrieben wurden. Auch die Computerindustrie arbeitet heute nach dem Emulationsverfahren, wenn neue Prozessoren und Rechner entworfen werden.

Die Emulation der Hardware ist verknüpft mit der Einkapselung der digitalen Aufzeichnungen und der Software. Einkapselung bedeutet, daß die digitalen Aufzeichnungen zusammen mit der Softwareumgebung, in der sie entstanden sind, dem Betriebssystem und den Metadaten in einer logischen Einheit verknüpft und aufbewahrt werden. Wenn das ursprüngliche elektronische Dokument genutzt werden soll, kann über eine Emulation der Hardwareumgebung und der Verwendung der ursprünglich genutzten Software das Dokument so aufgerufen werden, wie es der ursprüngliche Autor einmal selbst vor Augen gehabt hat.

Darüber hinaus wird für dieses Verfahren auch die technisch notwendige Migration, die sich aus der beschränkten physischen Lebensdauer der digitalen Informationsträger ergibt, sehr viel besser gelöst als mit dem bisherigen Verfahren. Bevor aber die Emulationstechnik angewandt werden kann, müssen noch eine Reihe von Vorbedingungen erfüllt werden. Zuerst müssen zunächst einmal Einkapselungstechniken entwickelt werden. Dazu benötigt man logische Standards, die zeigen, wie eine Emulation und die dazugehörigen Beschreibungen **transliteriert** werden. Eine weitere Bedingung ist, daß technische Spezifikationen zur Entwicklung von Emulatoren entwickelt werden müssen. Auch ist die technische Durchlässigkeit von Migration zu Migration sicherzustellen. Von rechtlicher Seite müssen, damit dieses Konzept anwendungsreif wird, Fragen, die z. B. den Urheberrechtsschutz betreffen, zunächst einmal gelöst werden.

Der Vorteil des Emulationsverfahrens liegt darin, daß eine Lösung für ein Dokument über das Emulationsverfahren eine Lösung für alle anderen Dokumente, die auf der gleichen Hardware-Plattform und in dem gleichen Komplex von Betriebssystem und Software entstanden sind, gefunden werden können. Anders als die klassischen Migrationsverfahren geht man nicht mehr von der Individualität der Dateien aus, sondern macht die Struktur, in der das elektronische Dokument entstanden ist (Hardware, Betriebssystem, Software), neben dem Dokument in seiner ursprünglichen Struktur zu dem, was dauerhaft aufbewahrt wird.

Literaturhinweise:

Tora K. *Bikson*: A Roadmap for Implementing Document Management in United Nations Organizations. Rand-Corporation-Draft DRU 1889, November 1997.

Jeff *Rothenberg*: Avoiding Technological Quicksand: Finding a Viable Technical Foundation for Digital Preservation. Report to the Council on Library and Information Resources (CLIR). Im Internet downloadbar unter <http://www.clir.org/pubs/reports/rothenberg/pub77.pdf> . (Stand: 10.5.99)

Treffen des Internationalen Archivrats/Sektion Kommunalarchive (ICA/SMA) in Lübeck

Antjekathrin Graßmann

Schon vor dem 2. Weltkrieg gab es ein Komitee von Archivexperten unter der Leitung des Internationalen Instituts für geistige Zusammenarbeit, dies eine Vorstufe der UNESCO. Seit 1951 gehört auch Deutschland zu dieser Organisation, die sich des Schutzes geistigen Eigentums annimmt, sozialwissenschaftliche Studien fördert, den Personenaustausch zwischen Forschungsstätten und den Austausch von Literatur zwischen den einzelnen Ländern unterstützt sowie Aktionsprogramme in unterentwickelten Gebieten durchführt. Zur UNESCO gehört auch der Internationale Archivrat, der in eine große Zahl von Unterabteilungen zerfällt, die teils regionale Programme fördern, teils auch archivtechnische Fragen übernational regeln. Seit 1986 besteht auch die Sektion der Kommunalarchive, die in Luxemburg gegründet wurde. Sie konzentriert sich speziell auf die Aufgaben der Stadtarchive und zählt gegenwärtig ca. 200 Mitglieder in fast 30 Ländern. Auch das Archiv der Hansestadt Lübeck gehört dazu und vertritt die deutschen Kommunalarchive für den Zeitraum 1996–2000 im Vorstand der Sektion. Vollversammlungen führten bis zu 150 Archivare aus europäischen und nicht-europäischen Ländern z. B. in Amsterdam 1990, Budapest 1994 und Tel Aviv 1998 zusammen; im Jahr 2000 wird man sich im spanischen Sevilla treffen.

Im Zentrum der Tagesordnung der am 10.–13. Juni 1999 veranstalteten Lübecker Sitzung stand denn auch die Vorbereitung der Generalversammlung in Sevilla, die unter dem Thema „Archive im Internet: Sinn und Nutzen für die Stadtarchive (Using the Internet, what for?)“ stehen wird. Weiter sind von den insgesamt 16 Tagesordnungspunkten noch folgende hervorzuheben: Es wird an die Veröffentlichung der Papers vom ICA/SMA-Kongreß in Tel Aviv unter dem Thema „Municipal Archives in changing environment“ in der Zeitschrift des Internationalen Archivrats **Janus** gedacht. – Eine Veränderung der Satzung soll in Sevilla durch die Mitgliederversammlung beschlossen werden. Sie bezieht sich insbesondere auf die Zahl der Vorstandsmitglieder (gegenwärtig 9, sodann 13). – Das Verzeichnis der Kommunalarchive (International Directory of Municipal Archives), das die Sektion 1993 herausbrachte, soll überarbeitet neu erscheinen. – Ein Newsletter, der zuerst nur eine Seite umfassen, sodann aber auch die Papers von Veranstaltungen enthalten soll, wird demnächst veröffentlicht und auch ins Internet gestellt werden. Besonders interessant war die Vorstellung einzelner, besonders die internationalen Stadtarchive betreffender Unternehmungen, so des DACE-Projekts (Model for a Description system of the historical Archives of the Capitals of Europe) und eines weiteren Projektes, in dem neun Städte, angeführt durch Bergen – im Jahr 2000 Kulturstadt von Europa –, sich zum Thema „Kultur in Europa in Archivadokumenten“ zusammenfinden sollen. Besonders beeindruckend war jedoch das in einer umfangreichen Denkschrift vorgelegte Projekt von Daise Aparecida *Oliveira*, Stadtarchiv Sao Paulo, zur Kooperation und Integration der Stadtarchive von Ibero-Amerika und der Karibik (Cooperation and Integration of Municipal Archives of the America Iberian and the Caribe).

Auf der Sitzung in Lübeck waren die kommunalen Archive folgender Länder vertreten: Moskau/Rußland (Vladimir *Manykin*), Bergen/Norwegen (Arne *Skivenes*), London/GB (James *Sewell*), Barcelona/Spanien (Ramon *Alberch*), Wien/Österreich (Prof. Dr. Ferdinand *Opll*), Amsterdam/Niederlande (Wilhelmina *Pieterse*), Peking/China (Junhe *Luo* und Bing *Qi*), Rennes/Frankreich

(Catherine *Laurent*) sowie das gastgebende Lübeck (Prof. Dr. *Graßmann*). Aus familiären Gründen hatten ihr Nichterscheinen entschuldigen müssen: Montreal/Canada (Diane *Charland*) und Sao Paulo/Brasilien (Prof. M. A. Daise *Aparecida Oliveira*).

Außerhalb des Arbeitsprogramms konnte mit einem speziell auf Lübeck ausgerichteten Informationsprogramm aufgewartet werden, wozu natürlich auch eine ausführliche Besichtigung des dortigen Archivs gehörte. Für die Herkunftsländer aller Sitzungsteilnehmer konnten Urkunden vorgelegt werden, von kaiserlichen Urkunden des 12.-16. Jahrhunderts bis hin zu einem hanseatischen Handels- und Schiffahrtsvertrag mit China von 1861. Der Reichtum an frühen und bemerkenswerten historischen Quellen im Archiv der Hansestadt Lübeck rief die Bewunderung der internationalen Fachleute hervor.

Am Ende der Tagung konnte ein wichtiges Gespräch mit dem Stadtarchivar von Bergen, Arne *Skivenes*, geführt werden, das sich auf das von der VW-Stiftung finanzierte Projekt der Verzeichnung des „Bergenfahrer-Archivs in Lübeck“ bezog. Hier findet eine enge Zusammenarbeit mit Bergen statt. Moderne Digitalisierungsmethoden sollen im einem Anschlußprojekt den internationalen Zugriff ermöglichen.

Der Kroatische Archivtag 1998 in Opatija

Vida Pavlicek

Der Kroatische Archivtag fand vom 14.-16. Oktober 1998 in Opatija statt. Er stand unter dem Thema „Die Schriftgutverwaltung und das moderne Verwaltungswesen“. An der Tagung haben von den etwa 300 Beschäftigten im kroatischen Archivwesen insgesamt etwa 200 Archivare und Archivarinnen, die als Vertreter der staatlichen, früher regionalen historischen Archive kamen, sowie Gäste aus Deutschland, England, den Niederlanden, Slowenien und Bosnien-Herzegovina teilgenommen. Zum erstenmal waren aber auch Schriftgutorganisatoren (Registratoren), die in der öffentlichen Verwaltung, in öffentlichen Institutionen und in der Wirtschaft tätig sind, anwesend.

Im Einleitungsreferat gab Dr. Josip Kolanovič Direktor des Kroatischen Staatsarchivs in Zagreb, einen Überblick der historischen Entwicklung der Registraturordnungen und Organisationsformen der Verwaltung in Kroatien. Er betonte den Zusammenhang zwischen der vorarchivischen Sorge um die Unterlagen und dem Erschließungsprozeß im Archiv, was man als zwei Teile eines einzigen kontinuierlichen Lebenswegs des Schriftguts betrachten soll.

Andere Vorträge behandelten

- die Schriftgutverwaltung in Behörden und anderen öffentlichen Dienststellen Kroatiens nach dem Zweiten Weltkrieg;
- den Zustand der Schriftgutverwaltung in der Region Dalmatien und Dubrovnik zur Zeit der französischen Verwaltung;
- die Ausgestaltung und Anwendung der Einheitsaktenpläne in den Behörden und öffentlichen Dienststellen Kroatiens, mit einem Rückblick auf die Organisation der sogenannten „Vital Records“ Akten;
- die Probleme der Anwendung elektronischer Informationsträger und elektronischer Aktenverwaltung mit einem historischen Überblick bzw. Hinweis auf die Zukunftsperspektiven in Kroatien;
- die Bewertung im Makrobewertungskonzept, ergänzt mit einem Bericht über die Bewertung des Schriftguts in den Handelskooperationen.

Die Referate aus den benachbarten Staaten behandelten die Schriftgutverwaltung der modernen Behörden in Slowenien und den Zustand der Registraturen in Bosnien-Herzegovina nach dem Krieg. Andere ausländische Gäste sprachen über Überlieferung und Bewertung des Schriftguts in Privatarchive, z. B. über die Besitzungen des Fürstenhauses Thurn und Taxis in Kroatien, über Zusammenhänge zwischen dem Berufsbild des Archivars und des Schriftgutorganisators als zwei Vertreter einer gemeinsamen Profession mit verschiedenen Verantwortlichkeiten, über Möglichkeiten und Gefahren bei der elektronischen Datenspeicherung für die Rechtssicherheit und Informationsqualität eines Dokuments, ein Paradoxon unserer Informationsgesellschaft.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß durch das Vortragsprogramm des Archivtags die Bedeutung des Schriftguts für die Verwaltung in allen öffentlichen Institutionen und Unternehmen

als eine wichtige Ressource der modernen Informationsgesellschaft sehr unterstrichen wurde. Daraus ergaben sich auch die wichtigsten Ergebnisse des Archivtags, nämlich, daß die Informationssicherheit bei der Schriftgutverwaltung beginnt und daß die Registraturen der öffentlichen Verwaltung ein wichtiges Betätigungsfeld der Archive sein müssen. D. h., die Archive müssen die gesetzliche Regelung der Schriftgutverwaltung sowie die laufende Praxis in den Registraturen als Teil ihrer professionellen Zuständigkeit betrachten. Diese Zuständigkeit soll durch gesetzliche Vorschriften gewährleistet sein, so daß sie den Behörden und deren Schriftgutorganisatoren ihre Hilfe anbieten können.

In der Abschlusssitzung wiesen Mitglieder der Tagung auf die wichtigsten Probleme in der gegenwärtigen Registraturverwaltung hin. Dort existierten veraltete, den heutigen Bedürfnissen nicht mehr entsprechende Rechtsvorschriften, es herrsche eine ungenügende vorarchivische Sorge für die Unterlagen, ein unklares Berufs- und Aufgabenbild der Registratoren und eine Vernachlässigung der fachlichen und technologischen Entwicklungstendenzen. Deshalb soll sich das kroatische Archivwesen zukünftig mehr in die Gestaltung neuer gesetzlicher Verordnungen zur Schriftgutverwaltung in öffentlichen Institutionen einschalten. Diese Verordnungen sollen in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsministerium und den Vertretern der Schriftgutorganisatoren erstellt werden. Ziel ist die bessere Anwendung von Einheitsaktenplänen und anderen Standards in den Registraturen der öffentlichen Verwaltung. Durch neue Vorschriften sollen auch die bisherigen Unklarheiten auf dem Gebiet der elektronischen Informationsträger und der elektronischen Aktenführung gelöst werden.

Schließlich haben die Teilnehmer am Kroatischen Archivtag 1998 beschlossen, zukünftig auch die Schriftgutorganisatoren aus Behörden und öffentlichen Dienststellen sowie aus privaten Wirtschaftsunternehmen in den Archivarsverband anzugliedern, für sie Programme zur fachlichen Ausbildung zu organisieren und ihnen professionelle Hilfe anzubieten.

Den Abschluß bildete die Mitgliederversammlung des Kroatischen Archivarsverbandes mit dem Jahresbericht und den Plänen für das nächste Jahr. Dem schloß sich noch die Besichtigung des Staatsarchivs Rijeka und des alten Pilgerortes Trsat an.

28. Österreichischer Archivtag und 5. Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft der mitteleuropäischen Archivarsverbände in Klagenfurt

Diether Degreif

Am Vormittag des 3. Mai 1999 trafen sich gut 150 Archivarinnen und Archivare aus 11 europäischen Staaten im Konferenzsaal der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Kärnten in Klagenfurt zur Eröffnung des unter dem Generalthema „Die österreichischen Archive an der Jahrtausendwende“ stehenden 28. Österreichischen Archivtages (3.–4. Mai 1999). Universitäts-Dozent Dr. *Ogris*, Präsident des Verbandes Österreichischer Historiker und Geschichtsvereine sowie Direktor des Kärntner Landesarchivs, hob in seinen Begrüßungsworten hervor, daß die Mitglieder des Berufsstandes keine weltabgewandten Sonderlinge mehr seien und daher für das 21. Jahrhundert durchaus auch visionäre Leitbilder entwickeln könnten. Den Archivaren komme nämlich eine gestiegene gesellschaftspolitische Relevanz zu. Für den Präsidenten des Verbandes Österreichischer Archivare, Universitäts-Professor Dr. *Csendes*, Stadt- und Landesarchiv Wien, stand es außer Frage, daß die Archivare mit der Zeitenwende werden umgehen können. Zur Bewältigung der neuen Herausforderungen forderte er ein verstärktes gemeinsames, auch grenzüberschreitendes Zusammenwirken. Diplom-Kaufmann *Scheucher* betonte als Bürgermeister der Kärntnerischen Landeshauptstadt die Rolle der Archive als Gedächtnis der Länder und der Städte. Als Landeshauptmann von Kärnten und gleichzeitiger Kulturreferent des Bundeslandes ging Dr. *Haider* in seinem Grußwort auf die Diskussionen um den Entwurf des Bundesarchivgesetzes ein. Der Gesetzentwurf scheiterte bislang an dem Widerstand der Landeshauptleute. Umrahmt wurde die stimmungsvolle Eröffnungsveranstaltung von dem HoViHoloHoff Brass Quintett.

Die Vormittagssitzung eröffnete dann Honorar-Professor Hofrat Dr. *Mikoletzky*, Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs, mit einem Rück- und zugleich einem Ausblick auf die Situation des von ihm geleiteten Archivs an der Jahrtausendwende. Ausführlich beleuchtete er dabei den Zeitraum zwischen 1945 und 1955, als Professor Santifaller die Geschicke des Staatsarchivs leitete. Das Jahr 1980 bedeutete eine Zäsur in der Entwicklung des Archivs. Es entstand der Plan zum Bau eines zentralen österreichischen Staatsarchivs und zur Bildung einer neuen Abteilung „Archiv der Republik“, die drei Jahre später ihre Tätigkeit aufnahm. Insgesamt bewirkte diese Entwicklung eine tiefgreifende Umstrukturierung des österreichischen Archivwesens, die aber bereits einen ersten Schritt in das neue Jahrtausend darstellte. Neben einem hohen Maß an Flexibilität forderte der Referent verstärkte Bemühungen um eine Kontaktpflege zum Ausland ein.

Der Direktor des Oberösterreichischen Landesarchivs in Linz, Universitäts-Professor Hofrat Dr. *Haider*, stellte die österreichischen Landesarchive in seinen Ausführungen auf den Prüfstand der Gesellschaft. Der in dieser zu beobachtende Wandel hat auch vor den (Landes-)Archiven nicht haltgemacht. Die Landesarchive haben sich in den letzten Jahren zu Zentralarchiven und zu historischen Forschungs- und Wissenschaftsstätten entwickelt. Statt Inseln der Vergangenheit für elitäre Benutzerkreise seien die Archive heute moderne Informationszentren für alle Bürger geworden. Mit einer schleunigen Einstellung auf die Erfordernisse der Zeit wird es den Archiven gelingen, ihre Zukunft auf gewisse Zeit zu sichern. Der Referent beklagte die stetig weiter auseinanderklaffende Schere zwischen den gewachsenen – frei gewählten aber auch zugewiesenen –

Aufgaben der Archive und den ihnen zur Verfügung stehenden gleichbleibenden personellen und materiellen Ressourcen. Zu den Defiziten im Wirkungsbereich der Landesarchive zählt nach Ansicht Dr. Haiders der Föderalismus, der sich unter anderem darin zeigt, daß allein das Staatsarchiv als Ansprechpartner für die europäischen Institutionen fungiert. Des weiteren wies er auf den beklagenswerten Zustand der Wirtschaftsarchive hin. Künftige Aufgaben für die Landesarchive werden in einheitlichen Benutzungsregelungen und -bedingungen gesehen. Des weiteren gilt es, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen, um den Schritt zum papierlosen Büro rechtzeitig nachvollziehen zu können.

Nach der sich an die beiden Vorträge anschließenden Diskussion, in der erneut innovatives Denken gefordert wurde, kam es zum dritten Beitrag der Vormittagssitzung. Dr. Wilhelm *Wadl*, Kärntner Landesarchiv, hob in seinem ebenso informativen wie lebhaft vorgetragenen Beitrag „Zur Kostenfrage im österreichischen Archivwesen“ hervor, daß der „Warencharakter“ von Archivgut innerhalb des Berufsstandes noch viel zu wenig verbreitet ist. Dabei haben die Archivare teilweise eine Monopolstellung über Informationen und erbringen vermarktbar wissenschaftliche/ archivarisches Leistungen. Bei den Forschern stellt er ein mangelndes Kostenbewußtsein fest. Im Kärntner Landesarchiv strebte man eine Vollkostenkalkulation an, was verschiedenartige Probleme mit sich brachte, die näher erläutert wurden.

Nach der Mittagspause beleuchtete Senatsrat Dr. Fritz *Mayrhofer*, Direktor des Archivs der Stadt Linz, als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalarchive in Österreich die aktuelle Situation der Kommunalarchive. Für ihn ist die Abkehr von den klassischen und die Hinwendung zu modernen dezentralen Strukturen unabwendbar. Aus Linzer Sicht gab der Kollege einen Erfahrungsbericht über das neu erarbeitete Leitbild der Kommunalarchive und die Produktkataloge, die für folgende Bereiche erstellt werden: Bewahren und Erschließen, Sammeln und Dokumentieren, Beraten, Informieren und Forschen. Mit dem Produktkatalog erhofft man sich einen größeren internen und externen Bekanntheitsgrad. Des weiteren dürfte der Katalog ebenso für die Effektivität wie für die Effizienz in den Archiven von einiger Bedeutung sein. Anschließend widmete sich der Leiter des Archivs der Diözese Gurk in Klagenfurt, Universitäts-Dozent Dr. Peter *Tropper*, sowohl der Situation als auch dem Leitbild der kirchlichen Archive in Österreich. Die historische Entwicklung und die gegenwärtige Situation der Privatarhive standen im Mittelpunkt der Ausführungen von Dr. Felix *Tobler* vom Burgenländischen Landesarchiv in Eisenstadt. Vinzenz *Jobst*, Leitender Sekretär des Archivs der Kärntner Arbeiterbewegung in Klagenfurt, sieht in der von ihm vorgestellten Institution eine regionale Anlauf- und Sammelstelle. Alleiniger Zweck des 1986 als Verein entstandenen Archivs sind Sammlung, Archivierung und Dokumentation von Unterlagen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Eine überblickshafte Vorstellung der Archive wissenschaftlicher Einrichtungen in Österreich bot abschließend Hofrat Dr. Kurt *Mühlberger*, Leiter des Archivs der Universität Wien.

In der sich an die Vorträge anschließenden Generalversammlung des Verbandes Österreichischer Archivare wurde Universitäts-Professor Dr. Peter *Csendes*, Wiener Stadt- und Universitätsarchiv, als Vorsitzender des Verbandes bestätigt. Auch die sonstigen Vorstandsmitglieder wurden in ihrem Amt bestätigt. Hofrat Honorar-Professor Dr. *Pferschy*, früherer Direktor des Steiermärkischen Landesarchivs in Graz und langjähriger Vorsitzender des Verbandes Österreichischer Archivare, wurde unter großem Beifall der Anwesenden zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes ernannt. Nach fast einem Tag im Konferenzsaal waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer froh, sich bei einer von

Stadtrat Dr. Dieter *Jandl* durchgeführten Führung durch die Altstadt von Klagenfurt die Füße vertreten zu können. Mit einem stimmungsvollen Cocktailempfang des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Klagenfurt im Bamberger Hof, der bei einem frisch gezapften Bier oder einem guten Glas Wein reichlich Gelegenheit zu kollegialem Gedankenaustausch bot, klang der Tag aus.

Am folgenden Morgen trafen sich auf Einladung des Verbandes Österreichischer Archivare Vertreterinnen und Vertreter mitteleuropäischer Archivarsverbände zu ihrem mittlerweile fünften Kolloquium. In einer allgemeinen Gesprächsrunde zu aktuellen Fragen schlug Kollege Csendes zur Koordinierung archivfachlicher Termine nationaler wie regionaler Verbände die Einrichtung einer Clearingstelle vor. Das von ihm geleitete Stadt- und Landesarchiv wird diese Aufgabe bis auf weiteres wahrnehmen. Pferschy richtete einen Appell um Hilfe für Bosnien, Serbien und den Kosovo an die Anwesenden. An das gemeinsam eingenommene Mittagessen schloß sich ein informativer Besuch des neu erbauten Kärntner Landesarchivs an.

Schwerpunktthema der zweiten Arbeitssitzung war „Bilddokumente in Archiven“. Da Archive als Service- und Dienstleistungseinrichtungen für Dritte voraussichtlich niemals kostendeckend werden arbeiten können, sah Dr. *Dallmeier*, Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv in Regensburg, eine Möglichkeit zur Einnahmesteigerung in dem Verkauf von Bildrechten. Um einen schnellen Zugriff auf Bildmaterial gewährleisten zu können, bedarf es jedoch einer guten Bilddatei. Außerdem empfahl er, bei der Gebührenerhebung stets auf die von der Mittelstandsgemeinschaft Foto-Marketing erarbeitete Bildhonorarordnung hinzuweisen. Dr. Heinrich *Berg*, Wiener Stadt- und Landesarchiv, präsentierte in seinem fundierten Beitrag die Fotodatenbank der Stadt Wien.

Dokumentenpublikation zu den russisch-deutschen Beziehungen: Istoriceskij arhiv - Historisches Archiv - (I. A.), 6 (1998), Heft 1¹

Hermann Schreyer

I.A. dient der Veröffentlichung von Archivdokumenten und erscheint - nach einem Eröffnungsheft 1992 - seit 1993 sechsmal jährlich; zu Geschichte und Inhalt des **I.A.** siehe **Der Archivar**, 51 (1998), 3, Sp. 480-482. Nach Heften zu den russisch-englischen (**I.A.**, 1995/1) und russisch-französischen Beziehungen (**I.A.**, 1996/1) liegt nun das seit längerem angekündigte Heft zu den russisch-deutschen Beziehungen vor.

Der Zielstellung des **I.A.** entsprechend handelt es sich um Erstveröffentlichungen von Dokumenten aus russischen und - in drei Fällen - deutschen Archiven. Die russischen Archivdokumente hätten zu sowjetischen Zeiten nicht veröffentlicht werden können, so daß auch deshalb die Publikation von besonderem Interesse ist. Die Dokumente werden hier - unabhängig von ihrer Reihenfolge im Heft - chronologisch aufgeführt und erläutert.

- Beziehungen Rußlands zu Brandenburg-Preußen: Information über die Ankunft eines Brandenburger Eilboten in Moskau 1675. Russ. Staatsarchiv alter Akten, Fonds (F) 93, Beziehungen zu Preußen. - S. 183-196.
- Meldung über die Ankunft Zar Peters I. in Pillau, 1697, Nieders. HStA Hannover, Calenberger Briefschäftsarchiv Celle. - S. 197-206.
- Brief des russischen Arztes D. S. Samojlovicv an den Sekretär der Kurpfälzischen Akademie der Wissenschaften, A. Lahme, 1783. Generallandesarchiv Karlsruhe. - S. 207-210.
- Bericht des russischen Finanzministers u. a., 1806, an Zar Alexander I. über die Geschichte des deutschen Theaters in Rußland. Russ. Hist. Staatsarchiv, F. 497. - S. 159-165.
- Bericht - vermutlich eines deutschen Diplomaten -, etwa 1815/1820, über die Rolle der deutschen Staaten in Europa und die deutsch-russischen Beziehungen. Archiv für Außenpolitik des Russ. Reiches, F. Kanzlei. - S. 166-182.
- Briefe des russischen Ingenieurs N.M. S^hapov aus seiner Zeit als Student der Technischen Hochschule Darmstadt, 1906/1907. Aus dem Nachlaß seines Sohnes, A. N. S^hapov, Verfasser u. a. des Buches "Russische Studenten an westeuropäischen Hochschulen", Wien 1983. - S. 147-158.
- Gruß des Historikers und Akademiemitgliedes A. S. Lappo-Danilevskij, Mitbegründer des im März 1917 gebildeten Verbandes der Russischen Archivare und dessen Vorsitzender bis zu seinem Tod im Mai 1919, zum 100. Jahrestag der Berliner Universität 1910. Petersburger Filiale des Archivs der Russ. Akademie der Wissenschaften, F. 113. - S. 143-146.
- Handschreiben Lenins an Karl Kautzky, 14. Febr. 1911, mit Empfehlung G. E. Zinov'evs. Russ. Zentrum für die Aufbewahrung u. das Studium von Dokumenten zur neuesten Geschichte (jetzt: Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte), F. 2, Verz. 1, 27100, Bl. 1-3. - S. 212-215.

Das Handschreiben Lenins ist in deutscher Sprache abgefaßt und belegt die bekannte Tatsache der persönlichen Beziehungen Lenins zu seinem engen Mitarbeiter Zinov'ev, der als Opfer der Stalinschen "Säuberungen" 1936 erschossen wurde. In der russischen Übersetzung des im

Faksimile wiedergegebenen deutschen Textes (S. 214) ist ein in diesem Zusammenhang nicht ganz unerheblicher Fehler unterlaufen: Der deutsche Text lautet: "Ich empfehle Ihnen hiermit bestens meinen Freund, ... Genossen Zinov'ev" (und nicht: "Ich empfehle Ihnen meinen besten Freund ...").

- Vier Schriftstücke (Übersetzung aus dem Französischen), Nov. 1918 - Jan. 1919, über Transfer russischen Goldes von Deutschland nach Frankreich im Dezember 1918 zum "Parken" in der Bank von Frankreich bis zum Abschluß des Friedensvertrages. Zentrum für die Aufbewahrung historischer Dokumentensammlungen, ehem. "Sonderarchiv" (jetzt Teil des Russ. Staatlichen Militärarchivs). - S. 137-142.
- Fünf Schriftstücke, Nov. 1931 - Apr. 1932, - offenbar aus dem Bestand Oberreichsanwalt beim Reichsgericht - über die Unterstützung der den Staatsstreich vorbereitenden NSDAP durch die deutsche Justiz im Zusammenhang mit den "Boxheimer Dokumenten". Zentrum für die Aufbewahrung hist. Dok.sammlungen (wie vorstehend). F. 1361.- S. 124- 136.
- Schriftwechsel Walter Benjamins, Apr. 1936 - Dez. 1937, mit der Redaktion - Bert Brecht, Willi Bredel, Leon Feuchtwanger - der 1936-1938 in Moskau erschienenen deutschsprachigen Emigrantenzeitschrift "Das Wort" über Benjamins Mitarbeit. Russ. Staatsarchiv für Literatur und Kunst, F. 631 u. 641. - S. 105-123.
- Vier Schriftstücke, Apr.-Okt. 1941, über den Stand der deutschen und sowjetischen Luftstreitkräfte. Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russ. Föderation. - S. 63-86.
- In sowjetischer Gefangenschaft im Februar 1948 abgegebene Erklärung des Leiters des Kirchenreferates der Verwaltung IV des Reichssicherheitshauptamtes, Dr. phil. und theol. Karl Neuhaus, zum Thema "Macht und Religion im Dritten Reich"; russ. Übersetzung aus dem Deutschen. Staatsarchiv der Russ. Föderation, F. R - 9401.- S. 87-104.
- Zwölf vom Archiv des Präsidenten der Russ. Föderation dem Zentrum für die Aufbewahrung zeitgeschichtlicher Dokumente - ZAZD - 1995 übergebene Dokumente, 30. Juni - 12. Aug. 1961, über "unverzügliche" Wirtschaftshilfe der UdSSR für die DDR. ZAZD (jetzt: Russ. Staatsarchiv für neueste Geschichte), F. 3. - S. 36-62.
- Aufzeichnung über das Treffen der Parteiführungsspitzen der KPdSU und der SED unter der Leitung von E. Honecker und K. Cvernenko, 17. Aug. 1984, in Moskau, mit Kritik der Sowjetführung am Kurs der Annäherung zwischen DDR und Bundesrepublik. "Diese Frage berührt die Interessen der Sowjetunion direkt." Bundesarchiv, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, Bestand Krenz. - S. 4-35.

Das Heft enthält außerdem kurze Rezensionen folgender Publikationen:

- Nemcy v Rossii: problemy kul'turnogo vzaimodejstvija (Deutsche in Rußland: Probleme der kulturellen Beziehungen). Artikelsammlung. St. Petersburg 1998, 327 S. - S. 216.
- Nemcy i razvitija obrazovanija v Rossii (Die Deutschen und die Entwicklung der Bildung in Rußland). Artikelsammlung. St. Petersburg 1998, 329 S. - S. 216 f.
- Die "rechte Abweichung" in der KPD und die Stalinisierung der Komintern. Stenogramm der Sitzung des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern zur deutschen Frage, 19. Dez. 1928, mit Vorwort und Kommentar, Moskau 1996, 192 S. - S. 218 f.

Verwiesen sei auch auf die Publikation: Rosarchiv/Archivverwaltung des Landes Niedersachsen/ Russ. Staatl. Archiv alter Akten, "Braunschweigische Fürsten in Rußland in der ersten Hälfte des 18. Jhdts."; vgl. **Der Archivar**, 52 (1999), 2, S. 168.

Fussnote 1: 219 S.; hrsg. vom Föd. Archivdienst Rußlands, Moskau; Chefred.: A. A. Cvernobaev.

[Zurück](#)

Neue Archivgebäude in der Tschechischen Republik

Borvivoj Indra

In den letzten Jahren hat sich die Pflege der Archivalien in der Tschechischen Republik beträchtlich verbessert. Während die westeuropäischen Staaten ihr Archiverbe durch den Bau neuer Archivgebäude bereits in den vorausgegangenen Jahrzehnten gesichert haben, konnte die Tschechische Republik mit dem Bau erst in den letzten Jahren beginnen. Diese Verspätung brachte allerdings wenigstens einen relativen Vorteil. Man konnte die Erfahrungen der fortgeschritteneren Länder ausnutzen und solche Verfahren wählen, die sich woanders gut bewährt hatten.

Durch ein Zusammenwirken günstiger Umstände hat sich der archivalische Reichtum in der Tschechischen Republik bis in die Gegenwart relativ vollständig erhalten. Viele Archivare und Historiker aus der Bundesrepublik sowie weiteren Ländern konnten sich bereits von dem außergewöhnlichen Reichtum der tschechischen Archive überzeugen. Im vergangenen Zeitraum bis zum Anfang der neunziger Jahre war die Fürsorge für die Aufbewahrung der Archivalien ziemlich problematisch. Die Archivalien wurden nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 bis auf geringe Ausnahmen verstaatlicht. Ungeachtet der politischen Aspekte der Enteignung privater, insbesondere alter adliger, kirchlicher und Industriearchive war der Staat nicht imstande, ausreichende Mittel für die Pflege der übernommenen Archivalien aufzuwenden. Bis 1990 wurden in Böhmen und Mähren nur vier nicht besonders große Archivgebäude gebaut und in der Slowakei war die Situation nur geringfügig besser. Der Gebäudebau wurde nicht nur vernachlässigt, sondern auf die Archive wurde oft Druck ausgeübt, aus besser erhaltenen Objekten, die für andere Organisationen ausgenutzt werden konnten, in andere, zur Aufbewahrung von Archivalien völlig ungeeignete Gebäude auszuziehen. Ende 1990 verfügten tschechische Staatsarchive über fast 500 000 laufende Meter von Archivalien und waren in 247 Objekten untergebracht. Von ihnen waren nur wenige für eine langfristige Aufbewahrung von Archivalien geeignet. Sie waren feucht, hier gab es große Temperaturschwankungen, ungenügende technische Ausstattung und schlechte Bedingungen für ihre Nutzung und für die fachliche Archivarbeit. Als Beispiel ist hier das regionale Staatsarchiv Prag anzuführen, dessen Fonds in den letzten 50 Jahren auf 27 000 laufenden Metern Archivalien schrittweise in 43 Objekten aufbewahrt wurden. Zu ihnen gehörten Burgen, Schlösser, Schulen, ein gewesenes Gefängnis des Kreisgerichts, Betriebslager, aber auch verschiedene Keller und Hallen. Die Archivalien mußten ständig umgezogen werden. Die Bemühungen der aufopferungsvollen Archivare kontrastierten mit der Gleichgültigkeit der staatlichen Verwaltungsorgane. Die Regierungsanordnung über das Archivwesen von 1954 und insbesondere das Archivgesetz von 1974 enthielten eine Reihe von für das Archivwesen positiven Elementen, die aber durch fehlende ökonomische, vor allem finanzielle Voraussetzungen untergraben wurden. Was half die Deklaration über das Verbot der Vernichtung von Archivalien, wenn eine Reihe von Archiven wegen ungenügender räumlicher Ausstattung nicht imstande war, diese Archivalien sowieso zu übernehmen? Der seit Jahrzehnten wachsende und nie seriös gelöste Mangel an Aufbewahrungsräumen und ihre schlechte Qualität haben sich für die Archive nach November 1989 noch verschlechtert, nachdem die Objekte, vor allem Schlösser und Klöster, die bis dahin als Depositenräume dienten, in private Hände zurückgegeben worden waren. Stürmische Veränderungen im politischen Leben brachten in dieser Zeit eine Reihe von dringenden und komplizierten Aufgaben. Trotzdem, die Regierung faßte 1991 den Beschluß zur Rettung der wichtigsten Archivalien durch den Bau eines großen Archivgebäudes

in Prag gemeinsam für das Staatliche Zentralarchiv der Tschechischen Republik und das Staatliche Regionalarchiv Prag.

Durch die Grundsteinlegung Ende 1992 wurde in Prag in Chodovec der Bau eines der großen europäischen Archivgebäude begonnen. Damals hat die vorausgegangene, langfristige konzeptionelle Vorbereitung der Archivare ihre Früchte getragen, die es verstanden, konkrete Argumente und Unterlagen vorzulegen und den notwendigen Bau durchzusetzen – im Unterschied zum Beispiel zu den ebenso berechtigten, aber wenig konkreten Forderungen der Nationalbibliothek. Vor der eigentlichen Projektvorbereitung wurden weitestgehend die Erkenntnisse bei dem Bau ähnlicher Archive im Ausland ausgewertet, unter anderem auch des Bundesarchivs in Koblenz. Im Hinblick auf die finanziellen Möglichkeiten und das eminente Interesse an der Rettung der Archivalien wurden in der ersten Etappe bevorzugt Depositenräume gebaut. Sie haben zwölf Obergeschosse und ein Untergeschoß. Ihre drei Flügel bilden den Buchstaben T. In jedem Geschoß sind vierzehn klimatisierte Depositenräume mit je 183 m² und Rangräume. Das hier errichtete technische Umfeld umfaßt Räume für die Aufnahme, Desinfektion, Bearbeitung und das Energozentrum. Der Depositenteil wurde 1995 der Nutzung übergeben (erste zwei Blocks), beziehungsweise 1997 (der dritte Block). Eine große Aufmerksamkeit wurde der Sicherung optimaler Bedingungen für die aufbewahrten Archivalien gewidmet. Automatisch ist hier die Temperatur 15°C \pm 2°C eingestellt, aber auch andere Einstellungen sind möglich. Um die Wärmebeständigkeit innerhalb des Gebäudes zu erhöhen, wurden bei der Konstruktion der Außenwände die Prinzipien „high inertia“ angewendet, nach der z. B. beim Bundesarchiv in Koblenz verwendeten Methode. Im Hinblick auf die relativ hohe Luftverschmutzung in der Hauptstadt ist die Zufuhr der Außenluft minimalisiert. Die Klimaanlage funktioniert wie ein geschlossenes Zirkulationssystem. Es besteht die Möglichkeit, zeitweilig etwa fünf Prozent Luft anzusaugen. Die in die Depositenäle zugeführte Luft wird einer zweistufigen Filtration unterworfen. Im Hinblick auf das hohe Schimmelvorkommen bei den aus älteren Archiven stammenden Archivalien wird etwa ein Viertel der übernommenen Dokumente einer Desinfektion unterzogen. Es werden zwei Druckautoklaven der spanischen Firma Matachana verwendet, die auf der Basis von Etylenoxid unter genau definierten Sicherheitsmaßnahmen arbeiten. Große Aufmerksamkeit wird den Brandschutzmaßnahmen gewidmet. Neben gewöhnlichen Bauelementen wie Brandtür, Feuerschutzklappe der Lufttechnik und elektronische Feueralarmanlage ist hier auch eine aufwendige stabile Löscheinrichtung auf der Basis von Inertgas Inergen installiert. Dieses Gas ist für die Archivalien völlig unschädlich, für die sich in den Depositenräumen während des Löscheingriffs befindenden Personen gesundheitlich unschädlich, kann eine gewisse Zeit eingeatmet werden. Die bei der Kollaudierung durchgeführten praktischen Prüfungen bestätigten die volle Funktionsfähigkeit und Sicherheit dieses Systems. In der Schlußetappe soll ein fünfgeschossiges Objekt mit Forschungs- und Arbeitsräumen sowie einem Verwaltungstrakt für beide Staatsarchive gebaut werden, der 1999 der Nutzung übergeben wird. Dieses Objekt hat fünf Obergeschosse. Im Untergeschoß sind Hilfslager, Garagen, ein Speiseraum für die Beschäftigten und weiteres technisches Umfeld. Im Erdgeschoß sind hinter der Pförtnerloge eine große Eintrittshalle, Garagen, eine Auskunftsstelle zur besseren Orientierung der Besucher und ein Ruheraum für die Forscher. Hier sind einige Forschungsräume mit mehr als 160 Plätzen, mit einer breiten Möglichkeit, Lesegeräte, Computer und in den Boxen Diktiergeräte usw. zu verwenden. Hier gibt es auch Vorlesungs-, Beratungs- und Ausstellungssäle, Garderoben und Toiletten für die Besucher. Im 2. Obergeschoß ist eine Bibliothek mit dem eigentlichen Lesesaal. Im 3., 4. und 5. Obergeschoß sind Foto- und Restauratorenateliers, Arbeitsräume der Archivare und Verwaltungsräume. Das Archiv ist mit einem modern konzipierten Computernetz ausgestattet. Neben diesen Objekten entstand auch ein neues

Gebäude des Archivs der Hauptstadt Prag, das nach gleichen Prinzipien gebaut wurde und ein gemeinsames technisches Umfeld hat. Es wurde ein Jahr früher der vollen Nutzung übergeben. Dieses Gebäude hat zwölf Obergeschosse und ein Untergeschoß und eine ähnliche technische und räumliche Ausstattung wie das Gebäude der Staatsarchive in der Nachbarschaft. In dem entstandenen Archivareal wird schrittweise fast eine Hälfte des ganzen archivalischen Reichtums der Tschechischen Republik gesammelt. Die neu entstandene Straße entlang des Blocks wurde in Archivstraße umbenannt. Das Bauwerk wurde im Rahmen der internationalen Baumesse FOR ARCH 1995 durch einen Ehrenpreis ausgezeichnet.

Der Aufbewahrung der Archivalien in den Kreisen dienen die Staatlichen Kreisarchive. Sie werden von allen Kreisämtern geleitet und sorgen für Archivalien erster Instanz der politischen, Finanz- und Justizorgane. Hier sind auch kommunale Archivalien aus allen Gemeinden des betreffenden Kreises untergebracht. Nur fünf größte Städte haben eine Sonderstellung und errichten eigene Archive. Die Durchschnittsgröße eines Staatlichen Kreisarchivs bewegt sich zwischen 2500 bis 8000 laufende Meter. Ihre Raumprobleme unterschieden sich in den vergangenen Jahren meistens nicht von den oben angeführten sieben staatlichen Regionalarchiven. Nur vier Kreisämter vermochten für ihre Archive kleinere Archivgebäude schon vor 1989 zu bauen. Die Regierung der Tschechischen Republik hat 1992 den unerfreulichen Zustand der Kreisarchive erörtert und den Kreisämtern auferlegt, sich mit der Lösung dieser Situation zu beschäftigen. Dies hatte eine wesentliche Verbesserung der Raumausstattung der Archive zur Folge. Ihre Formen waren mannigfaltig – von baulicher Umgestaltung der bestehenden Gebäude über umfangreiche Umbauten älterer Objekte bis hin zum Bau neuer zweckorientierter Archivgebäude. Im Zeitraum 1993 bis 1998 wurden so in der Tschechischen Republik 41 Archivgebäude gebaut. Davon sind 15 völlige Neubauten und 10 umfangreiche Umbauten bestehender Objekte, die sich dem Niveau der Neubauten näherten. Die restlichen 16 Fälle sind größere oder kleinere Umbauten und Anbauten an ältere Projekte. In einigen solchen Fällen ging es um die Rettung eines Gebäudes unter Denkmalschutz, das vom Verfall bedroht war. Als Beispiel können die Restaurierungen der Burgen in Mladá Boleslav und Devčvin dienen. Hier gilt allerdings die Regel, daß eine solche Rekonstruktion des historischen Objekts finanziell oft aufwendiger ist als ein Archivneubau. Der Bau der Kreisarchive erfolgt aufgrund von zentral ausgearbeiteten, von der Archivverwaltung herausgegebenen Richtlinien. Berücksichtigt werden auch die Empfehlungen des Internationalen Archivrates. Einzelne Bauten unterscheiden sich allerdings je nach konkreten örtlichen Bedingungen, finanziellen Möglichkeiten des betreffenden Kreisamtes, das Investor ist, nach dem Baustandort und dem Baucharakter im Falle der Rekonstruktion älterer Gebäude. Das Resultat der meisten Umbauten ist sehr gelungen, einige sind jedoch infolge schlechterer Ausgangsbedingungen weniger zufriedenstellend. Mit Befriedigung können wir trotzdem feststellen, daß keine der durchgeführten Umbauten das erforderliche Standardniveau unterschreitet und alle einen wesentlichen Fortschritt in der Archivalienpflege darstellen. Allgemein wird das Prinzip der Trennung der Bereiche für die Bewegung von Archivalien und der Öffentlichkeit eingehalten. Die sowohl mit mobilen als auch klassischen stabilen Regalen ausgestatteten Depositenräume erreichen bis auf geringe Ausnahmen die erforderlichen Parameter für die Aufbewahrung von Archivalien, ob sie mit einer Klimaanlage oder wie in den meisten Fällen mit einfacheren Mitteln ausgestattet sind. Je nach den ökonomischen Möglichkeiten der Kreise sind einige Archive im betriebstechnischen Teil bescheidener ausgestattet, in allen Fällen ist jedoch ihre Situation unvergleichlich besser als vor einigen Jahren. Die gegenwärtige Verschlechterung der ökonomischen Situation wirkte sich auf die weitere Entwicklung dieser Bautätigkeit negativ aus. Sehr schlecht bleibt auch weiterhin der Zustand des Mährischen Landesarchivs in Brünn. Die Bautätigkeit

für die neue Unterbringung der Kreisarchive wird jedoch weiter in sechs Kreisen fortgesetzt. Man kann daher feststellen, daß die Jahre seit 1990 für die tschechischen Archive eine „Goldene Zeit“ darstellen, in der grundlegende Schritte zur Rettung und Erhaltung des archivalischen Reichtums unternommen wurden.

Über die Zeitschrift "Der Archivar"

Seit August 1947 erscheint die fachwissenschaftliche Zeitschrift „Der Archivar“ als „Mitteilungsblatt für deutsches Archivwesen“. Ausgestattet mit einer Lizenz der britischen Militärregierung vom 14. Dezember 1946 sollte die Zeitschrift ein Bindeglied zwischen den Archiven aller Fachrichtungen in Deutschland sein. Treuhänderisch haben das Staatsarchiv Düsseldorf und sein damaliger Leiter Dr. Bernhard Vollmer die Herausgeberschaft übernommen. Der 1947 gegründete „Verein deutscher Archivare“ bestimmte die Zeitschrift zu seinem Veröffentlichungsorgan. 1966 übertrug der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen dem Hauptstaatsarchiv Düsseldorf die dienstliche Aufgabe, die Zeitschrift „Der Archivar“ als Gemeinschaftsorgan für alle deutschen Archive und Archivare herauszugeben. Im gleichen Jahr schrieb der „Verein deutscher Archivare“ in seiner Satzung fest, seine Vereinsmitteilungen im „Archivar“ zu veröffentlichen.

„Der Archivar“ erscheint viermal im Jahr, und zwar in den Monaten Februar, Mai, Juli und November, in einer Auflage von 4000 Exemplaren. Der Umfang eines Jahrgangs bewegt sich zwischen 400 und 450 Seiten.

Das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen und der Verband deutscher Archivarinnen und Archive e.V. haben im August 2006 einen Vertrag über die gemeinsame Herausgeberschaft für die Fachzeitschrift „Der Archivar“ geschlossen. Neben notwendigen organisatorischen Veränderungen soll eine konzeptionelle Neuausrichtung des Organs erfolgen, wobei die Redaktion weiterhin im Landesarchiv NRW angesiedelt bleibt. Im Beirat der Zeitschrift werden das Landesarchiv und der Verband deutscher Archivarinnen und Archive e.V. jeweils mit drei Mitgliedern vertreten sein. Die Zeitschrift wird in gedruckter Form zukünftig drei Teile enthalten: einen allgemeinen Teil am Anfang, einen zweiten Teil mit Mitteilungen und Beiträgen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen und einen dritten Teil mit den Mitteilungen des Verband deutscher Archivarinnen und Archive e.V. Daneben wird es einen elektronischen Teil der Fachzeitschrift geben. Die Umstellung ist für Heft 1/ 2008 vorgesehen. Über die weitere konzeptionelle Neuausrichtung wird zu gegebener Zeit an dieser Stelle und im Archivar informiert werden.

Ende Mai ist der langjährige Schriftleiter Herr Dr. Peter Dohms in den Ruhestand getreten. Seine Nachfolgerin in der Schriftleitung ist seit dem 01.09.2006 Dr. Martina Wiech.

DER ARCHIVAR. Mitteilungsblatt für das deutsche Archivwesen

Herausgegeben vom Landesarchiv Nordrhein-Westfalen und vom VdA - Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., Graf-Adolf-Str. 67, 40210 Düsseldorf.

Redaktion: Martina Wiech in Verbindung mit Robert Kretzschmar, Wilfried Reininghaus, Ulrich Soénius, Volker Wahl und Klaus Wisotzky.

Mitarbeiter: Meinolf Woste, Petra Daub, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Graf-Adolf-Str. 67, 40210 Düsseldorf,

Tel. 0211/159238-800 (Redaktion),

-202 (Martina Wiech),

-802 (Meinolf Woste),

-803 (Petra Daub),

Fax 0211 /159238-888,

E-Mail: archivar@lav.nrw.de.

Druck und Vertrieb: Franz Schmitt, Kaiserstraße 99-101, 53721 Siegburg,

Tel. 02241/62925, Fax 02241/53891, E-Mail: VerlagSchmitt@aol.com, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto. 7058-500.

Die Verlagsrechte liegen beim Landesarchiv Nordrhein-Westfalen. Amtliche Bekanntmachungen sowie Manuskripte, Mitteilungen und Besprechungsexemplare bitten wir an die Schriftleitung zu senden. Zum Abdruck angenommene Arbeiten gehen in das unbeschränkte Verfügungsrecht des Herausgebers über. Dies schließt auch die Veröffentlichung im Internet ein. Die Beiträge geben die Meinungen ihrer Verfasser, nicht die der Schriftleitung wieder.

Bestellungen und Anzeigenverwaltung (Preisliste 20, gültig ab 1. Januar 2006) beim Verlag F. Schmitt, Kaiserstraße 99-101, 53721 Siegburg, Tel. 0 22 41/6 29 25, Fax 0 22 41/5 38 91, E-Mail: VerlagSchmitt@aol.com, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto. 7058-500. Zuständig für den Anzeigenteil: Sabine Prediger im Verlag F.Schmitt.

"Der Archivar" erscheint viermal jährlich. Die Beihefte werden in zwangloser Reihenfolge herausgegeben. Der Bezugspreis beträgt für das Einzelheft einschl. Porto und Versand 8,- EUR im Inland, 9,- EUR im Ausland, für das Jahresabonnement im Inland einschl. Porto und Versand 32,- EUR, im Ausland 36,- EUR.

ISSN 0003-9500

Veranstungskalender "Der Archivar"

Hinweis:

Bitte nutzen Sie den Link zum aktuellen Veranstaltungskalender oben auf der Seite "[Übersicht der Ausgaben](#)".